



Neueste wöchentliche Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen Textbeiträge ... Dokumente ...

Ausgabe 173 / 8,50 €

Sonderausgabe 16

Samstag, 9. April 2022

Medizin / Report

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... *Bürokratische Monster statt Hilfe für Suizidenten*

(SB) - Interview mit Prof. Dr. Georg Marckmann über Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid. Das Gespräch führte Christa Schaffmann im Februar 2022 ... (S. 63)

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... *Gibt es so etwas wie eine Pflicht zu leben?*

(SB) - Der begleitete Suizid ist für alle, die in der Suizidprävention arbeiten, ein Problem. Christa Schaffmann sprach mit PD Dr. med. habil. Ute Lewitzka vom Universitätsklinikum Dresden ... (S. 66)

Politik / Meinungen

Nahrungsmittel- neuverteilungsvorwände ...

(SB) - Hunderte Millionen Menschen hungern, zwei Milliarden sind mangelernährt, vor allem in den Ländern des Globalen Südens. Vor diesem Hintergrund mutet die aktuelle Berichterstattung über einen vom Krieg in der Ukraine ausgelösten Nahrungsmittelengpass auch in Europa wie ein Versuch an, eine vermeintliche Erklärung für einen permanenten Mangel an Überlebensmitteln in der Welt zu liefern ... (S. 35)

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

Verhindern, was keiner braucht?

Autonome Entscheidung über den assistierten Suizid durch Gesetzentwürfe erneut gefährdet

von Christa Schaffmann



Im Jahr 2021 zum Beispiel wurden deutschlandweit 346 begleitete Selbsttötungen vermittelt.

Foto: 2013 by Manos Bourdakis, CC-BY-SA-3.0

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>, via Wikimedia Commons

(SB) 31. März 2022 - Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 26. Februar 2020 entschieden, dass § 217 Strafgesetzbuch, der bis Anfang 2020 die "geschäftsmäßige Suizidhilfe"*) verbot, verfassungswidrig und nichtig ist. Jeder Mensch - freiverantwortliches Handeln vorausgesetzt - hat das Recht auf einen selbstbestimmten Tod. Der Suizid ist nicht verboten, weshalb auch die Hilfe beim Suizid nicht strafbar sein kann.

Im Karlsruher Urteil wurde kein neues Gesetz gefordert. Wichtige Regelungen hätten getroffen werden können ohne Gesetz - z.B. auf standesrechtlicher Ebene. Viele Wissenschaftler, Juristen aber auch Mediziner konnten deshalb nicht nachvollziehen, wieso schon bald nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Gesetzentwürfe auftauchten, die überwiegend nicht dem Karlsruher Urteil folgten und eine Fülle ... (S. 61)



Foto: © by Schattenblick

Kurzgegriffen

Umbruchs- und Verteilungskämpfe. Soziale und Besitzums- beziehungsweise Eigentums- kämpfe. Kämpfe der konkurrierenden Interessen auf gesellschaftlichen Einfluss und Vorherrschaft. Kämpfe der Einzelnen und Gruppen um gegenwärtige, historische oder perspektivische Positionen. Zwietracht und Streit um Selbstverständliches oder um Geltung und Beschuldigungen bei der Frage nach dem Wesentlichen und dem Verzichtbaren. Und allzumal liefern Aggressionen mit ihren gefährlichen oder gar vernichtenden Konsequenzen dem Menschen ebenso statthafte Gründe wie Angst, Unsicherheit und Spontaneität.

Leidenschaftliche Triumphe und verzehrende Trauer im Feuer der Verachtung oder im Lichte des Begreifens können als menschliche Taten, Umtriebe oder Zufälligkeiten ebenso ihren schicksalhaft schmerzlichen Tribut fordern wie sie Reichtümer, Genüsse und Zugewinne zur Folge haben können, die den Menschen darüber hinaus für Augenblicke des Feierns dem Scheine nach ins tiefe Vergessen zu versenken vermögen.

Nicht erst mit Kain und Abel kam das Böse in die Welt, denn dieser klassische Brudermord hat seine Ursachen und findet, wie jeder andere Streit auch, seine Wurzeln am Ende doch in Neid und Habgier, in Missachtung und fehlender Rücksicht, in Egozentrik und in Selbstüberhöhung.

Dem Pazifismus und der Friedfertigkeit wird gerne in dieser Debatte der Platz der Träumer und Wirklichkeitsentrückten zugewiesen. Steht also deshalb der Ratio allgemeiner Teilbarkeit von Gütern und einer auf Ausgleich angelegten Kommunikation nur die Bosheit räuberischer Absichten und aggressiver Wildheit entgegen? Mitnichten, denn diesem archaischen Missklang der Natur hätte der Mensch doch das Streben nach Vollendung und damit das friedliche Mühen um Bewältigung von Ungerechtigkeit sowie von Schmerzen und Not und Angst entgegenzusetzen. Mag dieses auch nicht minder aufwendig erscheinen wie Krieg und Streit, so würde eine solche Haltung doch wenigstens das Licht des Tages und den Schlaf in der Nacht auf ihrer Seite haben.

Ihre Schattenblick-Redaktion

SB-Wochendruckausgabe Nr. 173 zum 9. April 2022

2 EDITORIAL: Kurzgegriffen (SB)

4 APHORISMUS: Spiel (SB)

84 KLEINE GESCHICHTEN: Kartenleger (SB)

BÜRGER und GESELLSCHAFT - MEINUNGEN

5 STANDPUNKT: Der Weiße Westen - Eine kulturelle Finanzdiktatur (Pressenza)

POLITIK - KOMMENTAR

8 KRIEG: Türkei zwischen den Stühlen ... (SB)

15 HEGEMONIE: Grün gewaschen ... (SB)

POLITIK - MEINUNGEN

35 LAIRE: Nahrungsmittelneuverteilungsvorwände ... (SB)

41 FRAGEN: Lateinamerika - "Migration ist antikolonialer Widerstand" (poonal)

POLITIK - ERNÄHRUNG

48 INTERNATIONAL: Kleinbauern und Welternährung -

Kurswechsel bei den Vereinten Nationen und Offener Brief an die FAO (Pressenza)

POLITIK - SOZIALES

54 FRAGEN: Caroline Kim über die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit von Frauen in Lateinamerika (poonal)

RECHT - MEINUNGEN

57 FRAGEN: Brasilien - Marinete da Silva über die schleppende Aufklärung des Mordes an ihrer Tochter Marielle Franco (poonal)

RECHT - FAKTEN

59 INTERNATIONAL: Zwangssterilisierungen in Panama - Erste Zeugenaussage einer indigenen Betroffenen (poonal)

MEDIZIN - REPORT

61 BERICHT: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... Verhindern, was keiner braucht? (SB)

63 INTERVIEW: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... Prof. Dr. Georg Marckmann im Gespräch (SB)

66 INTERVIEW: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... PD Dr. med. habil. Ute Lewitzka im Gespräch (SB)

UMWELT - INTERNATIONALES

70 LATEINAMERIKA: Mexiko -

Höhlenforscher*innen warnen vor Umweltschäden durch Tren Maya (poonal)

KINDERBLICK - NATURKUNDE

71 TIERE: Der Axolotl ... (SB)

KINDERBLICK - SPIELE

73 FESTE: Siebenmal Eierspaß (SB)

INHALT

KINDERBLICK - GESCHICHTEN

74 KALENDERGESCHICHTEN: Zusammenhalt (SB)

GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE

77 MEMORIAL: Michael Gaismaier - Führer der Tiroler Bauernaufstände 1525/26 (Gerhard Feldbauer)

FEUILLETON

84 KLEINE GESCHICHTEN: Kartenleger (SB)

85 HINTERGRUND: Uruguay - Candombe, die Lunte des Lebens nicht verglimmen lassen (poonal)

87 ENGLISCH: Questions to Mrs Gobbledygook - Me too! (SB)

88 STANDPUNKT: Neue Verfassung im Vatikan verabschiedet -
nur ein Reformversprechen? (Gerhard Feldbauer)

89 REZENSION: Kees van der Pijl - The Militarization of the EU (SB)

96 REZENSION: Konrad Lotter - Anatomie der Gegenwart (Marxismus) (SB)

99 REZENSION: Grit Lemke - Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror (SB)

102 REZENSION: Thomas Luther - Schachtaktik und Schachstrategie (SB)

104 ENGLISCH: Answer from Mrs Gobbledygook - Me too! (SB)

UNTERHALTUNG - COMIC

103 COMIC STRIP: Magus Rolf - Osterdirektiv ... (SB)

INFORMATION

104 Angebote der Druckerei für Gewerbe, Privat und Vereine (DruckZentrum-Westkueste)

SPORT - MEINUNGEN:

105 KOMMENTAR: Des Westens Pressemacht ... (SB)

DIENSTE - WETTER

111 Aussichten: Und morgen ... (SB)

SCHACH UND SPIELE - SCHACH

110 SCHACH-SPHINX: Seit jeher geschäftstüchtig (SB)

110 SCHACH-SPHINX: Kuriose Abweichung vom Original (SB)

112 SCHACH-SPHINX: Anpassung an den neuen Berufsstand (SB)

UNTERHALTUNG - COMIC

113 COMIC STRIP: Hartzes Wetten ... (SB)

IMPRESSUM

114 Schattenblick und Kooperationspartner - poonal und Pressenza

APHORISMUS

Spiel

Das Schicksal mischt die Karten,
doch niemand spielt mit.

*Von Helmut Barthel
aus Dichterstube - Kehrlicht Band 2, S. 125
Copyright by MA-Verlag, www.maverlag.de*

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Der Weiße Westen: Eine kulturelle Finanzdiktatur

von David Andersson, 23. März 2022

In letzter Zeit scheinen wir jeden Tag eine Warnung zu hören, die in etwa so lautet: "Wladimir Putins Einmarsch in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch sind und die Demokratie weltweit unter Beschuss steht. Wenn wir Jane oder John Doe auf der Straße nach Diktatoren fragen, würden sie wahrscheinlich Putin erwähnen, oder vielleicht Xi Jinping, Maduro, Castro oder sogar Morales. Sie würden auch schnell darauf hinweisen, dass wir hier im Westen in einem freien und demokratischen Land leben und tun können, was wir wollen.



*Foto: Liz West (CC BY 2.0.), via flickr
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]*

Wenn wir uns jedoch genauer ansehen, was mit dem Westen in den letzten 50 Jahren geschehen ist, könnten wir anfangen, uns über unsere Freiheit Gedanken zu machen. Wir sind an eine einzigartige Wirtschaftsstruktur gebunden, die uns ihrerseits ein einzigartiges Gesellschaftskonzept aufzwingt. Ohne Geld lässt sich in dieser Gesellschaft nur wenig tun. Schließlich wird uns suggeriert, was könnte der Sinn des Lebens sein, wenn nicht Geld zu verdienen, Geld auszugeben und darüber nachzudenken, wie man noch mehr Geld verdienen kann?

Es könnte hilfreich sein, diese Frage umzudrehen: Was würdest du sonst mit deinem Leben anfan-

gen, könnten wir fragen, wenn du kein Geld verdienen müsstest? Worüber würdest du nachdenken? Worüber würdest du mit deinen Freunden sprechen, wenn nicht über Einkäufe, Preise und alles, was mit Konsum zu tun hat? Wenn wir jemanden kennen lernen, fragen wir als Erstes: "Womit verdienst du deinen Lebensunterhalt?", als ob dies unser wichtigstes und bestimmendes Merkmal wäre.

Diese Wirtschaftsstruktur der westlichen Gesellschaften könnte und sollte als Diktatur bezeichnet werden. Die Entmenschlichung und Zersplitterung unserer Kultur, die heute so offensichtlich ist, wurde in vielerlei Hinsicht durch

diese wachsende Finanzdiktatur verursacht.

Diese Diktatur lässt sich am besten veranschaulichen, indem man verschiedene Aspekte des Phänomens betrachtet. Jeder Punkt für sich genommen ist vielleicht kein großes Problem, aber wenn wir erkennen, wie sie alle zusammenhängen, beginnen wir zu verstehen, wie sehr Geld unser Leben diktiert.

Beginnen wir mit etwas so Einfachem wie Wasser. Wasser in Flaschen lässt sich leicht in der Sporttasche verstauen und ist ein Muss für die häusliche Katastrophenschutz-ausrüstung. Der kompetenhafte Aufstieg von Wasser

in Flaschen seit den 1970er Jahren hat sich jedoch negativ auf die Umwelt ausgewirkt, und der Kampf zwischen den einzelnen Abfüllern treibt die Kosten für die wichtigste und wertvollste Ressource unseres Planeten in die Höhe. Das Hauptproblem bei abgefülltem Wasser ist die Umwandlung von Wasser von einem Allgemeingut zu einem Produkt, das man in Geschäften kaufen muss (da, wie uns die Konzerne erklärt haben, öffentliches Wasser nicht sicher für die Gesundheit ist). Im Jahr 2018 beliefen sich die Einnahmen aus abgefülltem Wasser in den Vereinigten Staaten auf 18 Milliarden Dollar.

Wie nimmt uns das System sonst noch gefangen? Indem es junge Erwachsene dazu bringt, Studienkredite aufzunehmen. Die Student:innen der heutigen Generation sind mit finanziellen Problemen konfrontiert, die früheren Generationen völlig fremd waren. Die Kosten für die postsekundäre Bildung wurden langsam von der Allgemeinheit (ein gemeinsamer Nutzen für alle) auf den Einzelnen verlagert. Seit den 1980er Jahren sind die Kosten für einen Hochschulabschluss an öffentlichen Schulen um schockierende 213 % und an privaten Schulen um 129 % gestiegen. Wie konnte es zu diesem Anstieg kommen, ohne dass es zu einem größeren öffentlichen Aufschrei kam? Das 1965 ins Leben gerufene Programm für garantierte Studienkredite vergibt jedes Jahr zinsgünstige Darlehen an Tausende von Student:innen. Jeder:m Student:in wird gesagt, dass er sich keine Sorgen über die Kosten des Studiums machen muss, die nun aufgeschoben werden können. Infolgedessen sind heute mehr als

43 Millionen Amerikaner:innen von der Krise der Studentendarlehen betroffen, die 1,75 Billionen Dollar an staatlichen und privaten Studentendarlehen schulden, das sind durchschnittlich 29.800 Dollar pro Absolvent. Diese jungen Erwachsenen sind an ihre Schulden gefesselt, was sich auf ihre Kreditwürdigkeit auswirkt, ihre Fähigkeit beeinträchtigt, Geld für ein Auto oder ein Haus zu leihen, und sie unter Druck setzt, nach dem Studium eine gut bezahlte Arbeit zu finden (unabhängig davon, ob es die Art von Arbeit ist, die sie mögen oder nicht). Viele von ihnen brauchen Jahrzehnte, um dieses Geld zurückzuzahlen, und bis dahin sind sie mit anderen Krediten beschäftigt, die sie zu Sklaven ihrer Bankherren machen.

Unterhaltung: In den 60er Jahren gab es eine Revolution in der Musik, angeführt von einer neuen Generation von Jugendlichen, die "die Welt verändern" wollten. Natürlich sahen geldgierige Menschen eine Gelegenheit, daraus Kapital zu schlagen, indem sie eine ganz neue Industrie schufen. Nach den neuesten Zahlen von MRC Data machen Songs aus den 60er und 70er Jahren heute 70 % des US-Musikmarktes aus [1]. Bob Dylan verkaufte vor kurzem seinen gesamten Bestand an Sony in einem bahnbrechenden 9-stelligen Deal, während der Markt für neue Musik schrumpft. Dies fiel zusammen mit der Ausbreitung des geistigen Eigentums (intellectual property - IP) in der Unterhaltungsindustrie. Der Begriff wurde erstmals im 19. Jahrhundert verwendet, doch erst im späten 20. Jahrhundert wurde geistiges Eigentum in den meisten Rechtssystemen der Welt zum

Standard. Dylan hatte kein Problem damit, seinen Lebensunterhalt durch die Einnahmen aus seinen Konzerten, Albumverkäufen und privaten Engagements zu bestreiten, aber die Geschäftsleute wollten mehr, und so fügten sie mit dem geistigen Eigentum eine weitere Ebene hinzu. Jetzt bekommt er zusätzlich zu seinem "normalen" Einkommen auch noch Geld für die Nutzung seiner bereits bezahlten Songs. Das ist wirklich magisch.

Jetzt haben wir, die kreativen Konsument:innen von Filmen, Musik und Dokumentarfilmen, monatliche Abonnements für Streaming-Dienste wie Netflix, Hulu, Apple und HBO, die im Jahr 2021 ein Marktvolumen von 419,03 Milliarden Dollar erreichen und bis 2028 auf 932,29 Milliarden Dollar anwachsen werden [2]. Wir kaufen und besitzen keine Kunstproduktionen, sondern zahlen stattdessen eine monatliche Lizenzgebühr an Unternehmen (von der nur sehr wenig an den Künstler zurückfließt).

Plastik: Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht noch an das Leben vor Kreditkarten. Alles, was man kaufen wollte, musste in bar bezahlt werden, bis die Banken dieses "magische" Stück Plastik erfanden. Die erste universelle Kreditkarte wurde 1950 vom Diners' Club eingeführt, und eine weitere, die so genannte Reise- und Unterhaltungskarte, wurde 1958 von der American Express Company eingeführt. Das hat alles verändert und die Machtkonzentration der Banken gefestigt. Man ist nicht mehr auf die Barmittel beschränkt, die man zur Verfügung hat, sondern hat Zugang zu einer Kreditlinie. Jetzt brauchen

wir kein Bargeld mehr, sondern haben stattdessen eine neue tägliche Sorge: Wie werde ich meine Kreditkartenschulden abbezahlen? Insgesamt schulden die Amerikaner:innen 807 Milliarden Dollar auf fast 506 Millionen Kartenkonten, was dem Haushalt von New York für 8 Jahre entspricht.

Technologie: Im März 1876 wurde die Telefontechnik entwickelt. Später wurde ein Netz mit Festnetzanschlüssen aufgebaut, das von allen Hausbewohnern gemeinsam genutzt werden konnte, ebenso wie das Radio (1890er Jahre), der Kühlschrank (1899), das Fernsehen (1927) usw. 1973 entwickelte Motorola jedoch das erste drahtlose Telefon und wenige Jahre später begann die genuine "Personal"-Computer-Industrie und führte uns weg von der Auffassung, daß Technologie gemeinsam genutzt wird, hin zu der Sicht, sie sei so etwas wie eine persönliche Prothese. Mit der Entwicklung der WIFI-Technologie wurde der persönliche Festnetzanschluss überflüssig, aber anstatt dies als Chance zu sehen, allen Menschen einen Internetzugang zu ermöglichen, sahen die Unternehmen darin eine weitere Möglichkeit, Geld zu verdienen, und so müssen wir jetzt alle für unseren Zugang bezahlen.

Natürlich ist WIFI ein einfaches Beispiel, aber das Gesundheitssystem in den USA funktioniert auf die gleiche Weise. Deine Krankenversicherung ist an deinen Arbeitsplatz gebunden, wenn du also nicht arbeitest, bist du nicht mehr krankenversichert. So einfach und doch so absurd ist das.

Natürlich kann jeder mit seinem Leben machen, was er will - nach-

dem er seine Rechnungen bezahlt hat (Miete/Hypothek, Steuern, Transport, Lebensmittel, Internet, Bildung, Handy, Auto, Studienkredite, Kleidung, Kreditkarten, Kinderbetreuung, Gesundheits-therapie) und dafür einen, vielleicht zwei, manchmal auch drei Jobs hat. In Wirklichkeit tun nur sehr wenige Menschen, die ich kenne, das, was sie in ihrem Leben wollen. Die Menschen tun im Allgemeinen das, was sie tun müssen, um sich über Wasser zu halten.

Wie in jeder Diktatur sind eine Minderheit die Täter:innen und eine Mehrheit die Unterdrückten. Laut einem Bericht von Americans for Tax Fairness (ATF) und dem Institute for Policy Studies Program on Inequality (IPS) wuchs das Vermögen der US-Milliardär:innen während der Pandemie um 1,8 Billionen Dollar, ihr kollektives Vermögen schnellte in dieser Zeit um 62 Prozent in die Höhe. Eine Umfrage unter 2.633 US-Verbrauchern, die in Zusammenarbeit mit PYMNTS.com durchgeführt und letzte Woche veröffentlicht wurde, ergab, dass 64 % der Amerikaner:innen im Januar 2022 von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck leben, gegenüber 52 % im April 2021.

Natürlich gibt es wie immer viele Dinge, die wir tun könnten, um diese absurde Situation zu ändern. Auf persönlicher Ebene müssten wir sie zunächst als eine Diktatur anerkennen, der wir unterworfen sind. Der zweite Schritt bestünde darin, im Alltag ein wenig Zeit und freie Energie für nichtkommerzielle Aktivitäten zu verwenden (soziale Kontakte, Lesen, Freiwilligenarbeit, künstlerische

Entdeckungen usw.). Fange mit 30 Minuten pro Tag an und versuche dann, diese Zahl mit der Zeit zu erhöhen. Das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, der Beginn eines befreienden Prozesses, der die Tür zu neuen Horizonten und neuen Möglichkeiten öffnen kann.

Auf sozialer Ebene gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen, die umgesetzt werden könnten, um unser Leben von dieser Diktatur zu befreien, wie z. B. eine allgemeine Krankenversicherung, die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, der Übergang von einer repräsentativen Demokratie zu einer direkten Demokratie, der kostenlose Zugang zu Hochschulen, die Entwicklung eines fairen Mindestlohns und die Einführung eines Höchstlohns usw. In einer politischen Diktatur versucht die Zentralmacht, die Menschen zu isolieren und sie dazu zu bringen, vor allem um ihre persönliche Sicherheit und die ihrer Familie zu fürchten. In einer Wirtschaftsdiktatur versuchen Konzerne und Banken, die Menschen davon abzuhalten, sich um ihre eigene Situation zu sorgen, um ihre eigene Fähigkeit, über die Runden zu kommen und für ihre Familien zu sorgen. Jeder Versuch, an das Ganze zu denken, wird mit dem Schrei "Sozialismus!" verscheucht.

Wie jene tapferen Männer und Frauen auf der ganzen Welt, die gemeinsam gegen Tyrannei und politische Diktaturen kämpfen und ein höheres Ideal anstreben, liegt es an uns, die Zukunft zu gestalten, vorausgesetzt, wir können uns zunächst von unserer Fesselung an das Geld befreien.

David Andersson ist Bürgerjournalist, Fotograf und Herausgeber. In den 80er Jahren begann er mit der Humanistischen Bewegung, indem er in Paris eine Nachbarschaftszeitung herausgab. Heute ist David der Koordinator des New Yorker Büros von Pressenza und moderiert die virtuelle Talk Show Face 2 Face. Sie ist auf Youtube und Facebook zu sehen.

Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Anita Köbler vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Anmerkungen:

[1] <https://tedgioia.substack.com/p/is-old-music-killing-new-music?s=r>

[2] <https://www.globenewswire.com/news-release/2021/12/15/2352238/0/en/Video-Streaming-Market-Share-to-Touch-USD-932-29-Billion-by-2028-Video-Streaming-Market-Size-2021-to-2028.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



Türkei zwischen den Stühlen ...

"Mit Herrn Selenskyj, aber auch mit Herrn Putin werden wir unsere Freundschaft bewahren."
Recep Tayyip Erdogan [1]

"Den Westen und Russland gegeneinander auszuspielen gilt als eines der Hauptprinzipien der Außenpolitik Ankaras."
Stiftung Wissenschaft und Politik [2]

(SB) 4. April 2022 - Recep Tayyip Erdogans lang gehegter Traum, unter seiner Führung werde die 1923 gegründete türkische Republik das hundertste Jahr ihres Bestehens im Rang einer Großmacht feiern, mag wie eine aberwitzige Fantasmagorie anmuten. Dennoch hieße es, die machthungrige Skrupellosigkeit des Despoten und seine Fähigkeit, die geopolitische Schlüsselstellung der Türkei zu nutzen, um überlegene Mächte gegeneinander auszuspielen, sträflich zu unterschätzen, sähe man ihn zwischen allen Stühlen sitzen und dem Untergang geweiht. Stürzen kann ihn nur die Bevölkerung seines Landes, deren Lebensverhältnisse allerdings schlechter denn je unter seiner Herrschaft sind. Um diese zu sichern und fortzuschreiben, setzt er auf Krieg, dessen Zerstörungsgewalt einen neuen Zyklus der Unterwerfung und Verfügung einläuten soll. Drohen eskalierende gesellschaftliche Widersprüche die Klammer des staatlichen Zwangsregimes zu sprengen, schwören Feindbildproduktion und Kriegseuphorie die Menschen auf Rettung aus allen Nö-

ten per waffenstarrtem Marschtritt ein.

Während die türkische Kriegsführung im Norden Syriens und des Iraks unvermindert anhält, ist es nun eine andere, nicht von ihm vom Zaun gebrochene militärische Auseinandersetzung, aus der Erdogan als Sieger hervorzugehen trachtet. Schien der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auch die Türkei in den Abgrund zu stürzen, die gute und essentielle Beziehungen zu beiden Konfliktparteien unterhält, setzt der türkische Präsident in höchst bedrängter Lage abermals zu einem Drahtseilakt an, der ihn in einen Krisengewinner zu verwandeln verspricht. Die Entwicklung der zivilen und militärischen Produktivkräfte in Rechnung gestellt, ist die weitaus schwächere Türkei abhängig von den EU-Staaten, der NATO, den USA, Russland und teilweise auch von der Ukraine. Dass dabei unter dem Strich kein nachrangiger Vasall und bloßer Befehlsempfänger herauskommt, zeugt von erheblichen Schnittmengen der jeweiligen Staatsräson mit den von Erdogan machiavellistisch ausgesteuerten Interessen türkischer Regierungspolitik, die sich allseits unverzichtbar zu machen versteht.

Der Einwand, wer sich nicht für eine Seite entscheiden könne, werde mit Handlungsunfähigkeit bestraft, wird Erdogans opportunistischer Kaltblütigkeit nicht gerecht. Seine Handlungsfähigkeit resultiert ganz im Gegenteil

daraus, dass er fortgesetzt aus dem Ruder läuft, um sich auf halbem Wege zurückhalten zu lassen, da der vollständige Verlust der Türkei als NATO-Mitglied oder umgekehrt aus russischer Sicht als Stachel im Fleisch des transatlantischen Bündnisses als gravierendster Störfall eingestuft wird, dem alle sonstigen Ausfälle und Unwuchten des türkischen Machthabers nachgeordnet werden. Als Mann fürs Grobe an der Flanke von NATO und EU, der fliehende Menschen fernhält, widerständige Bestrebungen niedermacht und dschihadistische Halsabschneider rekrutiert, hat er sich seit Jahren bewährt, ohne jemals mit ernstzunehmenden Sanktionen behelligt worden zu sein. Wenngleich seine Repression keinen tatsächlichen oder herbeifantasierten Widersacher verschont und dabei weit über die von ihm ohnehin nicht akzeptierten Landesgrenzen hinausgreift, weiß er sich gebraucht und kann darauf setzen, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Bellende Hunde beißen nicht

Nachdem das NATO-Mitglied Türkei am 20. Januar 2018 militärisch in Nordsyrien eingefallen war und den Kanton Afrin besetzt hatte, übernahmen die meisten internationalen Medien unreflektiert die türkische Propaganda. Eine Berichterstattung über das Leid der Bevölkerung durch die türkischen Bombardierungen, die Russland durch die Öffnung des syrischen Luftraums über Afrin möglich gemacht hatte, fand damals nicht statt. Die Regierungen der USA, der EU-Staaten und Deutschlands wie auch die Medienlandschaft in diesen Ländern

hüllten sich weitgehend in Schweigen. Die massenhafte Vertreibung der überwiegend kurdischen Bevölkerung Afrins durch die als Handlanger der Türkei fungierenden dschihadistischen Milizen, die umgehend ein Regime der Scharia errichteten, fand kaum Erwähnung. [3]

Als türkische Streitkräfte im Herbst 2019 erneut in Nordsyrien einmarschierten und die Gebiete um Serekaniye und Gire Spi besetzten, gaben sich die westlichen Regierungen allenfalls "beunruhigt" oder "besorgt", obwohl in einem UN-Bericht auch in dieser Region massive Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen wurden. Der NATO-Staat Türkei hatte keinerlei Strafmaßnahmen wegen eines Verstoßes gegen das Völkerrecht zu fürchten, was ebenso für seine Kriegführung im Norden des Iraks gilt. Luftangriffe und Truppenpräsenz in den beiden Nachbarländern wie auch die Türkisierung grenznaher Gebiete in Syrien, die auf eine dauerhafte Okkupation schließen lässt, werden von den westlichen Mächten in stillschweigender Kollaboration unterstützt, zumal die von der türkischen Regierung angestrebte Vernichtung des kurdischen Gesellschaftsentwurfs und Widerstands offensichtlich auch in Berlin und Brüssel favorisiert wird. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags zogen indessen bereits 2018 in Zweifel, dass die als "Operation Olivenzweig" bezeichnete türkische Invasion im nordsyrischen Kanton Afrin und dessen Besetzung mit dem Völkerrecht vereinbar sei. Von Unkenntnis auf höchster politischer Ebene kann also definitiv keine Rede sein.

Welch ein bemerkenswerter Kontrast zu den überschäumenden Tiraden und der permanenten Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine! Angesichts dieses Waffengangs zeigte sich Deutschlands grüne Außenministerin Annalena Baerbock am 4. März 2022 lächelnd mit ihrem türkischen Amtskollegen Cavusoglu und schrieb dazu in einem vielbeachteten Tweet: "Nach unzähligen Telefonaten in den letzten Wochen haben wir uns am Rande des Nato-Treffens endlich persönlich sprechen können: vielen Dank, Mevlut Cavusoglu, für unsere starke deutsch-türkische Partnerschaft! In der Russland-Krise stehen wir zusammen."

Erdogans islamisch-reaktionäre AKP ist Seniorpartnerin in einer Koalition mit der ultranationalistischen MHP, deren Anhänger auch als "Graue Wölfe" bekannt sind. Auch aggressiver Antifeminismus gehört zum Repertoire dieser Regierung, die im März 2021 den Austritt aus der Istanbul-Konvention des Europarats zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt beschlossen hat. Sie verkörpert eigentlich alles, wofür die Grünen in Deutschland nicht stehen wollen und was sie zu bekämpfen vorgeben. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung heißt es indessen auf Seite 154 in verklausulierter Ambivalenz: "Die Türkei bleibt trotz besorgniserregender innenpolitischer Entwicklungen und außenpolitischer Spannungen ein wichtiger Nachbar der EU und Partner in der Nato."

Sevim Dagdelen, Obfrau der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, betonte im aktuellen Zusammen-

hang, dass das Völkerrecht für alle gelten müsse: "Gespräche zu einer Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg sind grundsätzlich und allerorten zu begrüßen, auch in Antalya. Das beharrliche Schweigen der Bundesregierung zu den Völkerrechtsbrüchen und dem Besatzungsregime des Nato-Partners Türkei in Syrien zeigt aber unverhohlen, dass das ganze Gerede um eine sogenannte werdebasierte Außenpolitik nichts als Heuchelei ist und der Verkleidung der eigenen geopolitischen Interessen dient. Das Völkerrecht wird dann hochgehalten, wenn es passt." [4]

Wertebasierte Außenpolitik - eine Frage der Deutungsmacht

Dass es bei der vielzitierten werdebasierten Außenpolitik um die selektive Durchsetzung expansiver Ambitionen samt der dafür unverzichtbaren Deutungsmacht geht, belegte auch der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers in Ankara. Olaf Scholz war voll des Lobes über seinen Gastgeber, den er gar nicht erst mit tadelnden Fragen nach den Menschenrechten in der Türkei belästigt hatte. Ein Treffen mit Oppositionellen und Vertretern der Zivilgesellschaft, wie es in einem solchen Fall beinahe obligatorisch ist, um zumindest den Anschein eines kritischen Blicks zu wahren, stand praktischerweise nicht auf dem Programm. Den leicht erregbaren Präsidenten zu verärgern, war nicht angesagt, ging es aus Perspektive deutscher Regierungspolitik doch vordringlich darum, im Hype um den großen Friedensstifter am Bosphorus nicht abgehängt zu werden.

Nachdem sich die Außenminister Russlands und der Ukraine, Sergej Lawrow und Dmytro Kuleba, unter der Vermittlung Erdogans am 10. März erstmals in Antalya getroffen hatten, schickten mehrere europäische Staaten sowie die NATO umgehend ihre Spitzenvertreter in die Türkei, um sich über den Hergang des Treffens informieren zu lassen. Erdogan und sein Außenminister Cavusoglu hatten im Rahmen des "Antalya Diplomacy Forum" bereits mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg, mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sowie mit zahlreichen Außen- und Verteidigungsministern der EU und anderer Länder gesprochen, darunter sogar Vertretern der Taliban aus Afghanistan. Die Bundesregierung hatte jedoch bis auf ihren Botschafter in Ankara niemanden in offizieller Mission zu dem Treffen geschickt. "Über 2500 ausländische Gäste folgten der Einladung, aber leider nur wenige aus Deutschland", kritisierte Ex-Außenminister Sigmar Gabriel genüsslich als Heckenschütze, der unter anderem für ein Treffen mit seinem "lieben Bruder", dem türkischen Außenminister Cavusoglu, angereist war.

Scholz hatte also einiges nachzuholen, zumal Erdogan ungeachtet fehlender konkreter Ergebnisse des Treffens in Antalya von einem "diplomatischen Triumph" sprach und sogar US-Präsident Joe Biden die türkischen Vermittlungsversuche gelobt hatte: "Der Präsident ist sehr dankbar für die Rolle, die die Türkei spielt", sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, nach einem Telefonat zwischen Biden und Erdogan. Beide hätten "ihre nach-

drückliche Unterstützung" für die Ukraine bekräftigt und die Notwendigkeit eines sofortigen Endes der russischen Aggression betont. [5] Nach seinem fast dreistündigen Treffen mit Erdogan pries auch der Bundeskanzler die diplomatischen Bemühungen der Türkei und dankte dem Präsidenten, mit dem er hinsichtlich eines schnellen Waffenstillstands in der Ukraine völlig einig sei. Die Konflikte mit Armenien, die Repression gegen kurdische Menschen im In- und Ausland oder die Freilassung des seit 2017 inhaftierten Unternehmers Osman Kavala, die das Auswärtige Amt noch im Januar offiziell gefordert hatte, spielten plötzlich keine Rolle mehr. Scholz mahnte lediglich hinterher an, dass die Deutsche Welle weiterhin frei und unabhängig in der Türkei berichten müsse. Die Stimmung war herzlich und Erdogan betonte mehrfach, dass man ein neues Kapitel aufschlagen wolle. Scholz nannte er einen "Freund und Verbündeten der Türkei" und genoss es sichtlich, allseits umgarnt und als Schlüssel zur Beendigung des Krieges gerühmt zu werden. Auch mit dem russischen Staatsoberhaupt Wladimir Putin hatte er sich persönlich darauf verständigt, diese Vermittlerrolle einzunehmen.

Im Kontext neo-osmanischer Großmachtfantasien

Erdogan, der mit seiner Vision türkischer Expansion und Weltgeltung nationalistischen Treibstoff zum Befeuern seiner Hybris generiert, akzeptiert die aktuellen Grenzen seines Landes nicht. Die Türkei schließe Gebiete in Syrien, im Nordirak, in der Ägäis, auf

dem Balkan wie auch im Mittelmeer, wenn nicht gar in Libyen ein, die dem osmanischen Reich oder der türkischen Republik geraubt worden seien. Und das sind keine bloßen Hirngespinnste eines revanchistischen Geistes, sondern längst in Angriff genommene "Korrekturen" des beanspruchten Territoriums, wie die Präsenz in Syrien und im Irak, die Offensive zur See oder die Intervention im libyschen Konflikt wie auch in Bergkarabach zeigen.

"Wir haben unsere derzeitigen Grenzen nicht freiwillig akzeptiert. Unsere Gründungsväter wurden außerhalb dieser Grenzen geboren", unterstrich er kurz nach dem gesteuerten Putschversuch im Juli 2016. Damit spielte er auf den Widerstand gegen den Vertrag von Lausanne an, der unter anderem die heutigen Grenzen der Türkei festlegte. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg war von dem untergegangenen Osmanischen Reich nicht mehr viel übriggeblieben, was Erdogan nicht hinnehmen will. Die Rückkehr zu alter Größe spricht als nationalistisches Wunschbild erhebliche Teile der Bevölkerung an, wie im Internet kursierende Karten belegen, die das Land in den vermeintlichen Grenzen von 1920 zeigen. Dies wird von offizieller Seite gefördert, da selbst staatlich kontrollierte Sender gelegentlich solche Schaubilder zeigen, auf denen auch nördliche Teile Syriens und des Iraks, darunter die Städte Aleppo und Mossul, zur Türkei gehören.

Der türkische Präsident sieht das untergegangene Osmanische Reich als seinen politischen Bezugsraum, in dem er Einfluss zurückzugewinnen will. Dazu gehört

auch die Ukraine, denn die südlichen Teile des jetzigen Kriegsgebiets standen einst unter türkischer Herrschaft. Bis heute sind die Krimtataren eine Minderheit in der Ukraine. Die 1783 vom Zarenreich eroberte Krim war einer der ersten territorialen Verluste des Osmanischen Reiches und hat für die Türkei einen hohen Symbolwert. Zum Ärger des Kreml kritisierte Ankara mehrfach die russische Annexion der Krim 2014 und pochte immer wieder auf die Unabhängigkeit der Ukraine.

Die Türkei ist an einer Beibehaltung des Status Quo in der Region interessiert, da Ankara eine unabhängige Ukraine als Gegengewicht zu Russland sieht. Andererseits hat die türkische Regierung kein Interesse daran, dass die NATO über einen Beitritt der Ukraine regional stärker wird. Indem Erdogan nun als Friedensstifter in dieser Region auftritt, demonstriert er für seine Landsleute, dass er Gestaltungsmacht in der alten Einflussosphäre zurück gewinnt. Er ist keineswegs ein Friedensstifter, dessen Glaubwürdigkeit aus einer von Eigeninteressen ungetrübten Position als neutraler Vermittler herrührt. Sein Einfluss entspringt ganz im Gegenteil dem Umstand, dass für seine oszillierenden Ambitionen unerhört viel auf dem Spiel steht, weshalb er es auch in diesem Konflikt darauf anlegt, als lachender Dritter zu profitieren.

Kriegsherr von wachsender Waffengewalt

Erdogan sieht die Türkei als bedeutende Regionalmacht mit einer eigenständigen Außenpolitik.

Zum Verdruss der NATO-Partner hat er 2017 das russische Flugabwehrsystem S-400 gekauft. Auch arbeiten die beiden Regierungen im Syrien-Konflikt derart eng zusammen, dass das gute türkisch-russische Verhältnis in der EU und den USA die Sorge verstärkt, Ankara wende sich vom Westen ab. Washington will der Türkei wegen des Streits um die russischen S-400 keine Kampfjets des Typs F-35 liefern. Zudem hat Ankara das Problem, dass Exporte eigener Rüstungsgüter wie Kampfhubschrauber in Konfliktregionen schwierig oder unmöglich werden, wenn sie mit westlichen Komponenten wie Motoren ausgestattet sind. Deshalb sucht die Türkei andere Lieferanten, wofür sich die Ukraine anbietet. So könnte der Motor für ein geplantes türkisches Kampfflugzeug, das statt der amerikanischen F-35 an die Luftwaffe gehen soll, aus der Ukraine kommen.

Diese soll auch einen neuen türkischen Marschflugkörper mit einem Antrieb ausstatten sowie den Motor für den türkischen Kampfpanzer Altay bauen. Deutsche Firmen waren nämlich nach dem gescheiterten Putsch 2016 und den anschließenden Massenverhaftungen von Oppositionellen in der Türkei aus dem Panzerprojekt ausgestiegen. Die geplante Kooperation in der Rüstungsbranche schließt neben Lieferungen ukrainischer Gasturbinen und Triebwerke für türkische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge auch eine gemeinsame Produktion von Kampfdrohnen inklusive Wartungs- und Trainingszentrum in der Ukraine ein. [6] Diese Drohnen baut bislang die Firma von Erdogans Schwiegersohn Selcuk Bayraktar. Die Bayraktar TB2 hat

sich bei Kriegseinsätzen in Syrien, Libyen und Berg-Karabach nach Einschätzung internationaler Experten außerordentlich bewährt und wurde bereits in Ländern wie Aserbaidschan, Äthiopien, Marokko, Tunesien, aber auch in die Ukraine exportiert.

Schon 2018 hat Kiew 20 Bayraktar TB2-Drohnen gekauft und teils gegen die "Volksrepubliken" im Donbass zum Einsatz gebracht. Nun ist die Ukraine zum Schauplatz eines neuen weitreichenden Drohnenkrieges geworden, in dem beiderseits unbemannte Luftfahrzeuge verschiedener Größen und mit unterschiedlichen Fähigkeiten eingesetzt werden. Die Angriffe der Langstreckendrohnen des Typs Bayraktar TB2 sollen dem russischen Militär empfindliche Schäden beigebracht haben. Inzwischen scheint die Türkei reichlich Nachschub in die Ukraine geschickt zu haben. Dies legen jedenfalls Tracking-Webseiten nahe, die in den letzten Wochen mehrere Transporte vom türkischen Flughafen Tekirdag, dem Sitz des Drohnenherstellers Baykar, nach Polen dokumentierten.

Die Bayraktar-Drohnen spielen auch im Informationskrieg eine wichtige Rolle, da die in Einsätzen aufgenommenen Videos medienwirksam verbreitet werden. Die ukrainische Regierung hat die Bedeutung der TB2 für den Überlebenswillen ihrer Truppen erkannt und bietet über eine App das Online-Spiel "Bayraktar" an, in dem die türkische Drohne gegen russische Panzer, die mit dem Symbol "Z" markiert sind, geflogen wird. Das Ministerium für digitale Transformation bezeichnet

dies als "digitales Beruhigungsmittel", das die "Moral der Bürger" stärken soll. Unterdessen verbreitete sich in Sozialen Medien ein ukrainisches Loblied auf die TB2, das die russischen Angreifer als feige "Orks" schmäht und im Refrain "Bayraktar, Bayraktar" skandiert.

Anders als in den Einsätzen der Bayraktar TB2 im von der Türkei unterstützten Krieg um Berg-Karabach wird die Drohne im Ukraine-Krieg westlicherseits positiv konnotiert. Im Gegenzug für diese Aufrüstung verlangt Erdogan eine Aufhebung von Exportbeschränkungen, die einige westliche Staaten gegen die türkische Drohnenindustrie verhängt hatten. [7]

Das gesamte Handelsvolumen zwischen der Türkei und der Ukraine betrug 2021 fünf Milliarden US-Dollar, Ankara ist der größte ausländische Investor in der Ukraine. Anfang Februar besuchte Erdogan seinen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Kiew und unterzeichnete ein Freihandelsabkommen. Neben den genannten Rüstungsgütern ist dabei insbesondere die Lieferung von Weizen und Sonnenblumenöl aus der Ukraine von Bedeutung für die Türkei, wovon noch die Rede sein wird.

Schon die Lieferung von Kampfdrohnen an Kiew, die gegen pro-russische Separatisten im Osten des Landes eingesetzt wurden, belastete zwangsläufig das russisch-türkische Verhältnis. Wiederholte Einwände und Warnungen aus Moskau veranlassten Erdogan keineswegs zum Einlenken, doch bot er sich bereits im vergangenen Jahr als Vermittler

an, um die Wogen zu glätten. Er lud Putin und den ukrainischen Präsidenten Selenskyj in die Türkei ein, was der russische Staatschef jedoch ablehnte. Anfang Februar bezeichnete Erdogan bei seinem Besuch in Kiew einen möglichen Angriff Russlands als "nicht realistisch" und als falschen Schritt. Wenige Tage später sandte er eine inoffizielle Delegation nach Moskau. Der Kreml reagierte zwangsläufig zurückhaltend, begrüßte aber zuletzt Gespräche der Türkei mit der Ukraine.

Hunger nach importiertem Weizen und Sonnenblumenöl

Die Türkei war in der Vergangenheit landwirtschaftlich autark und belieferte sogar Europa mit Nahrungsmitteln, doch stellte der 2002 an die Macht gekommene Erdogan dieses Verhältnis mit seiner Wirtschaftspolitik auf den Kopf. Er gab fruchtbares Agrarland zur Bebauung und Ansiedlung von Industrie frei. Diese vermeintliche Modernisierung des Landes führte dazu, dass die Türkei heute Weizen importieren muss, damit Brot gebacken werden kann. Die Einfuhr von rund einer Million Tonnen Weizen im Jahr 2002 hat sich bis 2020 in etwa verzehnfacht. Mit dem Niedergang der Wirtschaft und dem Wertverlust der türkischen Lira stieg der Brotpreis dramatisch und durch die Verschärfung der Krise zwischen der Ukraine und Russland explodierte er geradezu. Da zwei Drittel der Weizenimporte aus Russland stammen, wuchsen seit Kriegsbeginn die Schlagen vor den Ausgabestellen für subventioniertes Brot weiter an.

Ein weiterer unverzichtbarer Bestandteil der türkischen Küche ist Sonnenblumenöl. Als der Anbau von Sonnenblumen und die Ölproduktion zurückgingen, öffnete die Türkei ihre Pforten für die Einfuhr weit. Der Preis dafür stieg im letzten Jahr stärker als der für Gold und seit Kriegsbeginn erhöhte sich der Literpreis im Schnitt noch einmal um das Vierfache, weil 65 Prozent der diesbezüglichen Importe aus Russland und der Ukraine kommen. Überall im Land bilden sich Schlangen vor den Supermärkten, kaufen die Menschen die Regale leer.

Der Regierung gelang es nicht, die Preissteigerungen zu bekämpfen, doch bekämpft sie anstelle dessen jene, die darüber berichten oder solche Berichte verbreiten. Polizeipräsidien leiten Ermittlungen ein, die staatliche Zensurstelle für die Medien verwarnte die Websites, Rundfunk- und Fernsehanstalten, keine Spekulationen über Lebensmittelpreise anzustellen. Vielmehr solle man die Verlautbarungen der jeweiligen Institutionen veröffentlichen. Andernfalls werde es zu gesetzlichen Maßnahmen kommen, versucht das Regime eine drohende Hungerrevolte durch Einschüchterung zu bannen. [8]

Engste energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland

Lange Schlangen bilden sich in der Türkei auch vor Tankstellen, da der Literpreis binnen eines Jahres um das Dreifache stieg und der Treibstoff allein seit Neujahr gut dreißig Mal verteuert wurde. Die Leute stellen sich abends vor den Tankstellen an, um die mög-

licherweise um Mitternacht in Kraft tretende Preiserhöhung zu vermeiden. Wegen Energieknappheit war das Land Ende Januar gezwungen, der Industrie drei Tage lang Strom und Gas abzustellen. Ähnlich wie in Deutschland basiert die Energieversorgung auch in der Türkei vorwiegend auf russischen Rohstoffen, da ein Drittel des Gases und knapp ein Fünftel des Öls von dort kommt. Vor zwei Jahren eröffneten Erdogan und Putin die neue Gas-Pipeline "Turkstream", deren Rohre quer durchs Schwarze Meer über die Türkei nach Europa führen, wofür beträchtliche Transitgebühren anfallen. Vergangenes Jahr ging dann der Abzweiger "Balkan Stream" in Betrieb, der von der Türkei und Bulgarien über Serbien nach Ungarn führt, wo russisches Gas in weitere europäische Netze eingespeist werden kann.

Energiepolitisch setzt Erdogan auf die russische Karte, das erste türkische Atomkraftwerk wird komplett vom russischen Staatskonzern Rosatom gebaut. An der türkischen Südküste in Akkuyu bei Mersin entsteht unter russischer Federführung derzeit das neue Vorzeigestück türkischer Modernität, der erste Block soll noch dieses Jahr in Betrieb gehen. Nach Fertigstellung wird das AKW rund zehn Prozent des türkischen Energiebedarfs abdecken, was in etwa dem Verbrauch der Millionenmetropole Istanbul entspricht.

Außergewöhnlich an diesem Projekt ist insbesondere, dass Russland es nicht nur baut, sondern auch alles bezahlt und das AKW hinterher betreibt. Das AKW Akkuyu gilt damit als erstes Projekt

in der globalen Atomindustrie, das nach dem Betreibermodell "Build - Own - Operate" errichtet wird. Die Akkuyu Project Company ist zu 100 Prozent Rosatom, die Kosten werden auf rund 20 Milliarden Dollar geschätzt und es ist vertraglich vereinbart, dass der russische Anteil auch in Zukunft nicht unter 51 Prozent fallen darf. Rosatom bringt auch das Uran in die Türkei und die Atompartnerschaft sieht sogar vor, dass die Russen der Türkei eine Uran-Anreicherungsanlage bauen. Erdogan könnte darin auch eine Option sehen, sich irgendwann den Zugang zu einer eigenen Atombombe zu eröffnen, worüber er durchaus schon laut nachgedacht hat.

Rettungsanker Tourismus droht wegzubrechen

Neben Weizen, Sonnenblumenöl und Erdgas importiert die Türkei aber auch Touristen aus Russland und der Ukraine, wobei Deutschland an zweiter Stelle zwischen den beiden genannten Herkunftsländern rangiert. Nach dem Rückgang des Tourismus aus dem Westen gewannen russische und ukrainische Gäste noch einmal an Bedeutung für die türkische Wirtschaft. Im vergangenen Jahr waren 4,7 Millionen Touristen aus Russland eingereist und für 2022 wurden ursprünglich zehn Millionen Touristen aus diesen beiden Ländern erwartet. Das letzte Wirtschaftspaket Erdogans beruhte darauf, das Bilanzdefizit anhand des Tourismus auszugleichen. Die hoffnungstragende Kalkulation mit den Devisen, die in den Sommermonaten auf diese Weise ins Land fließen sollten, durchkreuzte der russische Angriff am 24. Februar.

Um so mehr sorgt Ankara zumindest dafür, dass die Türkei sogar für sanktionierte Oligarchen zum neuen Refugium wird. Reihenweise legen Yachten reicher Russen in Marmaris und Bodrum an. Auch die zwei Superjachten des russischen Milliardärs Roman Abramowitsch im Gesamtwert von 1,3 Milliarden Dollar haben in der Türkei angedockt, wobei die "Eclipse" sogar eigens aus der Karibik in die sicheren Häfen Erdogans floh. Russische Oligarchen sind nach den Worten des Außenministers Mevlüt Cavusoglu in der Türkei derzeit ausdrücklich willkommen, womit die Sanktionen der EU explizit unterlaufen werden. Und anders als in der EU können russische Besucher an vielen türkischen Geldautomaten mit ihren heimischen Bankkarten weiterhin Geld abheben, was für einen gewissen Zustrom sorgen dürfte.

Zu erwähnen ist aber auch die beträchtliche Tätigkeit türkischer Baufirmen in Russland, wobei das Gesamtvolumen solcher Bauprojekte bald die Marke von 100 Milliarden Dollar erreicht. Vom Lakhta Center in Sankt Petersburg bis zum Federation Tower in Moskau, zwei der höchsten Gebäude in Europa, reicht die türkische Baupräsenz im Partnerland. Diese florierenden Wirtschaftsbeziehungen möchte Erdogan auf keinen Fall gefährden, da ein Wegfall der Geschäfte mit Russland und der Ukraine die Türkei in ihrer labilen Lage empfindlich träfe.

Mit leeren Händen jongliert es sich besser

Mag Recep Tayyip Erdogan angesichts der rasanten Talfahrt der

türkischen Wirtschaft und der dramatisch erodierenden Lebensverhältnisse im Lande mit nahezu leeren Händen dastehen, so versteht er es offenbar um so besser, auch mit drei Bällen zu jonglieren. Er scheint NATO, Russland und die Ukraine derart gegeneinander auszuspielen, dass ihm niemand in die Parade fährt und er einen für ihn unverzichtbaren Anteil der Kriegsbeute einfahren kann. Der türkische Präsident verurteilte die russische Intervention und bekannte sich zur NATO, der er sogar empfahl, entschlossener gegen Moskau vorzugehen. Bei der Suspendierung der russischen Mitgliedschaft im Europarat enthielt sich die Türkei jedoch als einziges Mitglied und sie beteiligte sich als einziger NATO-Staat auch nicht an den Sanktionen des Westens gegen Russland. Zwar wendete die türkische Regierung den Vertrag von Montreux an, der es ihr gestattet, im Kriegsfall den einzigen Schifffahrtsweg vom Mittelmeer ins Schwarze Meer zu sperren. Doch durften russische Kriegsschiffe die Meerenge weiterhin passieren, sofern sie zu ihrem registrierten Heimathafen gelangen mussten. Damit war dieser Schritt eher unspektakulär und als Zeichen zur Unterstützung der Ukraine lediglich symbolischer Natur. So kann Erdogan nun im Gestus des streitschlichtenden Sultans den Rat erteilen, man möge Putin einen "ehrenvollen Abzug" aus der Ukraine ermöglichen. Es sei an der Zeit zu sagen, "jetzt musst du der Architekt des Schrittes sein, der zum Frieden getan werden muss".

Im Februar und damit noch unbeeinflusst vom Krieg in der Ukraine brach die Inflation in der Türkei weiterhin Rekorde. Sie stieg

offiziellen Angaben des Statistikamts zufolge auf 54,55 Prozent, unabhängige Experten bezifferten sie sogar auf 123 Prozent. Die Menschen im Land, von denen 87 Prozent aussagen, kein Auskommen mehr zu finden, neigen Umfragen zufolge in zunehmendem Maße dazu, der Regierung aus AKP und MHP die Rechnung für die verheerenden Verhältnisse zu präsentieren. Am 28. Februar hatte ein Bündnis aus sechs ansonsten sehr unterschiedlich ausgerichteten Oppositionsparteien in Aussicht gestellt, das von Erdogan eingesetzte Präsidialsystem nach Sultansart wieder durch eine parlamentarische Ordnung und die Polarisierung durch Versöhnung zu ersetzen. Dieser Block der von der kemalistischen CHP angeführten Opposition liegt auch ohne die kurdischen Stimmen bereits knapp in Führung, so dass die Regierung nach den Wahlen im Juni 2023 absehbar wechseln müsste.

Dass die Kriegsfolgen auch die türkische Wirtschaft endgültig zerrütten und somit einen Regierungswechsel unvermeidlich machen, ist zwar nicht auszuschließen, aber keinesfalls zwingend. Erdogan wird, zumal im Jubiläumsjahr, das seinen Siegeszug krönen soll, nichts unversucht lassen, das Blatt wie so oft gewaltsam zu wenden. Er hat in der Vergangenheit durch Repression gegen die Opposition und Manipulation des Urnengangs die wichtigsten Wahlen zu seinen Gunsten entschieden oder deren Ergebnisse nachträglich auszuhebeln versucht. Auf regulärem Wege abwählen lassen wird er sich gewiss nicht, wobei die Wahl seiner diesbezüglichen Mittel maßgeblich vom Ertrag seiner

Mission als Friedensstifter abhängen dürfte.

Regierungsnahe Kommentatoren in der Türkei preisen Erdogan bereits als prägende Figur einer neuen Weltordnung, in der die USA und Europa an Einfluss verlieren. Dieser Anflug von propagandistisch befeuerten Größenwahn mag grandios überzogen anmuten, lässt aber umgekehrt auch nicht zwangsläufig darauf schließen, dass der türkische Machthaber längst am Ende ist. Gelingt es ihm, sich als erfolgreicher Vermittler international in Szene zu setzen, könnte ihm dieser Triumph durchaus den nötigen Schub verleihen, an der Heimatfront das jederzeit glimmende Feuer türkischen Nationalstolzes zu entfachen, alle realen Sorgen der Menschen der patriarchalen Einheitsfront wahren Türkentums zu unterwerfen und eine angestachelte Mehrheit um sich zu versammeln, die seiner eisernen Faust zujubelt und allen Gegnern Vernichtung androht. Wer diese Wendung für ausgeschlossen erklärt möge nur bedenken, wie die angesichts der Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe und Coronapandemie in Depression verfallende deutsche Mehrheitsgesellschaft wie aus dem Nichts in kriegsbegeisterte Euphorie ausgebrochen ist, die jede noch so monströse Aufrüstung und Waffenlieferung in Hochstimmung versetzt, wenn es gegen den Angriffskrieger Putin und den Erzfeind Russland geht.

Anmerkungen:

[1] <https://www.tagesspiegel.de/politik/scholz-in-der-tuerkei-ploetzlich-wird-erdogan-zum-gefragten-partner/28162910.html>

(SB) 4. April 2022 - Gut einen Monat nach Beginn des russischen Angriffes auf die Ukraine hat sich die Sprachregelung, dass es sich um einen Krieg "Putins" handle, weitgehend durchgesetzt. Die Personifizierung der Aggression eines Staates ist auf dem Fieberthermometer internationaler Konflikte im Bereich eines akuten Handlungsnotstandes angesiedelt. Dass die NATO sich in diesem Fall zurückhält, um statt dessen die Ukraine zum Wider-

[2] https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Keine-Sanktionen-Erdogan-baut-mit-Putin-lieber-ein-AKW-article23230964.html

[3] <https://www.heise.de/tp/features/Tuerkei-Lost-in-der-Ukraine-Krise-6529398.html>

[4] <https://www.heise.de/tp/features/Putins-Krieg-und-Erdogans-diplomatischer-Triumph-6546130.html>

[5] <https://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei-scholz-trifft-erdogan-doch-der->

Grün gewaschen ...

*Es liegt an dir, der Einberufung nicht zu folgen,
Ich möchte nicht sterben!
Es liegt an dir, der Einberufung nicht zu folgen,
Ich möchte nicht töten!
Denn der, der sterben wird,
Ist der der töten wird.
Vielleicht möchte ich die Weizenfelder sehen,
über Kiew und herunter zum Meer.
All die jungen Menschen in allen Zeiten
marschierten begeistert los um zu sterben ...
The Clash - The Call Up (1980) [1]*

stand aufzurufen und aufzurüsten, muss nicht heißen, dass das Militärbündnis auf Dauer zuschauen wird. Aus den in seinen Hauptstädten und Medien debattierten Eskalationsszenarios geht hervor, dass sie Partei für den angegriffenen Staat nimmt und bei gegebenem Anlass auch aktiv ins Geschehen eingreifen würde. Allein die atomare Bewaffnung Russlands macht die Konsequenzen

Fortsetzung Seite 16

[6] <https://www.jungewelt.de/artikel/421707.krieg-in-der-ukraine-balanceakt-in-ankara.html>

[7] <https://www.golem.de/news/herumlungernde-gefechtskoepfe-neuerdrohnenkrieg-in-der-ukraine-2203-164255-3.html>

[8] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/brief-aus-istanbul/ukraine-krieg-wie-putins-angriff-erdogan-in-bedraengnis-bringt-17864485-p3.html>

einer solchen Eskalation so unkalkulierbar, dass die Büchse der Pandora erst einmal verschlossen bleibt und die Ukraine zu Lasten ihrer Bevölkerung einen Stellvertreterkrieg führen muss.

letzten Jahrhundert ist der Griff nach der eurasischen Landmasse gescheitert, doch das Ende der Geschichte wurde vorzeitig ausgerufen. Wie schon nach dem Jugoslawienkrieg, als Bundeskanz-

mehr Waffen zu produzieren und mehr Krieg zu führen, findet ihren aktuellen Niederschlag in der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für die Verteidigung einer Ukraine, die jedes Recht auf Selbstverteidigung hat, was sie nicht davon abhalten muss, dem Staat des Aggressors in mancherlei Hinsicht ähnlicher zu werden, als es der Glaubwürdigkeit liberaler Freiheitsrhetorik gut täte.



*Gegen Militarismus und Krieg ...
Friedensfahne am Stand der DFG-VK in Heide
Foto: © 2022 by Schattenblick*

Um so schärfer wird auf dem Feld der polemischen Überzeichnung des Gegners geschossen. Von der Pathologisierung des russischen Präsidenten und herabwürdigenden Bezeichnungen aller Art ist es nur ein kleiner Schritt, um mit dem Hitler-Vergleich das Maximum rhetorischer Steigerungslogik zu erreichen. Auf dem Feld geschichtspolitischer Relativierungen die Exkulpation deutscher Kriegsgräueltaten zu betreiben ist das eine, bei einem Kriegseintritt der NATO und Bundesrepublik zugleich den deutschen Diktator und seinen russischen Konterpart im Kampf bezwingen zu können das ganz andere. Zwei mal im

ler Gerhard Schröder bei einer Rekrutenvereidigung im Hof des Berliner Bendlerblocks am 20. Juli 1999 die Losung ausgab, nun gelte es, "Verantwortung für die Menschenrechte zu übernehmen - auch und gerade dort, wo deutsche Armeen in der Vergangenheit Terror und Verbrechen über die Völker gebracht haben" [2], produziert die Negativfolie des deutschen Faschismus einmal mehr das Gute einwandfreier Kriegsvorwände. Die bombenfesteste Haltbarkeit einer Moral, die 27 Millionen auf der Seite der Sowjetunion in Folge des deutschen Eroberungskrieges gestorbene Menschen zum Anlass nimmt,

Im Aufwind der "wertegeleiteten Außenpolitik"

23 Jahre nach dem Angriff der NATO auf Jugoslawien greift Außenministerin Annalena Baerbock nicht minder tief als ihr Parteigenosse und Vorgänger im Außenamt, Joseph Fischer, der 1999 im Kosovo ein zweites Auschwitz verhindern wollte, in den Fundus bellizistischer Moral. Bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie am 18. März kündigte sie an: "Aus unserer Geschichte, aus der deutschen Schuld für Krieg und Völkermord erwächst für uns, erwächst für mich in der Tat eine besondere Verantwortung: Und zwar die Verpflichtung, jenen zur Seite zu stehen, deren Leben, deren Freiheit und deren Rechte bedroht sind." [3]

Dafür gäbe es in dieser Welt zweifellos auch unter zivilen Bedingungen mehr als genug Gelegenheit, etwa durch tätiges Eintreten für eine Form sozialer Gerechtigkeit, die die ökonomischen Gewaltverhältnisse zwischen Staaten weltweit einebnete. So lange dies nicht der Fall ist, werden diese für Millionen Menschen über Leben oder Ster-

ben entscheidenden Unterschiede weiter vertieft - ohne das Erzeugen von Mangel und Not kann kapitalistische Verwertungslogik nicht funktionieren. Wer alles hat und nicht Gefahr läuft, dass ihm alles genommen wird, begibt sich nicht unter die Knute des Lohndiktats, fällt als produktives Mitglied der Arbeitsgesellschaft aus, unterwirft sich keiner staatlichen Autorität.

Um Hunger und Armut nicht als Problem eigener Beteiligung an der Zementierung sozialer Ungleichheit erkennen zu lassen, weisen sicherheitspolitische Perspektiven den Weg zu Maßnahmen, die nach dem Ausschöpfen rechtlicher und diplomatischer Zwangsmittel stets zum Horizont militärischer Gewaltanwendung führen. Das hehre Anliegen, die Schwachen, Ausgebeuteten, Erniedrigten und Getretenen zu verteidigen, muss in seiner Selbstlosigkeit Religionsstiftern wie Jesus überlassen bleiben. Ohne die Erwartung eigenen Gewinns tritt kein staatlicher Akteur in den Ring globaler Gewaltregulation, so er nicht als Opfer eines Aggressors zur Verteidigung genötigt wird. Im Fall einer Sicherheitsdoktrin, die sich anschickt, in asymmetrische Konflikte auf der Seite der Unterlegenen zu intervenieren, weist die Rechnung des Bezwingens eines Feindes der Wertegemeinschaft stets einen nationalen Ertrag aus, der die Frage aufwirft, warum zum Kalkül des Krieges nicht von vornherein Klartext gesprochen wird.

Genau dieses Kalkül soll mit dem Verweis auf eine werteregeleitete Außenpolitik und die daraus möglicherweise resultieren-

de militärische Gewaltanwendung dementiert werden. Deutschland führt Krieg nur aus dem vermeintlich besten aller Gründe, dem moralischen Anspruch, Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen auch und gerade mit Waffen, denn den notorischen Bösewichten dieser Welt ist nicht anders beizukommen. Fernab der Clausewitzschen Regel, Krieg sei "eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", werden die Gründe zu militärischer Gewaltanwendung der Unantastbarkeit normativer Setzungen überantwortet. Die Gewissheit, auf der Seite der Guten zu stehen, bietet maximale Handlungsfreiheit beim Einsatz kriegerischer Gewalt, so dass die jeweilige militärische Bemittlung darüber befinden kann, wer seinem moralischen Imperativ Geltung verschafft.

Diesen mit einem Zitat des verstorbenen südafrikanischen Bischofs und Friedensaktivisten Desmond Tutu zu unterstreichen lässt allerdings Risse an der Fassade ethisch legitimierter Mobilisierung erkennen. "If you are neutral in situations of injustice, you have chosen the side of the oppressor" [4] - wo Tutu an seiner kapitalismuskritischen Gesinnung ebenso wenig Zweifel ließ wie an seiner gegen Kolonialismus und Rassismus gerichteten Haltung, da übt sich auch diese Bundesregierung überall dort, wo kein strategischer Profit zu erwirtschaften ist, in zweckdienlichem Opportunismus.

So wird der Freiheitskampf der KurdInnen kriminalisiert, türkische KommunistInnen werden in Deutschland zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Wäh-

rend türkische Bomben auf das Autonomiegebiet der nordsyrischen KurdInnen fallen, während tausende politische Gefangene in türkischen Knästen schmoren und kritische JournalistInnen um ihre Freiheit und ihr Leben bangen müssen, wird der türkische Präsident Erdogan nicht minder als befreundeter Autokrat hofiert, als es bei den Potentaten in Ägypten, wo die politische Opposition brutal unterdrückt wird, oder Saudi-Arabien, das einen vernichtenden Krieg im Jemen führt, der Fall ist, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Unter einer rot-grünen Bundesregierung 2001 in den Afghanistankrieg eingetreten, nach fast 20 Jahren wieder abgezogen, hinterlassen die NATO-Staaten ein Land in Trümmern, dessen Bevölkerung wieder unter dem Regime der Taliban leidet, dazu aber auch noch einer der schwersten Hungersnöte der letzten Jahrzehnte ausgesetzt ist. Das Land benötigt rund vier Milliarden Euro an humanitärer Soforthilfe, davon ist bislang nur der kleinere Teil zugesagt. Die Bundesrepublik hat 200 Millionen Euro versprochen, was bei 23 Millionen Hungernen ein Tropfen auf den heißen Stein ist, während die US-Regierung mehr als sechs Milliarden Euro des Zentralbankvermögens Afghanistans beschlagnahmt hat. Großzügigerweise soll davon die Hälfte freigesetzt werden für humanitäre Zwecke, während die andere Hälfte zur Entschädigung von Terroropfern weiterhin in US-Gewahrsam bleibt.

Die Hunderte von Milliarden, die in die Aufrüstung der NATO-

Staaten fließen, die mehr als 17 Milliarden Euro, die allein für die Bundeswehr in Afghanistan ausgegeben wurden, beziffern das monetäre Verhältnis von Gewalt- und Lebensmitteln so deutlich, dass lieber nicht darüber geredet wird. Was das Versprechen betrifft, sich um die zurückgelassenen HelferInnen der Bundeswehr zu kümmern, so wurden diese zum großen Teil alleingelassen und müssen um ihr Leben fürchten. Während bereitwillig Flüchtende aus der Ukraine aufgenommen werden, zeigt sich auch diese Bundesregierung zugeknöpft, wenn es um das Leben derjenigen geht, die den Versprechungen der Invasoren auf ein besseres Afghanistan geglaubt haben [4]. Nicht jeder notleidende Mensch ist gleichermaßen willkommen, auch und gerade bei Flüchtenden werden Unterschiede ethnischer Herkunft gemacht. Eine wertegeleitete Außenpolitik verurteilt selbstverständlich jeglichen Rassismus, solange er nicht die eigene Praxis betrifft.

Es ist mithin komplizierter als in der schwarz und weiß tapezierten Welt ideologischer Polarisierung, Freund und Feind so sauber zu sortieren, dass die Rechnung auch in anderen Bündnis-konstellationen aufgeht. Die Fußangeln, die AußenpolitikerInnen zu Fall bringen können, wenn sie das Schild der Werte nicht nur als Machtmittel vor sich hertragen, sondern deren widerspruchsfreie Anwendung durch imperialistische Staatsapparate tatsächlich für möglich halten, sind so zahlreich, dass letzteres eigentlich nur in der Theorie stattfindet. Vor Werten in der Außenpolitik gewarnt hat nicht zuletzt der Realpolitiker

Egon Bahr, der sich als Architekt der höchst erfolgreichen Osteuropapolitik der alten BRD stets im Klaren darüber war, wie schnell er damit in Teufels Küche geraten wäre. Desmond Tutu als moralische Lichtgestalt zur Legitimation einer wertegeleiteten Außenpolitik zu nutzen, könnte denn auch analog zum Vorwurf der cultural appropriation als eine Form ideologischer Aneignung bezeichnet werden.

Ohne programmatische Ambiguität, die der Instrumentalisierung insbesondere an und für sich unteilbarer Menschenrechte Tür und Tor öffnet, sind die Abgründe zwischen Wertefundierung und Interessenpolitik imperialistischer Staatlichkeit nicht zu brücken. Deshalb besteht für Baerbock der Kern einer wertegeleiteten Außenpolitik gerade darin, "gleichzeitig Werte und Interessen - auch wirtschaftliche Interessen - zu verteidigen."

Was vor der Ära postfaktischer Realitäten als Quadratur des Kreises bezeichnet worden wäre, könnte als späte Frucht des von dem langjährigen sicherheitspolitischen Chefstrategen der EU Robert Cooper propagierten "neuen liberalen Imperialismus" verstanden werden. Um offenliegende Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit EU-europäischer Hegemonialpolitik mit einer "rechtbasierten Weltordnung" in Übereinstimmung zu bringen, empfahl er, "sich an die Idee zu gewöhnen, dass Doppelmoral zum Alltag gehört." Begründet wurde die Einladung zur produktiven Anwendung doppelter Standards mit der Notwendigkeit, beim Umgang mit "altmodischeren Systemen au-

ßerhalb des postmodernen Kontinents Europa" auf die "die rauereren Methoden einer früheren Ära zurückzugreifen: Gewalt, Präventivschläge, Betrug und was immer notwendig wird, um mit denen, die noch immer im 19. Jahrhundert leben, zurecht zu kommen. Innerhalb der postmodernen Welt halten sich alle beteiligten Akteure an das Gesetz, doch wenn man den Operationsradius in den Dschungel verlegt, dann gelten auch die Gesetze des Dschungels." [5]

Das ist nur ein Beispiel für postmoderne Lesarten kolonialistischer und rassistischer Suprematie, mit denen der in Anspruch genommene Werteuniversalismus legalistisch flexibilisiert und als zivilisatorische Überlegenheit ideologisch überdeterminiert wird. "Freiheit und Demokratie" sind die zentrale Norm eines weißen Moralismus, dessen Bewaffnung in diversen Kriegen der NATO-Staaten oder ad hoc gebildeter Allianzen wie der "Coalition of the willing" im Irakkrieg blutigste Ergebnisse gezeitigt hat. Dementsprechend unschwer ist die von der deutschen Außenministerin beschworene "Sehnsucht nach Sicherheit" als Motiv zur militärischen Sicherung deutschen Hegemonialstrebens und Wirtschaftswachstums zu dechiffrieren. Sich nicht von der Methodik beirren zu lassen, dass verschiedene Faktoren der Soft und Hard Power miteinander vermengt und moralisch überhöht werden, empfiehlt sich insbesondere für die Reste einer kritischen Öffentlichkeit, die grundsätzliche Einwände gegen die Ausweitung imperialistischer Außen- und Kriegspolitik hat.

Bruchzonen imperialer Konkurrenz

Wer also sind die handelnden Subjekte in diesem Krieg, in dem die Wertegemeinschaft NATO zugleich außenstehende Beobachterin als auch in die treibenden Faktoren des Geschehens zutiefst verstrickte Akteurin ist? Jedenfalls nicht allein die namentlich genannten Kontrahenten Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj, die in Politik und Medien als personifizierte Konfliktparteien fungieren. Auf beiden Seiten sind Bevölkerungen aktiv beteiligt respektive passiv betroffen, deren Vielfalt, in den jeweiligen ideologischen Staatsapparaten kondensiert, am ehesten Aufschluss über die diesen Krieg bestimmenden Gewaltverhältnisse geben. Ihr Interesse, sich auf einer Seite zu positionieren und womöglich dafür das Leben zu geben, muss ernstgenommen werden. Für die individuelle Teilhaberschaft an Staatsprojekten gibt es Gründe, die nicht einfach diktiert werden können, darauf gründen auch Praktiken der Unterwerfung, die bei allem Zwang meist nicht jeden Rest subjektiver Widerständigkeit eliminieren können.

Nach Auflösung der Sowjetunion 1991 wurden die Gesellschaften Russlands und der Ukraine radikalen marktwirtschaftlichen Reformen unterzogen, aus denen die Klasse der neuen Oligarchen als Ausdruck einer ursprünglichen Akkumulation hervorging, mit der in privatwirtschaftlichen Wert gesetzt wurde, was zuvor als staatskapitalistisches Vermögen zumindest nominell dem Wohle der ganzen Bevölkerung gewidmet war. Der Abbau der meisten



*Imperialer Krieg 1 - auf der Flucht vernichtet - "Highway of Death" im Irak 1991. Von US-Kampfflugzeugen zerstörte Fahrzeuge aus Kuwait abziehender irakischer Truppen und Zivilisten
Foto: Capt. R.J. Worsley, Public domain, via Wikimedia Commons*

sozialen Sicherungssysteme wie die Zerstörung insbesondere auf dem Land etablierter Subsistenzstrukturen führte im Ergebnis privater Aneignung dazu, dass die Menschen durch Mangel und Not auf kostengünstige Weise für Lohnarbeit verfügbar gemacht wurden.

Dieser Prozess wäre ohne die Einflussnahme westlicher Kapitalakteure und die Durchsetzung der allein übrig gebliebenen Marktwirtschaftsdoktrin weniger schnell und brutal erfolgt, doch schien dieser Zerstörungsprozess auch ohne die Erschließung eines gigantischen Territoriums für das stets nach Anlagemöglichkeiten suchende Investivkapital unausweichlich gewesen zu sein. Der implodierende Sozialismus hatte ein Vakuum hinterlassen, in dem sich sozialdarwinistische Energien frei entfalten konnten und das in erster Linie nationalistische und staatsautoritäre Zukunftsentwürfe begünstigte, nicht zuletzt

weil die Sicherung sozialökonomischer Mindeststandards den schnellen Anschluss an weltwirtschaftliche Handelsverhältnisse erforderlich machte.

Das Einschwören der Bevölkerungen auf einen strikt antikomunistischen Kurs, der nicht nur die Stalin-Ära, sondern auch den revolutionären Aufbruch 1917 als historischen Fehler verwarf, ließ wenig Raum für die Formierung einer Linken, die dem Vermächtnis der Sowjetunion neue emanzipatorische Potentiale hätte abringen können. Während die liberale Demokratie aufgrund der verheerenden sozialen Folgen der mit ihr identifizierten ökonomischen Transformation schnell an Ansehen verlor, boten die SachwalterInnen nationalchauvinistischer Ideologien Lösungen an, die das Verhältnis Russlands zu einer zusehends auf EU und USA orientierten Ukraine insbesondere nach dem Machtwechsel auf dem Euromaidan 2014 und dem

Sezessionskrieg gegen die abtrünnigen Gebiete Donezk und Lugansk negativ verschärfte.

Spricht der russische Präsident bei der Ukraine von einer Art "Anti-Russland", dann legt er damit nicht nur Verrat an russischer Hegemonie nahe, sondern spricht auch die Herausforderung an, die aus einer der Integration in die Einflussosphäre der EU geschuldeten Modernisierung des Landes für die Russische Föderation entstehen könnte. Nicht nur das Vordringen der NATO an Russlands Grenzen, auch die liberale Transformation der Ukraine unter dem Einfluss westlicher Kapitalinvestitionen hätte der russischen Bevölkerung gesellschaftliche Optionen vor Augen geführt, die das soziale Aufbegehren im Land verstärken könnte. So wurde der Raubzug der 1990er Jahre von dem durch den damaligen Präsidenten Boris Jelzin handverlesenen Nachfolger Wladimir Putin zwar beendet, aber nicht aufgehoben. Sein Arrangement mit den Transformationsgewinnern, das diesen zum Preis politischer Enthaltsamkeit Nichteinmischung in ihre Geschäfte versprach, drängte die schlimmsten soziale Auswüchse des entfesselten Neoliberalismus zurück. Doch die aus der Rohstoffrente abgezweigten sozialen Zugeständnisse konnten die herrschenden Klassenwidersprüche nicht ohne Einschränkung demokratischer wie ökonomischer Entwicklungsmöglichkeiten befrieden.

Die Festlegung auf eine agrarische, fossile und mineralische Ressourcen extrahierende Volkswirtschaft, als dessen industriell am meisten entwickelter Sektor die Rüstungsindustrie heraus-

stach, hatte eine gesellschaftliche Blockierung zur Folge, die als potentiell einfallstürzend für die ExponentInnen einer Modernisierung nach westlichem Vorbild die anwachsende Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Initiativen und linksoppositioneller Bewegungen erforderte. Was von diversen AutorInnen als bonapartistische Regime ausgewiesen wird [6], ist leichter angreifbar als die liberalen Gesellschaften der EU. Diese können in höherem Ausmaß gesellschaftliche Kohärenz erzeugen, weil sich ihre Funktionsebenen besser darauf verstehen, die Klassenantagonismen und Gewaltverhältnisse kulturindustriell zu moderieren, durch Subjektivierungsprozesse zu individualisieren und durch eine extraktivistische Wohlstandsproduktion zu befrieden.

Nachdem 1991 über 80 Prozent der Bevölkerung die Unabhängigkeit der Ukraine befürwortet haben, wurde dieses auf den Bruchzonen imperialer Interessen liegende Land von drei Seiten, der EU und den USA westlicherseits, Russland östlicherseits und den Krisengebieten im Kaukasus im Süden, erheblichem geostrategischen Druck ausgesetzt. Durch die stark anwachsende staatliche Verschuldung insbesondere nach der Finanzkrise 2008 geriet die Ukraine unter das Diktat der internationalen Finanzinstitutionen wie westlicher Kreditoren, die die Auspressung billiger Arbeitskraft und die Privatisierung insbesondere der Agrarwirtschaft mit der rabiatischen Durchsetzungskraft vollzogen, die für das neu zu erobernde Territorium der osteuropäischen Transformationsstaaten üblich war. Ohne die Rücken- deckung äußerer Akteure wäre

die Herrschaft der ukrainischen Oligarchen, die die Politik des Landes bis heute maßgeblich bestimmen, vor allem dann nicht durchsetzbar gewesen, wenn sich eine starke soziale Opposition herausgebildet hätte.

Dies zu verhindern war nicht nur Aufgabe der rechtsradikalen Fußtruppen der großen Kapitalfraktionen in der Ukraine. Ein insbesondere nach 2014 um sich greifender Nationalchauvinismus sorgte für die erfolgreiche Anwendung der Strategie des Teilens und Herrschens. Das gilt für beide Konfliktparteien, so dass der jeweils gegen den anderen gerichtete Vorwurf des Nazismus ebenso sehr ein Mittel zum Zweck der Vertiefung ethnischer und nationaler Feindseligkeit ist, als er bei bestimmten Akteuren auch inhaltlich zutrifft. Vor allem jedoch steht die sich antifaschistisch gebende Bezichtigung, es auf der anderen Seite mit Nazis zu tun zu haben, nicht selbstverständlicherweise dafür, ein emanzipatorisches oder gar sozialrevolutionäres Anliegen zu verfolgen. Klassenfragen werden bestenfalls unter dem Begriff der Korruption verhandelt, und wo linksradikale Oppositionelle den Kopf heben, werden sie auf beiden Seiten der Front als Vaterlandsverräter stigmatisiert und kriminalisiert. [7]

Auch in der Bundesrepublik nimmt die staatliche Repression zu, doch noch werden antagonistische Bewegungen eher ausgegrenzt und stigmatisiert, als mit langjährigen Haftstrafen belegt. Das gibt es, aber nicht auf Massenbasis, wiewohl eine derartige Repressionspraxis stets am Horizont des staatlichen Gewaltmonopols droht. Die gewaltsame

Unterdrückung der sozialen Opposition und weitreichende Einschränkung der Pressefreiheit, wie derzeit in Russland praktiziert, tragen einem hohen Widerspruchspotential Rechnung, das nicht zur Geltung gelangen soll. In der Ukraine wiederum werden linke Parteien verboten, Roma verfolgt, nichtweiße Menschen diskriminiert und eine regionale Gewaltherrschaft rechter Milizen akzeptiert. Unter den 400.000 dort lebenden Roma sollen 10 bis 20 Prozent über keine gültigen Personaldokumente verfügen oder lediglich alte sowjetische Papiere besitzen, was auch zu Schwierigkeiten bei der Flucht führen kann. In beiden Staaten gibt es zudem starke Bestrebungen, patriarchale und heteronormative Werte durchzusetzen, was davon abweichenden Menschen kaum eine andere Wahl lässt als ins Ausland zu gehen oder sich gegen die jeweilige Regierung zu stellen.

Staaten führen Kriege, Menschen sterben darin

Von Russland oder der Ukraine zu sprechen, wenn es um die Benennung der Kriegsparteien gilt, ist auf jeden Fall zutreffender, als die feindlichen Brüder Putin und Selenskyj ins Schwarz-Weiß-Schema von Böse und Gut einzuordnen. Wenn der Berichterstattung zu glauben ist, können sich beide Regierungen der mehrheitlichen Unterstützung ihrer Bevölkerungen sicher sein, was die Wahrscheinlichkeit eines langen Krieges vergrößert und den Kreis der AnsprechpartnerInnen einer internationalen Antikriegsbewegung kleiner macht. Sich in diesem Krieg als dritte Partei auf die



*Imperialer Krieg 2 - Grozny im zweiten Tschetschenienkrieg im März 1995
Foto: Georges DeKeerle & Alireza numberone, CC BY-SA 4.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>],
via Wikimedia Commons*

Seite einer Regierung zu stellen, ist dennoch fatal, wird damit doch die Teilhabe an Herrschaftsinteressen reklamiert, die auch im Fall der von kriegerischer Aggression betroffenen Ukraine virulent sind.

Einmal unterstellt, dass es NATO und EU nicht nur um die Integration der Ukraine in ihre Einflussphäre, sondern die Schwächung der staatlichen Integrität Russlands und die langfristige Festlegung des Landes auf die Rolle eines von transnationalen Kapitalen bewirtschafteten Rohstofflieferanten geht, dann ist die Bevölkerung der Ukraine gleich mehrfach betroffen. Durch Russland in Form eines Krieges, der die Frage aufwirft, wieso sich die russischen Streitkräfte nicht auf Donezk und Lugansk als Operationsgebiet beschränkt haben, was unter dem Titel einer Verteidi-

gung dieser Regionen gegen Angriffe der ukrainischen Streitkräfte die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in Kampfhandlungen weitgehend verhindert hätte, ohne den NATO-Staaten in die Hände zu spielen.

Für Russland ist der Vergleich mit dem Ende der Sowjetunion, das mit der Besetzung Afghanistans und der Rekrutierung der Mujaheddin insbesondere durch die US-Regierung für den Kampf gegen die Okkupanten eingeleitet worden sein soll, nicht ganz entlegen. Dieser Verdacht liegt auch nahe, weil die Vorbereitung der Ukraine auf eine Kriegsführung nach Partisanenart durch die NATO in Form erheblicher Geldmittel, umfassender Rüstungslieferungen und des Einsatzes darauf spezialisierter AusbilderInnen seit Jahren im Gang ist. [8]

Die langfristige geopolitische Einkreisung Russlands durch die NATO, die Aufrüstung der ukrainischen Bevölkerung im Vorfeld des 24. Februars und die Einflussnahme westlicher Vorfeldorganisationen und Finanzakteure auf die ukrainische Zivilgesellschaft als bloße Verschwörungserzählung zu denunzieren ist wenig plausibel. Zweifellos ist der Angriff Russlands so verwerflich wie jede kriegerische Aggression. Zu bestreiten, dass die Bevölkerung des Landes auch für NATO, EU und USA blutet, ist vor allem dann wenig glaubwürdig, wenn die Empörung über diesen Angriffskrieg von weitreichender Ausblendung eigener Aggressionen in aller Welt begleitet wird. Auch wenn dies für die doppelte Buchführung des "wohlwollenen Imperialismus" kein Problem darstellt, so bleibt der von den USA befürwortete und unterstützte Krieg im Jemen, der fast 400.000 Menschen das Leben gekostet und eine humanitäre Katastrophe epochalen Ausmaßes ausgelöst hat, ein unauflösbarer Widerspruch für den Anspruch auf Gleichbehandlung aller Menschen und Staaten.

Katar, das nun unter Einpreisung von Menschenrechtsverletzungen, die für eine wertegeleitete Außenpolitik inakzeptabel sein müssten, als Ersatzlieferant für Russland im Gas- und Ölsektor hofiert wird, könnte nicht besser demonstrieren, dass die Frage, wer gerade als Bösewicht durchs mediale Dorf getrieben wird, kaum inhaltlicher Art ist, sondern vor allem mit strategischen Zwecken beantwortet wird. So begründete der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff die Reise des Wirtschaftsminis-

ters Robert Habeck nach Katar mit der Notwendigkeit, den Standort Deutschland ökonomisch voranzubringen, weil sonst auch kein Sondervermögen im Umfang von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr finanzierbar wäre. "Mittelfristig bleibt unsere Werteorientierung, die übrigens auch nicht Interessen ausblendet, also keine naive Außenpolitik ist, erhalten, aber natürlich ist in der kurzen Frist angesichts dieses dramatischen Ereignisses in Osteuropa eine andere Herangehensweise jetzt nötig." Diese "pragmatische" Herangehensweise sei vor dem "Hintergrund einer zeitlich differenzierten Betrachtung auch zu rechtfertigen." [9]

Sprich die Prioritäten einer wertegeleiteten Außenpolitik variieren je nach Zeitpunkt und Situation nach der Maßgabe, stets den größten Vorteil für die Bundesrepublik zu erwirtschaften. Das ist schlichte Interessenpolitik, und das Verschieben perspektivischer Parameter zur Einlösung nämlicher Werte könnte den Vorwandscharakter dieses ethischen Anliegens nicht besser dokumentieren. Letztlich handelt es sich um eine Frage des Blickwinkels, die Sache kann so oder auch anders gesehen werden, postmoderne Konsistenz und liberaler Voluntarismus ergänzen sich aufs Beste, was den Opfern kriegerischer Vernichtung den Trost schenkt, dass ihr Sterben dem Legitimationsgetriebe Deutschlands immerhin einige pflichtschuldige Pirouetten wert ist. Wer eine in sich widersprüchliche Regierungspolitik mit machiavellistischem Winkeladvokatenrecht rechtfertigt, nimmt dann auch gerne die Entstehung populistischer Bewegungen in Kauf.

Wie sehr der Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen die russische Invasion auch heroisiert wird, bleibt doch die Frage, für wann die MilizionärInnen und SoldatInnen eigentlich ihr Leben aufs Spiel setzen. Der blau-gelbe Nationalpathos, der auch auf den Straßen und in den Medien der Bundesrepublik den Ton angibt, lässt den Klassencharakter der ukrainischen Gesellschaft so gründlich außer Acht, wie vergessen wird, dass Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine in die Bundesrepublik kamen, auch noch dankbar dafür sein sollten, sich als besonders billige Arbeitskräfte ausbeuten zu lassen. Sie standen bisher im Gefälle europäischer Lohnniveaus ganz unten, wie das Beispiel der privaten Hauspflege zeigt, wo polnische PflegerInnen für die Zeit, die sie im Dienst deutscher Pflegebedürftiger verbrachten, zur Pflege ihrer bedürftigen Angehörigen in Polen UkrainerInnen anheuerteten.

Wie für Nationalökonomien der Semiperipherie typisch hat sich in der Ukraine auch ein großer Arbeitsmarkt für biologische Dienstleistungen wie die der Leihmutter-schaft etabliert [10]. Dass Menschen aus ökonomischem Druck dazu genötigt werden, sich nicht nur auf dem konventionellen Markt für Lohnarbeit zu verdingen, sondern die eigene Physis etwa durch Organentnahmen, Arzneimittelversuche oder Sexarbeit verwertbar zu machen, ist ein typisches Merkmal für sogenannte Transformationsstaaten, denen langfristig die Aufnahme in die EU in Aussicht gestellt wird, die sich bis dahin jedoch ohne Mitspracherecht den Maßgaben EU-europäischer Privatisierungs- und Austeritätspolitik zu beugen haben.

Es gibt mithin viele gute Gründe, sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine zu zeigen, nicht jedoch mit einem Staatsprojekt, dass im kriegerischen Kampf der Imperien und ihrer Vasallen auf einer Seite fest verortet ist. Die Ukraine ist kein sozialistischer Staat, der von einem äußeren Aggressor angegriffen wird, weil er der Welt die Möglichkeit vor Augen führt, wie sich ohne Ausbeutung von Mensch und Natur leben lässt. Ein Versuch dieser Art, die in Nordsyrien praktizierte Selbstorganisation Rojawas, findet keinen Beifall durch die ideologischen Staatsapparate in aller Welt, sondern fällt deren strategischen Interessen regelmäßig zum Opfer. Das gilt auch für Russland, das lieber mit der Türkei Geschäfte macht, als für den Schutz dieses Sozialexperiments einzutreten.

Die Abgründe neuer Blockbildung

Dreiunddreißig Jahre nach dem Mauerfall ist das Blockdenken zurück. Der demokratische "Westen" gegen den autoritären "Osten". Autoritäre Allianzen im "Westen" treten in den Hintergrund, Kritik an den chronischen Schattenseiten liberaler Demokratie verstummen zusehends. Staaten werden umarmt, denen noch vor kurzem Rechtsstaatlichkeit und Demokratie abgesprochen wurden. Sie gehören wieder zum demokratischen Wir. Mit dem Krieg in der Ukraine wird Autoritarismus im "Westen" auf das Putin-Regime externalisiert. Dabei breitet sich autoritärer Populismus seit langem in Europa aus, inmitten der liberalen Demokratie, in sich als illiberal be-



Imperialer Krieg 3 - Protest gegen die Aufrüstung Saudi-Arabiens im Jemen-Krieg durch Großbritannien, Aktivistin der Women in Black verteilt Flugblätter.

Foto: Alisdare Hickson from Canterbury, United Kingdom, CC BY-SA 2.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0], via Wikimedia Commons

zeichnenden Staaten, aber nicht nur dort.

Isabell Lorey - Kriegerische Männlichkeit und autoritärer Populismus [11]

Wenn von militärischer und staatlicher Gewalt betroffenen Flüchtenden nichtweißer Herkunft nicht die gleiche Empathie zuteil wird wie den Kriegsoffern in der Ukraine, wenn Solidarität selektiv geübt und dem ursprünglichen Begriffskontext des sozialen Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung enthoben wird, dann liegt der Verdacht nahe, es mit der politischen Instrumentalisierung grundmenschlicher Praktiken des aktiven Mitgeföhls und Füreinandereinstehens zu tun zu haben. Dieser Verdacht vertieft sich, wenn im Ergebnis mehr Zerstörung, mehr Not und mehr Mangel erzeugt werden. Es hätte durchaus Möglichkeiten gegeben,

diesen Krieg zu verhindern, kurzfristig durch Zugeständnisse an Russland und die Einstellung der Ausdehnung der NATO, auf längere Sicht durch eine eigenständige Sicherheitspolitik der EU und die Aufkündigung des Nordatlantikvertrages als unzeitgemäßes, dem Kalten Krieg entspringendes Bündnis der Blockkonfrontation.

Zur Eskalation eines Konfliktes gehören immer zwei Seiten, das gilt insbesondere im Fall einer das Militärpotential Russlands mehrfach übersteigenden Hochrüstung der NATO-Staaten. Der russische Präsident hat viele Jahre von sich aus auf geopolitischen Ausgleich mit NATO und EU gedrängt, was schon deshalb nicht erstaunlich ist, weil er als Jelzins Wahl für das Amt des Präsidenten und bekennender Antikommunist über jeden Verdacht erhaben ist, den Realsozialismus der Sowjetunion

oder den Kriegskommunismus der Bolschewiki wiedererstehen zu lassen. Wie sehr Putin auch ethnonationalistischer Ideologie und großrussischer Ambition verfallen sein mag, er ist nicht zuletzt als ehemaliger Geheimdienstler und Staatsbürokrat so berechenbar und rational, dass er die Rechnung imperialer Größe stets mit dem Wirt mächtiger Staatenkonkurrenz gemacht hätte, sprich einem Ausgleich hegemonialer Interessen lange Zeit zugänglich war.

Wenn Putin nun als das fleischgewordene Böse überzeichnet wird und als russische Nemesis dem antislawischen Rassismus Zunder geben darf, dann ist diese demagogische Disposition auf der Seite derjenigen, die mit Despoten wie Javier Bolsonaro oder Recep Tayyip Erdogan noch nie Probleme hatten, Gewaltherrschern wie Mohammed bin Salman und Abdel Fatah El-Sisi gerne ihre Aufwartung machen und einen misogynen Rassisten wie Donald Trump zumindest demütig ertragen, ebenso der Zweckratio eigenen Erfolgsstrebens wie populistischer Feindbildproduktion geschuldet. Nie war Putin so nützlich wie heute, als er vergessen macht, dass er kein Monopol darauf hat, "wahre Patrioten von Abschaum und Verrätern" [12] zu unterscheiden.

Dieser an die Gegner des Einmarsches in die Ukraine gerichtete Anwurf, das über die Presse verhängte Verbot, diesen Krieg als Krieg zu bezeichnen, das bis zu 15 Jahre lange Wegsperrungen antimilitaristischer AktivistInnen sind zweifellos extrem harte Maßnahmen zur Unterdrückung der inneren Opposition. Doch

auch in NATO-Staaten finden sich viele Beispiele dafür, dass im kriegerischen Ernstfall mit Folter, Polizeimord und Lagerhaft gegen Menschen falscher Gesinnung und Hautfarbe vorgegangen wird.

Als liberal geltende Staaten lassen sich bei der Maßregelung sozialen Widerstands nicht gerne rechts überholen, das mussten die Gilets Jaunes in Frankreich ebenso erleben wie die Black Panther Party in den USA, das haben irische RepublikanerInnen in UK und türkische KommunistInnen in der BRD leidvoll erfahren müssen. All das wird angesichts anwachsender Breitenwirkung des autoritären Populismus rechtsradikaler und staatskonformer Provenienz nicht besser, sondern erhält den Charakter eines Moments zur Durchsetzung herrschender Interessen, was im eskalierenden Krisenzyklus vor dem Problem steht, mit immer mehr Widerstand aus verschiedenen Richtungen der Bevölkerung konfrontiert zu werden.

Zwar gibt sich die Mobilisierung für die Verteidigung der Ukraine besonders menschlich und ist es bei karitativem Engagement wie der Aufnahme Flüchtender auch. Der Rückenwind des erhebenden Gefühls, auf der richtigen Seite zu stehen und in Übereinstimmung mit der eigenen Regierung Widerstand gegen einen faschistischen Diktator leisten zu können, wird aber auch vom Feuer des Weltenbrandes angefacht. Den Sprung von der seit Jahrzehnten präsenten, zum Standardreertoire ziviler Lebensrisiken gehörenden nuklearen Bedrohung zur willkürlich provozierten Wahrscheinlichkeit eines atomaren Schlagabtauschs zu vollziehen ist

heute ein Allerweltsphänomen. Der als politischer Denker geltende Schriftsteller Denis Yücel, die mit kühler Professionalität argumentierende Journalistin Gesine Dornblüth, der höchst erfolgreiche Spitzenmanager Mathias Döpfner - sie und viele mehr eint die Bereitschaft, einen Kriegseintritt der NATO nicht von vornherein auszuschließen, sondern sehenden Auges das Feld ohne Wiederkehr zu betreten.

40 Jahre, nachdem über 300.000 KriegsgegnerInnen im Bonner Hofgarten gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstriert haben, sind die deutschen StaatsbürgerInnen in einem Land mit Atomkriegsagenda aufgewacht. Nationale Souveränität und aggressives Wirtschaftswachstum haben einen Preis, der bei einem der weltweit führenden Industriestaaten und Technologiestandorte mit radioaktiv strahlenden Zahlen beziffert werden soll. Das Vorhaben der Bundesregierung, im Rahmen der geplanten Aufrüstungsoffensive auch atomwaffenfähige Kampfbomber anzuschaffen, bedarf der demonstrativen Willensbekundung, sie einsetzen zu wollen. Keine militärische Drohkulisse entfaltet Wirkung ohne die Annahme, es handle sich bei dem aufgebotenen Vernichtungspotential nicht um eine Attrappe, sondern ein reales Machtmittel.

Kontext statt Content

Gegen die weitere Militarisierung der Bundesrepublik mit kritischen Nachfragen Einwände zu erheben wird in sozialen Netzwerken häufig mit dem jede Diskussion abrupt beendenden Neologismus



Am Rande der Aktionskonferenz des Bündnisses Rheinmetall entwaffnen am 26. März 2022

Foto: © 2022 by Brandfilme

"Whataboutism" quitiert. Allein Vergleiche zu den Kriegen der NATO zu ziehen, um den einseitig auf Russland zielenden Moralismus in Frage zu stellen, ist ein solcher. What about Iraq, what about Vietnam, what about Trump - es gibt keine Analogie, die sich nicht als "Whataboutism" im Limbus der Verwerflichkeit entsorgen ließe. Diese Kommunikationsstrategie ist auch unter sich als links verstehenden Menschen gang und gäbe, obwohl sie im Kern nichts weiter als die Negation unbequemer Fragen und damit eine klassische Form von Zensur und Sprechverbot betreibt. Als Symptom einer doktrinären Stigmatisierung missliebiger Positionen steht diese Sprechpraxis für die hochgradige Bereitschaft politisch aktiver Menschen, das Gehirn beim Anschalten des Bildschirms abzustellen, um sich guten Gefühlen

hingeben zu können, deren aggressiver Stachel stets bereit ist, die Störung des Friedens der JaserInnen schmerzhaft zu ahnden.

Wo die Einbettung spektakulärer Ereignisse in ihren politischen und historischen Kontext verhindert wird, soll affirmative Ideologie an die Stelle herrschaftskritischer Fragen treten. Um die hochgradige Zustimmung einer Bevölkerung zu politischen Entscheidungen, die ins eigene Fleisch schneiden - auch einkommensarme US-RepublikanerInnen sind gegen die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, selbst wenn sie die eigenen Arztrechnungen nicht bezahlen können, weil eine solche Sozialleistung ihre Freiheit beseitigt - zu erklären, wird häufig eine angeblich totale mediale Manipulation bemüht. Wer damit kundtut, es besser zu wissen, vollzieht die paternalistische Bevormundung angeblich ohnmächtiger RezipientInnen von Propaganda, die er den Medien anlastet,

von der Warte eigener Deutungshoheit aus. Sich von Indoktrination zu emanzipieren ist jedem Menschen möglich, wenn nur die Bereitschaft besteht, sich womöglich außerhalb jeglichen sozialen und politischen Konsenses zu stellen. Eben das ist beim Schmähruf "Lügenpresse" nicht der Fall, diese WutbürgerInnen wollen lediglich andere Formen der Herrschafts- und Wahrheitsproduktion etablieren, anstatt sich von jeder Bevormundung zu befreien.

Auch zum Krieg in der Ukraine lassen sich in sozialen Netzwerken umfassende und differenzierte Berichte aus subjektiver Perspektive finden, die die Unterstellung, die Menschen würden ohnehin nach Strich und Faden belogen, als geschlossenes System zirkelschlüssiger Selbstvergewisserung erkennen lassen. Das ist so legitim wie jede andere Flucht vor den Schmerzen der Wirklichkeit auch, nur geraten die Menschen leicht aneinander,



Aufruf zum Ostermarsch der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK)

Foto: © 2022 by Schattenblick

wenn sie versuchen, die eigene Wahrheitsproduktion zu verallgemeinern.

Auf einer Online-Konferenz der britischen Stop The War Coalition, die stets gegen die Angriffskriege der NATO auf die Straße gegangen ist und auch jetzt nicht mit Kritik an der Militärallianz spart, wurde zum Beispiel die Frage, wie eine von Sprache und

Kultur des Aggressors geprägte Bevölkerung für dessen Sache gewonnen werden soll, erörtert. Dazu berichtete die ukrainische Juristin Oxsana Solomou aus London über ihre Heimatstadt Chernigov im Norden der Ukraine. Dort haben ihre Eltern die ersten zwei Wochen des Krieges verbracht, und sie unterhält weiterhin enge Kontakte zur ihren dort lebenden FreundInnen und Verwandten.

80 Prozent der Bevölkerung dieser nahe an den Grenzen zu Belarus und Russland gelegenen Stadt mit 285.000 EinwohnerInnen

sprechen russisch als erste Sprache. Aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit in der Sowjetunion sei die soziale Integration der Menschen in allen drei Ländern sehr groß. Für die Bevölkerung Chernigovs sei es schlicht unfassbar und unvorstellbar gewesen, dass ihre Freunde und Verwandten plötzlich auf der anderen Seite der Front stehen und auf sie schießen würden. 60 Prozent der zivilen Infrastruktur der Stadt seien zerstört worden, darunter Schulen, Krankenhäuser, Apotheken, Büchereien und das Stadion. Dazu sei es nicht einmal im Zweiten Weltkrieg gekommen. 40 Prozent der privaten Häuser und Wohnungen seien nicht mehr bewohnbar. Alle Brücken seien bombardiert worden, es gebe keine Verbindung mehr zu anderen Landesteilen.

Alle hätten in der Sowjetunion gemeinsam gegen die deutschen Eroberer gekämpft, so als PartisanInnen, die Seite an Seite lebten und starben. Neun Millionen UkrainerInnen ließen in diesem Krieg ihr Leben. Als Mitarbeiterin einer internationalen Anwaltskanzlei in Moskau habe sie ein erschreckendes Ausmaß an Regierungspropaganda erleben müssen. Wer wie die KollegInnen in der Kanzlei aufgrund ihrer Auslandskontakte und -reisen besser Bescheid wüsste, beantworte keine ihrer Fragen aus Angst vor Verfolgung. Selbst ihre in Russland lebende Tante habe ihr mitgeteilt, dass sie aus Angst nicht frei sprechen könne, und sie gebeten, nicht mehr über den Krieg zu reden. Allein das Wissen darum, manipuliert zu werden, kann mithin auch Handhabe dazu sein, dagegen vorzugehen. [13]

Nationalistische Kollektivschuldthese

Der die Republik in Beschlag nehmende Aufruf zur Unterstützung der Ukraine mit zivilen wie militärischen Mitteln eint die Nation und hat ein Ventil für Missliebigkeiten aller Art geschaffen. Die pauschale Diffamierung nicht nur Putins, sondern all dessen, was mit Russland assoziiert wird, bedient einen Moralismus, der sich klebrig auf die sozialen Beziehungen legt und sie mit dem Verdacht vergiftet, der andere weiche womöglich von der herrschenden Freund-Feind-Doktrin ab. Schon kleine Hinweise darauf, dass dieser Krieg vielleicht etwas differenzierter bewertet werden könnte und die NATO-Staaten an seiner Entstehung nicht unbeteiligt seien, reichen dazu aus, das gegenseitige Misstrauen zu vertiefen und womöglich langjährige Freundschaften aufzukündigen. Das aus den Hochzeiten der Angst vor Covid bekannte Phänomen bis zur Feindseligkeit erfolgreicher Polarisierung wiederholt sich auf der nächsthöheren Ebene, was durchaus die Frage aufwirft, ob es sich bei diesem Phänomen nicht um ein strukturelles Herrschaftsmittel handelt.

Der gegen KünstlerInnen und AutorInnen aus Russland gehegte Gesinnungsverdacht und die daraus resultierenden Absagen von Auftritten und Kündigungen von Arbeitsverhältnissen erfüllen alle Kriterien dessen, was mit dem Vorwurf, in Deutschland würde mit moralischem Rigorismus eine woke Cancel Culture bedient, seit Jahren behauptet wird. Von den Stimmen, die dies lautstark taten, ist inzwischen nicht mehr viel zu

*Mein ganzes Leben
habe ich gelernt, die Russen zu hassen.
Wenn wieder Krieg ausbricht,
dann sind sie es, gegen die wir kämpfen müssen,
die wir zu hassen und zu fürchten haben,
vor denen wir wegrennen und uns verstecken,
und all das tapfer zu ertragen,
mit Gott auf meiner Seite.*
Bob Dylan - With God On Our Side (1964) [14]

hören. Die Forderung, als Nation gemeinsam gegen den äußeren Feind zu stehen, ihn also auch im Innern auszugrenzen, scheint der neoliberalen und nationalkonservativen Rechten Aufwind bei der Verfolgung jener Stimmen zu geben, die im Geiste der neuen Kriegsbereitschaft als unpatriotische VaterlandsverräterInnen gebrandmarkt werden können. Der Liberalismus transformiert sich an seinem Feindbild und wird ihm immer ähnlicher, Unterwerfung unter nationale Souveränität ist das Gebot der neuen Blockbildung, die keine Klassen, sondern nur noch Deutsche, US-AmerikanerInnen und EU-EuropäerInnen kennt.

Die auf Dauer gestellte Schockoffensive fügenlos aufeinander folgender Krisen greift tief in die Befindlichkeiten und Mentalitäten der Arbeitsgesellschaft. Ihre Subjekte sollen verfügbarer für ihnen fremde Zwecke denn je gemacht werden, steht doch ein globales Notstandsmanagement auf dem Programm, das jedem einzelnen Opfer wie im Krieg abverlangt. Wurden Klima- und Naturschutz zuvor zumindest nominell als Angelegenheit des ganzen Planeten betrachtet, nicht ohne zugleich nationalen Wachstums- und Gewinnzielen unterworfen zu werden, so wird nun mit der Alternativlosigkeit eines langfristigen Projekts imperialen Macht-

strebens darüber befunden, was daran produktiv gemacht werden kann und was auf den Abfallhaufen sozialökologischer Schranken und anderer Hindernisse uneingeschränkter Kapitalakkumulation gehört.

So liegt der tiefere Sinn des neuen Schlagwortes "Freiheitsenergien" - ursprünglich eine Begriffsbildung zur ideologischen Aufladung fossiler Energieproduktion - darin, das Frieren und Hungern akzeptabler zu machen, das aus der kriegsökonomischen Neuaufstellung des Standortes Deutschland resultieren wird. Auch die Einschränkung des Konsums tierischer Lebensmittel folgt einer Ratio des Mangels, der die Subjektivität und Unverletzlichkeit jedes Lebewesens nicht ferner liegen könnte, geht es doch um die Konfrontation mit Russland und seiner Agrarindustrie. Es war der russische Schriftsteller Leo Tolstoi, der den Satz geprägt hat: "Solange es Schlachthöfe gibt, wird es auch Schlachtfelder geben" - ein Grund mehr, ihn nationalpathologisch zu denunzieren.

Regieren mit Angst und Hass - die Agenda gouvernementaler Innovationslogik ist auf den ganzen Menschen ausgerichtet, der sich selbst als Ressource nationaler Ermächtigung begreifen und bewahren soll. Was könnte dessen

Widerstand gegen das Gebot ihm fremder Zwecke und Ziele besser überwinden als der akute Handlungsnotstand eines Krieges, den nicht zu führen und doch zu betreiben den Arbeitsmodus des Imperialismus im Zustand friedlicher Neutralität charakterisiert. Auf das Mittel repressiver Gewalt muss nur an seinen ideologischen Rändern zurückgegriffen werden, weil die Intelligenz verhaltensökonomischer Motivationskontrolle, arbeitstechnischer Rationalisierung und biophysischer Optimierung massenhafte Zustimmung zur eigenen Unterwerfung erzeugt.

Geschlechterverhältnisse entmilitarisieren

Die autoritäre maskulinistische Führerfigur eines Wladimir Putin ist nur die Spitze dieses kriegerisch-maskulinistischen Identitarismus im Namen eines vermeintlich geeinten nationalen "Volkes". Wolodymyr Selenskyj wird als Gegenfigur stilisiert, ihm wird die Rolle des "tragischen Helden" zugedacht: Der zum ukrainischen Präsidenten gewählte Comedian würde durch den von Russland aufgezwunge-

nen Krieg dazu genötigt, "Gewalt zum notwendigen Übel" zu machen. Seine Inszenierung von Männlichkeit zeigt ihn heldenhaft, demütig, verwundbar, fordernd. Putin dagegen gilt als kaltes oder verrücktes Monster. David gegen Goliath - die doppelte Männlichkeit der Krieger. Die bei Selenskyj gefeierte Maskulinität ist nicht weniger umfassend kriegerisch, gerade wenn er immer wieder, in vielen nationalen Parlamenten und der UN-Versammlung via live-Video zugeschaltet, nicht nur Waffenlieferungen, sondern das Eingreifen der Nato fordert. Damit treibt er bewusst die Militarisierung in der EU voran und nimmt zugleich unentwegt - zumindest rhetorisch - einen weiteren Weltkauf in kauf.

Isabell Lorey - Kriegerische Männlichkeit und autoritärer Populismus [15]

Die weitere Liberalisierung binärer Geschlechtlichkeit gehört zu den wenigen Errungenschaften dieser Bundesregierung, die zumindest formal zu begrüßen sind. Das gilt nicht für die Instrumentalisierung sogenannter Identitätspolitiken zur Durchsetzung ganz anderer Zwecke wie etwa

dem der weiteren Militarisierung der Gesellschaft. Wo von der Herrschaft des Patriarchats geschwiegen, die Einspeisung kostenloser, meist von Frauen verrichteter Sorgearbeit als essentielle Bedingung kapitalistischer Produktion stillschweigend gutgeheißen und mit geschlechtlicher Gleichstellung Klassenantagonismen zementiert werden, ist für ein befreiendes Verständnis der Geschlechterverhältnisse nichts gewonnen.

Der russische Präsident hat den Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 unter anderem mit Verweis auf die ansonsten drohende "Degradierung und Entartung" der "menschlichen Natur" begründet, womit er von patriarchaler Kleinfamilie und heterosexueller Geschlechtlichkeit abweichende Lebensweisen zumindest indirekt zu einem Kriegsgrund erklärte. Er schlug damit in die Kerbe seiner im Einklang mit der Russisch-Orthodoxen Kirche erfolgenden Abwehr einer Geschlechterpolitik, die offener und unbescheidener ist als die Praxis, russischen Frauen am 8. März zum Dank für klaglos erbrachte Leistungen für Familie und Vaterland Blumen zu überreichen. Was Putin weltweit einen guten Ruf bei der Klientel eines antifeministischen Rechtspopulismus verschafft hat und Evangelikale im Süden der USA, bei denen die Russisch-Orthodoxe Kirche als Hort echter Männlichkeit in hohem Ansehen steht, sogar zum Übertritt in diese



*Die Welt am seidenen Faden ...
Weltkugel gestickt - Detail aus
einem Transparent der
kurdischen Jineoloji
Foto: © 2017 by Schattenblick*

Konfession veranlasst hat [16], gehört zu den Grundlagen des Glaubens an ein homogenes Volk, an die Reinheit weißer Identität und die Notwendigkeit männlicher Bereitschaft zum Opfergang auf dem Schlachtfeld. Der hierarchische Charakter militärischer Organisationen, der Korpsgeist der Truppe und der kriegsheroisierte Kampfeswillen stehen allesamt für extreme Formen der Konkurrenz und des Wettbewerbs - gemeinhin dem Mann zugeschriebene Qualitäten, die als soziales Geschlecht Ergebnis patriarchaler Konditionierung über die Jahrhunderte sind.

So dürfen Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren die Ukraine nicht verlassen. Sie werden zum Dienst an der Waffe gezwungen, wenn sie nicht in der Lage sind, sich über korrupte Strukturen freizukaufen. Die wenigen AktivistInnen, die den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigern, haben einen dementsprechend schweren Stand. In einer Onlinekonferenz der britischen Stop The War Coalition berichtet der Friedensaktivist und Rechtsgelehrte Yurii Sheliazhenko, Vorsitzender des Ukrainian Pacifist Movement, von den Einschränkungen und Nachstellungen, die seine Bewegung in der Ukraine zu erleiden hat. [17]

Nonbinäre und Transpersonen, die sich nicht als Frau ausweisen können, werden in die Streitkräfte integriert, und es bedarf keiner großen Phantasie sich vorzustellen, wie es ihnen in der aggressiven Kultur des Militärs ergehen kann. Es gibt auch Frauen, die freiwillig in den Kampfeinsatz gehen, doch das ändert am mas-

kulinen Charakter militärischer Gewaltanwendung wenig.

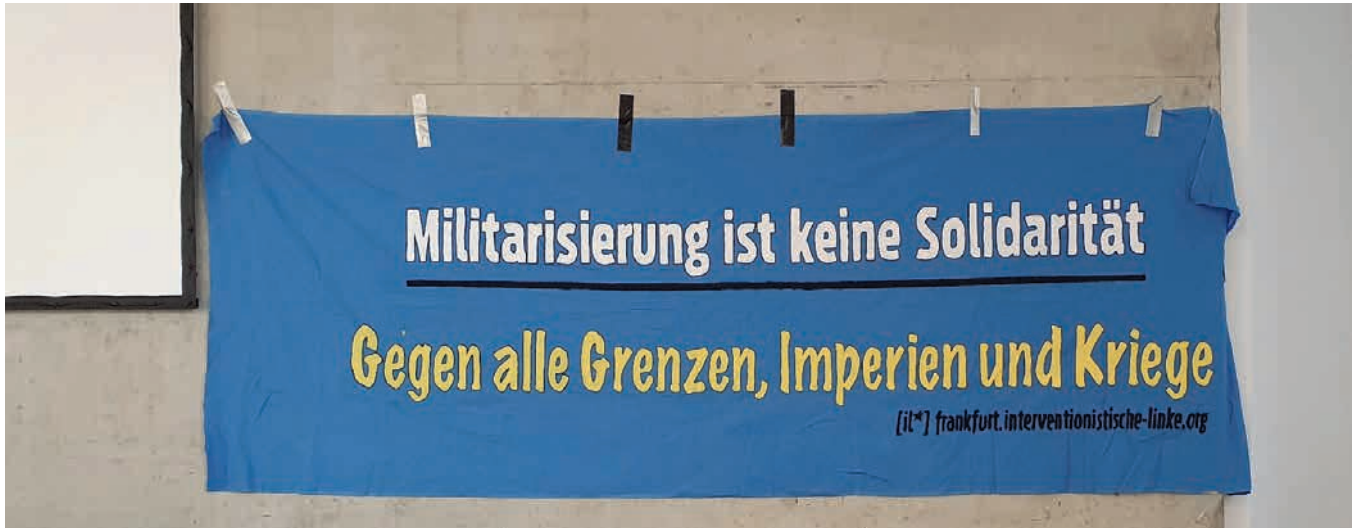
Die medial induzierte Heroisierung des zivilen Widerstands gegen die russischen Streitkräfte grenzt mitunter an Verantwortungslosigkeit - mit ihr wird eine Militarisierung des Alltags propagiert, die eine regelrechte Kriegsromantik entfacht und damit Jugendliche für etwas begeistern kann, an dem sie womöglich zugrundegehen. Wo individuelle Risiken etwa des Drogenkonsums strafbewehrt sind oder Tanzpartys unter Covid-Bedingungen als verantwortungslos gebrandmarkt werden, erscheint die Militarisierung kapitalistischer Vergesellschaftung sakrosankt für jede Kritik vergleichbarer Art.

Geschlechterverhältnisse zu entmilitarisieren hieße denn auch, jede Form von Zwang zum Kriegsdienst zu unterlassen, als auch die Rolle der Frau als biologische Produzentin neuer SoldatInnen zu bestreiten. Sich einer äußeren Aggression nicht zu erwehren kann keine Option sein, doch deren Zustandekommen und Andauern in Hinsicht auf die patriarchalen Strukturen und antifeministischen Ideologien der Kriegsakteure zu untersuchen, um schon ihrer Entstehung entgegenzutreten, ist eine antimilitaristische Minimalforderung.

Entschiedene Opposition verlangt der Primat einer "feministischen Außenpolitik", propagiert unter anderem von Außenministerin Annalena Baerbock, Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze. Indem PolitikerInnen

unter Verweis auf ihr biologisches Geschlecht feministische Handlungsweisen für sich reklamieren, während sie realpolitisch wesentliche Positionen patriarchaler Herrschaft propagieren, berufen sie sich auf ein reaktionäres Geschlechterbild, das Biologie und Ideologie in eins setzt. So hat die feministische Vordenkerin bell hooks in "Understanding Patriarchy" umfassend begründet, warum pauschale und identitäre Geschlechtszuweisungen die Tatsache ignorieren, dass biologische Männer unter dem Patriarchat leiden wie biologische Frauen es ausüben können, auch wenn es meist umgekehrt ist.

Mit "feministischer Außenpolitik" wird ein emanzipatorischer Anspruch erhoben, der am patriarchalen Charakter imperialistischer Staatspraxis nicht nur scheitert, sondern den Kampfbegriff des Feminismus für konträre Zwecke missbraucht. So hochentwickelt die Technik neoliberaler Sinngebung sein mag, Freiheit und Demokratie in Signaturen ihrer praktischen Negation zu verwandeln, so wenig akzeptabel kann es für von patriarchaler Gewalt betroffene Menschen sein, das ihnen auch noch die Sprache des Widerstands genommen und in ein Herrschaftsinstrument verwandelt wird. Wenn feministische Befreiung ohne Überwindung des Kapitalismus nicht gelingen kann, wenn die Dichotomie binärer Geschlechtlichkeit nicht nur ein Identitätsproblem ist, sondern von sozialen und materiellen Gewaltverhältnissen bestimmt wird, dann ist das Führen sozialer und militärischer Kriege im Namen des Feminismus ein Affront, der nicht passiv ignoriert, sondern aktiv bekämpft werden sollte.



Am Rande der Aktionskonferenz des Bündnisses Rheinmetall entwaffnen am 26. März 2022, Foto: © 2022 by Brandfilme

Zudem gilt jetzt, sich mit denjenigen KriegsgegnerInnen in Russland solidarisch zu zeigen, die angesichts der massiven Strafandrohung überhaupt noch öffentlich auftreten. Dazu gehören viele feministische AktivistInnen, die hinsichtlich der Rolle, die Frauen und Soldatenmütter bei der Beendigung der sowjetischen Besetzung Afghanistans und der Kriege gegen Tschetschenien gespielt haben, auf eine erfolgreiche Geschichte sozialen Widerstands zurückblicken können [18].

Dazu gehören auch MusikerInnen wie Anastasia Kreslina und Nickolay Kostilev von IC3PEAK, über die schon Auftrittsverbote verhängt wurden, was sie nicht davon abgehalten hat, den Einmarsch in die Ukraine mit starken Akzenten zu kritisieren. Ihre an die künstlerische Avantgarde der frühen Sowjetunion anknüpfende Bildproduktion [19] beweist, dass ein Boykott russischer Kultur hierzulande ideologische Substitute von einer Armseligkeit propagiert, die bereitwillig hinzunehmen den Schatten einer auch intellektuellen Mangelproduktion

wirft, wie er typisch ist für die lebensfeindliche Praxis des warenförmigen Kapitalismus.

Von der Friedensdemonstration zum Kampfeinsatz

Worin ist Krieg produktiv, wo er doch in so ungeheurem Ausmaß Werte zerstört? Eben gerade darin. Die Meinungen, die sich mit dem Lamento über die Wert- und Kapitalvernichtung aufhalten (womöglich noch als künstliche Absatzformen aus der Überakkumulation, wenn andere Absatzformen verschlossen sind), vergessen einen wesentlichen Punkt, der nicht nur schon von Marx und Luxemburg behandelt wurde, sondern die gesamte politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts beherrscht: Dass der Kapitalismus kein System ist, sondern ein gewaltsamer Prozess, in dem die dynamischen kapitalistischen Kerne ständig nach technisch-sozialen Möglichkeiten suchen, tradierte Formen sozialer Reproduktion und Gesellschaftlichkeit zu zerstören, um die daraus gewonnenen le-

bendigen Partikel neuen Formen der Arbeitswertauspressung zu unterwerfen.

Detlef Hartmann: Ökonomie des Krieges - Krieg der Ökonomie (2001)

40 Jahre nach der legendären Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten kann von einer Massenmobilisierung gegen den Krieg keine Rede mehr sein. Ganz im Gegenteil, heute gehen die Menschen massenhaft mit blaugelben Fahnen auf die Straße und fordern nicht nur den Rückzug der russischen Kampftruppen, sondern auch die Lieferung von Waffen in die Ukraine. Wer letzteres tut, legitimiert damit die Regierungspolitik der meisten NATO-Staaten und scheint keinen Einwand dagegen zu haben, dass das Militärbündnis auf diese Weise zum informellen Kriegsakteur wird. Erschwerend hinzu kommen die kontraproduktiven Auswirkungen von Waffenlieferungen auf Verhandlungen zur Beendigung des Krieges.

Es ist ein Gebot simpler Logik, dass die durch die Aufrüstung der ukrainischen Verteidigungskräfte bewirkte Verlängerung des Krieges schlussendlich in die Forde-

rung eines direkten Eingreifens der NATO münden kann. Gerade weil die Empathie für die Angegriffenen allen Einsatz zu ihrer Rettung verlangt, anstatt sie in einem Krieg, der auch im Interesse der NATO geführt wird - sonst würden die Streitkräfte der Ukraine nicht waffen- und ausbildungstechnisch unterstützt werden - allein zu lassen, ist der Schritt zur offiziellen Kriegsteilnahme schnell getan. Womöglich melden sich einige der Personen, die Waffenlieferungen in die Ukraine oder gar einen Kriegseintritt der NATO fordern, freiwillig zum Kampfeinsatz gegen Russland, was als Konsequenz auf jeden Fall respektabler wäre, als den Brand aus der Ferne anzuheizen und in vermeintlich sicherer Distanz zu bleiben.

Unter der Bedingung einer mit allen Instrumenten gesellschaftlicher Konsensproduktion forcierter Mobilisierung für die Ukraine, die sich nicht gleichzeitig gegen Russland und die NATO positioniert, bleibt für radikalen Antimilitarismus nur wenig Platz. So scheint sich neben der staatskonformen Protestbewegung eine aus den Mahnwachen für den Frieden, der Querdenkerszene, AfD-PolitikerInnen, ReichsbürgerInnen, dem Publikum des rechtsradikalen Magazins Compact und anderen Personen und Gruppen des libertären bis rechtspopulistischen Spektrums rekrutierende Friedensbewegung zu formieren, die ihre Parteinahme für Russland mit dem angeblichen Opferstatus des Landes und der Dämonisierung seines Präsidenten begründet.

Dass Russland in dieser von imperialer Konkurrenz bestimmten Konfrontation die schwächere

Partei ist, macht aus seiner grenzüberschreitenden Kriegsführung dennoch keine Verteidigungshandlung. Nicht anders haben die USA 2001 bei der Eroberung Afghanistans und 2003 bei der Invasion in den Irak argumentiert. Es waren in beiden Fällen aggressive Kriege, für die durchsichtige Vorwandlagen bemüht wurden. Sich als KriegsgegnerIn auf die Seite Russlands mit dem Argument zu stellen, dass ein solches Vorgehen für jeden Staat legitim sein müsse, begründet dessen hegemoniales Eigeninteresse nicht einmal auf legalistische Weise, wie es die NATO Staaten mit der fallweisen Inanspruchnahme internationaler Gerichte tun, sondern propagiert einen Revanchismus, der den Untergang aller Beteiligten in Kauf nimmt. Ohnehin ist die Schlussfolgerung, der Feind meines Feindes sei mein Freund, bar jeder Kritik an den Mensch und Natur zerstörenden Verwertungsverhältnissen, also dem zentralen Problem, das sozialistische und sozialrevolutionäre Bewegungen erklärtermaßen überwinden wollen.

Für eine gegen jeden Krieg gerichtete antimilitaristische Bewegung kann die Bezeichnungslage miteinander konkurrierender Staaten kein Anlass sein, sich auf eine der beiden Seiten zu stellen, handelt es sich doch um Herrschaftsprojekte, denen die eigene Bevölkerung prinzipiell gleichgültig ist. Ihre Verwendbarkeit steht und fällt mit ihrer Verwertbarkeit in Fabrik und Krieg, spricht der einzelne Mensch ist austauschbar. Was staatliche Konfliktparteien eint, ist die Grundlage kapitalistischer Akkumulation auf der Basis der Ausbeutung von Lohn- und Sklaven-

arbeit wie der Extraktion von Rohstoffen aller Art. Von daher empfiehlt sich die kritische Überprüfung des Begriffs vom Frieden, der keiner ist, so lange er als ideeller Fluchtpunkt herrschender Ordnung den ihr zugrundeliegenden sozialen Krieg bemäntelt.

Zweifellos ist eine antimilitaristische Bewegung, die sich hinter die Forderung "Bundeswehr abschaffen" stellt, immun gegen eine Infiltration durch staatsautoritäre und rechtsradikale Kräfte. Gleiches gilt für die Unterstützung von Deserteuren auf beiden Seiten, was vor allem ihr bevorzugte Aufnahme nach gelungener Flucht aus dem Land betrifft. Dass diese Forderung nicht von PolitikerInnen der Regierungskoalition erhoben wird, statt dessen jedoch Waffen in die Ukraine geschickt werden, unterstreicht die große Bedeutung des Themas Desertation für jede Antikriegsbewegung.

Anders verhält es sich mit der Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der NATO, die auch nationalchauvinistischem Großmachtstreben adäquat ist. Warum das für seine aggressive Kriegsführung berüchtigte Militärbündnis nicht ganz auflösen und föderale Strukturen möglichst unbewaffneter und etwa ökosozialistischer Art an seine Stelle treten lassen? Warum nicht die Bevölkerungen selbst darüber befinden lassen, ob überhaupt Arbeit, Energie und Geld in Kriegsunternehmen gesteckt werden soll, nicht nur weil die globalen Probleme inzwischen wortwörtlich auf der Haut brennen, sondern weil die Frage der Befreiung von Gewalt ganz neu gestellt werden müsste?

Vorbildcharakter für AntimilitaristInnen haben sicherlich die Blockadeaktionen von ArbeiterInnen, die die Logistik des militärischen Nachschubs unterbrochen haben. In Griechenland wurden für die Ukraine bestimmte US-Panzer über zwei Wochen lang aufgehalten, bis StreikbrecherInnen den Boykott durchbrachen [21]. In Belarus haben EisenbahnerInnen die lebensgefährliche Aufgabe übernommen, den Nachschub der russischen Truppen in der Ukraine zu sabotieren [22]. In Hamburg hat die Gewerkschaft Verdi eine Volksinitiative zum Verbot des Umschlags von Rüstungsgütern im Hamburger Hafen gestartet [23]. Diese Aktionen zeigen, dass es praktische Möglichkeiten gibt, Krieg und Militarisierung entgegenzutreten, um ein Zeichen dafür zu setzen, dass es für keinen Staat legitime Gründe gibt, in ein anderes Land einzufallen.

40 Jahre Niedergang einer radikalen Linken, aus deren Reihen einige der aggressivsten deutschen KriegspolitikerInnen hervorgegangen sind, vor dem Hintergrund einer Krisenentwicklung, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg auch die Bevölkerungen der westeuropäischen und nordamerikanischen Metropolengesellschaften unmittelbar betrifft, legen nahe, das Übel staatlicher Gewalt mit aller Radikalität an der Wurzel zu packen. Das kann eine saisonale, am Krieg au jour erstarkende und dann wieder vergessene Friedensbewegung auch dann nicht leisten, wenn sie sich explizit antimilitaristisch aufstellt. Wie die derzeitige Blockbildung demonstriert, geht es sprich-

wörtlich um alles - um sozial-ökologische Fragen, um die Überwindung des fossilen Kapitalismus, um die Aufhebung patriarchaler Herrschaft und binärer Geschlechternorm, um den Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus, um den Widerstand gegen faschistische Gruppen, die den Bürgerkrieg planen, wie die Doktrin eines Ethnonationalismus, der die Bevölkerungen den jeweiligen Nationaldoktrinen und Hegemonialprojekten unterwerfen will.

Mit dem Eintreten des potentiell finalen Stadiums der Systemkrise, in dem alle vorherigen Erschütterungen wie die Währungs- und Finanzkrise 2008, die permanent vorangetriebene Naturzerstörung und die auch in gemäßigten Breiten manifest werdende Klimakatastrophe, der Hunger von rund 10 Prozent der Weltbevölkerung, die weltweit bald 100 Millionen aus verschiedenen Gründen zur Flucht getriebenen Menschen unbewältigt andauern, ist eine Bewegung gegen den Krieg notwendigerweise auch gegen all seine konstitutiven Bedingungen und Begleitumstände positioniert. Es bedarf eines universalen Bündnisses, das die Verschränkung der diversen Konflikte und Eskalationen erkennt und dazu Forderungen stellt, die sich nicht mit dem kleineren Übel zufrieden geben, sondern ums große Ganze streiten. Das mag sich idealistisch und utopisch anhören, doch in dieser Situation fallen halbgeare Reformen und opportune Kompromisse so weit hinter die rasante Geschwindigkeit der multiplen Krisendynamik zurück, dass sie bestenfalls zur künstlichen Beruhigung taugen.

Epilog: Lodengrüne Alternativbewegung am Ziel totaler Mobilmachung

Denn wie das Bedürfnis nach einem alternativen Leben ein Produkt der Gewaltstrategie des Kapitals ist, genauso ist diese eine Existenzvoraussetzung jeder Alternative. Millionenbeträge kapitalistisch erpreßter Renten fließen in die friedlichen Nischen, Millionen unter mörderischen Arbeitsbedingungen hergestellter "Gebrauchswerte" gestalten den alternativen Alltag. Begreift und praktiziert man ihn isoliert, dann vergift man, daß die Parzellen gesellschaftlich reicher Alternativität das notwendige Produkt der Rationalisierungen sind, daß sie darum so "frei" sind, weil die anderen noch mehr vergewaltigt werden; dann vergift man, daß man die Freiheit genießen und entwickeln kann, gerade weil die anderen noch mehr zerstört werden, dann vergift man, daß man die Rente, die Arbeitslosenunterstützung darum so "reich"-lich verzehren kann, weil die anderen durch die Gewalt der technologischen Lebenszerstörung um so schneller und mehr produzieren müssen; dann unterdrückt man die Wahrheit, daß in die neuen Lebensformen befreiten Subjekte pro Tag hunderte von Gegenständen benutzen und konsumieren können, gerade weil an ihnen der innere Reichtum der seelisch zerstückelten "wahren" Produzenten wie Blut klebt.

Detlef Hartmann - Leben als Sabotage (1981) [24]

In der Barbarei des Krieges lassen Massaker niemals auf sich warten, sie sind der blutige Schatten "normaler" Kampfhandlungen,

deren Verrechtlichung vor allem dem Zweck dient, Kriege zwischen Staaten oder gegen aufständische Gruppen überhaupt führbar zu machen. Was sind Kriegsverbrechen gegen das Verbrechen des Krieges? An welchem Punkt genau fängt Gewaltanwendung an, wird nicht schon im Vorfeld des Krieges an vielerlei Stellen durch ökonomischen Zwang, sozialen Druck und nationalistische Propaganda Gewalt ausgeübt? Wer will sich frei davon sprechen, auf diese oder jene Weise zum Blutvergießen beizutragen?

Einmal mehr stehen PolitikerInnen der Grünen an vorderster Front der Mobilmachung, mit der die in der Ukraine entdeckten Massaker hierzulande quitiert werden. So verlangt Anton Hofreiter [25] den sofortigen Ausstieg aus den russischen Energielieferungen, als sei die Bundesrepublik der einzige Kunde Russlands für Öl und Gas. Waffen sollen in großem Stil an die Ukraine geliefert werden, zudem soll deren Regierung nach Belieben Rüstungsgüter bei der deutschen Industrie bestellen können. Aus Energiemangel resultierende Einbrüche in der Industrieproduktion sollen durch Staatshilfen kompensiert werden, gleiches gilt für LohnarbeiterInnen, die in Kurzarbeit geschickt und zu 100 Prozent staatlich alimentiert werden sollen. Wie es um die Nöte derjenigen bestellt ist, die schon jetzt auf Sozialhilfe und Grundsicherung angewiesen sind, bleibt Hofreiters Geheimnis.

Anlässlich eines Kriegsgeschehens, das der Barbarei fast jeden Krieges innewohnt und zu dem es auch in den Feldzügen der NATO kommt, wenn sogenannte "Kolla-

teralschäden" erzeugt werden, mit Nachdruck Maßnahmen zu fordern, die tief ins Fleisch der Gesellschaft schneiden, lässt sich mit der Empörung über die Grausamkeiten dieses Krieges nicht wirklich glaubhaft begründen. Auch Grüne haben keine vollständige Öffnung der Grenzen gefordert, wenn Tausende Flüchtende im Mittelmeer ertranken. Dabei wären die gesellschaftlichen Kosten ihrer Aufnahme weit geringer gewesen, als es bei den nun für akzeptabel erachteten Einschnitten in die Industrieproduktion und die Verteuerung der Lebenshaltungskosten der Fall ist. Auch Grüne haben nicht die Abschaffung der NATO verlangt, wenn in deren Auftrag Zivilbevölkerungen dezimiert wurden, sondern versucht, sich für imperialistische Kriegführung unentbehrlich zu machen.

Gleiches gilt für das Hochfahren der Kohleverstromung, die Hofreiter für erforderlich hält. Wenn die langfristigen, das Leben zahlloser Menschen gefährdenden Folgen einer neuerlichen Steigerung der CO₂-Emissionen wie die unmittelbar auftretenden Auswirkungen der neuen Blockkonfrontation auf die Getreidelieferungen in den Globalen Süden, die Millionen von Menschen mit Mangelernährung und Hungertod bedrohen, weniger Konsequenzen zeitigen sollen als das Begehen von Kriegsverbrechen, dann muss es dem Grünen-Politiker um mehr gehen als die Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen Russland zwecks Beendigung des Krieges.

Die Radikalität der Mobilisierung zu tiefen Einschnitten in die soziale und kapitalistische Reproduktion anlässlich eines brutalen Geschehens, das Kriegen stets imma-

nent ist, hat die Wirkung eines Schocks, der alle Bedenken gegen weitere Eskalationen vom Tisch fegt. Die Fixierung auf Einzelergebnisse, die zur Begründung umfassender Maßnahmen nicht nur gegen das Interesse an eigener Lebenssicherung, sondern auch die sozialökologische Zukunft des Planeten erhalten muss, mündet in einen Imperativ der Mangelkontrolle, für dessen Durchsetzung die Bereitschaft der Bevölkerung zum Erbringen von Opfern aller Art wie ihrer bereitwilligen Zustimmung zu neuen Kriegen unabdinglich ist.

Hofreiter fordert alle dazu auf zu überdenken, was sie in der Vergangenheit für richtig gehalten haben, das heißt Prinzipien über Bord zu werfen, die noch vor wenigen Wochen als unantastbar erschienen. Die hochgradige Wandlungsfähigkeit dieses und anderer PolitikerInnen in Leitungspositionen der Regierung und Koalitionsparteien ist nur dann erstaunlich, wenn die Ideologie von Freiheit und Demokratie als etwas anderes denn als eine zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Verwertungsimperative dienende Wertennorm verstanden wird. Schon in der Gründungsphase der Grünen war dem Reformismus linksalternativer Lesart die Absicht zu entnehmen, soziale Innovation ideologisch zu legitimieren, um die Beute kapitalistischer und imperialistischer Gewalt im Glauben auf die eigene Seite zu bringen, damit höchst fortschrittlichen und humanen Zielen zuzuarbeiten. Von daher ist einem Hofreiter kein Vorwurf zu machen, wenn die Bundesrepublik auch auf sein Betreiben hin einen Schritt näher zum Kriegseintritt rückt. Wie schon Joseph Fischer gezeigt hat,



*Die heile Welt des Klimaschutzes - Ortstermin Hambacher Forst, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter
Foto: © 2017 by Schattenblick*

findet die politische Adaption grüner Naturideale im Fressen und Gefressen werden bioorganischer Stoffwechselaktivitäten zu sich selbst.

Anmerkungen:

[1] in freier Übersetzung aus dem Englischen: <https://www.youtube.com/watch?v=b8KE4fREfbE>

[2] <https://politische-reden.eu/BR/t/37.html>

[3] <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-nationale-sicherheitsstrategie/2517738>

[4] <https://www.deutschlandfunkkultur.de/natalie-amiri-afghanistan-taliban-frauen-100.html>

[5] <https://www.heise.de/tp/features/The-Empire-is-back-3424767.html>

[6] <https://www.akweb.de/politik/greg-yudin-in-russland-droht-ein-faschistisches-regime/?fbclid=IwAR05agLk0jBGmS2gDX7BG0mVPraHY-kROh0NptD--tfeE9SLa4Et0-6uorHI>

[7] <https://socialistworker.co.uk/features/ukraine-the-shadow-of-2014-on-todays-war/>

[8] <https://portside.org/2022-02-26/prelude-ukraine-crisis-military-managerialism-and-limits-institutional-discourse>
<https://www.counter-punch.org/2022/03/25/stockholm-syndrome-2022-the-faustian-bargain-of-left-militarism-in-ukraine/>
Zach Dorfman: Secret CIA training program in Ukraine helped Kyiv prepare for Russian invasion, Yahoo News, March 16, 2022

[9] <https://www.deutschlandfunk.de/wie-verhalten-gegenueber-katar-und-china-interview-a-graf-lambsdorff-fdp-dlf-64d28020-100.html>

[10] <https://gen-ethisches-netzwerk.de/maerz-2022/die-leihmuetter-der-ukraine>

[11] <https://transversal.at/transversal/0422/lorey/de>

[12] <https://www.nbcnews.com/news/world/scum-traitors-pressure-ukraine-putin-turns-ire-russians-rcna20410>

[13] ab 1:17 - <https://www.youtube.com/watch?v=t8PkjAhjmiI&t=8s>

[14] in freier Übersetzung aus dem Englischen: <https://www.youtube.com/watch?v=rMifwzfwyFA>

[15] <https://transversal.at/transversal/0422/lorey/de>

[16] <https://bostonreview.net/articles/the-u-s-christians-who-pray-for-putin/>

[17] ab 1:01 - <https://www.youtube.com/watch?v=IPyavfLuxxg>

[18] <https://truthout.org/articles/women-are-leading-russias-antiwar-protests-and-theyre-in-putins-crosshairs/>

[19] <https://www.youtube.com/watch?v=qCljI3cIObU>

[20] <https://materialien.org/oekonomie-des-krieges-krieg-der-oekonomie/>

[21] https://www.klassegegenklasse.org/griechische-eisenbahnerinnen-blockieren-us-panzerlieferung-in-die-ukraine/?fbclid=IwAR3JwVUJ-SuucSGDPjppPMFANs_a6ymmje1dU-Qk1b0PU2FROuYvo0g_nXt8vE

[22] <https://www.klassegegenklasse.org/eisenbahnerinnen-in-belarus-sabotieren-russischen-angriff-wie-eine-dritte-position-im-krieg-entstehen-kann/?fbclid=IwAR2Z4afU5TMzOz6rBIJ4Bvj19vB2V6yS-wliOXw-LoUu1NdytY-n7JPYcBjc>

[23] <https://hamburg.verdi.de/gruppen/arbeitskreis-frieden/++co++d2f444e6-8725-11eb-8d52-001a4a160119>

[24] Detlef Hartmann: Leben als Sabotage - Zur Krise der technologischen Gewalt, Tübingen 1981, S. 114

[25] <https://www.deutschlandfunk.de/haertere-sanktionen-interview-mit-anton-hofreiter-gruene-vorsitzen-der-des-aus-dlf-1b1675d9-100.html>

Nahrungsmittelneuverteilungsvorwände ...

(SB) 4. April 2022 - Hunderte Millionen Menschen hungern, zwei Milliarden sind mangelernährt, vor allem in den Ländern des Globalen Südens. Vor diesem Hintergrund mutet die aktuelle Berichterstattung über einen vom Krieg in der Ukraine ausgelösten Nahrungsengpass auch in Europa wie ein Versuch an, eine vermeintliche Erklärung für einen permanenten Mangel an Überlebensmitteln in der Welt zu liefern. Offenbar kommt erst jetzt in der westlichen Welt die Befürchtung auf, dass auch sie selbst davon betroffen sein könnte, was in anderen Weltregionen seit langem "normal" ist, nämlich dass viele Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen oder ihnen diese nicht zur Verfügung stehen. Begleitet werden solche Befürchtungen auf komfortablem Niveau von dem Schreckensbild, dass Unruhen ausbrechen und bestehende staatliche Strukturen zerrüttet werden könnten ... mit Heerscharen von Flüchtlingen, die in die Wohlstandsregionen Europas "eindringen" wollen.

Seit Beginn der jüngsten Eskalationsstufe des Ukraine-Konflikts am 24. Februar 2022, als russische Streitkräfte an mehreren Stellen die Grenze zur Ukraine überschritten, wird vor einem drohenden Energie- und Nahrungsmangel gewarnt. Zwar wird beteuert, dass Deutschland und die Europäische Union genügend Getreide selber anbauen und deshalb hauptsächlich afrikanische



Planen das Schicksal ganzer Völker oder: Man kann auch mal auf Erdbeeren zum Frühstück verzichten.

Hotel Imperial, Wien, 11. Juli 2015: Arbeitsfrühstück von US-Außenminister John Kerry und dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu den Atomverhandlungen mit Iran.

Foto: U.S. Department of State from United States, Public domain, via Wikimedia Commons

und südostasiatische Länder betroffen sein werden, aber im gleichen Atemzug werden die steigenden Kosten für Herstellung und Kauf von Agrarprodukten beklagt, zumal deren Preis eng mit dem für Energie verbunden ist.

Viele Menschen reagieren bereits mit Hamsterkäufen, und alle Beateuerungen aus den Chefetagen der großen Supermarktketten und Lebensmittelverbände, dass der Nachschub gesichert ist und die Verbraucherinnen und Verbraucher keinen Engpass zu befürchten haben, erweisen sich als Wasser auf die Mühlen der Zweifelnden. Sie fragen sich, warum das so betont werden muss. Ist nicht

spätestens seit der Erklärung des früheren Arbeitsministers Norbert Blüm, die Renten seien sicher, die Beschönigung in dieser Behauptung bekannt?

Zumal anlässlich des Vorschlags eines kompletten Gas- und Ölimportboykotts gegenüber Russland Personen aus Politik und Gesellschaft die Bevölkerung auf knappe Zeiten einstimmen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ("Und die ganze Wahrheit ist: Viele Härten liegen erst noch vor uns."), Ex-Bundespräsident Joachim Gauck ("Wir können auch einmal frieren für die Freiheit." Und: "Eine generelle Delle in unserem Wohlstandsleben ist etwas,

was Menschen ertragen können.") und Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk ("15 Grad im Winter hält man mit Pullover aus. Daran stirbt niemand."), um nur einige zu nennen, wissen genau, dass ein solcher Boykott auch die Kosten für die landwirtschaftliche Produktion und in der Folge die Lebensmittelkosten dramatisch steigen lassen würde. Von einem dermaßen hohen Wohlstandsniveau, in denen jene leben, die solche Vorschläge unterbreiten, hier und da einige Abstriche zu machen, würde bei weitem nicht so schwer wiegen wie von einem niedrigeren Niveau, auf dem Millionen Menschen in Deutschland existieren.

Geht es hier womöglich darum, im Vorgriff auf knappe Zeiten die Leidensbereitschaft der Menschen in Deutschland zu aktivieren? Wird der Bevölkerung demnächst mitgeteilt, dass nicht nur zu wenig Gas zum Heizen vorhanden ist, sondern dass auch an Nahrung gespart werden muss? Oder gar, an die Arbeitslosen gerichtet, dass Menschen, die sich angeblich körperlich nicht anstrengen müssen und zu Hause herumsitzen, mit 1600 Kilokalorien pro Tag auskommen könnten, weil davon niemand stirbt? Wird dann Gauck von einer aushaltbaren "Delle" auch in der Nahrungsversorgung sprechen, so wie er es bei der Energieversorgung formuliert hat?

Wenn es denn bei der Gauckschen Delle bliebe und sich der Versorgungsengpass nicht als Beginn eines anhaltenden Mangels erwiese! Das von Gauck gewählte Bild verspricht wohl nicht zufällig, dass der Trend am Ende wieder nach oben geht.

Der globale Nahrungsmangel spitzt sich zu

Anfang Februar dieses Jahres lagen nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO - Food and Agriculture Organization) die globalen Nahrungsmittelpreise 20,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Der FAO Food Price Index, der aus fünf Warengruppen (Fleisch, Milchprodukte, Getreide, Speiseöl und Zucker) errechnet wird, war von Januar 2021 bis Januar 2022 kontinuierlich gestiegen und hatte mit 135,4 Punkten sogar den historischen Höchststand aus dem Jahr 2011 (131,9 Punkte) deutlich überschritten. Und der Trend setzte sich fort. Im Februar lag der Wert schon bei 140,7 Punkten. Für die Menschen in den ärmeren Ländern ist die Entwicklung lebensbedrohlich, müssen sie doch ihre äußerst geringen Einkommen zu 50, 60 Prozent oder noch mehr für die Nahrungsbeschaffung ausgeben. Das heißt, sie haben keinen finanziellen Puffer, nichts erspartes, und können auch kaum weitere Einkommensmöglichkeiten realisieren, um die hohen Lebensmittelpreise zu bezahlen.

Laut dem Globalen Humanitären Überblick 2022 (GHO - Global Humanitarian Overview 2022), der von mehreren Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen zusammengestellt wird, sind im Jahr 2020 rund 811 Millionen Menschen regelmäßig hungrig zu Bett gegangen, so dass rechnerisch jeder Zehnte betroffen war. Das waren 161 Mio. mehr als im Jahr davor. Die Ernährungslage habe sich in den letzten beiden Jahren in einigen Ländern weiter verschlechtert. Besonders betroffen

seien Afghanistan, Syrien, Jemen, Südsudan, Demokratische Republik Kongo, Somalia, Madagaskar, Äthiopien, heißt es in dem Bericht.

China geht es zwar wirtschaftlich vergleichsweise gut, aber es ist auf umfangreiche Agrarimporte angewiesen. In diesem Jahr erwartet die heimische Wirtschaft deutliche Ernterückgänge. Anfang März sagte der neue chinesische Landwirtschaftsminister Tang Renjian am Rande des Treffens des Nationalen Volkskongresses, die Ernte von Winterweizen sei die "schlechteste in der Geschichte".

Das hat weltweite Konsequenzen. Da China sowieso größere Mengen Weizen importiert, weil es seine Nachfrage nicht durch die inländische Produktion decken kann, und darüber hinaus seine Lagerbestände weiter auffüllt - sie waren im vergangenen Jahr teilweise geleert worden, nachdem Weizen anstelle von Mais als Futtermittel verwendet werden musste -, hatte diese Nachfrage noch vor dem 24. Februar 2022 den Weizenpreis hochgetrieben. Das weltweite Ringen um die zu knappen Getreidebestände hatte also schon vor der Invasion an Schärfe zugenommen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 war die Region rund um das Schwarze Meer Nettoimporteur von Getreide. Russland und später auch der Ukraine war es durch hohe Investitionen gelungen, der "Kornkammer Europas" wieder zu neuer Blüte zu verhelfen. Davon partizipierten auch Agrokonzerne wie Cargill, Bunge und Glencore. Sie investierten in die ukrainische Landwirtschaft, steigerten das Exportvolumen des

Landes und verdienten gut daran. Bis zum Beginn der Invasion russischer Truppen zählten Russland und die Ukraine zu den fünf wichtigsten Getreideexportländern der Welt.

Agrar- und Finanzfachleute hatten bereits vor der Eskalation des Kriegs in der Ukraine vermutet, dass die Welt am Beginn eines "Superzyklus" für Agrarprodukte und andere Rohstoffe steht. Die Preise würden auf hohem Niveau bleiben oder sogar noch steigen, wurde prognostiziert. Marktwirtschaftlich bedeutet das, dass die Nachfrage die Angebote übersteigt. "Nachfrage" ist ein Begriff aus der Ökonomie und nicht mit "Bedarf" zu verwechseln. Zum Nachfragefaktor werden nur Menschen gezählt, die finanziell überhaupt in der Lage sind, Nahrung zu kaufen. Das lässt sich auch daran erkennen, dass seit Jahrzehnten viele hundert Millionen Menschen nicht genügend zu essen haben. Hätte ansonsten "der Markt" ihre "Nachfrage" nicht längst lindern müssen?

Explodierende Preise - explodierende Versorgungsnot

Die Ukraine und Russland hatten gemeinsam fast 30 Prozent des weltweiten Weizenangebots, 20 Prozent des Maisangebots, 75 bis 80 Prozent des Sonnenblumenöls und 30 Prozent der Gerste produziert. Die beiden Länder waren für zwölf Prozent der via Exportwirtschaft gehandelten Kalorien zuständig. Die Auswirkungen des Kriegs auf die globale Lebensmittelversorgung werden alles übertreffen, "was wir seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben", sagte WFP-Direktor David Beasley

vor dem UN-Sicherheitsrat in New York. Er sprach von einer "Katastrophe zusätzlich zu einer Katastrophe". 26 Länder hätten bislang mehr als die Hälfte ihres Weizenbedarfs durch Importe aus diesen beiden Ländern gedeckt.

Seit Anfang Februar ist der ohnehin hohe Weizenpreis nochmals um 60 Prozent gestiegen, und er steigt weiter. Zur Zeit der weltweiten Hungerunruhen 2007-08 und 2010-11 in mehreren Dutzend Ländern schnellte die Zahl der Hungernden auf über eine Milliarde. Der sogenannte arabische Frühling brach aus, Potentaten wie Ben Ali in Tunesien wurden hinweggefegt und Regierungen wie die von Haiti und Madagaskar gestürzt; andere gerieten zumindest unter massiven Druck. Es waren nicht die unmittelbar Hungernden oder die Landbevölkerung, die sich erhoben hatten, sondern das urbane Proletariat und der aufstrebende Mittelstand, der plötzlich (wieder) auf mehrere Mahlzeiten täglich verzichten musste. Von diesen Menschen fühlen sich die Machthabenden am meisten bedroht. Aus einer Reihe von Gründen ist die gegenwärtige Ausgangslage für die globale Nahrungsmittelversorgung erheblich angespannter.

Erstens zeigen sich heute die Folgen der globalen Klimakrise deutlicher als 2008. Dürren in Nord- und Südamerika sowie Ostafrika und Madagaskar auf der einen Seite und Überschwemmungen wie die in Westaustralien auf der anderen haben landwirtschaftliche Flächen schwer getroffen.

Zweitens beeinträchtigt seit Anfang 2020 die Covid-19-Pandemie die landwirtschaftliche Pro-

duktion, unter anderem weil die globalen Lieferketten unterbrochen und in der Landwirtschaft tätige Menschen erkrankt oder gestorben sind. Laut einem aktuellen Report über 35 Länder, der vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF - United Nations Children's Fund) gemeinsam mit der Weltbank veröffentlicht wurde, haben mehr als drei Viertel der Haushalte mit drei oder mehr Kindern seit Beginn der Pandemie Einkommensverluste erlitten.

Drittens hat die Verschuldung der ärmeren Länder erheblich zugenommen, was deren Staatshaushalte belastet. Die Weltbank spricht vom höchsten Schuldenstand seit Jahrzehnten; außerdem hätten viele Länder seit Beginn der Covid-19-Pandemie keine Zahlen zur Verschuldung bekanntgegeben, so dass deren Ausmaß noch gar nicht klar sei. Das Bedienen der Schulden zählt zu den wichtigsten Verarmungsfaktoren.

Viertens ist in vielen Ländern die Inflationsrate gestiegen, was bedeutet, dass die in den betroffenen Ländern geleistete Arbeit (nicht nur in der Landwirtschaft) im Verhältnis zu früher eine geringere Kaufkraft besitzt. Das wirkt sich deshalb besonders negativ aus, weil die Preise für Lebensmittel, aber auch für landwirtschaftliche Produktionsmittel wie Treibstoff und Dünger, in nahezu allen Ländern enorm gestiegen sind.

Fünftens hat der Ukraine-Krieg die Kosten für die unterschiedlichen Düngerarten nochmals drastisch verschärft. Neben der Ukraine und Russland ist auch Belarus ein für den Weltmarkt

wichtiger Produzent von mineralischem Dünger. Gegen das Land waren schrittweise Sanktionen verhängt worden, was ab Dezember 2021 dazu führte, dass das Staatsunternehmen Belaruskali, das rund 15 Prozent des Weltbedarfs an Kalidüngemitteln herstellt und damit nach dem kanadischen Unternehmen Nutrien Ltd. auf Platz zwei liegt, nicht mehr exportieren konnte.

Während in der Europäischen Union bis dahin die hohen Gaspreise kostentreibend für die Düngerproduktion waren - Hersteller wie Yara hatten deswegen zeitweilig ihre Produktion von Stickstoffdünger deutlich gedrosselt -, haben in den USA der Kälteeinbruch in Texas im Frühjahr 2021, der Wirbelsturm "Ida" im August desselben Jahres im US-Bundesstaat Louisiana, wo zwei wichtige Düngemittelfabriken zerstört wurden, sowie ein Feuer in einer Düngemittelfabrik in North-Carolina im Januar 2022 für einen deutlichen Preisanstieg für Düngemittel gesorgt. Alles in allem waren 2021 die Düngemittelpreise auf dem Weltmarkt um mehr als 80 Prozent gegenüber 2020 gestiegen. Und in diesem Jahr explodieren die Preise von dem hohen Niveau nochmals in "astronomische Höhen", wie "Agrar heute", ein Fachmagazin für die Landwirtschaft, online schreibt. Von einer "Zeitenwende am Düngermarkt" ist dort die Rede.

Weil Russland und Ukraine, die ebenfalls für die globale Produktion von Stickstoff- und Kaliumdünger wichtig sind, seit dem 24. Februar als Lieferanten weitgehend ausfallen, betrifft der akute Düngermangel über jene 26 Länder hinausgehend, die auf Wei-

zenimporte aus der Ukraine und Russland angewiesen sind, fast alle Länder der Erde. Auch China und Indien, die sich den Sanktionen gegenüber Russland nicht angeschlossen haben, bekommen den Preisanstieg vom Weltmarkt zu spüren. Diese beiden Länder haben einen Anteil von zusammen mehr als 36 Prozent der Weltbevölkerung.

Wenn nicht genügend Dünger für die industriell geprägte Landwirtschaft zur Verfügung steht, droht ein globaler Rückgang der Erntemengen nicht allein bei Weizen. So wünschenswert ein Umstieg auf ökologische Anbausysteme auch erscheinen mag, ein Wechsel von heute auf morgen könnte die düngerbedingten Ausfälle kurzfristig nicht ersetzen. Jetzt rächen sich die politischen Entscheidungen der Vergangenheit für die großindustrielle konventionelle Landwirtschaft.

Sechstens: Die Lagerbestände von Weizen werden nach Einschätzung des Internationalen Getreiderats (IGC - International Grains Council) in der aktuellen Anbausaison 2021/22 in den wichtigsten Produzentländern (Europäische Union, Russland, USA, Kanada, China, Ukraine, Argentinien, Australien, Kasachstan) auf das 9-Jahres-Tief von rund 57 Millionen Tonnen schrumpfen. Bei einem weltweiten Weizenverbrauch von 781 Millionen Tonnen würden die globalen Lagerbestände nur für 27 Tage reichen.

Feigenblätter machen nicht satt

Das Welternährungsprogramm (WFP - World Food Programme) ist die größte Hilfsorganisation

weltweit. Es versorgt in diesem Jahr 144 Millionen Menschen. Das ist ein Rekord, und dennoch lindert das die Nahrungsnot nur eines kleineren Teils der Hunderte von Millionen Menschen, die nicht genügend zu essen haben. Der Anteil reduziert sich weiter, weil inzwischen die Getreidepreise exorbitant gestiegen sind und das WFP, das über kein eigenes Budget verfügt, sondern Jahr für Jahr um Spenden betteln muss, für seine Einnahmen weniger Getreide kaufen kann als geplant. Die UN-Einrichtung spricht schon jetzt von einem Minus in Höhe von zehn Milliarden Dollar und kündigt an, die Rationen der Bedürftigen zu kürzen.

Selbst wenn dem Welternährungsprogramm nun Spendengelder in Milliardenhöhe zufließen, stellt sich die Frage, ob damit die Hungerkrise gelöst werden könnte. Sind dafür überhaupt die erforderlichen Erntemengen verfügbar, wo doch auch China und andere Länder versuchen, ihre starke Nachfrage zu decken?

So eine "Delle" in der Versorgung mit Nahrung oder Nährstoffen - Stichwort: versteckter Hunger - wirkt sich manchmal verheerend aus. Guatemala ist hierfür ein Schreckensbeispiel. Nach Angaben von UNICEF erhält dort die Hälfte der Kinder in den ersten fünf Lebensjahren nicht genügend Nährstoffe, in manchen Regionen sind es sogar 80 Prozent. Das beeinträchtigt die Entwicklung, was die Betroffenen ihr Leben lang nicht mehr ausgleichen können. Die körperlichen Schäden sind irreversibel.

Mangelernährung ist mehr als nur "Hunger", sagte Sofia Letona,

Leiterin der örtlichen Hilfsorganisation Antigua al Rescate in Guatemala gegenüber "Al Jazera". Mangelernährung bestehe auch dann, wenn man nicht genug Wasser, keine Elektrizität und kein Einkommen habe. Zu Mangelernährung gehöre ebenfalls, im Schmutz leben zu müssen, keine befestigten Straßen zur Verfügung zu haben und viele Stunden zu Fuß gehen zu müssen, um irgendwohin zu kommen. Mangelernährung sei auch die Art und Weise, wie ein Staat sein Volk im Stich lasse.

Die Aussage Letonas lässt sich erweitern: Mangelernährung besteht ebenfalls darin, wenn Staaten sich gegenüber anderen Staaten bei der Nahrungsbeschaffung durchsetzen. Der Widerspruch, dass jedes Jahr auf der einen Seite Hunderte Millionen Menschen Hunger leiden und auf der anderen zugleich Hunderte Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet werden, reicht weit. Wie eingangs ausgeführt, zählen die Hungernden in einer kapitalistischen, auf Profit ausgerichteten Wirtschaftsordnung nicht als Nachfragefaktor. Die Menschen haben zwar einen individuellen Bedarf an Nahrung, aber verfügen über keine Mittel, diesen Bedarf zu stillen. Das bedeutet, dass sie aus dem System herausfallen. Es ist nicht zu erkennen, dass sich daran etwas ändert, weil diejenigen, welche die Mittel dazu hätten, offenkundig ein Interesse an der gegenwärtigen Ordnung haben. Sicherlich gibt es Bemühungen, die schlimmsten Folgen des Systems abzumildern oder innerhalb der Wirtschaftsordnung Produktionsweisen anzuwenden, die nicht dem Wettbewerb und der Profitmaximierung unterworfen sind,



Begeisterung für einen Herrscher, der in weiten Teilen Europas verlustreiche Feldzüge führte, Menschen zwangsweise christianisieren ließ und riesige Mengen an Raubgut sicherte. Für dieses "Eigentum" Karls des Großen mussten andere ihr Lebensglück oder gar ihr Leben lassen.

Bundespräsident Joachim Gauck nach der Eröffnung der Ausstellung "Karl der Große - Macht, Kunst, Schätze" am 19. Juni 2014 in Aachen vor der Domschatzkammer.

Links mit Amtskette der Oberbürgermeister von Aachen, Marcel Philipp, hinten links Armin Laschet, hinten rechts Domprobst Monsignore Helmut Poqué, der den Bundespräsidenten durch den Aachener Dom geführt hat.

Foto: ACBahn, CC BY-SA 3.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>], via Wikimedia Commons

aber dass solche Ansätze hegemonal werden, ist weit und breit nicht zu erkennen.

Hilfsorganisationen lindern zwar den Hunger einzelner und retten Menschenleben - das individuelle Engagement der Hilfskräfte wird hier nicht in Frage gestellt, - aber als Bestandteil des Systems erfüllen sie die Funktion, etwas Dampf aus dem Kessel zu lassen. In einer Welt, in der Hilfsorganisationen von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit einstellen, würde der Hunger erheblich zunehmen. Dem widerspricht nicht, dass Hilfsorganisationen mit ihrer Tätigkeit eine gesellschaftliche Feigenblattfunktion erfüllen. Sie tragen dazu bei, dass alles seine Ordnung hat,

was bedeutet, dass die Hungerleider in Schach gehalten werden und sich nicht im großen Maßstab zusammenschließen. Akutes Leid wird partiell gelindert, aber niemals, man kann es nicht genug betonen, niemals wird der Hunger in der Welt komplett beseitigt.

Die Hungerkrise wird auch deshalb in einem Dauerzustand gehalten, weil sie zur Entfaltung des Prinzips des Teilens und Herrschens von Nutzen ist. Selbst für die miesesten, gesundheitlich ruinösesten und schlechtbezahltesten Jobs finden sich Menschen bereit, weil sie genau nicht zu den Hungernden gehören wollen, die nochmals "unter" ihnen stehen. Deren bloße Existenz, wahrge-

nommen als permanente Bedrohung auch nur eines geringfügigen Einkommens, hält die Knochenmühle in Betrieb - vergleichbar, wenn auch auf einem viel höheren Niveau, mit der Funktion des Hartz-IV-Verelendungsregimes für den hiesigen Arbeitsfrieden (sprich: für das Befrieden der Lohnarbeiterinnen und -arbeiter, die berechtigte Angst davor haben, "hartzten" zu müssen, sollten sie jemals ihren Job verlieren). Die Bekämpfung des Hungers wird nicht zum viel versprochenen Erfolg führen, solange die Hungerleidenden als Druckmittel zur Durchsetzung von Lohnarbeit gebraucht werden.

Rechtmäßige Verteilung versus gerechte Verteilung

Die Massenvernichtung der Hungernden und die Massenvernichtung von Lebensmitteln liegen auf einer Linie. Nicht nur in Krisenzeiten, wie in den letzten Jahren während der Pandemie, werden zwecks Marktstabilisierung Lebensmittel vernichtet. Finden sich keine Abnehmerinnen oder Abnehmer, die für Lebensmittel bezahlen, kommt deren Vernichtung günstiger als deren Verteilung an die Bedürftigen. Außerdem unterliegen weggeworfene Lebensmittel dem Eigentumsrecht. Das sogenannte Containern, also das Retten von weggeworfenen, aber noch genießbaren Lebensmitteln beispielsweise aus den Abfallbehältern von Supermärkten, ist in Deutschland verboten und kann bestraft werden. Der Müll befindet sich rechtmäßig im Gewahrsam der Läden.

Werden weltweit genügend Lebensmittel hergestellt, um alle

Menschen satt zu machen und ausreichend mit Nährstoffen zu versorgen? Ist es nur eine Frage der gerechten Verteilung, weswegen über 800 Millionen Menschen nicht genügend zu essen haben, während beispielsweise in Deutschland und anderen Staaten Getreide verbrannt wird, um Autos anzutreiben?

Eine rechtmäßige Verteilung findet bereits statt, aber ob sie als gerecht empfunden wird, ist eine andere Frage. Die einen erhalten mehr als ausreichend und müssen sich keine Sorgen machen, die anderen erhalten weniger bis gar nichts. Die seit Jahrzehnten kolportierte Behauptung, dass angeblich nur eine "gerechte" Verteilung zwischen der produzierten Menge an Lebensmitteln und dem Mangel von Hunderten Millionen Menschen steht, lässt die Frage aufkommen, warum nicht längst dafür gesorgt wurde, dass jene Gerechtigkeit auch in das Recht Eingang gefunden hat. Offenbar stehen dieser Lösung des Hungerproblems einflussreiche Interessen entgegen. Dabei muss es sich logischerweise um Interessen handeln, die das Recht auf ihrer Seite wissen und sich seiner zu bedienen verstehen. Man kann davon ausgehen, dass es nicht die Hungernden sind, die Einfluss darauf haben.

Es ist eine Binsenweisheit und zugleich ein Tabu: Der globale Nahrungsmittelmangel kam nicht erst mit dem 24. Februar 2022 in die Welt. Zwar wird seitdem aus den beiden unmittelbar am Kriegsgeschehen beteiligten, weltweit wichtigen Agrarexportstaaten Russland und Ukraine weniger bis gar kein Getreide mehr ausgeführt, aber hinter der dadurch in

anderen Ländern ausgelösten oder drohenden Ernährungsnot steckt ein prinzipieller Mangel. Der tritt auch ohne Krieg, ohne klimawandelbedingte Unwetter und auch ohne die Covid-19-Pandemie auf.

Eigentum verpflichtet ... die anderen

Der Hunger lässt sich auf die Produktionsverhältnisse zurückführen, die von einer gesellschaftlichen Ordnung begünstigt werden, in der Staaten, Regionen, Unternehmen und Lohnarbeitskräfte in Konkurrenz zueinander wirtschaften, so dass der eigene Vorteil dem anderen zum Nachteil gereicht. Im Ergebnis wird die Welt in den Globalen Norden und den Globalen Süden geordnet, und die einzelnen Staaten wiederum in oben und unten, in marginalisierte und privilegierte Gruppen.

Wenn von letzteren beispielsweise ein Bill Gates oder ein Warren Buffett viele Millionen ihres Einkommens an Hilfsorganisationen spenden, dann können sie dies, weil ihnen zuvor ermöglicht worden war, ein Vielfaches dieses Betrags anzuhäufen und ihr Eigentum zu nennen. Somit besteht der grundsätzliche Widerspruch nicht darin, dass sie noch mehr spenden könnten, als sie es bereits tun, sondern dass sie (und, selbstredend, im Prinzip jeder Eigentümer und jede Eigentümerin) überhaupt etwas als ihr Eigentum reklamieren können. Eigentum zeigt sich als Resultat eines erfolgreichen Raubzugs, denn es bedeutet, anderen die Verfügbarkeit über etwas, sei es Nahrung, Energie oder was auch immer, vorzuenthalten.

Selbst den Menschen, die in marginalisierten Weltregionen am Hungertuch nagen, wird der Zugang zu Nahrung verwehrt, weil längst die notwendige Infrastruktur hätte gebaut werden können, um sie zu erreichen. Da Online-Händler wie Amazon, Alibaba oder das in Afrika tätige Handelsunternehmen Jumia ein immer dichteres Versorgungsnetz für Paketdienste aufbauen - für jene, die bezahlen können -, kann es keine technische Frage sein, warum niemand etwas dagegen unternimmt, dass Menschen verhungern.

Die Bezeichnung "Raub" als entscheidender, eigentumsichernder Auslöser von Hunger mag

übertrieben wirken, aber nur deshalb, weil er längst in den und durch die gesellschaftlichen Strukturen in Stellung gebracht wurde. Eigentum als fundamentale, gesellschaftlich sanktionierte Gewaltform wird weithin tabuisiert. Die Eigentumsfrage bleibt im öffentlichen Diskurs über Hungerursachen nicht nur unerwähnt, sondern sie wird mit Hilfe von Zuschreibungen vermeintlicher Schicksalhaftigkeit der Nahrungsnot wie "Hurrikan des Hungers", "sich überlappende Nahrungsmittelkrisen" bewusst verschleiert, ganz so, als würden Menschen in einer Welt verhungern, in der keine Interessen vorherrschen. Wenn man aber aner-

kennt, dass bestimmte Interessen vorherrschen, müsste man dann nicht konsequenterweise ebenfalls anerkennen, dass die Dauernotlage von Hunderten Millionen Menschen und die Verteilung von Nahrungsmitteln exakt der Erfüllung eben dieser Interessen entspricht?

Insofern ist die eingangs erwähnte Furcht vor Verteuerungen von und Engpässen an Nahrungsmitteln in den westlichen Wohlstandsregionen doch nicht so unbegründet, bieten doch Klimakrise, Pandemiefolgen und nun auch noch der Ukrainekrieg Vorwände zur Neuverteilung von Nahrungsmitteln.

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Lateinamerika "Migration ist antikolonialer Widerstand"

"Das postkoloniale Kontinuum entlarven!" Interview mit den Migrationsforscherinnen und Aktivistinnen Amarela Varela Huerta und Soledad Álvarez Velasco von Ana María Morales Troya

(Barcelona, 22. Februar 2022, Awasqa) - Gespräch mit den Aktivistinnen Soledad Álvarez Velasco (Ecuador) und Amarela Varela Huerta (Mexiko) über Feminismus, schwesterliche Solidarität, transnationale Freundschaft und vor allem über ihr Engagement für würdige und freie Migration. Als Interviewerin hatte ich kaum etwas zu tun; eine einzige Frage genügte, um zwischen den beiden Vertreterinnen des erkenntnistheoretischen Aktivismus, wie sie selbst es nen-

nen, einen spannenden Dialog auszulösen.

AM (Ana María): Vielleicht könnten wir damit anfangen, dass ihr euch vorstellt und uns ein wenig über eure Arbeit erzählt. Ich würde gerne wissen, wie ihr euch kennengelernt habt, als Personen und als Aktivistinnen, und wie sich eure Verbundenheit entwickelt hat.

AV (Amarela Varela): Das ist wirklich eine schöne Frage zum

Einstieg. Ich würde sagen, es war Liebe auf den ersten Blick. Als wir uns kennenlernten, absolvierte Sole gerade ihr Masterstudium in Mexiko, und ich war soeben aus Spanien zurückgekehrt, wo ich die letzten zehn Jahre verbracht hatte. Ich war noch nicht wieder richtig angekommen, und auch Sole fühlte sich zu dem Zeitpunkt hier fehl am Platz. Ich habe damals wieder hier Fuß gefasst, während Sole weiter um die Welt reist.

SOLE (Soledad Álvarez): Wir haben uns 2010 kennengelernt, das Jahr, in dem in Tamaulipas [1] 72 Migrant*innen ermordet wurden. Die Sozialwissenschaftlerin Leticia Calderón, die seit Jahren zum Thema Migration forscht, bot im Instituto Mora in Mexiko-Stadt ein Seminar für Menschen an, die sich mit der Gewalt gegen Migrant*innen auf der Durchreise in die USA beschäftigten. Das war für mich das entscheidende Bindeglied, denn von da an haben wir Hand in Hand weitergearbeitet und dokumentiert, wie die Gewalt zunahm, und wir haben andere Kämpfe aufgedeckt.

AV: Sole hat zu dieser Zeit eine Menge Feldforschung an der südlichen Grenze Mexikos betrieben, und ich habe angefangen, die Karawanen der mittelamerikanischen Mütter zu begleiten. 2011 haben wir zusammen die Stelle aufgesucht, wo das Massaker von Tamaulipas stattgefunden hatte. Die Frauen wollten den Ort betreten, wo ihre Kinder umgebracht worden waren, und dort für sie beten. Was mich ziemlich überrascht hat, war, dass dort auch nach einem Jahr noch Kleidung und persönliche Gegenstände verstreut lagen, die wahrscheinlich den ermordeten Migrant*innen gehört hatten. So haben wir uns kennengelernt.

SOLE: Als Amarela hier ankam, brachte sie jede Menge Geschichten mit, die wir damals noch gar nicht so gut kannten, nämlich die ganzen Infos über Frontex Europa. Gerade war wieder ein Boot im Mittelmeer versunken, und wir hatten hier überhaupt keine Ahnung, was da in Europa geschah und welche Kämpfe die Migrant*innen dort führen, wie sie

Widerstand leisten. Zum damaligen Zeitpunkt war uns in diesem Teil der Welt noch nicht so klar, dass inzwischen eine globale Systemverschiebung stattgefunden hatte mit neuen Migrationskorridoren, Gewalt und Gegenwehr. Mittlerweile gehören die Grenzen Südamerikas zum weltweit größten Migrationskorridor, und es gibt vielfältige Widerstandsstrukturen.

AV: Später lud uns die Sozialforscherin Blanca Cordero nach Puebla ein, um gemeinsam zu überlegen, wie die Theorien zu politischer Autonomie mit den Migrationsbewegungen zusammengebracht werden könnten. Die Autonomist*innen übernehmen hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitswelt den marxistischen Ansatz, ohne jedoch die Arbeitsmigration zu berücksichtigen, und wir wollten uns dem Kapitalismus und seinen zeitgenössischen Bedingungen im Kontext der Arbeitsmigration nähern. Die Betrachtung der Migrationsbewegung aus dem Blickwinkel des Autonomismus wurde bereits von Intellektuellen betrieben, die der vorangegangenen Generation angehören, Marxist*innen, Aktivist*innen der 1970er Jahre, Autonome in Italien und Frankreich und den Leuten, die die Wende der Kulturwissenschaften in den Sozialwissenschaften mitgemacht haben. Mich hat das immer fasziniert. Die materiellen Beziehungen traten in den Hintergrund, und stattdessen zählte der Überbau. Das Interessanteste an dieser lebenswerten "Sekte" der Autonomist*innen war für mich immer, dass sie versucht haben, den Dialog herzustellen, wie meine Mutter sagen würde, zwischen der Struktur und dem Überbau

des Neoliberalismus. Und der Autonomismus der Migrationen hat meines Erachtens immer den Dialog angestrebt zwischen denjenigen, die sich mit den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit befassen, und denjenigen, die die Institutionen der kulturellen Hegemonie im Neoliberalismus und Kapitalismus untersuchten.

SOLE: Genau, und bei diesem Workshop zu Autonomie in Puebla kam dann auch der Vorschlag auf, die Dependenztheorie zu aktualisieren und die heutigen Kämpfe der Migrant*innen einzubeziehen, um zu verstehen, wie sich in unseren Ländern die Abhängigkeit vom Export von Arbeitskräften seit den 1970er Jahren entwickelt hat. Denn als diese kritische Theorie aufkam, wurde Migration als interne Land-Stadt-Migration betrachtet, die Migrierenden waren zumeist Indigene; dass in den Ländern unserer Region bereits Arbeitsmigrant*innen unterwegs waren, blieb unberücksichtigt. Bei einer Neubewertung der in den 1970er Jahren entstandenen kritischen Sichtweise müssen die Neukonfiguration des Weltsystems und seine heutige Hypermobilität also mit einbezogen werden.

In einem öffentlichen Gedankenaustausch zwischen den Migrationsforschern Nicholas De Genova und Sandro Mezzadra ging es unter anderem um die Beziehung zwischen lebendiger und gegenständlicher Arbeit, Zirkulation, Kapitalismus und dem Regime der Kontrolle. Die Frage war, inwieweit Migrationskontrolle, das Spektakel der Gewalt der Grenzen, die auf illegalen Praktiken gründende Produktion von Migration und die Erniedrigung von

Menschen ineinandergreifen, um Ausbeutbarkeit und Abschiebbarkeit, die funktional sind für ein Akkumulationssystem, praktikabel zu machen. Dem spektakulären System von Grenzkontrollen, die sich vervielfältigen und immer flexibler werden, fällt dabei natürlich eine wichtige Rolle zu, so versteht es auch die marxistische Kritik. In dem Seminar, von dem Amarela spricht, ging es darum, Migrant*innen nicht nur als Arbeitskräfte zu betrachten, sondern als autonome politische Subjekte, die über eigene Macht verfügen und deren Bewegung als eigener Kampf betrachtet werden muss. Sie sind eben keine zur Ware gewordene Kraft, die innerhalb der Struktur der gegenwärtigen kapitalistischen Akkumulation im Rahmen des neoliberalen kapitalistischen Systems auf dem amerikanischen Kontinent geformt wurde. Wie Amarela gerade gesagt hat, haben wir in diesem Seminar einen sehr intensiven Dialog geführt, weil die Literatur, die wir bis dahin kannten, fast immer auf Englisch verfasst war und sich größtenteils auf die Situation in den europäischen Ländern und den USA bezog.

AM: Zurück zu eurer ersten Begegnung ...

SOLE: Ach ja. Amarela, du hattest ein Auto, in Ecuador sagen wir pichirilo, und hast mich gefragt, warum ich hier bin. Ich war damals nach Mexiko gekommen, weil ich sehen wollte, wie Ecuadorianer*innen in die USA reisen, wie sie ankommen und warum und was sie tun. Es sind fast 5.000 Kilometer von Ecuador bis in die USA. Wie ist es möglich, in einem Land wie Mexiko aufzuwachsen, in dem das Thema Mi-



Illustration: Pilar Emixtin

gration so komplex ist, und trotzdem spricht niemand darüber, obwohl es so viele Tote gibt, und nur wenige Fälle werden öffentlich wahrgenommen. Die 12-jährige Noemi Alvarez kam in der Notunterkunft in Ciudad Juárez ums Leben. Luis und Marco, zwei Jugendliche, fielen aus dem Fahrwerk eines Flugzeugs, das von Guayaquil nach New York unterwegs war. Ich weiß noch, wie ich zu dir gesagt habe: "Ecuador ist ein vergessliches Land". Ecuador und Mexiko sind miteinander verflochten, weil ständig Menschen zwischen den Ländern in Bewegung sind. Es gibt die Reisebusse, und es gibt die Logik der lokalen kulturellen Religiosität, die Sígsig im Süden des Landes, Cochapamba und Girón mit Brooklyn und auch mit Mexiko-Stadt und Tapachula verbindet.

Wir sind ein komplexer Kontinent mit vielen Übereinstimmungen, und man könnte fast meinen, dass jegliche Diskussion über Migration gezielt durch einen methodologischen Nationalismus vernebelt wird, der uns daran hindert zu erkennen, dass wir nicht nur reale räumliche Veränderungen herbeiführen, sondern auch gemeinsame transnationale Kämpfe auf die Beine stellen können.

AV: Es ist 20 Jahre her, dass ich in Spanien gelebt habe, und damals war Antirassismus eher eine Randerscheinung. In Europa, das heißt, besonders in Spanien, herrschte ein anderer Beat, die Prioritäten waren andere, die Formen des Protests, die Sichtweisen, die akademischen Codes, und selbst mein Feminismus war anders, migrantisch, lateinamerikanisch eben. Als ich meine Doktorarbeit abschloss, bekam ich

von Marta Malo [militante Forscherin] ein kritisches Feedback. In der ihr eigenen liebevollen und vorsichtigen Art und Weise ließ sie mich wissen, dass es "barbarisch" sei, nur ein Kapitel meiner Dissertation den Frauen zu widmen, und das hat mich sehr beeindruckt. In Spanien hatte ich den Kampf der Sans Papiers begleitet, die (damals) größtenteils Männer waren. Als ich nach Mexiko zurückkam, gingen hier die Proteste gegen die Feminizide richtig los, und die Karawane der mittelamerikanischen Mütter bestand ausschließlich aus Frauen.

Die Zeit des "Kriegs gegen die Drogen" empfinde ich im Rückblick als Zeit der Trauer. Es gab einen nationalen Marsch für den Frieden, erste Formen einer neuen politischen Subjektivität, die Suche nach toten oder lebenden Verwandten und geliebten Menschen war eng mit dem Thema der Feminizide verbunden; wie ich schon sagte, es war eine Zeit der Trauer und des Schmerzes, und die politischen Ausdrucksformen jener Zeit trugen vor allem weibliche Züge. Bei der letzten Gedenkfeier zum 8. März 2021 sagte eine compañera buscadora (eine Frau, die zusammen mit anderen ohne Unterstützung des mexikanischen Staats nach verschwundenen Angehörigen sucht), die Morde in Ciudad Juárez hätten vor 30 Jahren begonnen. Ich glaube, dass sich in dieser Zeit der Wut und des Schmerzes, wie die Philosophin Mariana Favela sagt, eine politische Subjektivität entwickelt hat, die wesentlich aus den Kämpfen der Frauen in Mexiko entstanden ist. Den Kämpfen von Frauen wurde daraufhin etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt, man

kannte die Bilder von Migrantinnen, die nach ihren Kindern suchen, Frauen, die auf der Suche nach Vermissten versteckte Gräber mit Schaufeln ausheben. Wir haben das, glaube ich, damals auch ganz richtig erkannt, dass es nicht nur um Erwachsene geht, und nicht nur um Mexiko, und haben versucht, das in unsere feministische Perspektive einzubeziehen.

SOLE: Für die Nähe, die sich zwischen uns entwickelt hat, waren unsere intellektuellen und politischen Übereinstimmungen und unsere Arbeit als Aktivistinnen ganz wichtig, und dazu kam dann noch, dass wir als Feministinnen und Freundinnen füreinander da waren, bei Krankheiten, Geburten und allem anderen. So kommt es, dass wir so lange schon eng miteinander verbunden sind. Was auch noch wichtig ist: Wir entstammen beide einer Generation, die sich durch die Präsenz des US-Interventionismus in Lateinamerika politisiert hat, und durch die Beschäftigung mit dem Thema Migration wurde uns erst recht bewusst, wie massiv und wie umfassend die USA seit den neunziger Jahren die neoliberale Politik für sich nutzt, um die Migrations- und Sicherheitsdynamik unserer Länder zu bestimmen, auch wenn das heute viel subtiler vonstatten geht als in den siebziger und achtziger Jahren.

In unseren Ländern haben sich analoge Formen der Kontrolle über die rassifizierten Körper der verarmten Männer und Frauen und Asylsuchenden aus den Ländern des globalen Südens festgesetzt. Diese Kontrollmechanismen wirken sich auf das Leben von Frauen, Kindern und Mi-

grant*innen aus. Unser Ziel war es, Anhaltspunkte zu liefern, um die Komplexität des Grenzkontrollregimes zu entschlüsseln; wir wollten das extrem perverse Spiel, das die lateinamerikanischen Länder spielen, um Grenzen, Mobilität und Leben zu kontrollieren, ethnographisch analysieren. Das hat uns, würde ich sagen, politischer gemacht; außerdem wollte ich dieses Phänomen verstehen, das mich sehr geprägt hat: die Geschichten von Frauen, die an der Südgrenze Mexikos nach ihren verschwundenen Kindern suchen, die Geschichten von alleinreisenden Kindern und von Menschen, die im Meer ertrunken waren. Diese Geschichten vom Tod waren die Geschichten meines Landes, diese Geschichten kamen aus Ecuador, sie werden bis heute nicht politisch aufgearbeitet und zählen auch nicht zu den vorrangigen Themen der feministischen Kämpfe in Ecuador. Etliche ecuadorianische Kinder wurden in der Obhut ihrer Großmütter gelassen, die das Dreifache an Pflege leisten müssen, an ihnen hängt die gesamte Reproduktionsarbeit in den indigenen Ortschaften, den ärmsten des Landes, und niemand macht sich einen Begriff davon. Da gab es also offensichtlich eine Parallele zur Situation in Mexiko: Auch dort war die Intervention nach unten, die Externalisierung der US-Grenze auf unserem Kontinent, nicht nur in Mexiko, sondern bis in den Süden der Anden, die Ursache zahlreicher Todesfälle.

AV: Wie die Eltern der verschwundenen Schüler*innen von Ayotzinapa immer sagen: Das war der Staat, damals wie heute.

SOLE: Genau. Und deshalb ist migrantischer Transit eine Form von dekolonialem Kampf, denn das Augenmerk auf Migration zu lenken bedeutet, den Staat und seine Grenzen zu exponieren und das postkoloniale Kontinuum zu entlarven, das bis heute begleitet wird von rassistischer Gewalt. Deshalb spreche ich hier von einem Kampf und einer feministischen Positionierung, die wir von unterschiedlichen Seiten aus mit unserer Arbeit unterstützt haben: Amarela, indem sie die Mütter begleitet, die ihre verschwundenen Kinder suchen, oder die alleinstehenden Mütter in den aktuellen Karawanen unterstützt, die mit ihren Kindern unterwegs sind; während ich mit den Betreuerinnen gearbeitet habe, was mich emotional ziemlich mitgenommen hat, weil es Frauen sind, Großmütter, die sich um Enkel und Urenkel kümmern, die zu Waisen geworden sind, und während sie dort allein zurückbleiben und das tägliche Leben in den indigenen Gemeinschaften aufrechterhalten, verwaist auch das Land jeden Tag ein Stückchen mehr.

Was uns auch noch weiter politisiert hat, war die Begegnung mit den Kindern und Jugendlichen, die uns gezeigt haben, wie sie sich gegen dieses Regime der Kontrolle, der Unterdrückung und der Gewalt, das sich immer wieder selbst reproduziert, zur Wehr setzen. Das hat uns einen kreativen Weg eröffnet, einen Weg der kollektiven Gestaltungsmöglichkeiten, und da haben Amarela und ich einiges vorangetrieben. Ich nenne sie immer meine Wahrsagerin, weil wir so oft zusammen Pläne schmieden.

AM: Die extremen Auswüchse sind schon ungewöhnlich ... 2010 war das Massaker mit 72 Toten, das uns umgehauen hat und uns den Atem stocken ließ, und ab da ging es eigentlich Schlag auf Schlag ... das Massaker in Caramago, das Massengrab im Mittelmeer, die Kinder in den Käfigen ...

AV: Ja, selbst in Europa leben immer mehr Kinder auf der Straße (mit und ohne Migrationshintergrund), und Gewalt im Allgemeinen wird immer mehr zu etwas Alltäglichem. Aus dem USA oder Mexiko gibt es immer wieder Geschichten von Kindern, die in den Käfigen sterben, Geschichten über Entführungen und Menschenhandel ... Das hat uns, glaube ich, sehr melancholisch gemacht. Es ist schwer, die Realität zu verkraften, wenn man sie mal ganz anders erlebt hat. Ich denke, diese Formen der Gewalt schafft und verschärft der Neoliberalismus. Das gilt übrigens auch für die kapitalistische Ausbeutung in virtualisierten Arbeitsverhältnissen. Insgesamt verschärft sich die Gewalt. Wir müssen uns auf einiges gefasst machen, denn der Westen wird seine todbringenden Technologien, die er hier schon eingeführt hat, auch noch weiter ausbauen, aber ich bin sicher, dass wir auch Kämpfe dagegen erleben werden.

SOLE: Ana Tsing, eine brillante Anthropologin, die das Wachstum einer Pilzart, der Matsutakes, verfolgt (siehe: *The Mushroom at the End of the World: On the Possibility of Life in Capitalist Ruins*) hat einmal gesagt, das Schönste am Wachstum und der Verbreitung von Pilzen sei, dass es nie aufhört, und wenn die ganze

Welt in Trümmern liegt, komplett in Schutt und Asche: Unter der Erde gibt es immer Leben, das die Schaffung und Vermehrung von Bakterien und Pilzen aufrechterhält. In gewisser Weise funktioniert es immer so: Auch wenn alles in Trümmern liegt, geht das Leben weiter. Das sehen wir auch in Lateinamerika. In fünf Jahren sind beispielsweise fünf Millionen Venezolaner*innen in lateinamerikanische Länder emigriert. [...] Die Intervention der USA hat das Land stranguliert. Die Widersprüche des Chávez- und Maduro-Regimes haben das Ihrige für den Zusammenbruch getan, und nun sind fünf Millionen Menschen heimatlos. Menschen, die täglich unter den Folgen litten, sind nun zu Fuß unterwegs auf dem Kontinent.

Ich habe einige Online-Interviews geführt, und was die Venezolaner*innen erzählen, ist wirklich beeindruckend: Sie bauen Zeltstädte auf und wieder ab und ziehen weiter, mit dem Boot, zu Fuß, halten an, gehen weiter, manchmal ist ein Einkaufswagen ihr gesamtes Zuhause, oder ein Kinderwagen, mit dem sie ihre Familie vorwärts schieben. Viele Menschen im südlichen Korridor, der die Andenregion mit den Ländern des Südzipfels verbindet, sind nicht bereit, getrennt zu migrieren, sondern nur im Familienverband, Mütter mit Kindern, mit der Großmutter, drei- oder vierköpfige Familien, Wahlfamilien, die aus nachbarschaftlichen Verbänden bestehen, ganze Familien auf dem Weg durch Moore, durch die Wüste. Ich glaube, das, was vor einigen Jahren so speziell in Mexiko war, sieht man heute in ganz Lateinamerika. Schreckliche Szenen, Menschen, die auf dem Weg

nach Peru in den Mooren, in der chilenischen Wüste sterben. Die Zahl der Toten ist vermutlich nicht so hoch wie im Korridor Mittelamerika-Mexiko-USA, aber auch in der Äquatorial- und Andenzone sind bereits Menschen verschwunden, auch hier gibt es Tote und Menschen, die auf der Straße leben, Menschen, deren Heimat die Straße geworden ist, und wenn ich sage: Menschen, dann spreche ich von Millionen. In Ecuador sind 400.000 Venezolaner*innen registriert, dazu kommen all jene, die nach Kolumbien, Peru und Chile gegangen sind - eine Unmenge von Menschen. So sieht es im Süden aus.

AV: Genau. Ich möchte nochmal auf die Kinder in den Käfigen zurückkommen, junge Mittelamerikaner*innen, die abgeschoben werden, weil sie nach den Kriterien der Gringo-Beamten wie Maras aussehen, und bei der Rückkehr in ihre Länder werden sie auch von ihren Gemeinden kriminalisiert, abgelehnt, ausgegrenzt, verlassen und gefürchtet. Das heißt: Die permanente Entfremdung, der diese jungen Menschen ausgesetzt sind, wird für sie zum Normalzustand. Angesichts der Gewöhnung an die Ströme von Völkern in ständiger Bewegung haben die Regierungen ihre eigenen Instrumente der Einflussnahme entwickelt, und wir können beobachten, wie auch der Terror, dem diese Menschen ausgesetzt sind, zum Normalzustand wird. Und gleichzeitig haben die permanente Gewalt und die Signalwirkung anderer Widerstandsbewegungen dazu geführt, dass neue Widerstands- und Care-Strukturen entstehen, in Venezuela finden sich zum Beispiel Gruppen von Menschen, die gemein-

sam den Darién durchqueren, manche sind miteinander verwandt, andere nicht, manche Verbindungen entstehen erst auf den Straßen oder an den Grenzen. Wie die mexikanische Anthropologin Valentina Glockner sagt: Es entstehen Strukturen kollektiver Fürsorge, auch zwischen Fremden, wir nennen das *comunidades de cuidado en movimiento* - Care-Gemeinschaften auf der Flucht, die oft auch nach dem Exodus weiterbestehen, wo auch immer es jede Person hinverschlägt.

Wir haben in der Karawane Frauen kennengelernt, die unbedingt weiter zusammenbleiben wollten, ledige Mütter meist, die sich ein neues soziales Gefüge aufgebaut hatten. Die Karawanen in Mexiko waren für mich das, was die zapatistische EZLN für meine Mutter war. Sie hatte das Massaker von 1968 überlebt, und der Aufstand der Indigenen gegen den Neoliberalismus 1994 gab ihr wieder neue Hoffnung. So ähnlich ging es mir mit den Karawanen. Für mich sind sie ein Akt der offenen Rebellion gegen alles, worüber wir hier sprechen. Sie bestehen aus Familien aller Art, viele sind alleinerziehende Mütter, die sich zu Familienverbänden zusammenschließen.

SOLE: Ich denke, dass der Aufbau von Widerständigkeit jeder Art entscheidend vom Zugang zum digitalen Raum profitiert hat. Als ich in Ecuador mit Migrant*innen aus Syrien, Asien und Afrika arbeitete, konnte ich sehen, dass die digitale Welt den größten Teil ihres Lebens ausmacht. Die Digitalisierung der Migration hat auch ihre Schattenseite, denn sie versorgt das Kontrollregime permanent mit Daten;

dass Google oder Facebook Daten verkauft, ist allgemein bekannt. Aber für Migrant*innen ist das eine unheimlich wichtige Möglichkeit, um miteinander in Verbindung zu gehen, Facebook wird plötzlich zu einem virtuellen Gemeinschaftsraum, hier findet man Arbeit, Venezolaner*innen stellen einander Uber- und Glovo-Konten zur Verfügung, um arbeiten zu können, hier gibt es Infos über Aushilfsjobs, über Transitrouten, über Abfahrtszeiten der Coyotes.

Ich glaube, dass bei dem, was wir vorhin besprochen haben, dass das Leben in den Ruinen weitergeht, die Digitalisierung, die Virtualisierung unserer Existenzen eine wesentliche Rolle spielt. Wie sonst könnten Migrant*innen auf dem aktuellen Stand über Reiserouten sein, wie sonst sollten sie ihre Netzwerke und ihre Beziehungen transnational erhalten? Migration, wie wir sie heute erleben, ist nicht mehr nur ein regionales Phänomen, sondern eine globale Diaspora, ausgelöst durch die Zunahme von Kriegen, die religiösen und politischen Konflikte in der Welt, die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels, die Festung Europa und die Tausenden von Toten im Mittelmeer. Man nimmt es vielleicht nicht unbedingt so wahr, obwohl die Bewegungen es eigentlich deutlich zeigen, aber: Eine Form des Widerstands ist vielleicht auch, dass Migrant*innen ihr Fluchtziel von Europa nach Südamerika umlenken. Die Menschen sagen sich: "Ich werde mein Leben nicht riskieren, ich gehe auf diesen anderen Kontinent, um dort irgendwie einen sicheren Ort zu finden". Ich denke, das bringt uns mit einem

größeren Kollektiv von Menschen näher zusammen.

AV: Ich möchte am Schluss noch einmal sagen, dass Sole und ich uns gegenseitig inspiriert haben und nun gemeinsam an einem vitalen politischen und akademischen Engagement weben, um einen feministischen, starken und radikalen Blick auf die zeitgenössische Migration zu schaffen. Denn in den Diskursen der Kritik am globalen Umgang mit den Migrationsbewegungen fehlt noch die radikalfeministische Perspektive, so wie sie bereits von schwarzen Frauen, im Trikont, in den Frauenkämpfen in Brasilien erarbeitet wurde, wo sich Frauen bewusst in die Volkskämpfe eingebracht haben.

Wir müssen eine radikalfeministische Kritik am globalen Krieg gegen Migrant*innen entwickeln und uns mit den Kämpfen der Frauen verbinden, mit denen, die ihre verschwundenen Kinder suchen, die in Zeiten von COVID-19 und Lockdown in den Barrios Suppenküchen organisieren, die jeden 8. März auf der ganzen Welt auf die Straße gehen. Wir müssen uns mit ihren Visionen, mit ihren Kampfstrategien und ihren Erfahrungen auseinandersetzen und sie mit unseren. Ich möchte, dass dieses Interview Feministinnen erreicht und sie inspiriert, mit feministischen Migrantinnen in den Dialog zu gehen, so wie das wie bei den beiden Versammlungen im Rahmen des Projekts Inmovilidad en las Américas [2] schon stattgefunden hat. Und gleichzeitig hoffe ich, dass die Fragestellungen der feministischen Genossinnen von NiUnaMenos und anderen Kollektiven die Migrantinnen erreichen, sie

herausfordern, damit wir gemeinsam darüber nachdenken können, wie wir das Patriarchat besiegen und dem Kapital Angst einjagen können.

SOLE: Zum Schluss noch eins: Ich denke, in Lateinamerika und besonders in der Andenregion arbeiten die indigenen Bewegungen immer mehr am Zusammenschluss mit anderen politischen Initiativen. Beim Kampf der Migrant*innen muss das noch passieren: In der Vergangenheit waren es die Indigenen aus Ecuador, die migriert sind, und das tun sie auch heute noch. Trotzdem ist die Forderung nach Gerechtigkeit für Migrant*innen nicht Teil der Agenda der indigenen Bewegung. Ich beziehe mich hier auf Ecuador, aber ich denke, in anderen Ländern wird es ähnlich sein. Die Kämpfe der indigenen Völker und der migrantischen Völker sollten sich verbinden, auch die Kämpfe der Schwarzen würde ich dazu rechnen, denn es sind alles Kämpfe, die sich gegen den kapitalistischen, kolonialen Rassismus in all seinen Ausdrucksformen wehren. Bei der großen anti-neoliberalen Mobilisierung im Oktober 2019 in Ecuador, bei der die indigene Bewegung in der ersten Reihe stand, trat die extreme Fremdenfeindlichkeit gegenüber der venezolanischen Bevölkerung mal wieder deutlich zutage. Wir sind ein Land von Migrant*innen, ein transnationales Land, wir sind Teil eines transnationalen Amerika, das von Migration durchsetzt ist, wir sind Teil eines indigenen, eines schwarzen Amerika, eines Kontinents mit europäischen Wurzeln, und wie können wir alle diese Kämpfe mit dem Feminismus verbinden? Das ist eine Frage, die uns alle angeht.

Übersetzung: Lui Lüdicke

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/10-jahre-nach-dem-massaker-regierung-will-opfer-von-san-fernando-identifizieren/>

[2] <https://www.youtube.com/watch?v=Ffb1IGPAvSQ>

Link zum Originalartikel: <https://www.revistaamazonas.com/2022/01/05/migrar-es-resistencia-anitcolonial-entrevista-a-amarela-varela-y-soledad-alvarez/>

URL des Artikels: <https://www.npla.de/thema/flucht-migration/migration-ist-antikolonialer-widerstand/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:
 poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
 Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
 Köpenicker Straße 187/188
 10997 Berlin
 Telefon: 030/789 913 61
 E-Mail: poonal@npla.de
 Internet: <http://www.npla.de>

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Kleinbauern und Welternährung -

Kurswechsel bei den Vereinten Nationen und Offener Brief an die FAO

von Pressenza München, 22. März 2022

Eine Änderung der Definition von Kleinbauern durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO (Food and Agricultural Organisation) führt dazu, dass deren Anteil an der weltweiten Nahrungsmittelproduktion nunmehr um ein Vielfaches geringer erscheint als zuvor. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Vertreter von Kleinbauern sehen darin eine große Gefahr, die zu einem Politikwechsel hin zu mehr Unterstützung für industrielle Großbetriebe führen könnte. Die Folge wären Zerstörung traditioneller regionaler und lokaler kleinbäuerlicher Strukturen, obwohl gerade diese enorm zur Welternährung beitragen.

Kleinbauern ernähren die Welt zu 70%

Seit vielen Jahren herrschte relative Übereinstimmung darüber, dass Kleinbauern und Familienbetriebe in etwa 70% aller Nahrungsmittel weltweit erzeugen, die industrielle Landwirtschaft hingegen nur 30%, wobei letztere aber für die Mehrheit der Umweltschäden verantwortlich ist, allen voran die Fleisch- und Milchindustrie [1], da sie im Gegen-

satz zu Kleinbauern nicht ökologisch und regional, sondern ökonomisch und global wirtschaftet. Der Löwenanteil der Welternährung wird durch kleinbäuerliche Familienbetriebe geleistet und selbst die FAO ging von diesem Anteil aus, den sie in ihrem Bericht von 2014 sogar mit 80% bezifferte (siehe Pressemitteilung vom Oktober 2014 [2]).

Kleinbauern, vor allem im globalen Süden, auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, aber auch in Teilen Lateinamerikas, produzieren hauptsächlich für lokale und regionale Märkte. Sie haben oft weniger technische Mittel zur Verfügung, schaffen dafür aber lokale Arbeitsplätze und tragen somit erheblich zur Existenzsicherung in ländlichen Gegenden bei. Zudem arbeiten sie mit traditionellen und regenerativen Anbaumethoden, setzen weniger Pestizide und Gentechnik ein und legen mehr Wert auf das ökologische Gleichgewicht, indem sie Biodiversität kultivieren und Monokultur meiden. Kurz, sie arbeiten mit und nicht gegen die Natur, produzieren nährstoffreichere Nahrung als die Agrarindustrie und schonen zudem Ressourcen und Klima, schon allein durch kürzere Transportwege und weniger Verpackung.

Übereinstimmung über die Wichtigkeit von Kleinbauern

Daher war man sich bisher auch darüber einig, sowohl bei der FAO als auch bei anderen Organisationen der Vereinten Nationen wie dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung IFAD [3], dass Kleinbauern das Rückgrat der Welternährung bilden und entsprechend unterstützt werden sollten. So riefen die Vereinten Nationen auch für 2019 bis 2028 die "Dekade der Bäuerlichen Familienbetriebe" aus [4]. Selbst Dr. Martin Frick, Leiter des Berliner Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), bestätigte kürzlich in einem Interview mit der Heinrich-Böll-Stiftung [5] zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die globale Ernährungssicherheit: "Lokale Märkte spielen eine ganz wesentliche Rolle, denn 80% der Welternährung wird immer noch von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produziert. Wenn wir Klimagerechtigkeit ernst nehmen, dann müssen wir zuallererst Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unterstützen. Die Covid-Krise und die Schockwellen des Ukraine-Konflikts zeigen, dass wir resiliente lokalisierte Nahrungsmittelsysteme brauchen."

Die Kehrtwende der FAO

Doch es scheint, dass die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO vor kurzem einen Kurswechsel vollzogen hat. Laut ihrem neuesten Bericht von 2021 sollen Kleinbauern und Familienbetriebe plötzlich nur noch 30% der weltweiten Nahrungsmittel produzieren. Das ist eine beachtliche Kehrtwende, die nicht mit veränderten Bedingungen oder strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft zu erklären ist, sondern mit einer geänderten Definition des Begriffs "Kleinbauern".

So wurde nun von der FAO festgelegt, dass ein Betrieb nur noch als "kleinbäuerlich" (engl. "small farm") gilt, wenn er auf einer Fläche von weniger als 2 Hektar wirtschaftet. Das ist problematisch, weil es weder geographische Gegebenheiten, noch die Art der landwirtschaftlichen Produktion oder andere Faktoren berücksichtigt. So kann zum Beispiel "ein 25 Hektar großer Zuckerrohrfarmer in Ruanda als Großbauer angesehen werden, während ein Landwirt, der in Brasilien auf 200 Hektar Zuckerrohr anbaut, im lokalen Vergleich als Kleinbauer gilt", wie der Artikel "Was sind eigentlich Kleinbauern?" von Thomas Beutler auf der Webseite "2000m2" der Zukunftsstiftung Landwirtschaft erklärt [6].

Vom Nährwert zum Marktwert - verschobene Prioritäten?

Neben der Änderung des Flächengröße für die Definition von Kleinbauern, durch die nun viele

durchs Raster fallen und schlicht nicht mehr gezählt werden, zeichnet sich noch eine weitere Kursänderung ab: Der neue Bericht misst die Produktivität von Kleinbauern am kommerziellen Marktwert anstatt am realen Verbrauch. Hierdurch wird die Leistung der Kleinbauern, Familien und Gemeinden auch ohne Gegenleistung oder außerhalb erfassbarer kommerzieller Märkte zu ernähren, außer Acht gelassen. Auch die oftmals während der Erntewochen abgegebenen Überschüsse an Bedürftige sind für die Hungerbekämpfung gerade in armen Ländern von großer Bedeutung. Diese neue Art der Produktivitätsmessung lässt Kleinbauern "ineffizienter" erscheinen, als sie es tatsächlich sind. Andererseits werden die durch industrielle Landwirtschaft entstehende Überschussproduktion sowie Lebensmittelverschwendung beim Bemessen der Produktivität der Agrarindustrie nicht von deren Produktivität abgezogen. Es zeichnet sich klar ein Kurswechsel ab, in dem man nun mehr Fokus auf kommerzielle Erfassbarkeit legt und weniger auf die tatsächliche Hungerbekämpfung.

Offener Brief

Als Reaktion auf die Kehrtwende der FAO haben nun acht zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit Landwirtschaft, Rechten von Kleinbauern und Ernährungssouveränität [7], also dem Recht der Menschen und souveränen Staaten, auf demokratische Weise ihre eigene Agrar- und Ernährungspolitik zu bestimmen, seit Jahren auseinandersetzen, einen Offenen Brief an den Generaldirektor der Ernährungs-

und Landwirtschaftsorganisation FAO geschrieben, die Teil der Vereinten Nationen ist und somit eine gesellschaftliche Verpflichtung zur Publikation verlässlicher Daten hat.

Im Offenen Brief [8] an die FAO, den wir untenstehend auf deutsch publizieren, wird um Stellungnahme und um Klärung der Zahlen und Daten gebeten, da dies nicht unerhebliche politische Auswirkungen haben könnte. Abgesehen vom Angriff auf die Rechte von Kleinbauern, die ohnehin bereits durch agrarindustrielle Expansion, Klimawandel und Landgrabbing bedroht sind, sehen die unterzeichnenden Organisationen darin einen Freischein, in Zukunft weniger Förderung und Unterstützung für Kleinbauern und Familienbetriebe vorzusehen und diese stattdessen in die profitorientierte Agrarindustrie fließen zu lassen, wie es sogar in einer der zwei Studien empfohlen wird, auf denen der neue FAO-Bericht gründet. Das könnte für die globale Hungerbekämpfung fatale Folgen haben, denn nur weil sich Definitionen und Zählweisen ändern, ändert dies nichts an der Tatsache, dass immer noch hauptsächlich Kleinbauern die Welt ernähren, und dies auch produktiver und in einer für die Umwelt zuträglicheren Weise tun als die Agrarindustrie.

Gefährlicher Trend

Es scheint sich ein gefährlicher Trend bei den Vereinten Nationen abzuzeichnen. Im Herbst letzten Jahres fand der UN-Ernährungsgipfel 2021 statt, der von vielen kleinbäuerlichen und indigenen Organisationen, vertreten durch

das Bündnis "Civil Society and Indigenous Peoples' Mechanism for relations with the United Nations Committee on World Food Security" mit über 300 Millionen Mitgliedern aus 500 zivilgesellschaftlichen Gruppen, boykottiert wurde [9]. Sie beklagten die "Entführung" des Gipfels durch die Partnerschaft mit dem World Economic Forum und organisierten einen Gegengipfel, um der Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, dass die Stimmen der vielen Kleinbauern weltweit nicht gehört wurden, während die großen transnationalen Agrar- und Lebensmittelkonzerne überproportional vertreten waren. Wie zahlreiche soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen berichteten, die sich seit Jahren für eine agrarökologische und menschenrechtsbasierte Transformation der bestehenden Ernährungssysteme aussprechen, ist der UN-Ernährungsgipfel zu einer Industrieveranstaltung 11 verkommen.

Nachdem rund 500 Millionen kleinbäuerliche Familienbetriebe weltweit somit in ihrer Existenz bedroht wären, ist das bereits Grund genug, den Kurswechsel der FAO höchst kritisch zu sehen. Da wir hier aber von nichts Geringerem als der Welternährung sprechen, und die Zahl der hungernden Menschen steigt - trotz groß aufgelegter Ernährungsprogramme wie der Grünen Revolution für Afrika (AGRA), finanziert durch sogenannte philanthropische Stiftungen, die dazu führten, dass heute in Afrika mehr Menschen hungern als zuvor, und die somit kläglich gescheitert sind 12, gilt es hier, ganz genau hinzusehen.

Lokale Strukturen für globale Lösungen

Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Weise die FAO auf den Offenen Brief reagieren wird. Wenn sie es aber wirklich ernst damit meint, den globalen Welthunger bekämpfen zu wollen und auch die UN-Nachhaltigkeitsziele einzuhalten, so führt kein Weg daran vorbei, Kleinbauern, die im übrigen zu einem nicht unerheblichen Anteil aus Frauen bestehen [13], mit ihren sozialen Netzwerken und lokalen Strukturen zu unterstützen und zu stärken, anstatt sie aus dem Diskurs herausfallen zu lassen. Die Lösung für den Welthunger liegt in der gerechten Verteilung von Ressourcen und Kleinbauern streben nicht nach maximalem Profit, sondern nach dem Erhalt ihrer lokalen und regionalen Gemeinschaften, von denen sie ein wichtiger Teil sind, und zu denen auch eine intakte Natur zählt, von der sie leben. Wie bereits von Vandana Shiva in ihrem Buch "Wer ernährt die Welt wirklich? - Das Versagen der Agrarindustrie und die notwendige Wende zur Agrarökologie" ausführlich beschrieben, sind Kleinbauern, vor allem Kleinbäuerinnen, die wahren Ernährer, Erzeuger von gesunden Lebensmitteln, Hüter der natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und freiem Saatgut, Erhalter von Biodiversität und Artenreichtum und nicht zuletzt auch Klimaschützer.

Anmerkungen

[1] <https://www.forbes.com/sites/jeffmcmahon/2019/04/04/meat-and-agriculture-are-worse-for-the-climate-than-dirty-energy-steven-chu-says/>

[2] <https://www.fao.org/news/story/en/item/260535/icode/>

[3] <https://www.ifad.org/en/web/latest/-/news/launch-of-the-un-s-decade-of-family-farming-to-unleash-family-farmers-full-potential>

[4] <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/blog/2019/un-dekade-der-baueuerlichen-familienbetriebe/>

[5] <https://www.boell.de/de/2022/03/10/krieg-der-ukraine-die-auswirkungen-sind-dramatisch>

[6] <https://www.2000m2.eu/de/sind-eigentlich-kleinbauern/>

[7] <https://www.weltagrabericht.de/themen-des-weltagraberichts/ernaehrungssouveraenitaet.html>

[8] https://etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/70_final_draft_lt_to_fao_dg_0.pdf

[9] <https://www.theguardian.com/global-development/2021/mar/04/farmers-and-rights-groups-boycott-food-summit-over-big-business-links>

[10] <https://foodsof.org/stop-the-corporate-hijack-of-the-2021-world-food-systems-summit/>

[11] <https://www.pressenza.com/de/2021/10/welternahrungsgipfel-gescheitert-zwei-jahre-energie-und-ressourcen-in-die-falschen-bahnen-gelenkt/>

[12] <https://afsafrica.org/a-sting-in-the-agra-tale-independent-expert-evaluations-confirm-that-the-alliance-for-a-green-revolution-has-failed/>

[13] <https://www.oxfam.org/en/empowering-women-farmers-end-hunger-and-poverty>

*

Offener Brief

1. Februar 2022

Dr. QU Dongyu Director-General
Food and Agriculture Organization of the United Nations Viale
delle Terme di Caracalla 00153
Rome, Italy

Sehr geehrter Herr Dr. QU,

Betreff: FAO-Verwirrung über
die Rolle von Kleinbauern bei der
Deckung des Nahrungsmittelbedarfs
der Weltbevölkerung

Ein aktueller Bericht der FAO [i] offenbart Widersprüche in Bezug auf den Beitrag von Kleinbauern zur Welternährungssicherheit. So ist unklar, was die FAO unter einem Kleinbauern oder einem kleinen Familienbetrieb versteht, welche Landgröße, wenn überhaupt, einen kleinen Betrieb ausmacht, wie wichtig die Unterscheidung zwischen Nahrungsmittelproduktion und -verbrauch ist, was der Unterschied zwischen Marktwert und Nährwert ist und wie die industrielle Nahrungsmittelkette immer wieder versagt. Die unklare Definition der FAO trägt in Verbindung mit einigen anderen Dokumenten (1) dazu bei, dass in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entsteht, dass Kleinbauern nur ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittel produzieren (2), während die Unterzeichner zu dem Schluss kommen, dass Kleinbauern die wichtigsten Nahrungsmittellieferanten für mindestens 70 % der Weltbevölkerung sind (3).

Die Daten und politischen Annahmen in der FAO-Veröffentlichung vom Juni 2021 (Welche Landwirtschaftsbetriebe ernähren

die Welt und ist Ackerland weiter konzentriert worden? [ii]) offenbaren wichtige Widersprüche, die Klärung bedürfen.

Der Bericht von 2021 beabsichtigt, die Verwirrung zu beseitigen, die durch ein FAO-Papier aus dem Jahr 2014 (4) entstanden ist, das nahelegte, dass 80 % der weltweiten Nahrungsmittel von Familienbetrieben erzeugt werden, indem nun eine Definition von kleinen Familienbetrieben verwendet wird, die im Widerspruch zu der von der FAO und IFAD lancierten UN-Dekade der Bäuerlichen Familienbetriebe (2019 - 2028) steht. Die FAO-IFAD-Definition von bäuerlichen Familienbetrieben umfasst "Modelle in der Land-, Fischerei-, Forst-, Weide- und Aquakulturwirtschaft und schließt Kleinbauern, indigene Völker, traditionelle Gemeinschaften, Fischer, Bergbauern, Waldnutzer sowie kleine Viehzüchter und Hirten mit ein." (5) Diese Definition ähnelt dem, was wir als kleinbäuerliche Produktion bezeichnen würden, obwohl wir auch urbane und stadtnahe Nahrungsmittelproduktion mit einschließen. Überraschenderweise beschränkt die FAO-Publikation von 2021 nun Kleinbetriebe auf den Anbau von Feldfrüchten und einige mit Viehhaltung auf dem Hof (6). Durch diese einseitige Einschränkung der Vielfalt der bäuerlichen Produktionssysteme und dem Bestehen darauf, dass kleinbäuerliche Betriebe nur weniger als 2 Hektar groß sein dürfen, kommt die Studie 2021 zu dem Schluss, dass Kleinbauern 35 % der weltweiten Nahrungsmittel auf 12 % des Ackerlands erzeugen (7).

Die willkürliche Begrenzung durch den Bericht auf 2 Hektar

steht im Widerspruch zu den Schlussfolgerungen des Chefstatistikers der FAO, der auf der Grundlage einer Konsultation aus dem Jahr 2018, an der mehr als 50 Staaten teilnahmen, einen universellen Schwellenwert für Landbesitz ablehnte und stattdessen eine Reihe von relativen Maßstäben aufstellte, um kleine landwirtschaftliche Betriebe von Land zu Land unterschiedlich zu definieren (8).

Wir bekräftigen das Recht der Kleinbauern, sich selbst zu identifizieren, und stellen zudem fest, dass national definierte Beschreibungen von Kleinbetrieben im Durchschnitt 5 Hektar oder etwa 25 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen (9), und kommen - zusammen mit anderen im FAO-Bericht von 2021 zitierten Studien (10) - zu dem Schluss, dass die kleinbäuerlichen Betriebe der Welt etwa die Hälfte der weltweiten Nahrungsmittel produzieren. Das bedeutet, dass der Anteil der Kleinbauern an der weltweiten Nahrungsmittelproduktion auf etwa 70 % ansteigt, wenn die Standard FAO-IFAD-Definition (d.h. einschließlich handwerklicher Fischer, urbaner Produzenten, Jäger und Sammler sowie kleine Viehzüchter und Hirten) angewandt wird (11).

Außerdem misst der FAO-Bericht von 2021 Produktivität anhand des "Wertes", was vermutlich, obwohl nicht näher definiert, der Marktwert ist (12). Das ist unrealistisch. Obwohl Kleinbauern routinemäßig auf dem Markt verkaufen, ernähren sie ihre Familien und Gemeinschaften auch außerhalb der kommerziellen Märkte. Auch der Wert von "Hunger-

nahrung" oder "wenig genutzten" Lebensmitteln, die in den Wochen vor der Ernte (und erst recht in unserem künftigen Klima) lebenswichtig sind, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bauernfamilien bauen auch nährstoffreiche Lebensmittel an, die nicht auf dem Markt erhältlich oder erschwinglich sind (13).

Abgesehen von der Verwirrung um den Wert sind wir nicht damit einverstanden, dass der Schwerpunkt des Berichts auf der Lebensmittelproduktion und nicht auf deren Verbrauch liegt. Die Lebensmittelverluste und -verschwendung im industriellen Sektor - einschließlich der absichtlichen Überproduktion (14) (und des Überkonsums) (15) - werden im Bericht trotz ihrer Marktrelevanz nicht behandelt. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass Kleinbauern nicht nur einen Großteil der weltweiten Nahrungsmittel anbauen, sondern auch wesentlich erfolgreicher darin sind, den Nahrungsmittelbedarf von Menschen in unsicheren Lebensverhältnissen zu decken.

Wir sind überrascht, dass die jüngste Veröffentlichung der FAO ihre eigene seit langem vertretene Ansicht untergräbt, dass kleine Betriebe produktiver sind als große (16). Obwohl sie nur 12 % des Landes bewirtschaften, wird im Bericht von 2021 eingeräumt, dass kleine Betriebe (unter 2 Hektar) 35 % der Nahrungsmittel produzieren - was suggeriert, dass kleine Betriebe fast dreimal produktiver sein müssten. Trotzdem erklären sich die Autoren in Bezug auf die Produktivität kleiner landwirtschaftlicher Betriebe für neutral.

In dem FAO-Papier von 2021 wird auch argumentiert, dass Großbetriebe mindestens 70 % der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche beanspruchen und von den politischen Entscheidungsträgern unverhältnismäßig weniger Aufmerksamkeit erhielten als kleine Betriebe. Die Studie drängt darauf, größeren Produktionssystemen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um den künftigen globalen Nahrungsmittelbedarf zu decken (17). Es werden keine Daten vorgelegt, die eine politische Bevorzugung von Kleinbauern begründen.

Nichtsdestotrotz hat die Studie in einem Punkt Recht - nur nicht in dem, den sie vermitteln will. Politische Entscheidungsträger müssen verstehen, warum die industrielle Nahrungsmittelkette so wenig Nahrungsmittel produziert, während sie den größten Teil der landwirtschaftlichen Flächen und Ressourcen der Welt verbraucht. Politische Entscheidungsträger sollten sich fragen, warum sie enorme kommerzielle Subventionen, Land und andere Anreize in ein industrielles System investieren, das so viel Macht und Profitabilität hat und unserer Umwelt und Ernährungssicherheit so stark schadet (18).

Wie in vielen Studien eingeräumt wird, sind die Schätzungen aufgrund lückenhafter und unzuverlässiger Daten und der Tatsache, dass man sich auf Daten stützt, die ein Vierteljahrhundert alt sind, nur ungefähr (19). Dennoch gibt es überzeugende Beweise dafür, dass die kleinbäuerliche und außerlandwirtschaftliche kleinbäuerliche Produktion für mindestens 70 % der Weltbevölkerung absolut le-

benswichtig ist. Der FAO-Bericht von 2021 stellt diese 70 %-Schätzung eher durch Schlussfolgerungen als durch Statistiken in Frage und riskiert auch hier, politische Entscheidungsträger in die Irre zu führen und die Prioritäten zu verzerren. Wir würden es begrüßen, wenn wir in naher Zukunft die Gelegenheit bekämen, unsere politischen und Daten-bezogenen Differenzen zu diskutieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die internationale Gemeinschaft von weniger Verwirrung und mehr gemeinsamer Forschung und Klarheit seitens der FAO profitieren würde. Es gibt nur wenige Themen, die wichtiger sind als die Frage, welches System - die Agrarindustrie, die mehr als 70 % der landwirtschaftlichen Ressourcen verbraucht und nur 30 % der Menschen versorgt, oder die Ernährungssouveränität, die bereits 70 % der Menschen mit weniger als einem Drittel der landwirtschaftlichen Ressourcen ernährt (20) - am besten dazu in der Lage ist, den enormen Herausforderungen der Ernährungssysteme des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen,

Alliance for Food Sovereignty in Africa
A Growing Culture
ETC Group
GRAIN
Groundswell International
Institute for Agriculture and Trade Policy
Landworkers Alliance
The Oakland Institute

- (1) Namely: Ricciardi et al. (2018), "How much of the world's food do smallholders produce?", *Global Food Security* 17, 64-72. <https://grain.org/article/entries/4929-hungry-for-land-small-farmers-feed-the-world-with-less-than-a-quarter-of-all-farmland>
- (2) FAO 2021 report: Lowder et al (2021) "Which farms feed the world and has farmland become more concentrated?", *World Development*, 142, p.1. (10) FAO (2021), p.6 references: Graeub (2016), *The state of family farms in the world*, *World Development*, 87, pp. 15. Ricciardi et al. (2018), "How much of the world's food do smallholders produce?", *Global Food Security* 17, 64-72. When the smallholder definition is increased to 5 ha as per some country definition, the Ricciardi et al. (2018) paper reaches the conclusion that small holder farmers provide 44 to 48% food calories.
- (3) ETC Group (2017), "With climate chaos: Who will feed us?", 3rd Edition, p. 6. Available online at: <https://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-who-will-feed-us-english-webshare.pdf>
- (4) FAO (2014), *The State of Food and Agriculture*, p. xi, Rome. Available online at: <https://www.fao.org/3/i4040e/i4040e.pdf>
- (5) FAO and IFAD (2019), *The United Nations Decade of Family Farming 2019-2028. Global Action Plan*, p.8. Rome. (11) ETC Group (2017), "With climate chaos: Who will feed us?", 3rd Edition, p. 6. Available online at: <https://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-who-will-feed-us-english-webshare.pdf>
- (6) The FAO 2021 uses the definition for smallholder from Ricciardi et al. (2018), "How much of the world's food do smallholders produce?", *Global Food Security* 17, 64-72. (13) Danny Hunter, Stefano Padulosi, E.D. Israel Oliver King, M. S. Swaminathan, *Orphan Crops for Sustainable Food and Nutrition Security*, Earthscan, 2022.
- (7) FAO 2021 report: Lowder et al (2021) "Which farms feed the world and has farmland become more concentrated?", *World Development*, 142, p.1. (14) Chapter 2 "Loss and waste Are we really measuring a problem?" by Elise Golan, Travis Minor, and Suzanne Thornsbury in Suzanne Thornsbury, Ashok K. Mishra (editors), Travis Minor, *The Economics of Food Loss in the Produce Industry*, Routledge, 2020.
- (8) FAO (2018) "Proposed International Definition of Small-scale Food Producers - Monitoring the Sustainable Development Goal Indicators 2.3.1 and 2.3.2.", Rome. Available online at: unstats.un.org/unsd/statcom/49th-session/documents/BG-Item3j-small-scale-food-producers-definitionFAO-E.pdf
- (9) GRAIN, "Hungry for land: Small farmers feed the world with less than a quarter of all farmland", May 2014. Available online at: (15) ETC Group (2017), "With climate chaos: Who will feed us?", 3rd Edition, pp.16. Available online at: <https://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-who-will-feed-us-english-webshare.pdf>
- (16) "FAO's analysis of the household survey data supports the inverse productivity hypothesis, as smaller farms appear to have higher yields for selected crops than larger family farms (Figure 6)" FAO (2014), *The State of Food and Agriculture*, p. 17, Fig.6., Rome. Available online at: <https://www.fao.org/3/i4040e/i4040e.pdf>
- (17) FAO 2021 report, Lowder et al. (2021), p.4: "However, to the extent that international organizations focus on what is happening at the lower end of the distribution, their attention may be diverted away from the state of medium and large scale farms which represent the vast majority of agricultural land. It would be difficult, if not impossible, to have an unbiased picture of the state of large scale and corporate agriculture if international organizations focus only on smallholders and small farms."
- (18) ETC Group (2017), "With climate chaos: Who will feed us?", 3rd Edition, p. 17 (4. Who is using up our agricultural resources?). Available online at: <https://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-who-will-feed-us-english-webshare.pdf>
- (19) OECD, "Overcoming Evidence Gaps on Food Systems", *OECD-Food, Agriculture and Fisheries*. July 2021, n°163.
- (20) ETC Group (2017), "With climate chaos: Who will feed us?", 3rd Edition, p. 17 (4. Who is using up our agricultural resources?). Available online at: <https://www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/etc-who-will-feed-us-english-webshare.pdf>

*

Verweise innerhalb des Offenen Briefes:

[i] <https://www.fao.org/news/story/en/item/1395127/icode/>

[ii] <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0305750X2100067X>

Fortsetzung Seite 54

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Caroline Kim über die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit von Frauen in Lateinamerika

Sorgearbeit und Verschuldung von Frauen in der Pandemie

von Ute Löhning

*(Berlin, 29. März 2022, npla) -
Im Interview spricht Caroline
Kim über die Auswirkungen der
Pandemie auf Frauen, die da-
hinterliegenden Ursachen und
Möglichkeiten der kollektiven*

***Organisierung gegen sich ver-
stärkende Ungleichheiten. Ca-
roline Kim ist Mitglied im Re-
daktionskollektiv der Latein-
amerika Nachrichten sowie Re-
ferentin und Projektmanagerin
des Lateinamerika-Referats der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.***

Geschlechterperspektive. Dabei ist klar, dass dieses Virus nicht alle gleich betrifft: Für viele ist die Pandemie eine soziale Katastrophe gewesen, andere waren weniger hart betroffen. Das zeigt, wie soziale Ungleichheiten auf verschiedene Art und Weise durch die Pandemie verstärkt wurden.

Fortsetzung von Seite 53:

*Englisches Original des Offenen
Briefes:*

https://etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/files/70_final_draft_lt_to_fao_dg_0.pdf

In dem Buch "Corona in Lateinamerika" [1] hast du einen Artikel zum Thema "Sorge im Zentrum: Die Folgen der Corona-Krise in Lateinamerika aus Geschlechterperspektive" geschrieben. Wie kam es dazu?

*In deinem Text beschreibst du
prekäre Beschäftigungsverhält-
nisse: Sorgearbeit, unbezahlte
Arbeit, die häufig von Frauen
geleistet wird. Die Beteiligung
von Frauen am Arbeitsmarkt ist
während der Pandemie auf ein
Niveau von vor zehn Jahren ge-
fallen. Warum sind Frauen so
besonders stark betroffen?*

*Hintergrund-Papier zum Offenen
Brief:*

https://grain.org/system/attachments/sources/000/006/695/original/31-01-2022_SMALL-SCALE_FARMERS_AND_PEASANTS_STILL_FEED_THE_WORLD.pdf

Entstanden ist das Buch nach einer Tagung der Uni Kassel zusammen mit der evangelischen Akademie Hofgeismar, die 2021 stattgefunden hat. Bei der Tagung haben viele Referent*innen aus verschiedenen Perspektiven über Corona in Lateinamerika gesprochen. Daraus ist dieses Projekt entstanden, das jetzt gerade veröffentlicht wurde. Es geht vor allem um die Folgen der Pandemie auf dem lateinamerikanischen Kontinent, wo es sehr viele Infizierte und auch sehr viele Tote gab. Die einzelnen Beiträge gehen auf verschiedene Themen ein, zum Beispiel auf das Bildungssystem oder auf die Folgen am Arbeitsmarkt oder - wie in meinem Beitrag - auf die

Einerseits stellen Frauen die Mehrheit der prekär Beschäftigten: Sehr viele Frauen haben kein formelles Arbeitsverhältnis, keine soziale Absicherung, sie arbeiten zum Beispiel in Privathaushalten oder im Verkauf auf der Straße, also in Jobs, die in der Pandemie weggefallen sind, und die nicht im Home-Office erledigt werden können. Viele dieser prekär Beschäftigten hat die Pandemie daher besonders hart getroffen, weil es keine Sicherungssysteme gab. Gleichzeitig ist überall auf der Welt,

Der Text steht unter der Lizenz
Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

auch in Lateinamerika, die Sorgearbeit - also die unbezahlte Arbeit, die erledigt werden muss - wie die Pflege älterer Personen oder die Betreuung von Kindern oder der Haushalt sehr stark familiarisiert und feminisiert. Das bedeutet, dass diese Arbeiten vor allem von Familienmitgliedern, meist Frauen, ausgeführt werden und dass diese Überbelastung auf den Schultern der Frauen ausgetragen wurde.

Die Zahlen zur Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt kommen von der CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik bei der UNO. Es gab schon sehr viele Anstrengungen und Regierungsprogramme, um die Beteiligung von Frauen im formellen Arbeitsmarkt zu fördern und da hat es in den vergangenen Jahren einige Fortschritte gegeben. Aber jetzt stellt die CEPAL fest, dass diese Fortschritte wieder zunichte gemacht wurden. Wenn Frauen einmal ihr Beschäftigungsverhältnis verloren haben, ist es sehr schwierig, sich wieder einzugliedern. Das liegt auch daran, dass es oft neoliberale Programme sind, mit denen mehr Frauen in Berufe hinein gebracht werden sollen, gleichzeitig aber die zusätzlichen unbezahlten Aufgaben wie die Sorgearbeit nicht anders verteilt wurden.

Das führt dazu, dass sehr viele Frauen doppelte Arbeitstage haben, schafft aber eben keine Angebote, dass diese Betreuungs- und Sorgeverpflichtungen anderweitig übernommen werden oder dass auch Unternehmen dafür in die Verantwortung genommen werden oder dass ge-



Mit kollektiven Suppenküchen gegen individuelle Verschuldung in Folge der Pandemie

Foto: Ministerio de Defensa del Perú via Flickr (CC BY 2.0)
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]

ellschaftliche Sorgesysteme entwickelt werden.

Damit diese Lasten nicht so individualisiert oder in Kleinfamilien verbleiben, braucht es kollektive Systeme und öffentliche Strukturen, die allen Menschen Zugang zu professioneller Betreuung oder Unterstützung ermöglichen. Denn sonst können manche Familien es sich leisten, die Sorgearbeit auszulagern, oft eben wiederum an prekär beschäftigte, schlecht bezahlte Frauen und oftmals Migrantinnen. Viele andere können sich das aber eben nicht leisten.

Auch die steigende Privatverschuldung ist in deinem Artikel Thema. Viele Menschen haben sich während der Pandemie nur deshalb privat verschuldet, um zu überleben und ihre Reproduktion zu sichern. Warum ist das so? Gab es das vorher auch schon?

Verschiedene feministische Bewegungen Lateinamerikas greifen dieses wichtige Thema der Verschuldung auf. Einerseits haben viele lateinamerikanische Länder eine hohe Auslandsverschuldung, die dazu führt, dass öffentliche Infrastruktur abgebaut oder privatisiert wird und es zu Sparmaßnahmen kommt, die wiederum zu einer höheren Verschuldung der Privathaushalte führen. Das war auch schon vor der Pandemie so, hat aber durch den Verlust der Einkommensquellen und die Unmöglichkeit, in der Anfangszeit der Pandemie arbeiten zu gehen, nochmal zugenommen. Wir sehen eine Wirtschaftskrise, hohe Inflation und steigende Gas- und Strompreise. Es geht nicht mehr nur darum, Schulden aufzunehmen, wenn man sich mal was besonderes leisten oder etwas neu anschaffen will. Mittlerweile ist es so, dass der Lohn oder die Ersatzleistung nicht mehr für die ganz alltäglichen Bedürfnis-

se und das Überleben ausreicht: Miete, Essen, Medikamente, Telefonrechnungen, Fleisch oder der Einkauf im Supermarkt - all das wird mittlerweile in Raten bezahlt. So häufen sich Schuldenberge an.

Aufgrund ihrer Zahlungsmoral und ihren Beziehungsnetzwerken gelten Frauen als besonders kreditwürdig und werden gezielt angesprochen, um Schulden aufzunehmen. Dazu gibt es viele Arbeiten, vor allem von der argentinischen Theoretikerin und Aktivistin Verónica Gago. Sie spricht von finanziellem Extraktivismus und beschreibt, dass Verschuldung zu einem neuen Mechanismus der Ausbeutung von prekarierten Menschen wird.

Gago stellt heraus, dass diese Verschuldung von privaten Haushalten zu einer Disziplinierung und Kontrolle von Frauen führt, weil es eine Art Gehorsamsversprechen in die Zukunft ist, diese Schulden abzubezahlen. Dafür müssen dann immer prekärere Jobs angenommen werden, weil man in so einer Schuldenspirale festhängt.

Aber es gibt auch Lichtblicke: kollektive Organisationsformen, Nachbarschaftsinitiativen wie Gemeinschaftsküchen. Welche Perspektive eröffnen solche kollektiven Organisationsformen deiner Meinung nach?

Die gab es natürlich auch schon vorher. Aber in der Krise sind sehr viele neue Initiativen ins Leben gerufen worden - aus der Not geboren, weil es keine Antwort vom Staat oder keine Unterstützung gab. Die Leute mus-

sten sich miteinander organisieren, um ihre Grundbedürfnisse zu decken oder füreinander einkaufen zu gehen. Es ist wie eine Infrastruktur von unten, die gemeinsam, kollektiv aufgebaut wurde, weil der Staat keine Antwort auf die Krise hatte.

Andererseits entstanden oft Räume, die zu mehr da waren als dazu, das reine Überleben zu organisieren oder die Krise zu managen. Gemeinschaft entsteht ja auch erst, wenn man seine Nachbar*innen kennt, wenn man zusammenkommt und gemeinsam an Dingen arbeitet oder sich austauscht und gemeinsam Dinge problematisiert. Darin liegt ein Potenzial. Wenn Dinge wie Kochen, Essen, Einkaufen oder die Betreuung älterer Menschen auf die Straße getragen werden, verlagern sie sich von diesem sehr individuellen Zuhause in einen öffentlichen Raum. Das kann einfach auch sehr kreativ sein oder so kann ein solidarisches Miteinander wieder neu gelernt werden. Ich will nicht sagen, dass das alle staatlichen Strukturen ersetzen sollte. Aber ich glaube, wenn erstmal so eine Organisation stattfindet, dann können auch wieder andere Forderungen an den Staat gestellt werden.

Vielen Dank für deine Einblicke!

Das Interview kann unter dem folgenden Link angehört werden:
<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/pandemie-schulden-falle-fuer-frauen-interview-caroline-kim/>

Anmerkungen:

[1] "Sorge im Zentrum: Die Folgen der Corona-Krise in Lateinamerika aus Geschlechterperspektive" im Sammelband "Corona in Lateinamerika", herausgegeben von Kristina Dietz, Stefan Peters und Christina Schnepel, ist 2022 im Nomos Verlag erschienen und kann umsonst als PDF heruntergeladen werden unter:

https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748930020.pdf?download_full_pdf=1

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/sorgearbeit-und-verschuldung-von-frauen-in-der-pandemie/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
 Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
 Köpenicker Straße 187/188
 10997 Berlin
 Telefon: 030/789 913 61
 E-Mail: poonal@npla.de
 Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien -

**Marinete da Silva über die schleppende Aufklärung des Mordes
an ihrer Tochter Marielle Franco**

"Ich glaube an eine Gerechtigkeit voll Würde für Marielle"



Vier Jahre nach dem Mord an der Schwarzen linken Stadträtin und Aktivistin Marielle Franco spricht ihre Mutter im Interview über die schleppende Aufklärung des Verbrechens.

(Rio de Janeiro, 14. März 2022, Brasil de Fato) - Vor vier Jahren, in der Nacht des 14. März 2018, fuhren Marielle Franco und Anderson Gomes durch das Viertel

Seit vier Jahren dieselbe Frage: 'Wer hat Marielle getötet?'

Foto: Romerito Pontes via Flickr (CC BY 2.0)

[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]

Estácio im Zentrum Rio de Janeiros, als ihr Fahrzeug in einen Hinterhalt geriet und Schüsse fielen, die die Stadträtin der linken Partei PSOL und ihren Fahrer töteten [1]. Marielle Franco war auf dem Rückweg von einer Veranstaltung unter dem Titel "Junge

Schwarze Frauen verändern die Strukturen" in Lapa, einem der Szeneviertel Rio de Janeiros.

Anfang März 2022 traf Marielle Francos Mutter, die Anwältin Marinete da Silva, das Ermittlungsteam, das den Mord an ihrer

Tochter seit vier Jahren untersucht. In einem Interview mit Brasil de Fato sprach da Silva über das Treffen, das immer noch keine Antwort auf die Frage geben konnte, wer die Hauptverantwortlichen für das Verbrechen sind. Auf die Frage, ob sie von der Bundes- und Landesregierung unterstützt werde, antwortete sie, dieser Kommunikationskanal existiere nicht.

In den vergangenen Jahren hat die Leitung der Ermittlungen im Fall Marielle Franco [2] unter der brasilianischen Zivilpolizei mehrmals gewechselt. Die Untersuchung liegt damit nun schon beim fünften Beauftragten, der den Prozess vor etwas mehr als einem Monat übernommen hat – ohne die von der Familie, sozialen Bewegungen und brasilianischen und internationalen Organisationen geforderten Antworten zu geben.

Brasil de Fato: Es sind jetzt vier Jahre ohne Antworten auf Ihre Fragen. Wie war das Treffen mit dem neuen Zuständigen für den Mordfall Marielle bei der Zivilpolizei?

Marinete da Silva: Bei unserem Treffen ging es eher um eine Art Abrechnung dessen, was in der vergangenen Zeit geschehen ist. Es ging darum, was im Fall getan wird, um die bereits erbrachten Beweise, die bisher unternommenen Schritte und auch darum, wie es momentan insgesamt im Fall aussieht. Wenn eine neue Person kommt und eine andere geht, geht der Faden des Falles ein wenig verloren.

Und wie hat sich das neue Team positioniert?

Sie sagten, dass sie Kontinuität gewähren würden. Es handele sich um einen umfangreichen und symbolträchtigen Prozess, daher gebe es keine Möglichkeit, vorherzusagen, wann wir etwas Konkretes zu den Auftraggebern haben werden. Wir sind zuversichtlich, dass wir weiterhin Zugang zu dem haben werden, was bereits getan wurde und was getan werden muss, dass wir zu den Ermittlungen zurückkehren werden, wenn etwas aus der Vergangenheit noch nicht abgeschlossen ist und jetzt für den Prozess relevant sein kann. Wir werden alles tun, was möglich ist, damit wir eine Anklage gegen den Auftraggeber erheben können.

Sie und Ihre Familie hoffen also weiterhin auf eine Lösung?

Als Mutter darf ich zu keinem Zeitpunkt die Hoffnung verlieren. Ich glaube an eine Gerechtigkeit voll Würde für sie und wir werden zu einem Ergebnis kommen. Es geht nicht darum, dass meine Tochter eine Parlamentarierin war oder dass sie besser gewesen wäre als andere. Es gibt Hunderte solcher Fälle, die nicht aufgeklärt wurden. Die Mordkommission behandelt ein enorme Menge an Fällen.

Gibt es Hinweise und Anhaltspunkte, um die Auftraggeber zu finden?

Auch wenn es keine eindeutigen Beweise dafür gibt, dass es sich um diesen oder jenen Drahtzieher handelt, so gibt es doch einige Ermittlungsansätze, sodass ich weiterhin nur an die Arbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungsteams glauben kann, die seit dem Tag des

Verbrechens an der Sache arbeiten. Denn es ist klar, dass wir in einer komplizierten Situation leben: Viele Menschen, von der Bundes- über die Landes- bis hin zur kommunalen Ebene, haben überhaupt kein Interesse daran, zur Auflösung des Falles beizutragen.

Wie stehen der ehemalige Gouverneur Wilson Witzel (Partido Social Cristao), der aktuelle Gouverneur Claudio Castro (Partido Liberal) und Präsident Jair Bolsonaro [3] (Partido Liberal) zu den Ermittlungen? Haben sie zu irgendeinem Zeitpunkt geholfen?

Ich werde mich nicht zu Personen äußern, zu denen ich keinen Bezug habe. Sie haben nichts beigetragen, ich bin nicht einmal in der Lage, über diese Leute zu sprechen. Witzel, der derzeitige Gouverneur, Bolsonaro und seine Misswirtschaft sowie sein völliger Mangel an Engagement für alles in diesem Land ...

Was denken Sie und Marielles Familie über diese Zeit der Ermittlungen und die Schwierigkeiten?

Mein Gefühl ist ein Gefühl der Empörung und des Schmerzes, nicht der Revolte. Es geht um eine Position, die wir weiterhin einfordern können. Es ist das Gefühl eines barbarischen Verbrechens durch eine Person, die ihren Auftrag ausübte. An jedem anderen Ort der Welt hätten wir bereits eine Antwort. Schließlich dauert diese Untersuchung bisher nicht vier Tage, nicht vier Monate, sondern vier Jahre. Diese Untersuchung so lange nicht abzuschließen, wäre in einem seriösen

Land praktisch unmöglich. Mögen die Untersuchungen im Fall Marielles, Andersons und all der anderen, zu denen ermittelt wird, in Würde abgeschlossen werden. Nur so können wir die Frage beantworten, wer die Ermordung von Marielle Franco angeordnet hat.

Welche Früchte werden Marielle und ihre Geschichte für die Politik und die Welt tragen?

Die wichtigste von allem ist ihre Tochter. Die anderen Früchte sind Frauen, die sich mit der Geschichte identifizieren, die ermutigt werden, für ein Amt zu kandidieren und sich in diesen sehr ungleichen politischen Prozess einzubringen. Es sind diejenigen, die ihre Geschichte mit Würde weiterführen. Marielle ist ein Symbol des Widerstands, sie hat sich für diesen Prozess der

Gleichberechtigung eingesetzt und war zehn Jahre lang eine wichtige Aktivistin in der Menschenrechtskommission des Alerj (der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates Rio de Janeiro, Anm. d. Übers.). Ja, ich werde als Mutter und als Schwarze Frau weitermachen. Und ich werde nicht aufhören, denn genau das ist es, was auch Marielle getan hat.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/hintergrund-marielle-franco-und-die-zukunft-in-brasilien-hoffnung-oder-barbarei/>

[2] <https://www.npla.de/thema/tagesspolitik/neue-spur-im-mordfall-marielle-franco/>

[3] <https://www.npla.de/thema/tagesspolitik/fernsehsender-zieht-ver->

[bindung-zwischen-bolsonaro-und-mord-an-marielle-franco/](https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/ich-glaube-an-eine-gerechtigkeit-voll-wuerde-fuer-marielle/)

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/ich-glaube-an-eine-gerechtigkeit-voll-wuerde-fuer-marielle/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Panama

Zwangsterilisierung - Erste Zeugenaussage einer indigenen Betroffenen

Zwangsterilisierungen an indigenen Frauen werden nicht als rassistische Gewalt thematisiert. Eine erste Zeugenaussage könnte den Stein ins Rollen bringen.

(Panama-Stadt, 19. März 2022, Servindi) - Eine Frau aus dem indigenen Volk der Ngäbe hat bei

der Staatsanwaltschaft Klage eingereicht, weil sie gegen ihren Willen sterilisiert wurde. Diese erste Zeugenaussage in einem solchen Fall bricht mit einer Kultur des Schweigens und könnte dazu führen, dass weitere Verletzungen der Rechte indigener Frauen aufgedeckt werden. Wie

die spanische Nachrichtenagentur Efe berichtete, wird die Identität dieser ersten Klägerin geheim gehalten. Die Aussage bricht jedoch mit einer Kultur des Schweigens. Noch weiß man nicht, wie viele weitere Betroffene es wagen werden, ihre Klagen vorzubringen. Der Fall könnte aber dazu führen,



dass weitere Angriffe auf die Integrität und die Rechte der indigenen Frauen des Landes aufgedeckt werden - diese verschwinden normalerweise hinter dem Schleier der patriarchalischen Kultur des Landes. Die Aktivistin Lucy Córdoba, die den Fall der Klägerin begleitet, schildert gegenüber der Agentur Efe die Gewalt, der die indigenen Frauen in Panama ausgeliefert sind. "Seit Jahrzehnten leiden die indigenen Frauen unter Diskriminierung", so Córdoba. Immer wieder würden Frauen ohne ihre Zustimmung sterilisiert, wobei die Kultur des Schweigens verhindere, dass die Übergriffe publik werden. "Sie leiden und weinen im Stillen", so Córdoba.

Zwangssterilisierungen nach Entbindung

Seit einiger Zeit wird in dem mittelamerikanischen Land wegen einer Reihe von Zwangssterilisie-

Zwangssterilisierung - totgeschwiegene Gewalt

Foto: Minkaprod via Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0)

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>]

rungen an indigenen Frauen ermittelt. Wie lokale Medien informierten, wurden die Untersuchungen eingeleitet, nachdem mehrere indigenen Frauen berichteten, sie seien in öffentlichen Krankenhäusern ohne ihre Zustimmung sterilisiert worden. Aus diesem Grund reichte Kayra Harding, Abgeordnete der Nationalversammlung Panamas, am 17. Februar 2022 Klage ein. Vorher hatte sie in der nordwestlichen Provinz Bocas de Toro betroffene Frauen aufgesucht und sich persönlich mit ihnen unterhalten. Wie sich in den Gesprächen zeigte, wurden die Frauen ohne Zustimmung sterilisiert, nachdem sie in einem Krankenhaus nahe der Stadt Changuinola entbunden hatten. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft am 21. Februar 2021 ein Spezialteam gebildet, um die Vorwürfe zu untersuchen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/zwangssterilisierung-erste-zeugenaussage-einer-indigenen-betroffenen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

Verhindern, was keiner braucht? Autonome Entscheidung über den assistierten Suizid durch Gesetzentwürfe erneut gefährdet

von Christa Schaffmann - 31. März 2022

(SB) - Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 26. Februar 2020 entschieden, dass § 217 Strafgesetzbuch, der bis Anfang 2020 die "geschäftsmäßige Suizidhilfe"*) verbot, verfassungswidrig und nichtig ist. Jeder Mensch - freiverantwortliches Handeln vorausgesetzt - hat das Recht auf einen selbstbestimmten Tod. Der Suizid ist nicht verboten, weshalb auch die Hilfe beim Suizid nicht strafbar sein kann.

Im Karlsruher Urteil wurde kein neues Gesetz gefordert. Wichtige Regelungen hätten getroffen werden können ohne Gesetz - z.B. auf standesrechtlicher Ebene. Viele Wissenschaftler, Juristen aber auch Mediziner konnten deshalb nicht nachvollziehen, wieso schon bald nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Gesetzentwürfe auftauchten, die überwiegend nicht dem Karlsruher Urteil folgten und eine Fülle von Hürden konstruierten, um Suizide nach Möglichkeit zu verhindern. Statt im Sinne des Urteils seriöse Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Sterben zu schaffen, selbst für Menschen, die nicht schwer krank sind, sahen sie ihre Aufgabe offenbar darin, Sterbewilligen ihren Wunsch auszureden. Mehr oder weniger offen



Im Jahr 2021 zum Beispiel wurden deutschlandweit 346 begleitete Selbsttötungen vermittelt.

*Foto: 2013 by Manos Bourdakis, CC-BY-SA-3.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>],
via Wikimedia Commons*

sprachen die Verfasser aus, dass ihr eigentliches Ziel in der Suizidprävention bestehe.

Für diese braucht es ebenso wenig ein Gesetz. Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) macht es mit ihrem Beratungskonzept vor, wie eine Suizidpräventionsberatung aussehen kann, die ergebnisoffen ist, dem Suizidenten nicht einzureden versucht, dass sein Leben entgegen seiner eigenen Überzeugung doch lebenswert sei, oder bemüht ist ihm zu vermit-

teln, dass das Leben eines Menschen in der Werteordnung des Grundgesetzes an oberster Stelle steht. Denn letzteres ist falsch. An oberster Stelle steht die Menschenwürde. Sie ist unantastbar; erst Artikel 2 nennt das Leben und lässt zudem Eingriffe in dieses Lebensrecht zu. Die verfassungsrechtlich geschützte Selbstbestimmung schließt die Bestimmung über die Art und Weise eines würdevoll empfundenen Todes mit ein. Eine Lebenspflicht existiert nicht, höchstens aus religiösen Gründen,

wenn man glaubt, das Leben als ein Geschenk Gottes nicht wegwerfen zu dürfen. Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch ein säkularer Staat, weshalb dieser Einwand gegen einen selbstbestimmten Tod nicht greift. Auch das Argument, ein liberaler Umgang mit selbstbestimmtem Sterben werde zu einem starken Anstieg von Suiziden, ja womöglich zu einer neuen Normalität bei der Beendigung des Lebens führen, wird verwendet.

Dem stehen nachprüfbar Zahlen gegenüber: Die DGHS hat 2021 120 Freitodbegleitungen vermittelt, DIGNITAS Deutschland 97 und der Verein Sterbehilfe 129, insgesamt also 346. Die Anzahl der Sterbefälle in Deutschland betrug im gleichen Jahr 1.016.899 Tote, davon allein im Straßenverkehr 2.569. Bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz lieferten die DGHS, DIGNITAS-Deutschland und der Verein Sterbehilfe den Beleg dafür, dass es derzeit keines wie auch immer gearteten normativen Schutzkonzeptes durch den Gesetzgeber bedarf. Ein solches bräuchte es nur, wenn es konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung schutzbedürftiger Menschen gäbe. Eine solche Gefährdung ist nicht erkennbar und schon gar nicht belegbar.

Trotzdem liegen dem Bundestag nun drei aus dem Parlament heraus entstandene Gesetzentwürfe vor, über die noch vor der Sommerpause ein Meinungsaustausch erfolgen soll, bevor voraussichtlich im Herbst darüber abgestimmt werden wird. Der zuletzt vorgelegte und restriktivste Entwurf ist der von Kirsten Kappert-Gonther (Die Grünen)

und Lars Castellucci (SPD). Dem liberaleren von Renate Künast und Katja Keul (Die Grünen) et al. bescheinigen einige Juristen Unvereinbarkeit mit der Verfassung. Dazwischen bewegt sich der noch vor seiner Zeit als Gesundheitsminister von Karl Lauterbach eingebrachte. Einige Verfasser - Abgeordnete sowie zu Rate gezogene Lobbyisten in Gestalt von Ärzten, Kirchenvertretern und anderen - zögern, Selbstbestimmung zu erlauben, so als nähme man ihnen etwas weg, was der gekippte Paragraph 217 so schön geregelt hatte.

Am 30. März 2022 wurde von der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) und dem Deutschen Hospiz- und Palliativverband (DHPV) überraschend eine völlig neue Idee ins Gespräch gebracht. Die beiden Organisationen verlangen die Verabschiedung eines Gesetzes, das bundesweit die Grundlagen und Rahmenbedingungen für Angebote der Suizidprävention schafft. Die Debatte darüber müsse zeitnah im Bundestag geführt und ein entsprechendes Gesetz vor einer gesetzlichen Regelung zur Beihilfe zum Suizid verabschiedet werden, heißt es in der dazu herausgegebenen Pressemitteilung. Die Verfasser glauben gut informierten Kreisen zufolge selbst nicht, dass es dazu schnell kommen wird, steht dieses Thema doch nicht primär auf der Agenda der Politik. Immerhin stützen sie mit ihrem umfangreichen Vorschlag den restriktiven Entwurf von Kappert-Gonther und Castellucci, was bei Menschen, die das Karlsruher Urteil begrüßt haben, die Alarmglocken läuten lässt.

Noch reicht die Zeit, ein unnötiges Gesetz zu verhindern oder mindestens an den Entwürfen weiter zu arbeiten. Inspirationen für Änderungen existieren zu Hauf u.a. von der Humanistischen Vereinigung, dem Humanistischen Verband sowie in Form des Berliner Appells, den die DGHS, DIGNITAS, der Verein Sterbehilfe und die Giordano-Bruno-Stiftung im Februar veröffentlicht haben.

Arbeitsfelder könnten u.a. die vorgeschriebenen Beratungen in eigens dafür eingerichteten Beratungsstellen für Suizidenten sein. Offenbar halten manche Verfasser Menschen, die ihr Leben beenden wollen, automatisch für beratungsbedürftig, unterstellen ihnen eine unüberlegte Entscheidung, nicht ausreichende Bildung oder leichtfertiges Handeln. Auch die geplanten Gespräche mit einem Psychiater für alle Antragsteller auf einen assistierten Suizid - egal, ob sie psychisch krank oder in der Vergangenheit auffällig gewesen sind - stellt eine Zumutung dar. Per Gesetz droht eine Entmündigung, weil ein Arzt unter Umständen zum Schutz des Bürgers vor sich selbst den Antrag ablehnt - auch wenn das Karlsruher Urteil genau dies sowohl Ärzten als auch Beratern, Politikern und allen anderen, die meinen, es besser zu wissen als der Suizident, verbietet, indem es die freie Entscheidung über den Tod, auch den assistierten, dem Sterbewilligen überlässt.

Jeder Bürger hat in den kommenden Monaten noch das Recht, Bundestagsabgeordneten seine Meinung und ggf. Erfahrung mitzuteilen und auf diesem

Wege unter Umständen noch Einfluss zu nehmen auf ein Gesetz, dass zwar nicht Millionen von Menschen betrifft, aber Menschen in einer verzweifelten Lage, die der Gesetzgeber nicht noch erschweren sollte.

*) Der Begriff "geschäftsmäßig" bedeutet in der Sprache der Juristen wiederholtes Handeln, nicht zu verwechseln mit Geschäftemacherei im Profitinteresse.

Über die Autorin:

Christa Schaffmann ist Diplomjournalistin und arbeitet seit zehn Jahren als freie Autorin und PR-Beraterin, nachdem sie zehn Jahre Chefredakteurin von Report Psychologie, der Fach- und Verbandszeitschrift des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, war.

*Weitere Beiträge der Autorin zum Thema "Assistierter Suizid" in Form von Gesprächen mit Expert*Innen verschiedener Berufs- und Interessengruppen sind im Schattenblick unter dem kategorischen Titel "Am Lebensrand - der assistierte Suizid ..." zu finden unter:*

SCHATTENBLICK →
INFOPOOL →
MEDIZIN → REPORT
→ INTERVIEW

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

Bürokratische Monster statt Hilfe für Suizidenten

Prof. Dr. Georg Marckmann über Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid

Das Gespräch führte Christa Schaffmann - Februar 2022

Schattenblick: Der Bundestag plant, noch in diesem Jahr ein neues Gesetz zum assistierten Suizid zu beschließen. Sie haben sich gegen ein solches Gesetz ausgesprochen. Warum?

Georg Marckmann: Ein Gesetz ist nicht notwendig - abgesehen von der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den § 217 für verfassungswidrig erklärt hat, sind wir zu der Rechtsordnung zurückgekehrt, die Deutschland seit 1871 hatte. Die Suizidassistenz ist nicht strafbar, weil man - wenn der Suizid als solcher nicht strafbar ist - nicht für die Hilfe bei einer nicht strafbaren Handlung bestraft werden kann.

Schattenblick: Gibt es I.E. keinerlei Regelungsbedarf?

Georg Marckmann: Es sollte Standards geben, die die freiverantwortliche Entscheidung der suizidwilligen Menschen sichern. Die Betroffenen müssen entscheidungsfähig und ausreichend darüber informiert sein, welche Möglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen. Diese Voraussetzungen kann man in einem Gesetz verankern, muss es aber nicht. Alternativ könnte man eine entsprechende Regelung in das Berufsrecht aufnehmen. In der Schweiz hat dies



*Prof. Dr. Georg Marckmann ist Vorstand des Instituts für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Präsident der Akademie für Ethik in der Medizin (AEM)
Foto: by Yves Krier*

die Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) gemacht; analog könnte in Deutschland die Bundesärztekammer eine Vorgabe erstellen, unter welchen Bedingungen Ärzte Beihilfe zur Selbsttötung leisten können. Ich bin der Meinung, dass man möglichst wenig gesetzlich regeln sollte und würde daher eine standesrechtliche Regelung bevorzugen.

Schattenblick: Welchen Eindruck erzeugen die vorliegenden aus

dem Parlament stammenden Gesetzentwürfe bei Ihnen?

Georg Marckmann: Das sind für mich bürokratische Monster - sehr ausführlich, bemüht, jedes einzelne Detail zu regeln. Ich weiß nicht, ob das praktikabel ist und noch weniger, ob es den betroffenen Menschen hilft. Wichtiger scheint mir eine Antwort auf die Frage: Wie können wir verzweifeln, in vielen Fällen schwerkranken Menschen eine bessere medizinische und palliativmedizinische Versorgung, eine bessere Pflege bieten, sodass zumindest bei einigen der Suizidwunsch gar nicht erst entsteht? Doch darauf geben die Regulierungskonzepte mit engen Vorgaben keine Antwort.

Schattenblick: So sind die Entwürfe auch nicht angelegt. Das könnte m.E. eher ein Investitionsprogramm für die von Ihnen genannten Bereiche leisten.

Georg Marckmann: Genau. Die Suizidprävention vorrangig beim Einzelnen anzusetzen, ist der falsche Weg. Die Politik sollte dafür sorgen, dass die Bedingungen z.B. in Pflegeeinrichtungen besser werden, eine flächendeckend gute Palliativversorgung existiert, es Unterstützungsangebote für vereinsamte Menschen gibt und vieles mehr.

Schattenblick: Die bürokratischen Monster, von denen Sie gesprochen haben, erschweren Suizide für alle, wenn sie sie nicht sogar unmöglich machen. Mit Suizidprävention haben sie nicht wirklich etwas zu tun. Wäre es hilfreich, die Entwürfe mindestens zu entschlacken und auf professionelle Beratung zu reduzieren, in deren Verlauf all das, was in den vorliegenden Papieren mehreren

Ärzten plus Beratungsstellen zugeschrieben wird, genauso gut ermittelt werden kann und noch dazu in einem deutlich entbürokratisierten Prozess?

Georg Marckmann: Ich finde es nicht überzeugend, für die notwendige Prüfung der freiverantwortlichen Entscheidung spezielle Beratungsstellen einzurichten. Wieso kann das nicht alles in einer ärztlichen Hand liegen - die Prüfung, die Medikamenten-Verordnung und - wenn gewünscht - auch die Sterbebegleitung? Warum sollte sich der zum Suizid Entschlossene einen Arzt nicht selbst auswählen dürfen, z.B. seinen Hausarzt, der ihn seit langem kennt, der die Umstände viel besser einordnen kann, dem der Betroffene auch mehr Vertrauen schenkt als einem Fremden? Um Missbrauch vorzubeugen, könnte man die Prüfung der Freiverantwortlichkeit durch einen zweiten, unabhängigen Arzt vorsehen. Ebenso wäre es keine gute Lösung, wenn die Suizidassistenz nach dem Vorbild des Schwangerschaftsabbruchs geregelt würde: Letzterer ist anders als der Suizid generell strafbar, nur unter bestimmten Voraussetzungen ist von einer Strafe abzusehen.

Schattenblick: Dies könnte aber passieren. Wie würde Karlsruhe wohl reagieren?

Georg Marckmann: Das Bundesverfassungsgericht müsste das Gesetz eigentlich erneut kassieren. Aber damit wäre keinem suizidwilligen Menschen geholfen. Das Karlsruher Urteil ist sehr klar in seinen Formulierungen; man kann die Lektüre nur jedem empfehlen. Danach hat jeder Mensch - auch unabhängig

von einer lebensbedrohlichen Erkrankung - das Recht sich das Leben zu nehmen, was auch die Freiheit einschließt, dabei Hilfe von anderen in Anspruch zu nehmen.

Dass die Suizidassistenz nicht vom Vorliegen einer unheilbaren Erkrankung abhängig gemacht wird, ist tatsächlich eine Herausforderung. So weit sind die meisten anderen Länder mit einer liberaleren Regelung von Suizid nicht gegangen. Dafür braucht es spezielle Unterstützungsstrategien und -angebote. Im Vordergrund sollte immer die Hilfe für die Betroffenen stehen, und diese Hilfe darf keine Einbahnstraße zum Weiterleben sein.

Schattenblick: Was wird oder was sollte passieren, wenn es zu einer steigenden Zahl von Selbsttötungen kommt?

Georg Marckmann: Sollte es dazu kommen, brauchen wir eine gute Evaluation. Es darf nicht sein, dass wir bei einer steigenden Zahl nicht die Lebensbedingungen verbessern, sondern mit noch mehr Einschränkungen bis hin zu Verboten reagieren. Schon jetzt habe ich Sorge, dass man bei den vielen Gedanken, die man sich über die Beratung von Einzelnen macht, die systemischen Lebensbedingungen aus dem Blick verliert.

Schattenblick: Verstehe ich das richtig, dass Sie befürchten, das Hauptziel von Gesprächen, die der Betroffene mit einem Arzt und/oder in einer Beratungsstelle führt, gerät aus dem Blickfeld?

Georg Marckmann: Die Gefahr besteht durchaus. Die Kernaufgabe ist doch, dem Betroffenen eine informierte, freiverantwortliche

Entscheidung zu ermöglichen; im Einklang mit den längerfristigen Werthaltungen, wie wir das auch bei medizinischen Behandlungsentscheidungen tun. Die vom Betroffenen am Ende gefällte Entscheidung müssen wir ermöglichen und nicht verhindern - egal, ob diese am Ende dem beteiligten Arzt oder Berater gefällt, ob er sie für angemessen hält oder nicht.

Schattenblick: Haben die Kirchen in Ihren Augen bei diesem Thema eine besondere Kompetenz?

Georg Marckmann: Die Religion spielt wahrscheinlich eine große Rolle bei der Entscheidung des Einzelnen für oder gegen einen Suizid. Religion kann sinnstiftend für viele sein, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Kirche. Aber wir leben in einem säkularen Staat. Religion ist Privatsache. Sie darf nicht zur Grundlage für allgemeine gesellschaftliche Regelungen gemacht werden. Die Kirchen sollten deshalb auch keinen Einfluss auf solche Gesetze und die darin enthaltenen Regelungen nehmen, da sie partikulare Interessen vertreten. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Punkt sehr klar formuliert: Die Bewertung, ob das eigene Leben lebenswert ist oder nicht, obliegt nur dem einzelnen Menschen, ebenso die Konsequenz, die er aus der Beurteilung zieht.

Schattenblick: Die vorliegenden Gesetzentwürfe lassen das Bestreben erkennen, bei psychisch Erkrankten besondere Hürden aufzubauen - sowohl was die Diagnostik betrifft als auch die Fristen bis zur evtl. Genehmigung eines assistierten Suizids. Steckt darin der Verdacht, sie seien unfähig zur selbstbestimmten Entscheidung über ihren Tod?

Georg Marckmann: Viele von ihnen können durchaus selbstbestimmt entscheiden. Man muss aber diejenigen Menschen identifizieren, bei denen der Suizidwunsch Teil oder Symptom der psychischen Erkrankung ist im Unterschied zu einer Reaktion auf die Folgen der Erkrankung. Ein Beispiel wäre ein Patient mit einer therapierefraktären Psychose, der selbstbestimmt die krankheitsbedingten Einschränkungen nicht mehr bereit ist länger zu ertragen und darauf reagiert - wie bei einer unheilbaren körperlichen Erkrankung. In diesem Fall steht dem assistierten Suizid nichts im Wege. Ich sehe aber schon die Gefahr, dass psychisch Kranken eher unterstellt wird, sie seien zu selbstverantwortlichem Handeln nicht in der Lage.

Schattenblick: Würden Sie in jedem Fall beim Wunsch nach assistiertem Suizid neben einem Allgemeinmediziner und/oder dem behandelnden Arzt einen Psychiater hinzuziehen?

Georg Marckmann: Nein. Nur, wenn der Arzt im Gespräch mit dem Suizidwilligen vermutet, die selbstbestimmte Entscheidung des Betroffenen könne durch eine psychische Erkrankung beeinträchtigt sein, sollte ein Spezialist hinzugezogen werden.

Schattenblick: Sehen Sie in Ärzten die am besten geeignete Berufsgruppe für einen assistierten Suizid?

Georg Marckmann: Ich glaube, dass Ärzte über besondere Kompetenzen verfügen, um mit Menschen zu sprechen, die ihrem Leben ein Ende setzen möchten. Ich würde daher Ärzte bevorzugen -

nicht nur in Krankheitsfällen, in denen ein Arzt sowieso zwingend mit dem Suizidwilligen sprechen sollte, sondern auch im Gespräch mit einem gesunden Menschen, der sterben möchte ...

Schattenblick: ... einem lebensmüden oder - wie z.B. die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben es ausdrückt - lebenssatten Menschen...

Georg Marckmann: ... ggf. auch unter Hinzuziehung sozialer Dienste, sollten bei der Unterhaltung zuvor nicht bekannte Gründe/Krisen zur Sprache gekommen sein. Dabei benötigen Ärzte eine besondere Ausbildung und Erfahrung in der Gesprächsführung, wie sie beispielsweise auch bei der Erstellung einer Patientenverfügung gefordert ist. Dabei geht es auch darum, welche Einstellung jemand zum Tod hat, wie gerne die Person noch lebt, und wo sie ggf. einen Punkt sieht, an dem sie nicht um jeden Preis weiterbehandelt werden möchte. In beiden Fällen muss der Betroffene dabei unterstützt werden, eine für seine ganz individuelle Lebenssituation stimmige wohlinformierte Entscheidung zu treffen.

Schattenblick: Aber wollen Ärztinnen und Ärzte diese Aufgabe auch übernehmen?

Georg Marckmann: Ich denke, dass für die überschaubare Anzahl von Fällen, in denen jemand um eine Hilfe bei der Selbsttötung bittet, genügend Ärzte zur Verfügung stehen werden. Unter meinen Studierenden können sich derzeit meist rund zwei Drittel vorstellen, Suizidassistenz zu leisten.

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

PD Dr. med. habil. Ute Lewitzka im Gespräch

Gibt es so etwas wie eine Pflicht zu leben?

Es ist nicht erlaubt, den begleiteten Suizid zu verbieten. Aber für alle, die in der Suizidprävention arbeiten, ist das wirklich ein Problem.

Christa Schaffmann im Gespräch mit PD Dr. med. habil. Ute Lewitzka vom Universitätsklinikum Dresden - Februar 2022



PD Dr. med. habil. Ute Lewitzka arbeitet in der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikums Dresden. Sie engagiert sich ehrenamtlich in der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention und ist Vorstandsvorsitzende im Werner-Felber-Institut für Suizidprävention und interdisziplinäre Forschung im Gesundheitswesen e.V., Foto: privat

Schattenblick: Im Jahr 2020 starben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 9.206 Personen durch Suizid. Wie sicher sind die vorhandenen Daten, und was wissen wir über die Gesamtzahl hinaus z.B. über Gründe und Vorerkrankungen?

Ute Lewitzka: Wir haben nicht wirklich viele Daten, ausgenommen die Anzahl der Suizide. Sie werden gemeldet, weil es sich um

eine nicht-natürliche Todesursache handelt, bei der jedes Mal die Staatsanwaltschaft mit eingeschaltet wird. Die Anzahl der Suizidversuche wird von uns geschätzt; sie werden in vielen Fällen zwar festgestellt aber nirgendwo erfasst oder gemeldet. Es bleibt außerdem eine Dunkelziffer, z.B. durch Suizide in Altenheimen, die nicht immer erkannt werden. Das ist kein Vorwurf.

Wir müssen nur davon ausgehen, dass, wenn ein alter Mensch im Heim über Nacht eingeschlafen ist, u.U. am Morgen nicht immer untersucht wird, ob im Körper Spuren z.B. extrem vieler Schlaf-tabletten nachweisbar sind.

Schattenblick: Das klingt nicht nach einer grundsoliden Datenbasis. Trotzdem erklärten Psychiater zuletzt beim DGPPN-Kongress im vergangenen Herbst, 60 bis 90 Prozent aller Suizide seien auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen.

Ute Lewitzka: Es gibt schon Möglichkeiten, auch unter Menschen, die sich in keiner psychiatrischen Einrichtung, sondern zu Hause das Leben nehmen, nachzuforschen. Wir nennen das psychologische Autopsie. Dabei wird nicht nur mit einer Person aus dem Umfeld gesprochen, sondern mit mehreren: u.a. dem Hausarzt, dem Ehepartner, der Tochter und dem Arbeitskollegen. Darüber hinaus werden persönliche Schriftstücke gesichtet sowie verschiedene Lebensbereiche abgefragt, was danach eine recht valide diagnostische Einschätzung erlaubt. Dennoch halte ich die oft genannten Zahlen zwischen 60 und 90 oder noch mehr Prozent

von psychisch Kranken unter den Suizidenten für zu hoch. Trotz der durchaus aufwendigen psychologischen Autopsie bleiben Unsicherheiten, denn eine Diagnose am Verstorbenen selbst ist nicht mehr möglich.

In Deutschland haben wir aber noch ein ganz anderes Problem, bei dem ich gerade gegen Windmühlen laufe. Suizide werden bei uns in eine bestimmte Kategorie eingeordnet - die X-Kategorie aus der internationalen Klassifikation von Krankheiten, kurz ICD 10. In dieser Kategorie werden alle Suizide verschlüsselt. Auf Grund der Datenschutzgrundverordnung wird ein Teil dieser Suizide von den statistischen Landesämtern in die sog. R-Kategorie - das bedeutet "sonstige Todesursachen" - eingeordnet. Das geschieht zum Schutz des Verstorbenen, denn diese Daten sind grundsätzlich öffentlich zugänglich. Das ist vom Standpunkt des Datenschutzes nachvollziehbar, für die Forschung aber problematisch, denn es führt zu Verzerrungen, wenn wir nicht wissen, wie hoch der Anteil der Suizide unter den "sonstigen Todesursachen" tatsächlich ist. Für uns wäre es schon relevant, ob es zehn oder einhundert Prozent sind.

Schattenblick: Alle Gesetzentwürfe enthalten den Begriff freiverantwortliches Handeln. Wird das bei psychisch Kranken grundsätzlich infrage gestellt?

Ute Lewitzka: Nein. Auch ein gesunder Mensch kann u.U. nicht freiverantwortlich handeln - z.B. durch Beeinflussung durch Angehörige. Auch bei psychisch Kranken gehen wir in vielen Fällen - z.B. bei der Einwilligung in eine

Operation - von einem freiverantwortlichen Handeln aus. Im Zusammenhang mit dem Suizid ist das - weil es eine unumkehrbare Handlung ist - jedoch schwieriger zu beurteilen.

Ob eine autonome Entscheidung vorliegt, muss bei jedem Suizidenten nachgefragt bzw. geprüft werden, nicht nur bei den psychisch Kranken. Ich tue mich schwer, krisenhafte Zustände immer als Krankheit abzustempeln. Manchmal handelt es sich um eine Lebenskrise, die in einigen Wochen oder Monaten nicht mehr existiert. Gerade bei psychischen Erkrankungen ist der Langzeitverlauf wichtig für die Beurteilung. In einer halben Stunde kann der beste Arzt nicht mit 100prozentiger Sicherheit entscheiden, ob sein Gegenüber freiverantwortlich handelt, ob sein Wunsch dauerhaft sein wird oder "nur" im Rahmen einer Lebenskrise besteht. Noch ein weiteres Problem: welcher Zeitpunkt ist für die freiverantwortliche Entscheidung ausschlaggebend: Der Tag, an dem der Suizident mit dem Arzt gesprochen hat oder der Tag, an dem er sich das Leben dann tatsächlich nimmt? Dafür kann es m.E. kein Gesetz geben. Wichtig ist hierbei, sehr differenziert zu beurteilen. Die Situation für Menschen mit terminalen Erkrankungen ist eine andere als die mit behandelbaren psychischen Krankheiten.

Schattenblick: Und dann gibt es ja noch eine weitere Gruppe: die, die gar nicht erkrankt sind und trotzdem sterben wollen.

Ute Lewitzka: Die müssen aus meiner Sicht nochmal anders betrachtet werden. Sie stellen die größte Herausforderung dar.

Schattenblick: Warum? Wenn jeder Mensch das Recht hat, sich das Leben zu nehmen (und das hat das BVerfG bestätigt), und wenn das ein Recht auf Hilfe beim Suizid einschließt (steht ebenfalls im Urteil), was soll ein Arzt - die Freiverantwortlichkeit vorausgesetzt - denn dann noch begutachten? Soll er dann entscheiden, dass das Leben des Suizidenten doch lebenswert ist, ihm eine Bescheinigung für einen assistierten Suizid verweigern und damit indirekt empfehlen, sich doch einfach vor die U-Bahn zu werfen? Dazu hat der Arzt aber überhaupt kein Recht. Oder wie sehen Sie das?

Ute Lewitzka: Ich habe keine saubere Lösung dafür oder nur eine, die es wieder unpraktikabel machen würde. Es ist nicht erlaubt, den begleiteten Suizid zu verbieten. Aber für alle, die in der Suizidprävention arbeiten, ist das wirklich ein Problem.

Schattenblick: Sollten die beiden Aufgaben dann mindestens voneinander getrennt werden?

Ute Lewitzka: Vielleicht wäre das eine Lösung. Durch meine klinische Arbeit begegnet mir ein solcher Zustand (d.h. ein gesunder Mensch möchte nicht mehr leben) nicht wirklich, ich gebe aber zu, dass ich eben auch durch meine "psychiatrische Brille" schaue. Es gibt einige Argumente, die dagegen sprechen, dass sich ein wirklich gesunder Mensch das Leben nehmen möchte. Meist besteht ein Verlust, eine Kränkung oder eine Angst, und die sollte man zunächst erst mal besprechen können.

Schattenblick: Beschäftigen Sie sich auch damit, wie andere Län-

der und Kulturkreise mit dem Thema Suizid umgehen?

Ute Lewitzka: Der Blick über den Tellerrand ist uns wichtig. Wir tauschen uns mit Forschern in anderen Ländern aus. Das ist auch etwas, was uns in Sorge bringt. Dortige Erfahrungen belegen, wie eng das Recht auf den Suizid und dessen Unterstützung und das Thema "Tötung auf Verlangen" zusammenhängen. Belgien und die Niederlande machen es vor. So sind in Belgien die Fälle assistierter Suizide bei Depressiven stark angestiegen. Ich musste bei dieser Nachricht an den Fall eines schwer Depressiven denken, den ich jahrelang, auch mit experimentellen Verfahren, behandelt habe - ohne Erfolg. Und dann gab es ein persönliches Ereignis und innerhalb weniger Wochen veränderte er sich zusehens zum Positiven. Ich würde deshalb gern immer alle Optionen probieren und nicht aufgeben.

Schattenblick: Das verstehe ich aus Ihrer Perspektive. Aber der Patient hat doch auch das Recht, nichts mehr probieren zu wollen. Es ist sein Leben. Wollen Sie ihm das Recht, über dessen Fortsetzung zu entscheiden, absprechen?

Ute Lewitzka: Das ist eine sehr komplexe Frage: Gibt es so etwas wie eine Pflicht zu leben? Ich empfehle hier das Buch von Giovanni Maio "Medizin ohne Maß", in welchem er wunderbar diesen Aspekt beleuchtet. Eine andere Konstellation macht mir viel größere Sorgen: was ist, wenn ein Mensch den Wunsch nach einem assistierten Suizid geäußert hat, am Ende aber aus unterschiedlichen Gründen das Mittel nicht mehr selbstständig einnehmen kann. Soll ihm dann jemand die

tödliche Injektion verabreichen und ihn ins Jenseits bringen? Wir sprechen da von Tötung auf Verlangen. Da entstehen hochproblematistische Situationen, weshalb die in der Suizidprävention Tätigen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht begrüßt haben. Sie sehen besorgt schon jetzt die Sterbehilfevereine auf der Matte stehen.

Schattenblick: Und denen unterstellen Sie in jedem Fall ein Profitinteresse?

Ute Lewitzka: Diese Organisationen sind international gut vernetzt, haben aus meiner Sicht eine große Macht. Wenn der Gesetzgeber das nicht sehr klar regelt, wird es garantiert neue Klagen geben, und dann bin ich sehr gespannt, wie das Gericht darauf reagieren würde. Mich beschäftigt aber noch ein anderes Problem: Wir haben durch das Urteil jetzt die für das Gesundheitssystem kostengünstigere Lösung, denn jahrelange Psychotherapie und psychiatrische Behandlung und erst Recht der Ausbau der Palliativmedizin sind natürlich teurer als die einmalige Dosis eines zum Tod führenden Medikaments. Aber gegen diese Rechnung sträube ich mich.

Schattenblick: Allerdings hat das Verfassungsgericht sein Urteil nicht mit Blick auf das staatliche Gesundheitsbudget, sondern mit Blick auf Menschenrechte und Menschenwürde gefällt. Oder wollen Sie ihm finanzielle Motive unterstellen?

Ute Lewitzka: Das Verfassungsgericht hat keine finanziellen Interessen im Sinn. Im Gegenteil: auch hier wird ja der Schutzauf-

trag des Staates dokumentiert. Aber um dies zu tun ist eine bessere palliative Versorgung nötig, eine bessere Pflege in Heimen, um so den Wunsch nach einem Suizid bei vielen gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn warum wollen z.B. alte Menschen sterben? Um ihren Angehörigen nicht zur Last zu fallen, weil sie wissen, wie "teuer" die Versorgung ist; um einer nicht-menschenwürdigen Versorgung im Alter zu entgehen. Die Lösung dieser Probleme kann aus meiner Sicht nicht darin bestehen, den assistierten Suizid zu ermöglichen, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass Menschen in Würde altern und auch sterben können. Denn das gehört zum Leben dazu.

Schattenblick: Das ist der Wunsch vieler Menschen, auch ganz unabhängig von ihrer Einstellung zum assistierten Suizid. Eine bessere Versorgung ist notwendig, wünschenswert, aber sie ist nicht die Alternative zum Recht, das eigene Leben beenden zu dürfen, warum auch immer. - Wenn alle Ärzte so denken würden wie Sie, wer könnte dann Sterbehilfe leisten?

Ute Lewitzka: Ich schätze, dass genügend Ärzte den assistierten Suizid nicht nur als Möglichkeit unterstützen, sondern dafür auch selbst zur Verfügung zu stehen werden, darunter auch Psychiater. Theoretisch müssten es gar nicht immer Ärzte sein, aber das wünschen sich halt viele Suizidenten. Auf der anderen Seite habe ich gerade von einer Patientin den Satz gehört: "Was macht es mit mir, wenn ich nicht einmal dem Arzt vertrauen kann, dass er in erster Linie mein Lebensretter ist?" Das signalisiert für mich, dass man bei verschiedenen Gruppen von

Menschen mit dem Wunsch nach Suizidassistenz auch verschieden vorgehen muss. Ich kenne auch Kollegen, die sagen, die Ärzte sollten die Sterbebegleitung einschließlich Medikamentengabe besser Sterbehelfern überlassen.

Schattenblick: Also doch Sterbehilfeorganisationen? Wie sollten Menschen erfahren, wer, wo für die Sterbebegleitung zur Verfügung steht? Wenn wir an die Debatte darüber denken, was Werbung für und was Information über Schwangerschaftsabbrüche ist, dann bin ich da sehr skeptisch. Ich erwarte, dass Krankenkassen und Ärztekammern dazu auskunftsfähig und -willig sein werden.

Ute Lewitzka: Da fast alle Gesetzentwürfe eine Beratung zwingend vorsehen, wäre das auch eine mögliche Aufgabe am Ende einer Beratung. Im Übrigen sorgen genau diese Sterbehilfevereine dafür, dass dieses Wissen "bekannt" wird. Werbung ist in allen Gesetzentwürfen richtigerweise ausgeschlossen worden.

Schattenblick: Ja, aber das Beispiel beim Schwangerschafts-Abbruch hat doch gezeigt, dass Gegner von Abbrüchen jegliche Information zu unterschiedlichen Methoden, zu Risiken und über die durchführenden Kliniken als Werbung ansehen.

Ute Lewitzka: Informationen sind notwendig. Aber zu denen müssen dann auch die gehören, in denen über mögliche Risiken bei der Medikamentengabe bzw. Injektion eines todbringenden Cocktails aufgeklärt wird. Die verbreitete Vorstellung von einem ganz entspannten Einschlafen, trifft eben nicht in allen Fällen zu. Wie über-

all in der Medizin bleibt auch hier ein Restrisiko.

Schattenblick: Gibt es unter den vorliegenden Gesetzentwürfen für Sie einen Favoriten?

Ute Lewitzka: Angreifbar sind alle. Mein persönlicher Favorit ist der von Kirsten Kappert-Gonther (Die Grünen) und Lars Castellucci (SPD); er scheint mir der Vernünftigste zu sein.

Schattenblick: Fast alle Entwürfe verlangen eine Beratung, einige nicht aus dem Parlament stammende wollen nur dann Beratung, wenn der Suizidwillige sie selbst nachfragt. Braucht Ihres Erachtens jeder Beratung?

Ute Lewitzka: Auch an diesem Punkt würde ich differenzieren. Ich musste oft die Erfahrung machen, dass viel zu wenige Menschen ausreichend über Palliativ-Medizin informiert sind. In Fällen mit schwerer Erkrankung würde ich eine Beratung unbedingt empfehlen. Ein Palliativmediziner kann erklären, was hier möglich ist. Ein anderer umstrittener Punkt ist die Zeit, die in den unterschiedlichen Entwürfen festgesetzt wird, bis ein Betroffener tatsächlich Sterbehilfe erhält. Ich weiß, dass viele Menschen diese zu lang finden. Aber gerade bei psychisch Kranken muss ich eine lange Dauer befürworten, braucht

es doch oft Wochen, bevor z.B. ein Medikament überhaupt anschlägt. Eine psychotherapeutische Behandlung dauert Monate bis Jahre. Auch bei diesem Punkt halte ich eine Differenzierung unter den Suizidenten für sinnvoll.

Schattenblick: Geben Sie der Verabschiedung des Gesetzes noch in diesem Jahr eine Chance?

Ute Lewitzka: Nicht mehr vor der Sommerpause, aber das würde ich mir auch gar nicht wünschen, denn wir brauchen unbedingt noch Zeit für einen Diskurs über unterschiedliche Sichtweisen sowie unter den betroffenen Berufsgruppen - den Medizinern, den Psychiatern, den Juristen, Psychologen, Soziologen - als Anstoß für sinnvolle Korrekturen und Kompromisse zur Reduzierung von Entwürfen. Eine Verabschiedung im späten Herbst kann ich mir jedoch vorstellen.

Über die Autorin:

Christa Schaffmann ist Diplomjournalistin und arbeitet seit zehn Jahren als freie Autorin und PR-Beraterin, nachdem sie zehn Jahre Chefredakteurin von Report Psychologie, der Fach- und Verbandszeitschrift des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, war.

Weitere Interviews folgen ...

SCHATTENBLICK →
INFOPOOL →
MEDIZIN → REPORT → INTERVIEW

http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip_medizin_report_interview.shtml

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Höhlenforscher*innen warnen vor Umweltschäden durch Tren Maya

Eine Strecke des umstrittenen Tren Maya soll durch den mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo auf der Halbinsel Yucatán führen. Höhlenforscher*innen warnen vor Umweltschäden.

(Mexiko-Stadt, 15. März 2022, desinformémonos) - Mexikanische Höhlenforscher*innen warnen vor "bedeutenden und unerschätzbaren Auswirkungen auf Umwelt und Kultur" durch den Bau einer Trasse für den geplanten "Maya-Zug" (Tren Maya). Die Trasse durch den mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo auf der Halbinsel Yucatán stelle eine "Gefahr für die archäologischen Spuren und die ökologischen Nischen der Lebewesen an Land und im Wasser" dar, kritisiert die Vereinigung der mexikanischen Höhlenforscher*innen UMAE [1] (Unión Mexicana de Agrupaciones Espeleológicas) in einem offenen Brief [2] an den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador.

Das Großprojekt werde für ökologische Schäden sowohl auf dem Boden als auch in den unterirdischen Wasserläufen sorgen, befürchtet die Vereinigung. Durch den Bundesstaat Quintana Roo verlaufen mehrere unterirdische Wasserläufe von West nach Ost,

während die Bahntrasse von Nord nach Süd verläuft. Die Trasse Nr. 5, die gegenwärtig in den Wald nahe der Touristenstadt Playa del Carmen geschlagen wird, werde die Wasserreserven der Halbinsel Yucatán verknappen und verschmutzen, warnten [3] die Expert*innen. Die Abholzung des Waldes und die Erdarbeiten würden zusätzliche ökologische Schäden hervorrufen, vor allem im weltberühmten Höhlensystem von Yucatán.

Angesichts der befürchteten Umweltschäden durch das Großprojekt fordert die UMAE die strikte Einhaltung bestehender Umweltvorschriften sowie den kompletten Schutz des Höhlensystems auf der Halbinsel. Der Erhalt der biologischen, archäologischen und geologischen Vielfalt müsse sichergestellt sein.

Anfang März hatten Umweltschutzorganisationen öffentlich gemacht [4], dass tausende Bäume nahe Playa del Carmen für diese Trasse des Tren Maya abgeholzt wurden, ohne dass es dafür erforderliche Umweltgenehmigungen, Studien oder Ausgleichsflächen gegeben habe. Tage später hatte Präsident López Obrador die Umweltschützer*innen als Gegner*innen des Projekts diffamiert.

Anmerkungen:

[1] <https://www.facebook.com/UnionMexicanadeAgrupacionesEspeleologicas/>

[2] <https://www.facebook.com/UnionMexicanadeAgrupacionesEspeleologicas/photos/pcb.1113154799247160/1113154552580518/>

[3] <https://zonafranca.mx/politica-sociedad/ecologia/trabajadores-de-qroo-y-academicos-advierten-de-danos-graves-en-cenotes-por-tren-maya/>

[4] <https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/urwald-fuer-tren-maya-gerodet/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/hoehlenforscherinnen-warnen-vor-umweltschaeden-durch-tren-maya/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

Der Axolotl ...

(SB) 4. April 2022 - Man kann es sich kaum vorstellen, aber das Tier mit dem seltsamen Namen Axolotl verbringt sein Leben im Stadium einer Larve - es wird also nie erwachsen. Normalerweise handelt es sich bei einem Larvenstadium um eine Entwicklungsphase, die zu einem voll ausgebildeten Lebewesen führt. Wir kennen es bei Fröschen, Raupen, Käfern, vielen anderen Insekten, beispielsweise beim Schmetterling. Der Axolotl ist eine Mischung aus Molch und Salamander. Sein breites Maul, seine großen, runden Augen und die Kiemenästchen, jeweils 3 Stück an jeder Kopfseite, lassen ihn aussehen wie ein nettes Monster mit Antennen. Vielleicht liegt es an seiner nicht voll ausgebildeten Körperform, dass er recht freundlich, fast niedlich dreinschaut. Dieses seltsame Tier hat Fähigkeiten, die ihn weltweit zu einem beliebten Forschungsobjekt gemacht haben. Im Folgenden wollen wir uns diese Besonderheiten einmal genauer ansehen.

Der Axolotl vom Aussterben bedroht?

Der Axolotl hat nicht nur besondere Fähigkeiten, man findet ihn auf der ganzen Welt auch nur an einem einzigen Ort. Ein Blick in die Geschichte zeigt, warum das so ist. Im 13. Jahrhundert gründeten die Azteken eine Stadt mitten in dem flachen Texoco-See, der an drei Seiten von Gebirgen, beziehungsweise Vulkanen umge-



Foto: 2004, by Erzenkel (eigenes Werk), Public domain, via Wikimedia Commons

ben war. Vielleicht wurde dieser ungewöhnliche Ort gewählt, weil er einen guten Schutz gegen Angreifer bot. Um die Menschen in der Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen, baute man Flöße, sogenannte Chinampas, füllte sie mit Erde auf und baute darauf Getreide und Gemüse an. Weitere Gebäude wurden ebenfalls auf derartigen Flößen errichtet. Auf diese Weise entwickelte sich die Stadt mit schätzungsweise 100.000 Einwohnern zu einer der damals größten Städte weltweit. Allmählich wurde das Wasser des Sees durch die vielen Chinampas verdrängt. Die Flöße sanken tiefer, fanden im Untergrund Halt und wurden zu Ackerland. Dazwischen bildete sich ein Kanalsystem, von dem heute noch einige Kanäle bestehen. Man

nimmt an, dass die besonderen Umweltbedingungen im Texoco-See ideal für den Axolotl waren und sie sich deshalb nicht über das Larvenstadium hinaus entwickelten. Das mag der Grund sein, warum sie bis heute auch nur in diesem Gewässer zu finden sind.

Auch heute noch kommt der wildlebende Axolotl nur im Xochimilco-See vor, der in der Nähe von Mexiko Stadt (Mexico City) liegt, und in dem 170 km langen Kanalsystem, das von dem einst sehr großen Texoco-See übrig geblieben ist. Doch hat sich die Anzahl der im Wasser lebenden, nachtaktiven Lurche stark verringert, so dass seine Art vom Aussterben bedroht ist. Die Touristen, die sich mit viel Lärm und



Ein Axolotl in seiner natürlichen, dunklen Färbung
 Foto: 2013, by Faldrian (eigenes Werk), CC BY-SA 3.0
 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0],
 via Wikimedia Commons

lauter Musik auf den Kanälen entlangfahren lassen, sind eine Ursache für den Rückgang der Population. Ein anderer, weitaus schwerwiegender Grund, sind die in diesen Gewässern ausgesetzten Karpfen und Tilapia (eine Art der Barsche). Sie sollten eine Bereicherung für das Ökosystem sein, fraßen aber die Axolotl, so dass bald nur noch ganz wenige überlebten.

Der Axolotl als Labortier

Unzählige Axolotl werden hingegen in den Laboren auf der ganzen Welt zu Forschungszwecken gehalten. Dieses ungewöhnliche Tier hat Fähigkeiten und Eigenschaften, die von großem wissenschaftlichem Interesse sind. Sie können ihre Gliedmaßen und Organe, sogar Herz und Gehirn, nachwachsen lassen. Wird beispielsweise ein Bein im Überlebenskampf mit Feinden verletzt

oder geht verloren, so wächst es innerhalb von Wochen oder Monaten nach. Es ist naheliegend, dass Wissenschaftler aus dem medizinischen Bereich versuchen, die Ursachen für diese Fähigkeit zu ergründen. Hinweise darauf versprach man sich unter anderem von der Entschlüsselung ihres Genoms. Dabei kam heraus, dass das Genom des Axolotls aus 32 Milliarden Basenpaaren besteht und damit 10 mal so groß ist wie das des Menschen.

Doch wie findet man die für das Nachwachsen verantwortlichen Gene? Dass hier noch eine ganze Menge an Forschungsarbeit zu leisten ist, liegt auf der Hand. Die anatomische Ähnlichkeit des wasserlebenden Axolotls mit Landwirbeltieren, lässt hoffen, dass bestimmte Forschungsergebnisse auch auf Säugetiere, also auch auf den Menschen, anwendbar sein könnten. Die auf diesem Gebiet schon seit 20 Jahren forschende

Biochemikerin Prof. Elly Tanaka fand heraus, dass ein bestimmter Botenstoff eine Zellvermehrung an den verletzten Stellen hervorruft und so die Neubildung von Gewebe in Gang setzt. Auch in diesem Bereich stehen bestimmt noch viele Forschungsarbeiten an. In der Transplantationsmedizin, bei der Heilung von Rückenmarksverletzungen oder in der Stammzellforschung, überall herrscht großes Interesse an den Fähigkeiten des kleinen Wassertieres.

Doch was bedeutet das für die in den Laboren in kleinen Wasserbehältern lebenden Lurche? Es braucht nicht viel Fantasie, sich Experimente auszudenken, wie das Nachwachsen von Gliedmaßen erprobt und beobachtet werden kann. In der medizinischen Forschung werden die Versuche mit der Absicht gerechtfertigt, diese besondere Regenerationsfähigkeit (das Nachwachsen von Organen und Gliedmaßen) zu enträtseln, um verbesserte Heilverfahren zu entwickeln. Zwar steht es noch in den Sternen, ob es jemals möglich sein wird, den verlorenen Arm eines Menschen nachwachsen zu lassen, aber vielleicht könnten verschiedene Heilungsprozesse beschleunigt werden.

Rettung für den Axolotl

Heute gibt es Bemühungen, dieses Tier, das sich in Mexiko großer Beliebtheit erfreut und in der dortigen Kultur einen festen Platz hat, vor dem Aussterben zu bewahren. Forscher und Naturschützer sind sich einig, dass es dafür erforderlich ist, den natürlichen Lebensraum des Axolotls zu erhalten oder wieder aufzubauen,

denn nur so kann er in seiner ursprünglichen Form überleben. Seine natürliche Färbung unterscheidet sich von den gezüchteten Artgenossen, sie ist dunkelgrau oder braun-marmoriert mit einer etwas helleren Unterseite. Wichtig für den Lurch ist kaltes, sauerstoffreiches Wasser. Am liebsten hält er sich am Grund des Sees auf. Da nicht bekannt ist, dass die Axolotl noch an einem anderen Ort der Welt vorkommen, geht man davon aus, dass ihre Rettung genau hier in Angriff genommen werden müsste. Zudem wird aufgrund seiner ortsgebundenen Einzigartigkeit vermutet, dass es sich um eine sehr alte Tierart handelt. Dafür spricht, dass der Axolotl bei den Azteken bereits als heiliges Tier verehrt wurde. Der Name Axolotl stammt aus einer aztekischen Nahuatl-Sprache. Die Silbe "Atl" bedeutet so viel wie "Wasser" und die Silbe "Xolotl" steht für einen Gott aus der aztekischen Götterwelt. Er könnte mit "Wassergott" oder "Wassermonster" übersetzt werden.

Der Axolotl als beliebtes Haustier in Aquarien

Sein kindliches, niedliches Aussehen mag der Grund dafür sein, dass sich der Axolotl als Haustier im Aquarium immer größerer Beliebtheit erfreut. Die Tiere, die im Handel zu erwerben sind, stammen allesamt aus Züchtungen. Dabei wurde die ursprüngliche Färbung so verändert, dass den Kunden eine große Auswahl geboten werden kann: es gibt sie als weiße, rosafarbene, hellbraune Tiere oder solche mit dunkel beziehungsweise hell gefleckten Färbungen.



Fast weißes Exemplar

Foto: 2010, by Henry Mühlpfordt (eigenes Werk), CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons

Ihre Haltung im Aquarium soll nicht besonders anspruchsvoll sein. Zwar wird es auf diese Weise immer Axolotl als Versuchstier oder als Haustier gehalten, aber es handelt sich um Lebewesen mit einem eigenen Leben und Überlebensinteressen. Sie existieren sicherlich nicht zur Freude für den Menschen oder als Forschungsobjekt.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

<https://www.nationalgeographic.de/wissenschaft/2021/10/quer-schnittslaehmung-heilen-mithilfe-des-axolotl>

<https://www.zooplus.de/magazin/aquaristik/fischarten-portraits/axolotl>

<https://www.kindernetz.de/wissen/tierlexikon/steckbrief-axolotl-100.html>

KINDERBLICK / Spiele

Sieben Eierspiele

EIERDUELL

Auf dem Boden wird eine Linie gezogen. Ein Spieler stellt sich nun rechts, einer links davon auf. Jeder Spieler hat zwei Löffel und ein Ei. Auf dem einen Löffel liegt das Ei, mit dem zweiten Löffel versucht der Spieler das Ei seines Gegenspielers zu erlöffeln. Der andere versucht das Gleiche. Beendet ist das Spiel, wenn einer der beiden es geschafft hat, das Ei des Gegners zu erlangen. Das eigene Ei darf aber nicht festgehalten werden. Es darf nur aus der Reichweite des Gegenspielers gehalten werden.





EIERTRANSPORT

Auf einem Haufen liegen die Eier. Etwas entfernt stehen zwei Körbe. Nun sollen zwei Spieler so viele Eier wie möglich in die Körbe bringen. Doch es gibt da einige Schwierigkeiten. Die Spieler sollen dabei auf allen Vieren gehen und außerdem die Eier nicht mit den Händen berühren. Sie haben nur die Möglichkeit, die Eier mit einem Löffel, den sie im Mund haben zu transportieren oder die Eier mit der Nasenspitze vor sich her zu schubsen.



EIERLESEN

Zwei Spieler treten gegeneinander an: Der eine hat eine ganze Anzahl von gekochten oder rohen Eiern aus einer langen Reihe zu nehmen und diese dann in die Schürze eines Mädchens zu werfen. Das Mädchen sammelt alle Eier vorsichtig in einem Korb. Nur zwei Eier dürfen beschädigt werden. In der Zwischenzeit soll der andere Spieler eine Aufgabe erfüllen. Er hat eine Strecke zu laufen, etwas zu suchen und dann soll er schneller wieder zurück sein, als sein Gegenspieler mit Werfen fertig ist.

EIERWERFEN

Es werden so lange Eier über ein Hindernis, beispielsweise einen Busch, geworfen, bis nur noch das Siegerei heil geblieben ist.



EI im BERG

Auf dem Tisch wird ein Berg aus Salz aufgehäuft. Dahinein wird ein Ei gesteckt. Nun tragen alle Spieler der Reihe nach je einen Löffel Salz ab. Das geht solange bis das Ei umfällt. Der Spieler bei dem dies geschieht, scheidet aus. Erneut wird der Berg aufgetürmt und die nächste Runde wird gelöffelt. Sobald nur noch ein Spieler übrig ist, erhält dieser das Ei zum Aufessen.



EIERPUSTEN

Die Spieler plazieren sich um einen Tisch herum und breiten ihre Arme am Rand des Tisches aus. So entsteht eine kleine Are-

na. Gespielt wird mit einem ausgepusteten Ei. Dieses wird von allen Beteiligten hin- und hergepustet. Sobald das Ei einen Mitspieler berührt, erhält dieser einen Minuspunkt. Bei einem zuvor festgelegten Minuspunktstand scheidet die Spieler aus. Gewonnen hat derjenige, der als letzter noch im Rennen ist.



EIER per BAHN

Baut eure elektrische Eisenbahn auf und setzt auf die Wagen ein paar leckere Eierspezialitäten. So läßt sich zum Abschluß von Ostern auch noch das Abendbrot spielend genießen.



Zusammenhalt ...

Keine Angsthasen

(SB) - Aufmerksam saß die große Häsin in der Abenddämmerung am Feldrand. Sie musste stets auf der Hut sein, denn Hasen haben viele Feinde, die in ihnen nur eine leckere Mahlzeit sehen.

Jetzt aber trieb es die Hasenmutter zu ihren Kindern, die bestimmt schon auf sie warteten. Um sie nicht in Gefahr zu bringen, musste Mutter Häsin überaus vorsichtig sein. Da sie bisher nichts gehört oder gesehen hatte, spurtete sie los



Buntstiftzeichnung:

© by Schattenblick

in Richtung der Erdmulde, in der ihre Kleinen sich versteckt hielten. Erst rannte sie in einem kleinen Bogen an ihnen vorbei, drehte um, rannte abermals vorbei, um sich dann schließlich mit flinken Bewegungen zu ihnen zu gesellen. Alle Hasenkinder waren hungrig und tranken gierig von der köstlichen, kräftigenden Muttermilch. "Boah, ist das lecker!", brummte der eine, "Oh, ja. Prima!" und "Mehr, mehr, hab Hunger!", riefen die anderen.

"Kinder, ich muss mich beeilen, trinkt schneller, sonst wittert mich noch der Fuchs oder der Marder und dann ...", sie sprach nicht weiter. Aber das brauchte sie auch gar nicht, denn eines wussten ihre Jungen schon ziemlich früh: wer ihre Feinde waren, vor denen sie sich hüten mussten. Sollte sich tatsächlich ein Fuchs nähern oder ein großer Vogel sich auf sie stürzen

wollen, so schützte sie ihre dunkle Fellfarbe, die wie Erde aussah. Wenn sie sich tief in die Sasse, also in ihre Erdmulden, hinein duckten, sich nicht bewegten und sich ganz still verhielten, waren sie kaum noch vom Feldeboden zu unterscheiden.

Die Hasenkinder waren traurig, dass ihre Mutter immer nur ganz kurz bei ihnen verweilte. So kam es, dass die ganze Kinderschar, vier an der Zahl, beschloss, ihr heimlich zu folgen. Zu gern wollten sie wissen, wohin sie stets wieder so schnell verschwand - und warum sie das tat. Es blieb ihnen ja nicht einmal Zeit, sie danach zu fragen.

Heute war dieser Tag, an dem sie das Rätsel um ihre Mutter lösen wollten. Die Sonne war schon beinahe hinter dem Horizont verschwunden. Alle benahmen sich ganz normal, verabschiedeten sich mit einem kurzen, leisen Gruß von

ihrer Mutter und duckten sich wieder tief in die Erdmulde hinein. Einen kleinen Moment warteten sie ab, dann hob der größte von ihnen seinen Kopf und spinkste über den Muldenrand auf das Feld.

"Kannst du sie noch sehen?" - "Ja, aber sie ist ganz schön schnell, wir müssen uns beeilen!" Hurtig sprangen sie einer nach dem anderen hinaus und rannten so schnell sie konnten dem ältesten und größten Hasenkinder hinterher. Sie waren etwas ungelenkt, denn so eine weite Strecke über holprigen Boden hatten sie bislang noch nie bewältigt. Aber sie lernten schnell. Auf das Signal des Ältesten hin, stoppten sie ihren Lauf und verhielten sich mucksmäuschenstill. Das älteste Hasenkinder freute sich, es konnte ihre Mutter sehen und gerade blickte es zu seinen Geschwistern, um sie alle zu ermuntern, ihre Mutter zu überraschen. Doch halt, gerade noch rechtzeitig erkannte es die Gefahr, in der sie

sich befand. Über ihr kreiste ein angriffslustiger Habicht. Die Häsin blieb reglos liegen, hatte ihre Ohren angelegt und sah aus wie ein Erdhügel. Die Kinder taten es ihr gleich und es dauerte eine Ewigkeit, bis der große Vogel in einem weitem Bogen eine andere Richtung einschlug und davon flog.

Doch was jetzt geschah, war beinahe schon zu viel für die Hasenkinder. Ihre kleinen Herzen trommelten in wilder Angst in ihrer Brust. Der Älteste zwang sie und sich selbst zur Ruhe. Aus seiner Position konnte er seine Mutter sehen, wie sie auf einmal losrannte, ein Fuchs in wilder Jagd hinter ihr her. Sie war schnell und lief in die Richtung, die von der Sasse, in der sie ihre Kinder glaubte, weg führte.

Jetzt war guter Rat teuer. Was sollten sie tun? Ihrer Mutter helfen? Nein, dann würden sie selbst eine leichte Beute für den hungrigen Fuchs. Als der Älteste nur noch die weiße Blume, also den Hasenschwanz, seiner Mutter im Dämmerlicht hell schimmern sah, wies er seine Geschwister an: "Wir laufen sofort zurück in unsere Erdmulde, und dort warten wir auf Mutters Rückkehr. Wir können ihr nicht helfen."

"Doch!", schrie das Kleinste. Wir müssen sie retten!" - "Und wie willst du das anstellen?", fragte das zweite. "Wenn wir uns alle zusammen dem Fuchs zeigen, lenken wir ihn doch ab. Mama zu fangen fällt ihm viel zu schwer, also wendet er sich von ihr ab und versucht, uns zu fressen!" - "Ganz genau!", brüllte das dritte Hasenkind, "aber ich will nicht gefressen werden!"

"Halt, halt. Das wird nicht geschehen, wenn wir es schlau anstellen. Also, wenn er uns entdeckt, dann lassen wir ihn auf uns zukommen, nur ein ganz kleines Stückchen, und dann rennt jeder von uns in eine andere Richtung." - "Prima, Kleiner, dann ist er verwirrt und kann sich nicht entscheiden, wen von uns er jagen soll!" - "Ja, ja, genau, das meine ich. Dann steht er ganz tüddelig da und weiß nicht weiter!", japste das kleinste der Hasenkinderschar aufgeregt.

Unterdessen schlug die Häsin einen Haken nach dem anderen und änderte so oft ihre Richtung, dass der Fuchs schon ziemlich aus der Puste war. Als ihre Kinder die wilde Jagd am Feldrand sahen, sprangen sie hervor und reckten sich in die Höhe, damit der Fuchs sie auch gut sehen konnte. Tatsächlich blieb er stehen und blickte verdaddert drein. Die Hasenmutter erschrak fast zu Tode, als sie ihre Kinder und die große Gefahr, in der sie sich befanden, erkannte.

Tatsächlich gab der Fuchs die Jagd nach der Häsin auf und stapfte ein paar Schritte in Richtung der Jungen, um dann mit einem Spurt eines von den Hasenkindern zu erbeuten. Doch plötzlich stoben sie auseinander, jedes in eine andere Richtung. Welches Häschen sollte er verfolgen? Er zögerte einen winzigen Moment. Das aber genügte der Hasenmutter, um auf seinen Rücken zu springen und ihm ganz fürchterlich mit ihren scharfen Zähnen ins Ohr zu beißen. Der Fuchs jaulte laut auf. So etwas hatte er noch nie erlebt. Ein Hase auf seinem Rücken, der auch noch beißt. Und wie weh das tat! Er schüttelte sie ab und im gleichen Moment machte die Hä-

sin einen riesigen Satz auf ihre Kinder zu. Dann rannten alle gemeinsam so schnell sie konnten davon. Der Fuchs aber fiepte und stöhnte. Sein Ohr schmerzte ihn sehr und er hatte erst einmal genug vom Hasenjagen. Heute Abend musste er hungrig schlafen gehen und es hat wohl ein paar Tage gedauert, bis sein Ohr wieder geheilt war.

Die kleine Hasenfamilie fand sich, nach einigen kleinen Umwegen, die sie sicherheitshalber eingeschlagen hatten, um ihre Feinde auf falsche Fährten zu locken, in ihrer Sasse ein. Nach diesem Abenteuer gab es eine Extraportion Milch, aber auch eine Standpauke: "Kinder, nie wieder verlasst ihr unsere Sasse, hört ihr! Hier seid ihr am besten geschützt und wenn ihr stillhaltet und euch nicht bewegt, werden unsere Feinde euch übersehen. Sie können euch noch nicht riechen, also bleibt einfach hier, bis ihr groß genug und vor allen Dingen schnell genug seid!"

Die Kinder versprachen es. Der kleinste Hase meldete sich zu Wort: "Mama, so mutig wie du, möchte ich auch mal sein, wenn ich groß bin!" Die Mutter lächelte: "Ach, meine lieben Kinder, ich war doch gar nicht mutig. Ich wollte bloß auf jeden Fall verhindern, dass der Fuchs einen von euch frisst." - "Ja, Mutter", erwiderte nun das älteste Hasenkind, "und wir wollten dich nicht verlieren!" Nun, im Dunkel der Nacht, rückten sie alle dicht zusammen. Die Hasenmutter tat sich noch an einer Wurzel gütlich und knabberte etwas Kohl. Als der Morgen dämmerte und einen sonnigen Tag ahnen ließ, schliefen alle recht bald ein.

Michael Gaismaier

Führer der Tiroler Bauernaufstände 1525/26

Er wollte eine "Freie Republik der Bauern und Bergknappen"

Vor 490 Jahren ermordeten ihn Habsburger Söldlinge

von Gerhard Feldbauer, 22. März 2022



*Gedenktafel zur Erinnerung an die Ermordung
von Michael Gaismaier in Padua, im Prato della Valle*

Foto: Tonii, CC BY-SA 3.0

*[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>],
via Wikimedia Commons*

In zentralen Abhandlungen über den großen deutschen Bauernkrieg werden die Aufstände unter dem Obristen Michael Gaismaier in den österreichischen Alpenländern oft wenig er-

wähnt. Die geschichtliche Quellenlage zu seinem Leben "ist erschreckend dürr", hielt der österreichische Historiker Michael Forcher in seinem Buch über "Das Leben des Tiroler

Bauernführers" fest. [1] Das scheint allerdings etwas übertrieben, denn er führt in seinen Literaturhinweisen immerhin etwa 30 Publikationen an. Dass darunter der historisch noch heute bedeutende "Deutsche Bauernkrieg" von Friedrich Engels fehlt, ist ein echtes Manko. [2] Das trifft ebenso auf Wilhelm Zimmermanns "Der große deutsche Bauernkrieg" zu [3],

wobei zu erwähnen ist, dass mit Zimmermann ein Teilnehmer an den Kämpfen der deutschen Revolution 1848/49 das Wort ergriff. Er gehörte dem äußersten linken Flügel der nationalen Volksbewegung an und vertrat deren Standpunkt als Mitglied in der Frankfurter Nationalver-

sammlung. Nichtsdestotrotz zeichnet Forcher in fundierter Weise ein Bild der Rolle Gaismaiers in den revolutionären Kämpfen der Bauern und untersten Volksschichten, seiner tiefgehenden sozialen Haltung und seines Einflusses auf den Gang der Ereignisse.

Ein Müntzerscher

Am 13. Mai 1525 wählten die Hauptleute der Tiroler Bauern den 35jährigen Michael Gaismaier zu ihrem Obristen. An dem Datum wird noch einmal die Tragik der zersplittert kämpfenden deutschen Bauern als eine wesentliche



Ausbreitung der Aufstände im Deutschen Bauernkrieg (1523 bis 1525)

Graphik: Sansculotte at German Wikipedia Later versions were uploaded by TMA-1, Wombat at de.wikipedia., CC BY-SA 3.0 [http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/], via Wikimedia Commons

Ursache ihrer Niederlage ersichtlich. In Tirol hatten "die reformierten Lehren großen Anhang gefunden; hier waren sogar, noch mehr als in den übrigen österreichischen Alpenländern, Müntzerische Emissäre mit Erfolg tätig gewesen". Aber ihre Saat ging zu spät auf. Die gegen die vereinten Söldnerheere kämpfenden deutschen Bauern gingen bereits ihrer Niederlage entgegen [4], als ihre Brüder in Tirol gegen ihre Unterdrücker losschlugen. Gaismaier wurde zwei Tage nach der entscheidenden Niederlage der miteldeutschen Bewegung unter Thomas Müntzer bei Frankenhäusen gewählt. Er war ein Müntzerischer, "das einzige bedeutende militärische Talent unter sämtlichen Bauernchefs", schrieb Friedrich Engels. Sein politisches Ziel war "die völlige politische, rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Bürger und Bauern mit dem Adel und der Geistlichkeit, was auch das Ende der weltlichen Herrschaft der Kirche einschloss." Wie Thomas Müntzer war er damit seiner Zeit weit voraus.

Gaismaier stammte aus einer begüterten Bergbauunternehmer- und Beamtenfamilie. Als Schreiber des Tiroler Landeshauptmanns und Burggrafen von Vols als auch Sekretär des Brixener Bischofs lernte er die brutale Unterdrückung des Volkes kennen, hatte aber auch Gelegenheit, sich mit den Lehren der großen Reformatoren vertraut zu machen. Von ihnen beeinflussten Thomas Müntzer und Huldrych Zwingli sein weiteres Handeln und ließen ihn neben ihnen zu einem der hervorragendsten Vertreter des radikalen Flügels der frühbürgerlichen Revolutionen Europas werden.

Im Gegensatz zu Deutschland hatten Bauern und städtische Honoratioren bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Tirol sogenannte Landesstände durchgesetzt, in denen sie neben Prälaten und Rittern vertreten waren. "Weite Bevölkerungskreise hatten die Möglichkeit, Wünsche vorzubringen und bei der Gesetzgebung mitzuwirken. Und auch wenn die einzelnen Stände im Vergleich zur Zusammensetzung der Bevölkerung sehr ungleich repräsentiert waren, so konnten Bürger und Bauern, wenn sie sich zusammentaten, doch einiges gegen die sonst viel einflussreicheren oberen Stände (Adel und Prälaten) erreichen." [5]



Älteste, nicht verbürgte Darstellung Thomas Müntzers aus dem Jahr 1608 - Kupferstich von Christoph van Sichem
Abbildung: Christoph van Sichem, Public domain, via Wikimedia Commons

Gegen die Augsburger Fugger

Die Macht der Grundherren über die bäuerliche Bevölkerung war durch die Landstände zugunsten

der Beamten der Gerichte, wie die unterste Verwaltungseinheit hieß, in gewissem Umfang beschnitten. Nun forderten die Bergknappen im Bündnis mit den Bauern weitere Rechte und Freiheiten. Sie marschierten nach Innsbruck und verlangten die Aufhebung der Kontrolle der Bergwerke durch die Augsburger Fugger, Mitsprache bei der Direktion der Betriebe und an der Landesregierung. Die Volkserhebung dehnte sich rasch auf die Gebiete Brixen, Bozen, Sterzing, Ghries und Hall aus. "Im ganzen Land, im Eisack und im Pustertal, kam es zur Bildung geheimer Bauernausschüsse, Zusammenrottungen, Überfällen, Brandlegungen und anderen Gewalttaten. In Schwaz empörten sich die Bergknappen, vertrieben die Unternehmer, wählten einen Ausschuss und zogen mehrmals zum Landesfürsten nach Innsbruck." [6]

Der von allen Seiten bedrängte Erzherzog Ferdinand "machte den Rebellen, die er noch kurz vorher mit Sengen und Brennen, Plündern und Morden hatte ausrotten wollen, Konzessionen über Konzessionen. Er berief die Landtage der Erblände ein und schloss bis zu ihrem Zusammentritt Waffenstillstand mit den Bauern. Inzwischen rüstete er nach Kräften, um möglichst bald eine andere Sprache mit den Frevlern führen zu können". [7] Von der Situation zeugte der Innsbrucker Landtag, der am 12. Juni 1525 zusammentrat. Auf ihm waren auch die Nachbarn vertreten, neben dem Schwäbischen Bund Bayern, Graubünden, Venedig, Mailand, Bourbon, Neapel und der Kaiser. 200 Vertreter der Bauern - in ihrem Schlepptau die Städte - verlangten nicht nur, die Geistlich-

Handlung / Artikel vnd Instruction / so fürgend
men worden sein vonn allen Rottenn vnd
hauffen der Bauern / so sich besamen
verpflicht haben: N: D: xxv:



Flugschrift der Zwölf Artikel des Bauernaufstands -
im März 1525 in Memmingen verfaßt
Abbildung: Unknown author, Public domain,
via Wikimedia Commons

keit auszuschließen, sondern sogar die Bergknappen zum Landtag zuzulassen. Der Adel - ein in ganz Deutschland beispielloser Fall - war so eingeschüchtert, dass er sich vielfach den Forderungen der Bauern anschloss. Das Bistum Brixen und der Deutsche Orden wurden säkularisiert. Die Gemeinden erhielten das Recht, den Pfarrer der Landesregierung

vorzuschlagen. Das römische Recht wurde eingeschränkt, Fischfang und Jagd für frei erklärt, die Abgaben der Bauern reduziert.

Nachdem der Schwäbische Bund die letzten Erhebungen im Allgäu zerschlagen hatte, verfügte Erzherzog Ferdinand nun jedoch über die Streitkräfte des Bundes und

konnte mit militärischer Gewalt die Annahme der neuen Landesverfassung verhindern. Ein vorgesehener radikaler Umbau der Verwaltung, die Beseitigung der Vorherrschaft des Herrenstandes, die Wahl der Richter und Beamten und die Übereignung des Bodens an die Bauern wurden verhindert. Die Bauern leisteten gegen "die Grausamkeiten gegen die Bevölkerung" erbitterten Widerstand. In Schladming setzten sie ein Geschworenengericht ein, das 40 gefangen genommene tschechische und kroatische Adlige zum Tode verurteilte. Sie wurden sofort enthauptet. [8]

"Ausrottung aller Gottlosen"

Am 17. August 1525 lockte der Erzherzog Gaismaier unter dem Vorwand, Gespräche zu führen, nach Innsbruck. Als es dazu nicht kam und er die Stadt wieder verlassen wollte, wurde er verhaftet und in das Staatsgefängnis im Innsbrucker Kräuterturm gesperrt. Die von Gaismaier verfolgten Reformen waren damit gescheitert. Zwischen August und Oktober wurden die Erhebungen der Bauern um Brixen, Trient und den Welschner Tälern niedergeschlagen. Bis Anfang 1526 zogen sich "Verhöre, Folterungen und Hinrichtungen" hin. Der Erzherzog bestimmte für die Anführer die Todesstrafe, für die übrigen Schuldigesprochenen die Konfiszierung des Vermögens, die Ausweisung aus dem Lande oder "grausame Verstümmelungen wie Abhacken der Finger oder Herausreißen der Zunge". [9]

Gaismaier gelang es, in der Nacht zum 7. Oktober aus dem Kerker zu entkommen und nach Zürich

zu fliehen, wo er mit Zwingli zusammentraf. In der Beratung mit ihm erhielt er Anregungen für seine reformatorische Programmschrift, die "Tiroler Landesordnung", die er anschließend in Klosters in Graubünden ausarbeitete. Darin entwarf er das Zukunftsbild einer von Unterdrückung befreiten, auf Gottes Wort gegründeten freien Republik der Bauern und Bergknappen. Der erste Artikel verlangte die Ausrottung aller Gottlosen, die das ewige Wort verfolgen, den gemeinen armen Mann beschweren und den gemeinsamen Nutzen verhindern. Zur verkündeten Aufhebung aller Standesunterschiede hieß es: "So sollen alle Freyhaitten abgethan" sein, weil sie "wider daz wort gottes sein und das recht felschen". Unter "Freyhaitten" waren alle Standesprivilegien gemeint. Adel und Klerus sollten abgeschafft werden, aber auch das Bürgertum sollte keine Sonderrechte mehr erhalten. [10]

Mit der "Abschaffung der Messfeier, der Beseitigung von Bildern, Bildstöcken und Kapellen und der Berufung von Predigern, die das Wort Gottes 'trewlich und wahafftigklich' verkünden", übernahm er direkt Maßnahmen, mit denen der radikale Schweizer Reformator Huldrych Zwingli die Reformation durchsetzte. [11]

Im April 1526 setzten die Bauern an, die "Tiroler Landesordnung" gewaltsam durchzusetzen. Am 20. des Monats kam es am Lueg-Pass zu einer der bedeutendsten

Schlachten im deutschen Bauernkrieg. Zwischen Golling und Werften überfiel Gaismaier mit seinem Haufen das erzbischöfliche Heer, vier- bis fünftausend Mann zu Fuß und zu Ross, in der Nacht so überraschend, dass es



Der Schweizer Reformator Huldrych Zwingli in einem Porträt von Hans Asper (1549) Abbildung: Hans Asper, Public domain, via Wikimedia Commons

furchtbare Verluste erlitt und nur knapp der Vernichtung entkam. Es verlor alle seine Stellungen, darunter den strategisch wichtigen Lueg-Pass. In einer glänzenden Kampagne lieferte Gaismaier den von verschiedenen Seiten heranziehenden Bayern, Österreichern, schwäbischen Bundestruppen und erzbischöflichen Landsknechten bei Golling, Kitzbühel, Kirchberg und Mauterndorf eine "Reihe brillanter Gefechte". Bei Kitzbühel kam es mehrfach zu siegreichen Treffen für die Aufständischen, die geschickt ihre Ortskenntnisse

im Gebirgsterrain zu nutzen wussten. Bei Kuchel an der Salzach führte Gaismaier am 14. Juni den Angriff gegen acht beste Fähnlein des Schwäbischen Bundes selbst an und errang einen glänzenden Sieg. Mit seinem Haufen verfolgte er die fliehenden Kriegsknechte bis vor Salzburg. Drei Tage später erlitt das Bundesheer schwere Verluste, als es vergeblich versuchte, den Lueg-Pass zurück zu erobern.

In seiner Landesordnung hatte Gaismaier davon gesprochen, "die Trutzburgen des Adels, Schlösser und Befestigungen" zu schleifen. Davon zeugten jetzt die Gefechte. Die Haufen von Rauris, Pongau und Gastein stürmten und verbrannten die Alpenschlösser Mittersill, Kaprun Fischhorn, Taxenbach, Lichtenberg, Engelberg und Ittern. Um Radstatt schloss Gaismaier einen festen Belagerungsring. Mehrere Angriffe misslangen jedoch, da es an Belagerungsgeschütz fehlte. [12]

Der Versuch, die Tiroler Landesordnung im Salzburgischen aufzusetzen, scheiterte jedoch ein weiteres Mal. Da mit keiner weiteren Hilfe zu rechnen war, brach Gaismaier vor den in erdrückender Übermacht anrückenden feudalen Obristen mit Zustimmung seiner Hauptleute den Aufstand ab. Der Versuch, ihn zur Verzweiflungsschlacht zu stellen und zu vernichten, schlug fehl. Nach mehreren hinhaltenden Gefechten ge-



*Die Schlacht bei Kappel am 11.10.1531 -
Holzschnitt in der Stumpfschen Chronik 1548 nach einer Darstellung von Hans Asper
Abbildung: Johannes Stumpf, Hans Asper, Public domain, via Wikimedia Commons*

lang es diesem talentierten Heerführer aus dem Volk, der Niederlage zu entgehen und die bei ihm verbliebenen Bauernhaufen in einem in der Geschichte beispiellos dastehenden Rückzugsmarsch aus der feindlichen Umzinglung über die Alpen nach Venedig zu führen.

In Venedig sehr willkommen

In der Stadtrepublik, deren Grenzen er im Juli 1526 überschritt, war er sehr willkommen, denn seine kriegserfahrenen Haufen stellten eine Verstärkung der Kräfte der "Heiligen Liga von Cognac" [13] bei der Verteidigung der Lagunenstadt und Norditaliens gegen die Kaiserlichen Truppen dar. [14] "Gaismaiers ungewöhnliche militärische Fähigkeiten, seine Führungsqualitäten und die auffallende Disziplin seiner Leute fanden bei den Verbündeten (Frankreich, England, Papst, Mailand, Florenz, Genua

und Venedig) auch an höchster Stelle Beachtung." Der legendäre Bauernführer wurde mit großen Ehren empfangen. Venedig übernahm seine Truppen und stellte ihm und seinen Hauptleuten einen Palast als Quartier zur Verfügung. Der Schweizer Kanton Zürich verlieh ihm das Bürgerrecht.

Schon kurz nach seinem Eintreffen nahm er mit seinen Truppen bei Vicenza, Verona, Brescia und Bergamo an mehreren Gefechten gegen die Kaiserlichen teil. Eine entscheidende Rolle spielte er in der Schlacht vor der kaiserlichen Festung Cremona, die die Truppen der Liga belagerten. Die hartnäckigen Angriffe Gaismaiers trugen dazu bei, dass die Festung nach der den ganzen August und bis Mitte September 1526 dauernden Schlacht übergeben werden musste. [15]

Gaismaiers Hoffnungen, mit Hilfe der neuen Verbündeten den Kampf um die Befreiung Tirols

vom Joch der Habsburger wieder aufzunehmen, erfüllten sich jedoch nicht. Am 23. Dezember 1529 schloss Venedig mit dem Kaiser einen Friedensvertrag. Im Juli 1530 traf sich Gaismaier nochmals mit Zwingli in Zürich. Als das Schweizer Revolutionsheer am 11. Oktober 1531 in der Schlacht bei Kappel, in der Zwingli den Tod fand, von der klerikal-katholische Reaktion geschlagen wurde, zerstob auch die von dieser Seite erwartete Hilfe.

Mit ihren Versuchen, gegen hohe Entschädigungssummen Gaismaiers Auslieferung zu erreichen, hatten die Habsburger keinen Erfolg. Schließlich setzten sie ein Kopfgeld aus, für das zwei spanische Söldlinge Gaismaier am 15. April 1532 in Padua vor seinem Haus hinterrücks überfielen und ihn mit über 40 Hieb- und Messerstichen ermordeten. Seine Frau mit vier Kindern verließ 1533 Padua und zog nach Zürich, wo Freunde Zwinglis sie aufnahmen.

Anmerkungen:

[1] Michael Forcher: Michael Gaismaier. Das Leben des Tiroler Bauernführers (1490-1532) und sein revolutionäres Gesellschaftsmodell, Haymon Verlag Innsbruck-Wien 2020.

[2] Marx Engels Werke (MEW), Berlin/DDR 1960, S. 327-413.

[3] Wilhelm Zimmermann: Der große deutsche Bauernkrieg, Berlin/DDR, 1952, S. 516-536, 746-783.

[4] Niederlage des Haufens von Thomas Müntzer am 15. Mai 1525 bei Frankenhausen in Thüringen.

[5] Forcher, S. 18.

[6] Ebd. S. 34.

[7] Engels, S. 407.

[8] Ebd.

[9] Forcher, S. 115 f.

[10] Siegfried Hoyer: Die Tiroler Landesordnung des Michael Gaismaier. In: Protokollband des internationalen Symposiums "Die Bauernkriege und Michal Gaismaier", Innsbruck 1982.

[11] Siehe Beitrag des Autors: Huldrych Zwingli, der radikale Schweizer Reformator. Vorkämpfer der bürgerlich-republikanischen Umgestaltung der Eidgenossenschaft, Schattenblick, 26. Oktober 2021.

www.schattenblick.de:

MEMORIAL/234: Huldrych Zwingli, der radikale Schweizer Reformator (Gerhard Feldbauer) <http://schattenblick.de/infopool/-geist/history/ggmm0234.html>

[12] Zimmermann, S. 771.

[13] Nach der Stadt in Frankreich (nach der auch die berühmten Wein-



*Denkmal für Huldrych Zwingli in Kappel am Albis in der Schweiz
Foto: Lutz Fischer-Lamprecht, CC BY-SA 4.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>],
via Wikimedia Commons*

brände so benannt werden), wo die Allianz geschlossen wurde, so bezeichnet.

[14] Die Liga von Cognac (1526-30) war ein Bündnis von Frankreich, England, dem Herzogtum Mailand und der Republik Florenz unter Führung von Venedig gegen die Habsburger Herrschaft Karls V. und das

Heilige Römischen Reich deutscher Nation.

[15] Forcher, S. 174.

*

Quelle:

© 2022 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors



Kartenleger

Stets wird schwaches Fleisch getroffen,
weil es zart ist und verletzlich,
und kein Schwächling, der darf hoffen,
denn er täuschte sich entsetzlich.

Immer zieht 's den Stein zum Boden,
wenn die Hand ihn fallen lässt,
er zermalmt Asphalt und Soden
und verteilt sodann den Rest.

Auch das Wasser muss ich loben,
wenn 's vom Dach herunterfließt
und nicht unbeherrscht nach oben
in die Luft zum Himmel schießt.

Sitze ich am langen Ende
eines Hebels, ist es gut,
denn so stärkt es meine Hände,
wenn er seine Arbeit tut.

Ich verlöre meinen Glauben,
wenn der Wind sich niedersetzt
und die armen Leute rauben,
weil der Has' die Hunde hetzt.

Doch würd' ich sie gern verstoßen,
diese Ungerechtigkeit,
zwischen Kleinen und den Großen
wär' der Abstand nicht so breit.

Denn ich schleuder' keine Steine,
die nicht mehr zu Boden geh'n,
und die Hände und die Beine
müssen ihre Grenzen seh'n.

Musst du Mensch nun deshalb warten,
bis sich 's ändert irgendwann?
Scheiter' nicht an Schicksalskarten,
fang' beim Kartenleger an.

*Von Helmut Barthel
aus Dichterstube - Kehricht Band 1, Seite 82
Copyright by MA-Verlag, www.maverlag.de*

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Uruguay

Candombe - die Lunte des Lebens nicht verglimmen lassen

von Carlos Ramos



*Montevideo, Februar 2011
Foto: Larrycox54 (CC0 1.0),
via Wikimedia Commons
[[https://creativecommons.org/
publicdomain/zero/1.0/deed.de](https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de)]*

***Der uruguayische Candombe-
Meister Perico Gularte über mu-
sikalisches Tradition und neue
Normalität, Entwurzelung und
Kultur in Bewegung.***

*(Montevideo, 6. März 2022, npla)
- Februar in Montevideo. Karne-
valszeit. Aus der Karneval-Kultur*

in Uruguay ist der Candombe nicht wegzudenken. 2009 von der UNESCO zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit erklärt, verbindet Candombe Gesang, Tanz und Percussion.

Candombe: Kommunikation mit den Gottheiten und der Natur

Der ursprüngliche Candombe wurde von den Menschen afrikanischer Herkunft praktiziert, die sich in der Kolonialzeit an den

Ufern des Río de la Plata angesiedelt hatten. Es waren Menschen, die zwangsweise aus ihren Ländern gebracht und versklavt worden waren. Der Candombe verband Gesang, Tänze und musikalische Elemente mit der Kommunikation mit der Natur, den Gottheiten und den Geistern. Schriftliche Erwähnung fand diese besondere kulturelle Ausdrucksform erstmals im Jahr 1834 in Montevideo. Verschiedene soziale Gruppen und Familienzusammenhänge in den Straßen

Montevideos bewahrten und beschützten das kulturelle und spirituelle Ausdrucksmittel und prägten die heute verwendeten Bezeichnungen der unterschiedlichen Stilrichtungen. Daher spricht man nun vom Toque Ansina aus dem Viertel Palermo, vom Cuareim, der aus dem Viertel Sur stammt, und vom Toque Gaboto aus dem Bezirk Cordón.

Drei Trommeln in Bewegung

Der Candombe, insbesondere die Llamada, wird mit drei verschiedenen Trommeln gespielt: dem Tambor Chico, dem Tambor Repique und dem Tambor Piano. José Pedro Gularte Pilar "Perico", Trommler, Hafenarbeiter im Ruhestand, Schiedsrichter beim Fußball und lebendiger Teil der Geschichte des Stadtviertels von Palermo, stammt aus "Ansina", einer der Wiegen der Trommeln von Montevideo. Der Name Gularte ist eng mit dem Candombe verbunden. Pericos Tante Martha Gularte, die wichtigste Candombe-Interpretin der 50er und 60er Jahre, ist bis heute unvergessen. Wie lässt sich der unverwechselbare Klang des Candombe in Worte fassen? "Den Tambor Piano spielt man sehr sanft, und immer die gleiche Melodie, etwa so: ducutungu, ducutu", beginnt Perico. "Der Tambor Chico unterstützt die Metrik: kalakang, kalakang, immer in der gleichen Geschwindigkeit, und der Repique ist ein spielendes Kind, er bereichert den Klang mit unzähligen Variationen, aber immer in dem Rhythmus des Tambor Piano und gemäß der Metrik, die der Tambor Chico vorgibt." Eine Besonderheit des Candombe ist,

dass die Trommeln sich vorwärtsbewegen, erzählt Perico. Das heißt, der Candombe wird nicht nur auf der Bühne aufgeführt, sondern in der Bewegung, auf der Straße. Die Mitglieder einer Candombe-Gruppe tragen ihre Trommeln um den Hals, spielen und rufen das Publikum auf, sich anzuschließen und mitzufeiern.

Uruguayische Kultur in der Diaspora

"Der Candombe wurde schon immer auf verschiedene Arten gespielt, und er hat eine fantastische Entwicklung genommen. Wir haben das große Glück, dass heute unsere Brüder und Schwestern, die Uruguay verlassen haben, um woanders ihr Glück zu suchen, den Candombe in die verschiedenen Länder mitgenommen haben. Daher kennt man ihn heute in Schweden, in den USA, in Spanien und sogar in Japan. Und was den Candombe auch sehr stark gemacht hat, war, dass viele Landsleute hierher kamen, um ihre Trommeln zu finden, denn wie es in schon in diesem Lied heißt: "Wenn ich eine Trommel spüre, weiß ich nicht, was mit mir geschieht". So ist das dann. Du vermisst den Ramírez-Strand, das Stadion, die Avenida 18 de Julio, die so schmal ist im Vergleich zu den Städten mit ihren breiten und beleuchteten Alleen."

Damit spricht Perico gleich mehrere sensible Themen an. Zum einen die Migration, die Diaspora, die immer auch Entwurzelung bedeutet. Zugleich bezieht er sich auf seinen Cousin Jorge Damian Barcia Gularte (Jorginho),

von dem die Melodie stammt, die er singt. Der Sohn seiner Tante Martha war ein außergewöhnlicher Musiker. Eines Abends wurde Jorginho vor einer Diskothek in Montevideo so schwer verprügelt, dass er sich von den Folgen nie mehr erholte. Er starb 2013. Die Umstände des Angriffs wurden nie aufgeklärt.

Migration und Entwurzelung. Welche Bedeutung hat die Bewahrung der Kultur, der Wurzeln, wenn man nicht in seinem Heimatland, in seiner vertrauten Umgebung ist? Und welche Rolle spielt darin die Trommel? "Die Trommel hat etwas Verführerisches. Sie ist ein Instrument mit einer Seele, auch wenn sie nichts macht. Die Trommel ruft dich. Sie ist wie ein Wächter deines Geistes, und sie zu spielen macht dich glücklich."

Kultureller Widerstand, Frieden, Freiheit und nie wieder Krieg

Die Covid19-Pandemie hat die Gewohnheiten aller Menschen durcheinander gebracht. Die alten Menschen, die das Andenken, die Kultur, die Geschichten und den Austausch lebendig halten, haben nun große Schwierigkeiten, mit dem Rest der Bevölkerung zusammenzukommen. Ob aus Altersgründen, aus gesundheitlichen Gründen oder wegen einer medizinischen Behandlung, sie verlassen ihr Zuhause nicht so, wie sie es gern würden. Also übernehmen nun die neuen Generationen: Enkelkinder, Neffen und Nichten springen ein und sorgen dafür, dass die Lunte des Lebens nicht verglimmt. Sie nutzen die sozialen Netzwerke, machen Tonauf-

nahmen, schneiden Dokumentarfilme und interviewen per Streaming ihre Tanten, Mütter, Väter, Cousins, Cousinen, Freundinnen und Freunde. Da gibt es zum Beispiel das argentinische Dokumentarfilmkollektiv MascaróCine mit dem Film Soy tambor; oder die Combo candombero mit Paola Correa via Zoom. Mit Interview und Gesang. Dies sind nur zwei von vielen Möglichkeiten, wie wir die digitalen Kommunikationsmittel nutzen können, um Erinnerung zu vermitteln, um Isolation und Einsamkeit entgegenzuwirken und um die Kultur am Leben zu erhalten.

Beim diesjährigen Karneval würdigte die Gruppe La Jacinta bei ihrer Aufführung den Meister des Candombe, Perico Gularte: Gemeinsam träumen und kämpfen, auch in Zeiten der Pandemie und der neuen Normalität, verbunden durch das Vermächtnis des uruguayischen Candombe. Kultureller Widerstand, Frieden, Freiheit und nie wieder Krieg. Wir wollten von Perico wissen, welche Bedeutung die Trommel in seinem Leben innehat. "Leben, Leben, viel Leid beim Lernen, ich glaube, das habe ich schon oft gesagt. [...] Es ist so schön, sich zurückzubedenken, die Trommel zu spielen und zu merken, dass noch Energie übrig ist, um ein paar Schritte zu gehen, einfach nur drei oder vier Häuserblocks, und unseren Candombe zu spielen."

Ein Audiobeitrag mit viel Musik und einem Interview mit Perico Gularte ist zu finden unter:
<https://www.npla.de/thema/kulturmedien/perico-gularte-memorias-de-un-tambor-uruguayo/>



Uruguayische Candombe-Instrumente, genannt "Chico", "Repique" und "Piano".

Foto: Negromacondo (CC0 1.0) via Wikimedia Commons

[<https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>]

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/kulturmedien/candombe-die-lunte-des-lebens-nicht-verglimmen-lassen/>
Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool
Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

QUESTIONS TO MRS GOBBLEDYGOOK

Short sentences of agreement - Me too!

Dear Mrs Gobbledygook

[...] Would it be correct in colloquial English to say instead of a well-chosen answer of disagreement: Me neither? I've heard it on the radio but it didn't sound right to me. [...]

Thank you in advance for your help,

Yours

Johann O. (Cape Town, Africa)

Answer page 104

Vatikan verabschiedet neue Verfassung

Es sind Verkündungen - was daraus wird, bleibt abzuwarten

von Gerhard Feldbauer, 21. März 2022

Als Papst Franziskus vor neun Jahren sein Amt antrat, hatten seine Vorgänger, der polnische Papst Johannes Paul II. und nach ihm der deutsche Ratzinger alias Benedikt XVI., mit ihrer erreaktionären, menschenfeindlichen Politik die katholische Kirche in eine tiefe Krise gestürzt. Scharenweise traten die Gläubigen aus. Franziskus versuchte, den Absturz aufzuhalten und versprach tiefgehende Reformen. Als erstes berief er einen Kardinalsrat ein, auch als K-9 bezeichnet, weil er zu Beginn neun Mitglieder zählte. Nachdem sich seine Bemühungen, deren Ernsthaftigkeit immer wieder angezweifelt wurden, neun Jahre hinschleppten, scheint er jetzt mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung des Vatikans einen Durchbruch anzeigen zu wollen.

Das am Samstag, dem Jahrestag seines Amtsantritts, im Nachrichtenportal Vatican News veröffentlichte Grundgesetz des Kirchenstaates trägt die Bezeichnung "Praedicate Evangelium" (Predigt das Evangelium) und soll am 5. Juni, dem Pfingstsonntag, in Kraft treten. Es tritt an die Stelle der von Johannes Paul II. 1988 erlassenen apostolischen Konstitution "Pastor Bonus" (Der gute Hirte).

Das auf 54 Seiten 250 Paragraphen umfassende Dokument sieht vor, den Verwaltungsapparats des Vatikans - die Dikasterien (Ministerien), Justiz- und Wirtschaftsorgane sowie das Sekretariat des Hei-

ligen Stuhls, das von Kritikern "Wasserkopf" genannt wird, zu verkleinern und den unteren Ebenen der Kirchenhierarchie mehr Mitsprache und Befugnisse einräumen. Danach soll, wie es heißt, das "Potenzial" der Ortsbischöfe gestärkt werden, sie sollen nicht immer nur auf Antwort aus Rom warten, sondern eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Die Stärkung der Ortskirchen solle, so Franziskus in der Präambel, "eine effektivere Verbreitung des Glaubens fördern und einen konstruktiveren Dialog anregen". Offensichtlich geht es hier darum, dem Mitgliederschwund der katholischen Kirche aufzuhalten.

Dazu werden mehrere Behörden zu einem neuen Dikasterium für Evangelisierung zusammengelegt, das - ausgenommen das Staatssekretariat - in der Reihenfolge der Dikasterien ganz oben, noch vor der bisherigen Glaubenskongregation steht. Die Kirche müsse sich "missionarisch bekehren", heißt es. Und der Papst macht das zur Chefsache: Er wird dem neuen Dikasterium persönlich als Präfekt vorstehen. Auch das Almosenamt (der päpstliche Wohltätigkeitsdienst) wird zu einem Dikasterium für den Dienst der Nächstenliebe aufgewertet. Hier bringt sich die katholische Kirche in die Lindernung der Not der wachsenden Millionen der Armen - nicht nur in Italien - ein, was ihr Ansehen erhöht. Das brisante Thema des sexuellen Missbrauchs wird nicht näher the-

matisiert, aber eine bestehende Kommission für den Schutz Minderjähriger als unabhängige Einrichtung mit einem eigenem Präsidenten und Sekretär bleibt erhalten, wird jedoch dem Dikasterium für die Glaubenslehre zugeordnet.

Gestärkt werden soll auch die Rolle der nationalen Bischofskonferenzen gegenüber Rom. "Die römische Kurie steht nicht zwischen dem Papst und den Bischöfen, sondern stellt sich in den Dienst beider", sagte Franziskus bei der Vorstellung. Vor allem aber sollen künftig Frauen und Laien verantwortliche Funktionen in den Behörden übernehmen können. Wörtlich ist im Text von der "Beteiligung von Laien und Frauen auch in leitenden und verantwortlichen Funktionen" die Rede. Ob das auch die "Chefsessel" des Vatikans betrifft, wird schon jetzt bezweifelt. Es dürfte sich wohl auf Posten in den neu sortierten Dikasterien (Ministerien) reduzieren, meinen Vatikan-Experten.

Zu sehen ist, dass es sich, wie üblich auch in bürgerlichen Verfassungen üblich, um Verkündungen handelt, also um keine gesetzlich verbindlichen Festlegungen. Es bleibt abzuwarten, was davon Wirklichkeit werden wird.

*

Quelle:

© 2022 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

Kees van der Pijl (Herausgeber)

The Militarization of the EU

Rezension

Kees van der Pijl

The Militarization of the EU

Cambridge Scholars

Publishing, Newcastle upon

Tyne, 2021

260 Seiten

ISBN: 978-1-5275-6370-4



Charles de Gaulle, der große Verfechter eines vereinigten und unabhängigen Europas

Foto: Public domain, via Wikimedia Commons

(SB) 4. April 2022 - Berühmt ist das Zitat, mit dem einst Englands Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, das Motiv zur Gründung der nordatlantischen Allianz im Jahr 1949 kurz und bündig erläuterte: "um die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten". Mehr als 70 Jahre spä-

Das französische Atom-U-Boot Temeraire

Foto: (CC BY-SA 2.0 FR)

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/fr/deed.en>],

via Wikimedia Commons

ter hat sich daran aus Sicht Londons und Washingtons nichts geändert, außer vielleicht, dass es heute Russland, der Nachfolgestaat der Sowjetunion, ist, das neben China als äußerer Feind und Projektionsfläche alles Bösen herhalten muss. Aus den Trümmern eines kriegsgeschundenen Westeuropas ist neben der NATO die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstanden. Bestand sie bei ihrer Gründung 1957 aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Italien und der Bundesrepublik Deutschland, so gehören der heutigen Europäischen Union 27 Staaten an. Geographisch reicht die EU von Malta im südlichen Mittelmeer bis zum nordfinni-

schen Teil des Polarkreises, von den portugiesischen Azoren miten im Nordatlantik bis Rumänien am Schwarzen Meer.

Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts stehen die von den USA dominierte NATO und die EWG bzw. die EU in einem Spannungsverhältnis zueinander. Wegen der Weigerung Westdeutschlands, mit Frankreich einen westeuropäischen, autonomen Pfeiler innerhalb der NATO zu bilden, nahm Präsident Charles de Gaulle 1966 die französischen Streitkräfte aus den integrierten Kommandostrukturen der nordatlantischen Allianz heraus (Erst 2009 sollte sein späterer Nachfolger Nicolas Sarkozy diesen Schritt





Kriegsschäden an einem Bürokomplex in Belgrad während des Kosovokrieges 1999

Foto: Jorge Láscar from Melbourne, Australia, CC BY 2.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/2.0], via Wikimedia Commons

rückgängig machen). De Gaulle war auch derjenige, der mehr als jeder andere dafür sorgte, dass La Grande Nation ihre eigene nukleare Abschreckungskapazität samt Trägersystemen zu Wasser, an Land wie auch in der Luft, die sogenannte Force de frappe, erhielt.

Folglich gehört Frankreich neben den USA, Großbritannien, der Volksrepublik China und Russland zu den fünf offiziell anerkannten Nuklearmächten nach dem Atomwaffensperrvertrag von 1968. Alle fünf Staaten gehören als ständige Mitglieder mit Veto-

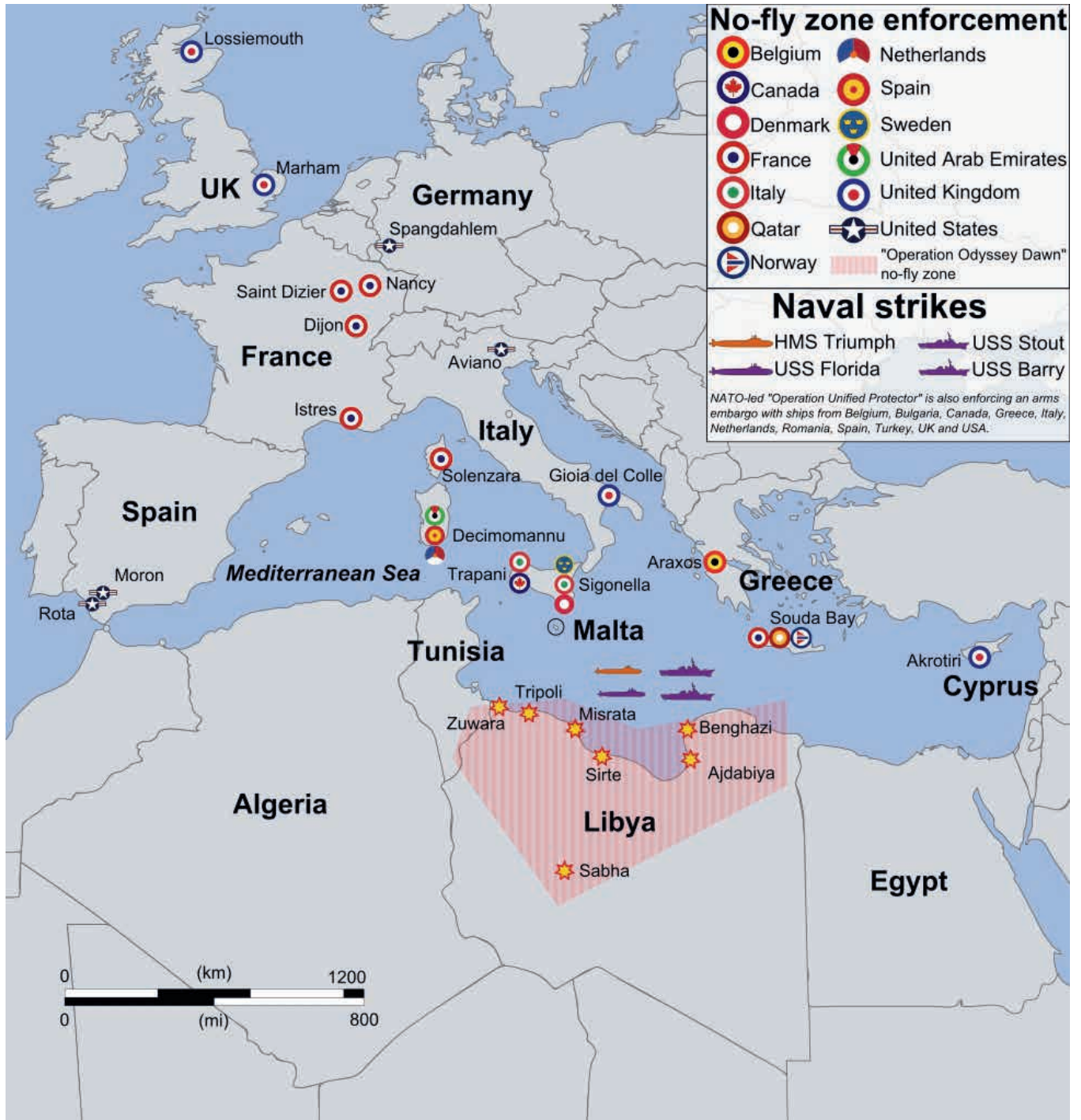
macht dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa, dem Ende des Kalten Krieges 1989 und der Wiedervereinigung Deutschlands ein Jahr später befinden sich EU und NATO auf Osterweiterung. Die meisten osteuropäischen Staaten, die einst zum kommunistischen Warschauer Pakt gehörten, sind inzwischen Mitglieder beider Organisationen. Die Osterweiterung ist jedoch nicht ohne Streitigkeiten unter den größeren EU-Staaten sowie zwischen ihnen und den USA abgelaufen. Die frühzeitige Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens durch das wiedervereinigte Deutschland 1991 war schon damals extrem kontrovers - besonders in Frankreich - und hat nicht unwesentlich zum Ausbruch eines jahrelangen, verheerenden Kriegs auf dem Gebiet des früheren Vielvölkerstaats Jugoslawien beigetragen.

Die Balkan-Krise in den neunziger Jahren hat die EU zum Anlass genommen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu formulieren. Bezeichnenderweise wurde Ende 1999 zum ersten Außenbeauftragten der EU der ehemalige spanische Außenminister Javier Solana ernannt. Der iberische Sozialist hatte nur wenige Monate zuvor als NATO-Generalsekretär an der Seite von Bill Clintons Außenministerin Madeleine Albright während des völkerrechtlich ille-



Bussi-Bussi zwischen Madeleine Albright und Javier Solana 2010 auf der Münchner Sicherheitskonferenz
Foto: Kathrin Möbius, CC BY 3.0 DE [https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/de-ed.en], via Wikimedia Commons



*Gegen Gaddhafi setzte die NATO ihre Militärmaschinerie in Gang
Foto: Jolly Janner, CC-0, via Wikimedia Commons*

galen Kosovo-Kriegs der nordatlantischen Allianz gegen Rest-Jugoslawien, das heißt gegen Serbien und Montenegro, seine Treue Washington gegenüber zweifelsfrei unter Beweis gestellt.

Als im Februar 2014 die CIA mit Hilfe von Neonazi-Schlägertrupps

die populäre Anti-Korruptionsbewegung in der Ukraine kaperte und die Regierung in Kiew gewaltsam stürzte, ließ das öffentliche Bekanntwerden eines vom russischen Geheimdienst abgehört Telefonats die imperiale Sicht Washingtons auf die Beziehungen zur Europäischen Union

deutlich durchscheinen. Zuvor hatten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens in Kiew mühsam einen Kompromiss zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine ausgehandelt, der auf Neuwahlen und eine friedliche Beilegung der innenpolitischen Krise hinauslief. Doch im Gespräch mit dem damaligen amerikanischen Botschafter in der ukrainischen Hauptstadt, Geoffrey

Pyatt, gab die Staatssekretärin im US-Außenministerium Victoria Nuland, Gattin des führenden neokonservativen Ideologen Robert Kagan, mit dem Spruch "Fuck the EU" die Marschroute vor und erklärte dezidiert, wie die personelle Besetzung der neuen Putsch-Regierung von US-Gnaden in Kiew auszusehen habe. Der Umstand, dass die beiden später von Berlin und Paris mitunterzeichneten Minsker-Abkommen, die den ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen den Streitkräften

Kiews und den prorussischen Rebellen in den südöstlichen Oblasten Donetz und Luhansk beenden sollten, von den USA und Großbritannien über Jahre unterminiert wurden, offenbarte die Grenzen der EU-Diplomatie. Die militärische Intervention Russlands mit all ihren Schrecken seit Ende Februar in der Ukraine ist die direkte Folge dieses Scheiterns.

Das Spannungsverhältnis zwischen EU und NATO steht im Mittelpunkt des hochinformativen

Buchs "The Militarization of the European Union". Als Herausgeber firmiert Kees van der Pijl, der als Mitglied der neogramscianischen Amsterdamer Schule im Bereich der internationalen Beziehungen zu den führenden Politikwissenschaftlern der Niederlande gehört. Als sein wichtigstes Werk gilt die 1982 erschienene Studie "The Making of the Atlantic Ruling Class". 2008 gewann Van der Pijl für das Buch "Nomads, Empires, States" den Deutschen Memorial Prize. 2018 erschien beim Pappyrissa-Verlag sein Buch "Der Abschuss: MH17, die Ukraine und der neue Kalte Krieg". Im selben Jahr sorgte Van der Pijl für eine aufsehenerregende Kontroverse, als er sich kategorisch weigerte, seine wissenschaftlich begründete Skepsis bezüglich der offiziellen Version der Flugzeuganschläge vom 11. September 2001 zurückzunehmen, und auf die angesehene Position als emeritierten Professor für politische Wissenschaft an der südenglischen Sussex University verzichtete.

Im ersten der beiden von ihm verfassten Kapitel des vorliegenden Buchs, "Sovereignty, Democracy and the Monopoly of Violence in Europe", untersucht Van der Pijl den Richtungsstreit innerhalb der EU zwischen den Befürwortern eines europäischen Bundesstaats und denjenigen einer Föderation souveräner Nationalstaaten. Vor allem die großen EU-Staaten hängen an der Eigenständigkeit und am Gewaltmonopol innerhalb der eigenen Grenzen. 2016 sahen die Briten die Souveränität des Vereinigten Königreichs durch den Ausbau der Brüsseler Kompetenzen derart bedroht, dass sie mehrheitlich für den Austritt aus der



Zerstörte Häuser in der Stadt Sirte nach einem Angriff der 'Terrormiliz' Islamischer Staat (IS) im August 2017
 Foto: Mohammed Ayd, CC BY-SA 4.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>], via Wikimedia Commons

EU, den sogenannten Brexit, votierten. Auch Frankreich zeigt keine Neigung, sich von irgendwelchen anderen Mächten, nicht einmal vom befreundeten Deutschland, in den Umfang seines Atomwaffenarsenals und dessen möglichen Einsatz hineinreden zu lassen - es sei denn, die EU-Staaten entschieden sich für eine "strategische Autonomie" von der NATO. Aber zu letzterer hat sich die politische Elite in Deutschland bislang nicht durchbringen können.

In einem weiteren Kapitel "Who Will Protect the Baltic Energy Highway" nimmt Van der Pijl den spannenden Komplex um die EU-Energieversorgung unter die Lupe. Hier wird das Dauerhickhack um Zugang zu den Öl- und Gas-Ressourcen Zentralasiens und deren Transport über das Baltikum, Osteuropa, den Balkan und das Schwarze Meer detailliert erläutert; dazu gehören natürlich die umstrittenen deutsch-russischen Projekte Nordstream 1 und 2 genauso wie weniger bekannte Aspekte wie die westliche Führungsrolle der deutschen Kriegsmarine mit ihrer starken U-Boot-Flotte in der Ostsee. Van der Pijl führt zum Beispiel das Aus für das ambitionierte Pipeline-Projekt South Stream, das von Russland direkt unter dem Schwarzen Meer nach Bulgarien und von dort über Griechenland nach Italien bzw. über Serbien und Ungarn nach Österreich gehen sollte, auf den bereits erwähnten Sturz der prorussischen Regierung von Wiktor Janukowytch infolge der Maidan-Proteste in Kiew zurück.

Bereits 2011 gaben Frankreich und der Noch-EU-Mitgliedsstaat Großbritannien den Takt beim militärischen Sturz des "Regimes"

Muammar Gaddhafis in Libyen vor. Die NATO-Aktion, an der sich Deutschland demonstrativ nicht beteiligte, hat Libyen ins Chaos gestürzt und es zu einem zweiten Somalia, diesmal am Mit-

schen Kontinent vorweisen konnte, trägt auch die Rivalität zwischen den EU-Staaten Frankreich und Italien um den Zugang zu den riesigen Ölvorkommen des Landes bei.



Flüchtlinge in der Sahara unterwegs zum Mittelmeer
Foto: Gerhard Holub,
CC BY-SA 4.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>],
via Wikimedia Commons

telmeer, gemacht. Die zahlreichen und umfangreichen Waffenlager Gaddhafis wurden geplündert. Ihr Inhalt sowie der enorme Auftrieb, den die Verfechter eines fundamentalistischen Islams durch die erfolgreiche Beseitigung Gaddhafis erfuhren, hat zur Destabilisierung der gesamten Sahel-Region geführt. Seitdem plagt sich die EU mit dem Problem eines niemals endenden Stroms an Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen aus Afrika herum. Die Versuche Frankreichs und Deutschlands, mit militärischen Mitteln Länder wie Mali wieder zu stabilisieren, haben das Gegenteil bewirkt. Zur bis heute anhaltenden Misere in Libyen, das unter Gaddhafi den höchsten Lebensstandard auf dem afrikani-

Der französische Ökonom Claude Serfati behandelt seit Jahren die Bereiche Industrie und Innovation. Der frühere Dozent an der Universität Versailles-Saint-Quentin steht seit seiner Pensionierung als Forscher dem Institut de Recherches Economiques et Sociales (IRES) zur Verfügung. Serfati gehört dem wissenschaftlichen Beirat von Attac an. Zu den zahlreichen Schriften, an denen er mitgewirkt oder die er allein veröffentlicht hat, gehören das Grundsatzwerk "La Militaire - Une histoire française" und "L'Industrie française de défense". Von 1996 bis 2001 nahm er als französischer Vertreter und stellvertretender Vorsitzender an einer Sonderarbeitsgruppe der Europäischen Kommission zum Thema Restrukturierung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf zivile Produkte teil. In einem seiner beiden Kapitel im Buch, "Defence as France's Competitive Edge in the European Union", setzt sich Serfati mit dem Dauerbestreben

Frankreichs, die EU für die eigenen imperialen Interessen zum Beispiel im Rahmen des Neokolonialismus in Nord- und Westafrika sowie zur Förderung der eigenen Rüstungsindustrie nutzbar zu machen, höchst kritisch auseinander. In einem zweiten Kapitel "The Transatlantic Factor and EU Militarisation in the Crisis" konstatiert Serfati die Unfähigkeit der Europäischen Union, wegen der Koppelung an die NATO und der Rivalitäten innerhalb des transnationalen Gebildes zu einer einheitlichen Linie in der Verteidigungspolitik zu kommen.

ligt ist - etwa durch den Verkauf von Waffensystemen und Munition an repressive oder kriegführende Staaten wie Ägypten respektive Saudi-Arabien - sondern auch noch von der gigantischen Sicherheitsarchitektur profitiert, welche die EU mit immer größerem Aufwand an ihren Außengrenzen und darüber hinaus zur Abwehr dieser armen Menschen errichtet. Hierfür stehen stellvertretend die EU-Grenzagentur Frontex mit ihren berüchtigten "pushbacks" und die schrecklichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern auf der griechischen Insel Lesbos.

on as a Class Project" und "The European Defence Fund, ASD, and the Kangaroo Group", führt Oikonomou durch das für Außenstehende schwer durchschaubare institutionelle Geflecht, innerhalb dessen seit rund 20 Jahren diverse Politiker und Rüstungslobbyisten in Brüssel und Strasbourg zueinander finden und ihre Deals aushecken. Im besonderen Blickfeld stehen Forschung und Entwicklung, die Ausrichtung des Hochschulbetriebs auf die Ziele der Waffenproduzenten sowie die Art und Weise, wie die immer üppigere Förderung der europäischen Rüstungsindustrie als Sicherheit bzw. als Bereicherung des zivilen Lebens in Form krisenfester Arbeitsplätze und irgendwelcher "Dual-use"-Produkte verkauft wird.



Logo der EU-Grenzagentur Frontex

Foto: European Border and Coast Guard Agency, CC BY-SA 4.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>],

via Wikimedia Commons

Mark Akkerman ist Forscher am Amsterdamer Transnational Institute und Aktivist bei Stop de Wapenhandel, einer niederländischen Anti-Rüstungsorganisation. In den letzten Jahren hat er sich intensiv mit der Flüchtlingsproblematik befasst und die beiden Studien "Border Wars - The Arms Dealers Profiting from Europe's Refugee Tragedy" (2016) und "Expanding the Fortress - The Policies, the Profiteers and the People Shaped by EU's Border Externalization Programme" (2018) veröffentlicht. Akkerman zeigt anhand zahlreicher konkreter Beispiele in seinem Aufsatz für das vorliegende Buch, in welchem Ausmaß der europäische Rüstungssektor nicht nur an der Erzeugung von Flüchtlingsströmen in Afrika und Asien betei-

Iraklis Oikonomou hat an der University of Wales Aberystwyth im Bereich internationale Politik promoviert und danach wissenschaftliche Forschung an der Universität Ghent in Belgien betrieben. Seit einigen Jahren lebt er in Athen, wo er sich als unabhängiger Forscher zu den Themen Verteidigungs-, Rüstungs- und Weltraumpolitik spezialisiert hat. 2015 gab er mit Nikolaos Karampekios das Buch "The European Defence Agency: Arming Europe" und zwei Jahre später mit Nikolaos Karampekios und Elias G. Caryannis zusammen die Arbeit "The Emergence of EU Defense Research Policy: From Innovation to Militarization) heraus. In zwei Kapiteln, "Hijacking European Integration: EU Militarizati-

Yury Gromyko ist Professor an der Moskauer Universität für Psychologie und Bildung sowie Gastprofessor an der Universität Tamkang in Taipeh. Im Rahmen seiner Arbeit am Moskauer Schiffers Institut geht er seit längerem den vielen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit im eurasischen Raum nach. In seinem Kapitel "In the Shadow of a New Arms Race - A Russian Perspective" zeigt Gromyko der Leserschaft die Osterweiterung von NATO und EU in all ihrer Bedrohlichkeit aus russischer Sicht auf. Darüber hinaus geht er auf die technischen Einzelheiten der verschiedenen neuen Waffensysteme wie Hyperschallraketen ein, mit deren Entwicklung und Indienstnahme Moskau auf den einseitigen Ausstieg Washingtons aus dem ABM-Vertrag, dem INF-Vertrag und dem Open-Skies-Abkommen in den letzten beiden Jahrzehnten reagiert hat.

Hans-Jürgen Bieling arbeitet als Professor am Institut für politische Wissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen, sitzt im wissenschaftlichen Beirat von Attac und gehört zu den Herausgebern der Vierteljahresschrift Politikum. Er hat zahlreiche Artikel, Studien und Bücher veröffentlicht, darunter "Europäische Staatlichkeit: zwischen Krise und Integration" (2016 mit M. Grosse Huetman) und "Neue Segel, alter Kurs? Die Eurokrise und ihre Folgen für das europäische Wirtschaftsregieren" (2019 mit Simon Guntrum). Zur vorliegenden Lektüre hat Bieling das Kapitel "Germany: An Imperial Power in the Making?" beigesteuert.

Wie viele andere Autoren erkennt auch Bieling den großen Nutzen der EU zur Durchsetzung deutscher Kapitalinteressen. Dies hat sich in der Finanzkrise 2008 anhand des ruppigen Umgangs Deutschlands mit Italien und Griechenland deutlich gezeigt. Bieling geht davon aus, dass Berlin weiterhin auf einen "kooperativen Imperialismus" zusammen vor allem mit Washington, aber auch mit Paris setzen wird. Die jüngste Entwicklung gibt Bieling Recht. Nachdem angesichts des russischen Einmarsches in der Ukraine Bundeskanzler Olaf Scholz unter dem Stichwort "Zeitenwende" eine drastische Aufstockung der Finanzmittel für die Bundeswehr um 100 Milliarden Euro bekanntgab, war gleich als erste "Investition" in die Sicherheit Deutschlands vom Kauf von 35 amerikanischen Kampffjets des extrem teuren Typs F-35 die Rede, der von nicht wenigen Militärexperten als überbewertete Fehlkonstruktion verspottet wird, gefolgt von der Ankündigung einer



*Flüchtlinge mit einem Schlauchboot auf dem Weg von der Türkei nach Lesbos
Foto: Mstyslav Chernov/Unframe, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0], via Wikimedia Commons*

Untersuchung der Option der in technologischer Hinsicht wenig sinnvollen Anschaffung eines Raketenabwehrsystems aus den USA oder Israel für das gesamte Bundesgebiet. Die seit Jahren zu beobachtende gegenseitige Verstärkung russophober Kräfte in den USA, Polen und den baltischen Staaten zusammen mit der

jüngsten Stationierung größerer Kampfverbände entlang des Ostrands des NATO-Gebiets lassen erwarten, dass bis auf weiteres in sämtlichen militärischen Fragen die nordatlantische Allianz - ganz im Sinne Lord Ismays - den Vorrang vor der Mächtegern-Großmacht EU behalten wird.



*Patriot-Raketenabwehrbatterie der Bundeswehr
Foto: Bundeswehr-Fotos, CC BY 2.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/2.0], via Wikimedia Commons*

Konrad Lotter

Anatomie der Gegenwart

***Beschleunigung, Nachhaltigkeit, Utopie und Fortschritt
aus dem Blickwinkel von Marx***

Rezension

(SB) 4. April 2022 - Ärgerlich. Wirklich ärgerlich. Mit diesen Worten eine Rezension zu beginnen über ein Buch, das nach Angaben Konrad Lotters, wie seiner knappen Einleitung zu entnehmen ist, eine "etwas andere Einführung in die marxistische Theorie" bietet (S. 9), ist dem Umstand geschuldet, dass sich der Autor, promovierter Philosoph und Mit-Herausgeber einer Zeitschrift für Philosophie, Lehrbeauftragter an der Universität München und freier Journalist, mit klaren Stellungnahmen zu den hier vorgestellten Texten wie auch zu der Frage, welche politischen oder sonstigen Absichten er mit ihrer Veröffentlichung verfolgt, weitestgehend zurückhält. Das fängt mit dem Buchtitel "Anatomie der Gegenwart" nicht an und hört mit der "etwas anderen Einführung" in marxistische Theorie nicht auf, bleibt doch unklar, worin das "etwas Andere" bestehen soll und welche anderen Einführungen hier zum Vergleich herangezogen wurden.

Es handelt sich um eine eher unzusammenhängend wirkende Sammlung von Texten, deren kleinster gemeinsamer Nenner darin zu bestehen scheint, dass sie irgendwie und irgendetwas mit Marx zu tun haben, oder, so dies

nicht der Fall ist, der Autor selbst einen solchen Zusammenhang herstellt. Zu vermuten steht, dass diesem Buchprojekt die Idee vorausging, Begriffe, Themen oder auch Theorieansätze aufzugreifen, die in den aktuellen Diskussionen und Disputen auf ein vergleichsweise großes Echo und Interesse stoßen, um von dort aus einen wie auch immer gearteten Bogen zu Marx respektive marxistischen Theorieansätzen zu schlagen.

In den insgesamt 12 Beiträgen, die in ihrer Länge, sprachlichen Gestaltung sowie ihrem fachlich-wissenschaftlichen Niveau zum Teil stark variieren, behandelt der Autor Themen wie die Schere zwischen Arm und Reich, Nachhaltigkeit, Zeit, Be- und Entschleunigung, Fortschritt und Dekadenz, Utopien der Anpassung, Meinungs- und Pressefreiheit, Wirtschaftskreisläufe und Privateigentum, Börse und Aktienhandel, aber auch Ideologie, Ideologiekritik und Positivismus und nicht zuletzt Luther als Nationalökonom. Ob auf diese Weise der Funken zu Marx und Marxismus überzuspringen vermag, steht allerdings zu bezweifeln, mangelt es doch schon an einer Sprache, die die Lesenden in ihrem Fühlen und Denken anzusprechen, ja, sie

Konrad Lotter

Anatomie der Gegenwart

*Beschleunigung,
Nachhaltigkeit, Utopie und
Fortschritt aus dem
Blickwinkel von Marx
Mangroven Verlag, Kassel,
2021
191 Seiten
ISBN: 978-3-9469-4622-9*

an der einen oder anderen Stelle tatsächlich "zu packen" versteht.

Doch hören wir uns an, wie der Autor selbst seine Einschätzung, dieses Buch sei eine "etwas andere Einführung in die marxistische Theorie", begründet:

Zum einen folgt die Darstellung nicht der Logik der Theorie, sondern der Logik der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihren gegenwärtigen Konflikten. Sie behandelt die Polarisierung der Gesellschaft durch die wachsenden Unterschiede des Einkommens und des Eigentums; das Streben nach Nachhaltigkeit, das doch fortwährend durch das Diktat des ökonomischen Wachstums unterlaufen wird; den verbreiteten Missbrauch der Meinungs- und Pressefreiheit, die zum Freibrief zur Verbreitung manipulativer Falschmeldungen verkommen ist oder die Funktion der Börse, die das soziale Leben zunehmend dem Sog des Marktgeschehens und Wechsel der Konjunkturen ausliefert. Von daher der Titel des Buches Anatomie der Gegenwart. (S. 9)

Welche Logik "die gesellschaftliche Wirklichkeit und ihre gegenwärtigen Konflikte" nach Ansicht des Autors haben, bleibt ebenso

unklar wie die Frage, welchen Erkenntnisgewinn denn eine solche "Anatomie", was vom Wort her Zergliederung, Zerschneidung, Analyse bedeutet, der Gegenwart erbracht haben könnte. Als zweites Argument für seine "etwas andere Einführung" führt der Autor an, "dass zentrale Begriffe der Marxschen Theorie aus der Perspektive jeweiliger Gegen-Begriffe" (S. 9) erläutert werden. Auffällig ist, dass er auch hier klare Stellungnahmen vermissen läßt. So entsteht der Eindruck, als würde er die Inhalte seiner Texte von einem neutralen Beobachterposten aus begutachten und präsentieren und dabei Begriffe benennen, die für sich genommen wenig bis gar nichts aussagen, aber umso mehr Raum für Spekulationen, Mutmaßungen und Perspektiven eröffnen. Die genannten Beispiele - Gegensatzpaare wie Utopie und Dystopie, Beschleunigung und Entschleunigung - helfen da nicht weiter. Wie ein Begriff aus der Perspektive eines anderen überhaupt erläutert werden können soll, so als wären sie Leute, die im Ring gegeneinander antreten, ist kaum nachzuvollziehen.

Nehmen wir nur einmal das Wort "Zeit", dessen indogermanische Wortwurzel "teilen, zerschneiden, zerreißen" bedeutet. Der Zeit eine ökonomische Bedeutung zuzuweisen, ist ein Schritt, der erst einmal mitvollzogen werden muß, bevor über die in den Texten aufgestellten Aussagen und behaupteten Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Zeit, Be- und Entschleunigung auch nur nachgedacht werden kann. Konrad Lotter geht in einem seiner Texte ("Zeit" und "Beschleunigung" in Marx' Kritik der *politi-*

schen Ökonomie) unter Bezugnahme auf Marx davon aus, dass es "Funktionen der Zeit in der warenproduzierenden Gesellschaft" gäbe. So sei Zeit beispielsweise der Maßstab, an dem der Wert von Arbeitsprodukten gemessen werde. (S. 40)

Träfe dies zu, ließe sich der Wert einer Ware mit "vier Stunden" angeben, was eine Nullaussage wäre, mit der kein Mensch etwas anzufangen wüßte. Auch aus marxistischer Sicht dürfte diese Funktionsbestimmung umstritten sein. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Andrew Kliman beispielsweise schrieb dazu in seinem Buch "Die Rückgewinnung des Marxschen *Kapital*" [1]: "Marx vertritt die Auffassung, dass der Wert einer Ware bestimmt wird durch den durchschnittlichen Aufwand an Arbeit, der aktuell zu ihrer Produktion benötigt wird." Dass Konrad Lotter sich bemüht, dem Zeitbegriff fundamentale ökonomische Funktionen zuzuordnen, mag der Idee geschuldet sein, auf diese Weise eine Brücke zu schlagen zwischen marxistischer Werttheorie und der heutigen Debatte rund um Zeit, Beschleunigung und Entschleunigung.

Der Begriff "Beschleunigung" wiederum bedeutet physikalisch eine Änderung des Bewegungszustands eines Körpers, umgangssprachlich schlicht eine Steigerung des Tempos; so oder so wirkt der Übertrag auf ökonomische Zusammenhänge auch hier konstruiert. Bei Lotter nimmt Beschleunigung einen hohen inhaltlichen Stellenwert ein, in einer Zwischenüberschrift spricht er von "Beschleunigung der Zirkulation durch Vermeidung zeit-

licher Verzögerungen". (S. 44) Was aber dieses Wort bei einem so unkomplizierten Sachverhalt wie der Tatsache, marxistisch gesprochen, dass die Klasse des Kapitals aus den den Mehrwert schaffenden arbeitenden Menschen herauspresst, was herauszupressen geht, darüber hinaus an Aufklärung beizutragen vermag, bleibt eine offene Frage.

Lotter bringt dann auch noch den Gegenbegriff "Entschleunigung" ins Spiel. Bei der Frage, ob darin ein Weg zur Überwindung des Kapitalismus gesehen werden könne, nimmt er Bezug auf Marx, der keine prinzipielle Ablehnung der Beschleunigung vertreten, sondern im Kommunistischen Manifest ein Loblied auf die "höchst revolutionäre", nämlich die Entwicklung beschleunigende Rolle des Bürgertums gesungen habe. (S. 58) Wie aus dieser von Marx und Engels vor rund 170 Jahren in einem nicht-ökonomischen Sinne verwendeten Formulierung ein inhaltlich-stringenter Zusammenhang herzustellen sei zu dem heute sozusagen in Mode gekommenen Beschleunigungsbegriff bzw. seinem Pendant Entschleunigung, ist eine Frage, die der Autor weder stellt noch problematisiert. Am Ende des Textes stellt er fest, dass Revolution "nicht Entschleunigung", sondern "Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" (S. 60) bedeute - warum aber dann überhaupt der Exkurs zu Zeit, Beschleunigung und Entschleunigung?

In einem weiteren Text mit dem Titel "Unterschiedliche Perspektiven auf die Schere zwischen Arm und Reich" stellt Konrad Lotter zwei Autoren und deren

Bücher vor, nämlich Thomas Piketty mit "Das Kapital im 21. Jahrhundert" sowie Oliver Nachtwey mit der "Abstiegsgesellschaft". Beide haben sich - Piketty als Ökonom, Nachtwey als Soziologe - mit unterschiedlichen wie auch übereinstimmenden Aussagen und Einschätzungen mit der (ungleichen) Vermögensverteilung und ihrer Entwicklung befaßt und plädieren bei der Frage nach Auswegen aus der Ungleichheit "gleichermaßen für eine Stärkung der Demokratie". (S. 19) Dass Piketty und Nachtwey die Schere zwischen Arm und Reich im Namen der Gerechtigkeit verurteilten, sei, so der Autor, "nicht besonders originell und unter Gesellschaftskritikern verbreitet". (S. 21)

Die beiden Werke haben in den zurückliegenden Jahren eine hohe Popularität erreicht, so dass angenommen werden kann, dass Lotter mit seiner kritischen Würdigung und der Kontrastierung ihrer Aussagen und Thesen eine marxistische Sichtweise gerade auch den Menschen deutlich machen möchte, die "Das Kapital im 21. Jahrhundert" und die "Abstiegsgesellschaft" mit großem Interesse gelesen haben. Die folgende Passage liest sich denn auch, nicht zuletzt wegen der klaren Stellungnahme, erfrischend:

Bejaht man die dem Kapitalismus zugrundeliegende Form der Gerechtigkeit, dann müsste man konsequenter Weise auch die Ungleichheit des Reichtums bejahen, die kausal damit verbunden ist, daraus hervorgeht und infolgedessen auch gerecht ist. Verneint man dagegen die Schere von Arm und Reich jedoch, dann müsste man auch den Mechanismus ver-

neinen, der diese Schere erzeugt und fortwährend weiter öffnet.

Piketty und Nachtwey tun weder das eine noch das andere. Sie stellen weder das Privateigentum noch die (formale) Freiheit und Gleichheit, noch das Lohnsystem grundsätzlich in Frage. Damit akzeptieren sie die kapitalistische Gerechtigkeit als Voraussetzung. Gleichzeitig aber wollen sie die "schlechten", vielleicht gefährlichen Folgen dieser Voraussetzung vermeiden und verurteilen sie im Namen einer "höheren" Gerechtigkeit, vor der sie aber nicht sagen, woher sie kommt und worin sie besteht. (S. 22)

Gehen wir fehl in der Annahme, dass der Autor mit dieser Textsammlung letzten Endes Werbung in marxistischer Sache machen möchte und dafür den etwas unüblichen Weg eingeschlagen hat, nicht-marxistische Standpunkte, Werke und Positionen aus marxistischer Sicht zu beleuchten und zu kritisieren?

Dies könnte auch auf den Begriff "Nachhaltigkeit" zutreffen, der seit geraumer Zeit gerade unter an sozialen wie Umweltfragen interessierten kritischen Menschen sozusagen "en vogue" ist. Ursprünglich ein forstwirtschaftliches Prinzip, demzufolge nicht mehr Holz gefällt werden dürfe, als jeweils nachwachsen könne, wurde Nachhaltigkeit im Zuge einer kaum noch in die Zukunft projizierbaren Klimakatastrophe, deren Auswirkungen den ohnehin bestehenden katastrophalen Mangel an Lebensvoraussetzungen für Mensch und Tier und die sogenannte Umwelt negativ potenzieren, aufgrund des ihm innewohnenden Lösungsversprechens, es

käme schon alles wieder ins Lot, wenn nur vernünftig gewirtschaftet werde, immer attraktiver.

Kein Wunder, dass auch Lotter diesen Begriff aufgreift. Er komme bei Marx und Engels zwar nicht vor, doch das hieße nicht, dass sie "von dem, was er bezeichnet, nicht sehr genaue Vorstellungen gehabt hätten". (S. 23) Lotter führt eine Vielzahl weiterer Autoren an, die sich mit Marx' Ökologie und seinem Interesse an Agrartheorien befaßt haben und ist bemüht, den Nachhaltigkeitsbegriff aus Marx' Ausführungen herauszulesen oder auch hineinzuweisen. So schreibt er zum Thema "Nachhaltigkeit als geschlossener Kreislauf im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur":

Die Arbeit als Stoffwechsel wird von Marx als ein Vorgang begriffen, in dem der Mensch der Natur fortlaufend Stoffe, die er zum Leben benötigt, entzieht und ihr verbrauchte Stoffe, die er nicht mehr zum Leben benötigt, zurückerstattet. Es besteht somit ein Kreislauf, der geschlossen (ohne Rückstände) oder offen (mit Rückständen oder als Raubbau an der Natur) ausfallen kann. Nachhaltig wäre der Arbeits- oder Stoffwechselprozess, wenn zwischen der Entnahme und der Zurückerstattung ein Gleichgewicht besteht. Nicht nachhaltig wäre er, wenn eine "Störung zwischen Ausgabe und Einnahme" oder ein "fehlerhafter Kreislauf" vorliegt. (S. 26)

Nach Auffassung des Autors werde in der gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskussion im Gegensatz zu Marx wie selbstverständlich davon ausgegangen, "dass sich die überfälligen ökologischen

Korrekturen *innerhalb* des bestehenden Systems bewerkstelligen lassen". (S. 37) Marx hingegen habe Zukunftsvorstellungen gehabt, in denen die produzierenden Menschen ihren Stoffwechsel mit der Natur "rationell regeln", wobei er sich auf einen "ökologischen Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur mit dem Ziel geschlossener Kreisläufe und dem Ideal der Nachhaltigkeit" bezogen habe. (S. 37)

Auch Lotter benutzt den Nachhaltigkeitsbegriff als Lösungsversprechen, womit er sich in großer Gesellschaft befindet nur mit dem Unterschied, dass er dessen Realisierbarkeit, die er

keineswegs einer grundsätzlichen Kritik und Überprüfung unterzieht, an die Systemfrage bindet; freilich ohne zu klären, wie denn beispielsweise die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln den längst eingetretenen Klimakollaps verhindern können soll. Wenn jemand, der offenbar Interesse an Marx wecken will, nicht umhinkommt, dieselbe Lösungsperspektive feilzubieten wie Repräsentanten der (nicht-marxistischen) Ökologiebewegung, vermag dies die Zweifel daran nicht auszuräumen, ob der Marxismus den Anspruch, sich zu einer wirksamen Waffe gegen das für das aktuelle Desaster häufig verantwortlich

gemachte kapitalistische System schmieden lassen zu können, wegen viel zu enger verwandtschaftlicher Beziehungen und inhaltlicher Übereinstimmungen zu erfüllen imstande ist.

Anmerkung:

[1] Andrew Kliman. Die Rückgewinnung des Marxschen "Kapital" - Eine Widerlegung des Mythos innerer Widersprüchlichkeit, Mangroven Verlag, Kassel, 2021 (S. 38). Siehe die Rezension im Schattenblick unter: www.schattenblick.de → Infopool → Buch → Sachbuch REZENSION/754: Andrew Kliman - Die Rückgewinnung des Marxschen Kapital (Marxismus) (SB)

Grit Lemke

Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror

Rezension von Christiane Baumann

Hoywoy und DADA - Krieg, Terror und Anarchie. Grit Lemkes Buch Kinder von Hoy über Aufstieg und Fall der sächsischen Neubaustadt Hoyerswerda

(SB) 4. April 2022 - Grit Lemkes Prolog führt den Leser in die DDR-Zeit und in die sozialistische Musterstadt Hoyerswerda mit ihrer ganz eigenen Terminologie von WK (Wohnkomplex) und Kaufhalle bis Intershop. Es ist die "nullte Stunde" (7) im Planetarium. *Weltall, Erde, Mensch*, das Buch, das tausende DDR-Ju-

gendliche anlässlich ihrer Jugendweihe erhielten, wird später genannt. Der Mensch, betrachtet als Teil des Universums und eingebettet in einen "ewigen Kreislauf" (13), befindet sich gefühlt auf dem Weg zum Kommunismus: "Alles schien möglich zu sein: Strom aus Kohle machen, eine Stadt aus dem Heideboden stampfen und die Sterne in die Stadt holen." (11) Das "Versprechen", das sich an das neu erbaute Gaskombinat "Schwarze Pumpe" und an die sozialistische Neubaustadt Hoyerswerda knüpfte, lautete: eine "frohe Zu-

kunft" für alle (9). Auf dieses Versprechen bauten die Kinder von Hoy, so der Kurzname der kinderreichsten Stadt der DDR. Mit dem Anschluss an die Bundesrepublik zerplatzte es wie eine Seifenblase. Arbeitslosigkeit und Abwanderung prägten die Stadt nach 1989 - mit fatalen Folgen. Das sächsische Hoyerswerda wurde im September 1991 nach den rechtsradikalen Ausschreitungen und Anschlägen auf Vertragsarbeiter- und Flüchtlingswohnheime in der öffentlichen Wahrnehmung ein Hort der Neonazi-Szene und zum Inbe-

Grit Lemke

***Kinder von Hoy
Freiheit, Glück und Terror***

Berlin: Suhrkamp 2021

256 Seiten, 16 €

ISBN: 978-3-518-47172-2

griff von Ausländerfeindlichkeit. Lemke geht dem nach, rekapituliert akribisch die Ereignisse, fragt nach den Ursachen und rechnet mit "Halb- und Viertelwahrheiten" (199) bundesdeutscher Leitmedien ab. Sie setzt ihre Dokumentation der Geschichte der Stadt von der Grundsteinlegung 1955 bis zur Gegenwart und ihre kollektive Biografie der zwischen 1961 und 1972 geborenen Kinder von Hoyerswerda dagegen. In authentischen Interviews entsteht die Oral-History einer Generation, der die sozialistische Neubaustadt ihren Stempel aufdrückte.

Grit Lemke, die 1965 in Spremberg geboren wurde und in Hoyerswerda aufwuchs, gehört selbst zu dieser Generation. Nach ihrer Ausbildung zur Baufacharbeiterin, studierte sie Kulturwissenschaft, Ethnologie und Literaturwissenschaft in Leipzig. Heute ist sie als Autorin erfolgreich. Mit ihrem Dokumentarfilm *Gundermann Revier* wurde sie 2019 für den Grimme-Preis nominiert. Der DDR-Liedermacher Gerd Gundermann war in Hoyerswerda eine kulturelle Instanz. Lemkes *Kinder von Hoy* erzählt, wie er als Persönlichkeit und mit seinen Songs Kunst und Kultur der Stadt prägte. Für die junge Generation wurde Gundermann gewissermaßen zur kulturellen Leitfigur. Mit Songs wie *Hoywoy* gab er dem Lebensgefühl der Menschen in der Neubaustadt eine Stimme.

Lemkes Buch räumt mit Vorurteilen und einseitigen Sichtweisen auf. Das immer wieder zelebrierte Schreckgespenst der sozialistischen Neubaustadt erfährt eine Korrektur. Im kollektiven Erzählen der Kinder von Hoy

schält sich sukzessive das gemeinschaftliche Miteinander als der Faktor heraus, der ihr Zusammenleben prägte. Die Sozialisierung in einer "Stadtfamilie" bedeutete: "E i n e Kittelschürze ist a l l e Kittelschürzen" (23). Ob in der Hochhausgemeinschaft, im Kinderferienlager, in der Betriebsbungalowsiedlung, bei Subbotniks oder bei der Samstagsarbeit für das NAW (Nationales Aufbauwerk): Es wurde "alles geteilt" (211). Und während immer neue Hochhäuser wie Pilze aus dem Boden schossen, begann sich im Umfeld der Weltfestspiele 1973 in der Energie- und Bergarbeiterstadt eine Kulturlandschaft zu entwickeln. Nicht zufällig sucht Lemke den Bezug zu Brigitte Reimanns Roman *Franziska Linkerhand* (1974). Rebellierte Reimann, die 1960 nach Hoyerswerda zog, in ihrem Roman gegen die seelen- und kulturlose Neubaustadt und gegen "die grauenhafte Gleichgültigkeit der Häuserfabrikanten", so wandelte sich Hoyerswerda seit Ende der 1970er Jahre zu einer Stadt, in der Kultur als Alltag gelebt wurde. Wenn Reimanns Romanheldin, die Architektin Franziska, die Stadt "als kostbarste Erfindung der Zivilisation" betrachtet, die "als Vermittlerin von Kultur nur hinter der Sprache" zurückstehe, so dokumentiert *Kinder von Hoy*, wie dieser Anspruch schließlich in Hoyerswerda eingelöst wurde.

All jene, die den Bitterfelder Weg als gescheitertes Politprojekt der DDR betrachten, belehrt Lemkes Buch eines Besseren. Es zeigt, wie sich in der Arbeiterstadt Hoyerswerda sukzessive ein reiches kulturelles Leben entfaltete: von der FDJ-Singebewegung, über die Liedermacher- und Volkskunstszene mit Betriebsorchestern und Lesezirkeln bis hin zur Undergroundkultur, die die offiziell verfolgte politische Linie unterlief. Die Jugend traf sich im "Laden", der eigentlich der FDJ-Jugendklub war und zur Nische jugendlicher Selbstverwirklichung avancierte. Aus dem FDJ-Singeklub mit Gundermann wurde dessen "Brigade Feuerstein". Später entstand der FMP-Klub, die Kleinkunsthöhle "Feuerstein, Musik und Palast". Die Alltagskultur in Hoy war so bunt, wie sie heute im kleinstädtischen Milieu undenkbar ist. "Wir ham 'ne ziemlich breite Kulturausbildung gehabt", (100) so der Tenor der Interviews. Dazu gehörte eine ausgeprägte Lesekultur, die selbst den Schriftsteller Heiner Müller überraschte. Es gab spezielle Theaterabos, die Interessierte busseweise zu Aufführungen nach Cottbus und Berlin brachten, die Musikfesttage und vieles mehr. Das Herzstück bildete das Kulturhaus, das "Haus der Berg- und Energiearbeiter", ein Zuschussgeschäft, das ohne Gastronomie allein 125 Mitarbeiter zählte und alle denkbaren Gewerke unter einem Dach vereinte: vom Dekorateur und Theatermaler bis zum Schlosser und Tischler. War *Pumpe* der "größte Kohle verarbeitende Industriekomplex der Welt", so zog die Stadt Hoyerswerda dreißig Jahre nach ihrer Gründung nach: Es wurde "Kultur produziert" (98). Da gab es 1986 im "FMP" sogar DADA und die Kumpelstadt hieß plötzlich "HOYERSWERDADA". Die Kinder von Hoy artikulierten ihren Protest gegen die politische Doktrin und die omniprésente

wegung, über die Liedermacher- und Volkskunstszene mit Betriebsorchestern und Lesezirkeln bis hin zur Undergroundkultur, die die offiziell verfolgte politische Linie unterlief. Die Jugend traf sich im "Laden", der eigentlich der FDJ-Jugendklub war und zur Nische jugendlicher Selbstverwirklichung avancierte. Aus dem FDJ-Singeklub mit Gundermann wurde dessen "Brigade Feuerstein". Später entstand der FMP-Klub, die Kleinkunsthöhle "Feuerstein, Musik und Palast". Die Alltagskultur in Hoy war so bunt, wie sie heute im kleinstädtischen Milieu undenkbar ist. "Wir ham 'ne ziemlich breite Kulturausbildung gehabt", (100) so der Tenor der Interviews. Dazu gehörte eine ausgeprägte Lesekultur, die selbst den Schriftsteller Heiner Müller überraschte. Es gab spezielle Theaterabos, die Interessierte busseweise zu Aufführungen nach Cottbus und Berlin brachten, die Musikfesttage und vieles mehr. Das Herzstück bildete das Kulturhaus, das "Haus der Berg- und Energiearbeiter", ein Zuschussgeschäft, das ohne Gastronomie allein 125 Mitarbeiter zählte und alle denkbaren Gewerke unter einem Dach vereinte: vom Dekorateur und Theatermaler bis zum Schlosser und Tischler. War *Pumpe* der "größte Kohle verarbeitende Industriekomplex der Welt", so zog die Stadt Hoyerswerda dreißig Jahre nach ihrer Gründung nach: Es wurde "Kultur produziert" (98). Da gab es 1986 im "FMP" sogar DADA und die Kumpelstadt hieß plötzlich "HOYERSWERDADA". Die Kinder von Hoy artikulierten ihren Protest gegen die politische Doktrin und die omniprésente

Stasi: "Es hat aber für uns gar keine Rolle gespielt. Überhaupt kein bisschen. Weder als Misstrauen noch als Angst" (109). Eine Gratwanderung waren diese subversiven kulturellen Aktionen dennoch. Allerdings gelingt es den Kindern von Hoy mit ihrer Protestkultur immer weniger, Sinn herzustellen. Schließlich war "nur das Ende übrig geblieben" (116). Im Herbst 1989 enden "die Drähte des Fortschritts" in der "Wendeschleife" (125), womit Lemke auf Lutz Seilers Erfolgsroman *Kruso* (2015) Bezug nimmt, der ebenfalls das Ende der DDR thematisiert.

Wie in Seilers *Kruso* wird in Lemkes kollektiver Biografie die Arbeit zur zentralen Kategorie. Durchgängig im Fokus ist die Verbindung zur Arbeitswelt in der Neubaustadt Hoyerswerda, deren Herz das Gaskombinat "Schwarze Pumpe" bildete, dessen "Rhythmus von Früh-, Spät- und Nachtschicht" (7) das gesamte Alltagsleben bestimmte. Damit wird Lemkes Buch unweigerlich zum Dokument einer inzwischen verschwundenen Arbeitswelt. Nach der "Wende" verloren 20.000 Frauen und Männer in Hoyerswerda ihre Arbeit: "Nun lernen wir, dass die Welt sich teilt in solche, die Arbeit nehmen, und andere, die sie geben. Und die ohne". Arbeit wird zur neuen "Währung" (135). Entlassung heißt nun "Personalanpassung" (136). Statt Kunst und Kultur beherrschen Verkaufveranstaltungen und Wühltische den Alltag. Es ist eine "Wendeschleife ohne Wende" (214).

Lemke beschreibt eindrucksvoll, wie 1989 ein Macht-Vakuum entsteht, das der alte Staat nicht mehr ausfüllt und die BRD als

neuer Staat nicht auszufüllen vermag. Die "gesetzlose Zeit" (198) ist in Hoyerswerda bestimmt von Massenentlassungen, vom Erodieren der sozialen und kulturellen Infrastruktur, von einer unter den Jugendlichen grassierenden geistigen Orientierungslosigkeit, vom Verlust des alten Wertekanons, gegen den man sich organisieren oder positionieren konnte, vom Wegbrechen der kulturellen Nischen und von der Verabschiedung der Idee einer besseren Zukunft. Es entsteht ein hochexplosives Klima. Die tiefgreifenden sozialen Probleme entladen sich schließlich an den Außenseitern der Gesellschaft: ausländischen Vertragsarbeitern, Flüchtlingen, linken Jugendlichen. Lemkes Befunde korrespondieren mit ähnlichen Beschreibungen in Manja Präkels *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß* (2017) und in Lukas Rietzschels *Mit der Faust in die Welt schlagen* (2018), die zeigen, dass rechte Gewalt zuerst ein soziales Problem ist. Anarchie und Terror halten nach 1989 Einzug in Hoyerswerda, das über Nacht zum Anlaufpunkt der Neonazis aus dem Bundesgebiet und der Berliner Antifa-Szene wird. Der "Krieg" (175), der auf den Straßen von Hoyerswerda tobt, wird mit einem weltpolitischen Ereignis, dem Golfkrieg, der im Januar 1991 begann, enggeführt. Mikro- und Makrokosmos, denen mit Profitstreben und -maximierung die gleichen sozialen Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, prallen aufeinander. Sich dieser Wahrheit bewusst zu sein, ist vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges wichtiger denn je. Die Kinder von Hoy, aufgewachsen in einem Land, "das

keinen Krieg geführt" hatte, begreifen, dass auch das jetzt anders wird" (146). Deutschland unterstützte im Golfkrieg das von den USA angeführte anti-irakische Bündnis, das die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits anstrebte und somit außerhalb des NATO-Gebietes agierte, indem es etwa ein Fünftel der Kriegskosten übernahm. Lemke blendet keineswegs aus, dass der "Krieg" in Hoy begann, "lange bevor man ihn offiziell registriert(e)" (164). Das Zusammenleben mit ausländischen Vertragsarbeitern war auch in der DDR nicht frei von Ressentiments und Vorurteilen. Fehlende Integration leistete latentem Rassismus Vorschub, der schließlich mit dem Erodieren des sozialen Zusammenhalts und sozialem Niedergang offen ausbrach.

Eingangs zitiert Lemke Harry Thürks 1957 erschienenen Erfolgsroman *Die Stunde der toten Augen*. Der Antikriegsroman fiel zunächst bei der DDR-Obrigkeit in Ungnade, weil er Kriegserfahrungen des Autors thematisierte, die der offiziellen Ideologie zuwiderliefen. Harry Thürk wird in Lemkes sonst akribischem Zitatverzeichnis nicht genannt. Auch ihrem Text ist ein ideologiekritisches Potenzial eingeschrieben, das im kollektiven, authentisch verbürgten Erzählen die Deutungshoheit über DDR-Geschichte und "Wendezeit" beansprucht und diese gegen den Mainstream bundesdeutscher Geschichtsschreibung setzt. Wer DDR-Geschichte hautnah kennenlernen und die 1990er Jahre im Osten Deutschlands verstehen will, dem sei Lemkes Buch dringend zur Lektüre empfohlen.

Thomas Luther

Schachtaktik und Schachstrategie

Fundamentales Schachwissen mit GM Thomas Luther

Rezension

Thomas Luther

Schachtaktik und Schachstrategie

*Fundamentales Schachwissen
mit GM Thomas Luther*

Joachim Beyer Verlag 2022

313 Seiten, 24,80 €

ISBN: 978-3-95920-146-9

(SB) 4. April 2022 - Strategie ist ein nobles Wort für eine ganze Reihe vielzügiger Manöver und Pläne, deren Zweck es ist, eine bestimmte vorteilhafte Stellung auf dem Brett anzustreben. Einen einmal ausgewiesenen Vorteil sodann sukzessive auszubauen und in einen gewinnbringend verdichteten Plan zu transferieren, setzt die Kenntnis taktischer Motive als auch eine zielorientierte Intuition voraus. So gesehen ist Strategie immer auch der Ausdruck eines Standes von entwickelter Meisterschaft, sozusagen die Visitenkarte eines Profispielers.

Ein solches Wissen hinlänglich oder gar in vollem Umfang erklärbar zu machen, würde zweifelsohne mehr Seiten verschlingen als eine Enzyklopädie über den Kulturwert eines philosophischen Denksystems. Vom Erfahrungswissen eines Großmeisters in einem überschaubaren Buchformat zu profitieren, verlangt daher neben der Bündelung der Inhalte vor allem eine Didaktik der kleinen Schritte. Diese sollten nachvollziehbar, lernimmanent und stets so angelegt sein, dass sich neu erlangtes Wissen nicht in einem Strudel von Wiederholungen verliert. Schnelle Aha-Effekte sind nett, aber nicht unbedingt entwicklungsrelevant.

Eben weil eine komplizierte Stellung auf dem Brett für einen An-

fänger in den Rätseln einer Sphinx spricht, braucht es eine Methodik zur Dechiffrierung und, was nicht zu unterschätzen ist, eine lange Reifezeit des Stolperns über Erfahrungen, bis man in der Lage ist, den tatsächlichen Nährwert einer Position über die Spannbreite eines optionalen Kalküls hinaus treffgenau bestimmen zu können. Wer jedoch annimmt, Strategie wäre eine Art Schlüssel zur allgemeingültigen Anwendung für eine Reihe von markanten Stellungstypen, wird sich zuletzt nur selbst beschwindeln. Niemand öffnet die Tür zu den Geheimnissen des Schachspiels ohne harte Arbeit. Bücher über Strategie funktionieren nicht wie Kochrezepte oder das Verinnerlichen eines Katechismus.

Ein strategisches Lehrbuch kann dem Leser jedoch eine sinnvolle Anleitung zur Hand geben, um sich mit den vielfältigen komplexen Elementen des strategischen Spiels vertraut zu machen. Dass er dabei mit Fragestellungen konfrontiert wird, mit denen er sich im wahrsten Sinne des Wortes herumschlagen muss und die ihm mehr abfordern als das bloße Wälzen von Lehrsätzen und Fallbeispielen, liegt in der Natur eines echten Lernschritts begründet. Anders ist ein Fortschritt auf Dauer nicht zu generieren.

Der zweite Band zu "Fundamentales Schachwissen mit GM Thomas

Luther" ist der "Schachtaktik und Schachstrategie" gewidmet. Darin erweitert der Autor nicht nur das Spektrum taktischer Motive aus dem ersten Band. Viel wichtiger ist ihm, dem Leser ein aufbaufähiges Basisverständnis von Strategie zu vermitteln, um komplizierte Brett-situationen künftig besser verstehen und analysieren zu können, und ihm gleichzeitig Anreize zu bieten für eine weiterführende Neugierde. Didaktiker müssen Führer durch die Finsternisse sein. So vermeidet es Luther mit Bedacht, eine kathederhafte Definition von Strategie zu liefern. Welchen Wert hätten etwa eine komprimierte Weltformel oder ein Blick ins Lexikon für jemanden, der sich in orientierungsloser Dunkelheit zurechtfinden muss? Beides wäre nicht hilfreich und trüge unnötigerweise zur Verwirrung bei.

Bestenfalls ließe sich sagen, dass Strategie einen tieferen Blick auf das Brettgeschehen ermöglicht. Man erkennt strukturelle Zusammenhänge zwischen Figuren- und Bauernformationen, was die Fähigkeit erhöht, das eigene planvolle Spiel mehrere Züge in die Zukunft zu verlagern. Strategie entspräche demnach für den Hausgebrauch eines Amateurs bzw. Hobbyspielers dem Studium einer Stellung, die in einer für ihn noch unverständlichen kryptischen Schrift geschrieben ist. Dieser

Aufgabe, ein Rüstzeug für das Erlernen strategischer Zielsetzungen zu stiften, nimmt sich der Autor mit viel Feingefühl und Kenntnis-schärfe an. Schließlich ist er diesen Weg selbst gegangen und weiß als Senior-Trainer der FIDE (International Chess Federation), welche Mittel auf der Ebene der Ausbildung geeignet sind, um das strategische Fachwissen auch für weniger geübte Spieler plausibel zu machen.

Wie schon im ersten Band geht Luther den bewährten Weg über die Taktik, wenn er beispielsweise das Motiv der Hin- und Weglenkung erläutert. Diese beinhaltet keinen typischen taktischen Schlag, sondern beschreibt vielmehr eine Methode, um "eine Drohung zum Einsatz zu bringen" (S.33). Drohungen schlummern versteckt in vielen Stellungen, aber sie müssen geweckt werden. Das ist der eigentliche Sinn von Strategiemänuvern. Gewissermaßen kreiern sie Wendepunkte, die das Spiel in eine bestimmte Richtung lenken, um einen konkreten Vorteil greifbar zu machen. Drohung ist ein anderes Wort dafür, den Gegner unter Druck zu setzen.

Luther eröffnet die strategische Schulung nicht zufällig mit kombinatorischen Mustern und Mechanismen, auf die er immer wieder exemplarisch zurückkommt. Hier zeigt sich die Nahtstelle zwischen Strategie und Taktik in unabweisklicher Deutlichkeit. Augenscheinlich lernt der Leser, sein taktisches Repertoire um eine Handvoll Waffen aufzustocken. Luthers Vorgehensweise greift jedoch tiefer. Seine Lehrmethode zielt darauf ab, das Auge des Lernenden für die strukturellen Feinheiten als auch neuralgischen Knotenpunkte einer

Stellung zu schärfen, konfrontiert ihn damit, dass die Bühne des Sichtbaren nur die Manifestation eines Plans bzw. einer Absicht ist, die viel früher beginnen. Im Schach eilen die Gedanken der Gegenwart voraus. Für einen Anfänger wäre diese Hürde und Herausforderung jedoch kaum zu bewältigen. Sein Denken ist vielmehr lösungs- und ergebnisfixiert.

Indem Luther diese natürliche Vorliebe für taktische Zieloperationen - beispielsweise Matt oder substantieller Materialgewinn in einer begrenzten Anzahl von Zügen - ganz bewusst an den Anfang seiner Lehrtätigkeit stellt, ermutigt und ermuntert er den Leser dazu, sich mit den verschiedenen strategischen Konzepten, die jeder zählbaren Taktik vorangehen, gezielt auseinanderzusetzen. Gerade diese indirekte Art, erste Schritte in die Strategie hinein zu lehren und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, dass hinter dem scheinbar freien Spiel der Züge ein konkreter Plan und Sinnzusammenhang steckt, macht dieses Buch so wertvoll. Der Leser lernt über den Umweg taktischer Punkten ein intuitives Gespür für den strategischen Überbau einer Partie zu entwickeln. Dies ist das Primärziel im Aufbau der einzelnen Kapitel im Buch.

Praktische Aufgaben zu allen Phasen einer Partie, von der Eröffnung übers Mittelspiel bis zum Endspiel, die drei oder mehr Züge zur Lösung beanspruchen, sollen den Lernstoff aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und gestaffelt nach Schwierigkeitsgraden vertiefen. Und Luther streut immer wieder Ratschläge und Empfehlungen ein, die den Lernerfolg erleichtern und bestens dazu geeignet sind,

Stresssituationen zu entspannen, wenn er beispielsweise betont, dass es nicht darum geht, "viele Aufgaben zu lösen, sondern dein schwachliches Denken zu verbessern" (S.65).

Bündig und informativ werden über 313 Buchseiten die wichtigsten Hauptfelder der Strategie erarbeitet. In dem Abschnitt "Figuren in der Falle" geht Luther auf typische Eröffnungsfehler ein und zeigt Beispiele für den eklatanten Verlust der Dame auf. Begrüßenswert ist ferner, dass dem Patt als Sonderregel des Remis ein eigenes umfangreiches Kapitel gewidmet ist, das alle Elementarformen in Bauernendspielen abdeckt und zur weiteren Anregung auf teils studienhafte Rettungsmanöver nicht verzichtet. In einem späteren Kapitel werden Dauerschach, Zugwiederholung und andere Arten von Remis ausgiebig behandelt.

Wie schwache Felder vermieden bzw. erkennbar genutzt werden können, was rückständige und isolierte Bauern ausmacht, wie sich Bauerndurchbrüche und der Minoritätsangriff organisieren lassen und welchen Wert offene Linien und das Eindringen eines Turms in die 7. bzw. 2. Reihe haben, findet ebenso seinen Platz wie die Bedeutung des Vorpostens bei der Gewinnführung oder der Angriff auf die Grundreihe. Luther geht auf all diese strategischen Elemente, die eine Partie zu einem Kunstwerk an Kreativität machen, beflissentlich ein und scheut auch nicht davor zurück, kritische Momente des strategischen Plans mal von dieser und mal von jener Richtung aus in den Griff zu nehmen. Dabei bleibt Luther in seinen Ausführungen stets verständlich und zeigt sich verständig darin, auf

Augenhöhe mit dem Leser zu kommunizieren. So entsteht tatsächlich ein Lehrgespräch, wo dem freien Fluss des Wissens nichts im Wege steht.

"Eine Partie ist ein Märchen aus tausend und einem Fehler." (S.209) Dieser Ausspruch stammt vom russischen Großmeister Alexei Suetin. Dass Luther ihn zitiert, dient nicht allein der prosaischen Ausschmückung oder Mystifizierung schwächerer Meisterschaft. Vielmehr steckt in dieser Sentenz, vielfach umschlungen, ein aradneischer Leitfaden. Ihn zu bestimmen hat sich die Kulturgeschichte vieler Jahrhunderte und Epochen in allen Regionen der Welt rechtschaffen abgemüht.

Jeder, der Schach spielt, betritt ein Labyrinth und wird darin mit den

eigenen Denkgewohnheiten konfrontiert. Wie gewinne ich Material, wie setze ich Matt - das sind die erste Schritte. Manch einer kommt, egal, welche Geschicklichkeit er auch entwickelt, nicht über diesen Anfang hinweg und verliert sich in den Gängen. Am Minotaurus kommt niemand vorbei.

Taktik bestraft Fehlzüge, wie sie sich in jeder Partie finden lassen. Sie markieren die gebrochenen Endpunkte unseres Strebens nach Erfolg. Taktische Reinfälle sind betrüblich und zuweilen auch ärgerlich. Allzu menschlich, aber nicht märchenhaft. Das Märchen, von dem hier die Rede ist, geht über die tausend und einen Fehler hinaus, indem es die Wiederholung einer Partie, also die Borniertheit, das Richtige tun zu wollen und so stets von neuem die Fortsetzung

der Fehler zu betreiben, von Grund auf in Frage stellt. Das hat der Märchenerzähler Suetin, der ein hervorragender Taktiker und Stratege war, wohl gemeint.

Luthers Buch vermittelt Lernschritte in gebotener Systematik. Stets auf den Punkt gebracht und ohne überflüssiges Latein. Dem Leser wird es so leicht gemacht, der Handschrift der Strategie in allen Kapiteln zu folgen und das erworbene Wissen treffsicher in seine Praxis einzubinden. Was das Buch über alledem einzigartig macht, ist, dass die Wissbegier des Novizen einen freundschaftlichen Stoß und Ansporn nach vorne erhält und keineswegs mit einem billigen Versprechen abgespeist wird. Die Leidenschaft fürs Schachspiel bindet Leser und Autor aufs Engste zusammen.

ANSWER FROM MRS GOBBLEDYGOOK

Short sentences of agreement - Me too!

Dear Mr O.

Although the English language is influenced by what I see as a virtual pandemic of verbal shortness, it has always been an unwritten rule that you can use short sentences of agreement instead of a well-spoken answer. For example we can say:

I like gardening.

And the response can be:

So do I!

But can we say: "Me too!""? Yes, we can. It is a little more informal than "So do I!" but it is frequently used. Now, for the next exam-

ple. When we say:

I don't like pop music.

The appropriate short version of agreement would be:

Neither do I.

And we can also say:

I don't either.

And now we come to your question: Can we in that context say:

Me neither!

Well, that is something that native speakers of English say in informal situations but in British English at least it is not considered as elegant as the other two replies. Here they are again with the sentence about pop music.

I don't like pop music.

Neither do I.

I don't either.

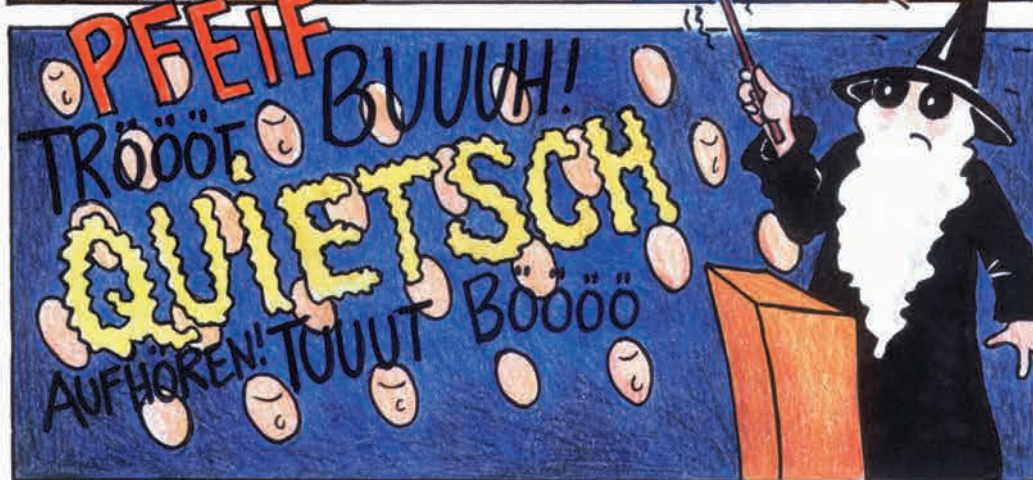
Interestingly the form "me neither" does occur even among university students and others who pride themselves on being educated although they would regard it as irritating, illiterate or "dclass" when being asked about it. So if you are not sure about the circumstances and your listeners, you should not use "me neither". And neither do I.

Yours

Mrs Gobbledygook

MAGUS ROLF

OSTERDIREKTIV ...



© 2022 by Schattenblick

DRUCKZENTRUM-WESTKUESTE

Die Druckerei für Gewerbe, Privat und Vereine

Friedrichswerk 27a • 25746 Lohe-Rickelshof

Tel.: 0481 / 6 23 91 • www.druckzentrum-westkueste.de

◆ Textilveredelung

für Arbeitsbekleidung, Vereine, Schulen,
Kindergärten usw

◆ Geschenkartikel

z.B. Kaffeebecher, Thermobecher, Kissen
mit persönlichem Aufdruck

◆ Broschüren

z.B. für Vereine,
Hochzeitszeitung usw

◆ Fotodruck

auf Künstlerleinwand, Holz, PVC
oder hinter Glas

◆ Poster, Plakate

◆ Einladungskarten

◆ Schilder, Banner

◆ Aufkleber

◆ Ausdruck und Bindung von

Bachelor-, Diplom-, Seminar-, Abschluss- und Doktorarbeiten

Des Westens Pressemacht ...

"Allgemeinpolitisch verständlich, aber sportpolitisch bedenklich ist die Art von 'sportlichem' Wettlauf, der unmittelbar nach der russischen Invasion unter Sportorganisationen und -veranstaltern um die Pole Position in der Sanktionierung alles Russischen in der Sportwelt einsetzte." [1]

(Prof. Dr. Sven Güldenpfennig, Sport- und Kulturwissenschaftler)

(SB) 4. April 2022 - Der organisierte Leistungs- und Wettkampfsport, seit jeher als staatstragend und politisch opportunistisch verschrien, wird seiner instrumentellen Rolle im Dienste herrschender Interessen einmal mehr gerecht. Nicht die Kriege im Irak, in Syrien, Libyen, Afghanistan, Palästina, im Jemen oder in Mali, um nur einige Beispiele zu nennen, oder der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien 1999, der den Krieg nach Europa zurückbrachte, hat die Funktionäre und Sporteliten vornehmlich westlicher Provenienz auf die menschenrechtlichen Barrikaden getrieben, sondern Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Hatte der vom Bundesinnenministerium gesponserte Lobbyistenverein "Athleten Deutschland" kurz vor den Winterspielen in Beijing noch erklärt, dass ein sportlicher Boykott der Spiele in China aus verschiedensten Gründen nicht infrage komme, etwa weil für die AthletInnen keine echte Wahl bestehe, "sich frei für

oder gegen die Spiele zu entscheiden" [2], so galt das einen Monat später, nachdem die russischen Truppen in die Ukraine einmarschiert waren, plötzlich nicht mehr. So forderte die deutsche Athletenvertretung den vollständigen Ausschluss russischer und belarussischer AthletInnen von internationalen Wettbewerben sowie den vollständigen Ausschluss russischer und belarussischer Verbände aus dem internationalen Sportverbandssystem. Der internationale und nationale Sport müsse jetzt alle Möglichkeiten ausschöpfen und geschlossen Sanktionen mit voller Härte aussprechen, um seinen Werten treu und glaubwürdig zu bleiben, verkündete "Athleten Deutschland" ungeachtet dessen, dass der kommerzielle Olympismus diese "Werte" längst an die Meistbietenden verraten und verkauft hat. "Schweren Herzens sind wir uns darüber bewusst", so "Athleten Deutschland" weiter, "dass solche Maßnahmen auch russische und belarussische Athlet*innen treffen werden. Der russische Angriffskrieg lässt keine andere Wahl, als dass Sanktionen auch unschuldigen Dritten Schaden zufügen." [3]

Damit schloss sich auch die deutsche Athletenvertretung den fast schon pogromartigen Ausfällen und Übergriffen gegen alles an, was mit Russland oder "den Russen" in Verbindung gebracht wurde. Wer den Krieg nicht im Sinne der EU- und NATO-Propaganda verurteilte und sich nicht

zu einem öffentlichen Statement "gegen den irren Putin" nötigen lassen wollte, lief in Sport, Kunst, Musik oder Literatur Gefahr, als "Putinverstehler" und "Feind" gebrandmarkt und mit sozialen und beruflichen Sanktionen belegt zu werden. Schon der Hinweis, dass auf beiden Seiten der geopolitischen Fronten Fehler gemacht wurden, reichte aus, um als vermeintlicher Kriegsbefürworter verfemt und ausgegrenzt zu werden. Das konsensträchtige Lügenarrangement des internationalen Sports, sich möglichst aus der großen Politik herauszuhalten, Neutralität zu wahren und die Athleten nicht dafür verantwortlich zu machen, was die politökonomischen Eliten an Konflikten und Kriegen verzapfen, wurde auf massiven Druck des westlichen Militärbündnisses, das seine Hände in Unschuld wäscht und in der Regel sanktionsfrei die eigenen Interventions- und Besatzungskriege vorantreibt, aufgegeben. Im Kielwasser der westlichen Dominanzpolitik distanzieren sich Sponsoren, Verbände, Vereine, Funktionäre und SportlerInnen von Russland, unterbrechen politische, wirtschaftliche, kulturelle oder sportliche Kontakte und lieben sich zum Spielball der bellizistischen Weltinnenpolitik machen.

Zwei Tage nachdem "Athleten Deutschland" den vollständigen Ausschluss von Russland und Belarus aus dem Weltsport gefordert hatte, empfahl auch das

Internationale Olympische Komitee (IOC) den internationalen Fachverbänden, russische und belarussische SportlerInnen von ihren Wettkämpfen auszuschließen. Der westlichen Diktion folgend, dass es sich um "Putins Krieg" handele, entzog das IOC dem russischen Präsidenten umgehend den Olympischen Orden. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), dem bis vor kurzem noch nachgesagt wurde, dass in seinen Reihen eine "Kultur der Angst" herrsche, schwenkte vollständig auf die westliche Boykottlinie ein und teilte seinen lieben Sportlerinnen und Sportlern mit, dass weltweite Sanktionen auf allen gesellschaftlichen Feldern umso wirksamer seien, je mehr gesellschaftliche Akteure sich daran beteiligten und der Sport seiner Verantwortung nachkommen und entsprechende Einschränkungen in Kauf nehmen müsse. [4]

Auch die Entscheidung des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC), den Start der Athletinnen und Athleten aus Russland und Belarus unter neutraler Flagge bei den Winterspielen in Beijing zu genehmigen, hielt keine 16 Stunden. Offizieller Grund für die Vergraulung der russischen und belarussischen Behindertensportler: Mehrere Verbände, Teams und Athleten hätten mit einem Boykott der Spiele gedroht, was die Durchführbarkeit der Paralympischen Winterspiele gefährdet hätte. Laut IPC sei auch die Situation in den Athletendörfern "eskaliert", wodurch die Wahrung der Sicherheit für die Sportler "unhaltbar" geworden sei. "Dieser Beschluss ist im Einklang mit den übergreifenden

Empfehlungen. Wir haben vollen Respekt für diese Entscheidung", sagte IOC-Präsident Thomas Bach in einer Medienrunde [5], was einer Bankrotterklärung seiner bisherigen Position glich, dass Boykotte immer und zualtererst den Athleten und der olympischen Bewegung schaden.

Warum haben sich denn die beteiligten Paralympics, anstatt mit Boykott zu drohen, nicht an einen Tisch gesetzt, um unter Ausschluss der Funktionäre ihre Möglichkeiten einer friedlichen Einflussnahme auf den Kriegsverlauf zu diskutieren - verbunden vielleicht mit einem Statement, dass der Sport und die Athleten nicht als Sanktionsinstrument der Kriegsparteien missbraucht werden dürften? Dass diese Möglichkeit so abwegig erscheint, dürfte nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass bei den von staatlicher Alimentierung abhängigen Eliteathleten gar nicht die Ideale von Inklusion, gemeinsamem Sporttreiben und Völkerverständigung im Vordergrund stehen, sondern das gegenseitige Niederkonkurrieren für Prämien, Marktwertsteigerung und Nationalprestige.

Die Zehn-Punkte-Liste von "Athleten Deutschland", in der aufgeführt wird, wie dem russischen Sport bzw. den SportlerInnen maximaler Schaden zugefügt werden kann, liest sich vom Duktus her wie das Agenda-Setting oliv-grüner MenschenrechtskriegerInnen, die sich ideologisch zur schärfsten Kriegs- und Aufrüstungspartei im Bundestag gemausert haben. Geht es gegen Putin, dann scheinen die Grünen mitunter sogar

den Neocons der USA, die freedom & democracy propagieren, aber Unterwerfung unter die US-amerikanische Hegemonie meinen, den Rang abzulaufen. Schon vor dem Überfall Russlands warben die Grünen für Waffenlieferungen in die Ukraine, schließlich wollte man keinen Vasallen in EU und NATO aufnehmen, der sich nicht bis an die Zähne bewaffnet als Bollwerk gegen den russischen Feind verdient gemacht hätte.

"Athleten Deutschland" fordert zwar keine Waffen für die Ukraine, doch auch den deutschen Vorzeigesportlern ist klar, dass der Feind im Osten steht. "Russland vereinnahmt den Sport für seine politischen Ziele und schadet der Integrität des Sports seit Jahren. Präsident Putin hat zum dritten Mal nach 2008 und 2014 den Olympischen Frieden gebrochen und damit die Werte des Sports - Frieden, Nicht-Diskriminierung, Menschenwürde und Völkerverständigung - wiederholt mit Füßen getreten", heißt es in der selbstgerechten Sprache hiesiger Politstrategen, die weder die eigenen Weltordnungskriege zwecks Ressourcen- und Energiesicherung noch das eigene Sportwashing im Dienste der nationalchauvinistischen Selbstrepräsentation wahrnehmen wollen. Dabei kann sich kein Staat auf der Welt von einer Vereinnahmung seiner sportlichen "Aushängeschilder" freisprechen.

Die Mär vom "Olympischen Frieden", der im übrigen auch von den USA gebrochen wurde, als der frühere Präsident George W. Bush während der Olympischen Winterspiele 2002 in Salt

Lake City keine besondere Feuerpause im sogenannten Afghanistan-Krieg einlegen wollte, wird zwar immer wieder gern erzählt, zumal die UN-Generalversammlung im Olympiajahr stets zu einer weltweiten Waffenruhe auffordert, doch der Ausdruck "Olympischer Friede" bezeichnete in der Antike eine Art "Immunität für die Athleten, die auf dem Weg zu den Olympischen Spielen geschützt waren", wie der Sporthistoriker Diethelm Blecking reklamierte. Die Vorstellung, dass in der Antike für die Zeit der Spiele alle Waffen still standen, sei "historisch falsch und bereits mehrfach widerlegt". [6] Der "Olympische Friede", da sind sich fast alle Experten einig, ist eher eine utopische, denn eine realistische Idee der Moderne. Er sei nicht mehr als ein "ethisches Statement", ein "Kommunikationsdeal", um den olympischen Gedanken zu verbreiten, wie der Friedensforscher Wolfgang Dietrich von der Uni Innsbruck in einem Deutschlandfunk Olympia-Podcast erläuterte. Die UN-Generalversammlung sei natürlich ein perfektes Forum, um das zu verstärken und umzusetzen. [7] Bei den Olympischen Winterspielen in Beijing hatten nur 174 von 193 Staaten diese Resolution eingebracht, die USA und Australien waren nicht darunter. Dennoch wurde die Resolution ohne Abstimmung im Konsens angenommen.

Einen allumfassenden olympischen Frieden hat es zweifelsohne niemals gegeben. Vielmehr wird den Menschen mit dem Postulat, dass jeweils ab sieben Tage vor Beginn der Sommer- und Winterspiele bis sieben Tage nach Ende der Paralympics Frie-

de herrsche, eine olympische Harmonie vorgegaukelt, die im völligen Widerspruch zu den real existierenden Macht- und Gewaltverhältnissen in der Welt steht. Zudem wäre zu fragen, ob der Krieg nicht bereits in Friedenszeiten beginnt, nämlich dann, wenn z.B. Länder wie die Bundesrepublik Waffen und Rüstungsgüter im großen Stil an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten liefern. Dass die deutsche Ampelkoalition entgegen früheren Vorsätzen nun auch Waffen in Kriegsgebiete wie die Ukraine sendet, was nur in eine blutige Verlängerung des Krieges mit noch mehr Zerstörung und Toten münden kann, sowie die allgemeine Kriegsablehnung in der Bevölkerung nutzt, Milliardenpakete ungeheuren Ausmaßes für die Rüstungsindustrie zu schnüren, spricht ebenfalls dafür, dass es veritable Interessen gibt, die den kalten Krieg der imperialistischen Staaten, wozu auch Russland zählt, zu einem heißen machen wollen.

Man darf indessen gespannt sein, wann "Athleten Deutschland" konsequenterweise auch die katarischen Sportlerinnen und Sportler dafür haftbar macht, dass das Herrscherhaus in zahlreiche verdeckte und offene Kriege involviert war und ist. Doch jetzt, wo sich Deutschland von Erdgaslieferungen aus Russland "unabhängig" machen und dafür in die Abhängigkeit des katarischen Herrscherhauses begeben will, dürfte sich die Bereitschaft, die Fußball-WM in Katar zu boykottieren (wie einst von der grünen Außenministerin Baerbock angeregt), weil das Feudalregime Frauen und Ho-

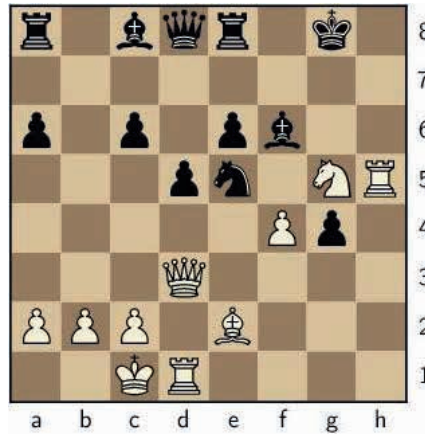
mosexuelle diskriminiert und die Menschenwürde der wie Arbeitsklaven gehaltenen Baustellenarbeiter mit Füßen tritt, in Grenzen halten. Wie immer wird es darauf hinauslaufen, dass bei der Verletzung von Menschenrechten mit zweierlei Maß gemessen wird. Das geht fast automatisch: Der Medienkonsument braucht nur Radio und Fernsehen einzuschalten.

Anmerkungen:

- [1] https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/Newsletter/DOSB-Presse/2022/9_DOSB_PRESSE_web.pdf. 01.03.2022.
- [2] <https://athleten-deutschland.org/2022/01/26/vor-den-winterspielen-2022-sport-und-menschenrechte-handlungsoptionen-fuer-athletinnen-staaten-verbaende-und-sponsoren/>. 26.01.2022.
- [3] <https://athleten-deutschland.org/nach-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-vollstaendiger-ausschluss-russlands-und-belarus-aus-dem-weltssport-gefordert/>. 26.02.2022.
- [4] <https://www.dosb.de/sonderseiten/news/news-detail/news/dosb-appelliert-solidaritaet-mit-der-ukraine>. 02.03.2022.
- [5] <https://www.sportschau.de/paralympics/paralympics-russland-ukraine-teilnahme-ausschluss-100.html>. 03.03.2022.
- [6] <https://www.deutschlandfunk.de/sporthistoriker-diethelm-blecking-olympischen-frieden-hat-100.html>. 14.08.2016.
- [7] <https://www.deutschlandfunk.de/olympischer-frieden-die-waffen-schweigen-nicht-dlf-2b6b7a7a-100.html>. 10.02.2022.

**Seit jeher
geschäftstüchtig**

(SB) - Die Araber hatten das Schachspiel zwar nicht erfunden, sondern von den Persern infolge ihrer Eroberungszüge gewissermaßen erobert, und doch lag es in ihrer Hand, das königliche Spiel in die weite Welt zu verbreiten. Doch so feine Sitten, gar Rittertugenden, wie es ihnen in späteren Jahrhunderten europäische Autoren andichteten, besaßen sie mit Blick auf das Schachspiel nicht unbedingt. Der Wissenseifer hinkte dem schnöden Mammon hinterher. So war es unter den Arabern nahezu gang und gäbe, eine Partie Schach um Einsatz zu spielen. Der Wettpreis konnten Goldmünzen oder wertvolle Güter sein. Mitunter setzten Spieler mit einer sehr schmalen Börse gar ihre Gliedmaßen als Pfand, was allerdings selten geschah. Dazu waren die Araber doch zu sehr Geschäftsleute und Händler. Durchaus üblich, zumal wenn vermögende Spieler gegeneinandertraten, war jedoch der Einsatz von Konkubinen oder Sklavenmädchen, die zu verlieren an der Ehre kratzen konnte. Auch später, als das Schach über die iberische Halbinsel nach Europa gelangte, übernahm man von den geschäftstüchtigen Arabern die Sitte, den Sieg in einer Partie mit einem Häuflein Münzen zu veredeln. Im heutigen Rätsel der Sphinx spornte indes nicht Geldgier Karaklajic in seiner Partie gegen Nedeljkovic an, als er mit den weißen Steinen einen ehrenvollen Sieg errang, Wanderer.



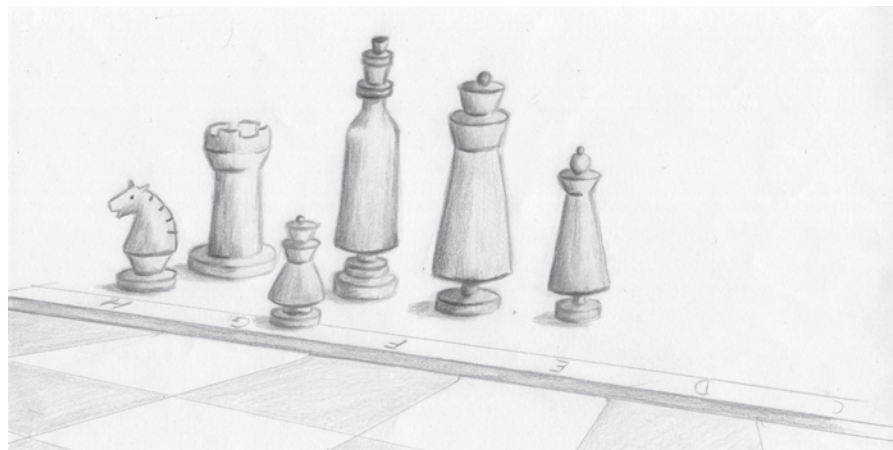
Karaklajic - Nedeljkovic
Sombor 1957

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels
aus Wochendruckausgabe Nr. 172
"Keiner Freude wert":*

Michail Tschigorin hatte sich anfangs schwergetan gegen den klaren positionellen Stil von Louis Paulsen, aber als sich die Stellung zunehmend verwickelte, sah er schließlich die entscheidende Kombination: 1.Th4xh7! Tg7xh7 2.Th1xh7 Tf8-f7 - auf 2...Kg8xh7 folgt zweizügiges Matt mit 3.Dg4-h5+ - 3.Th7-h6. Paulsen stand zwar auf verlorenem Fuß, aber ans Aufgeben dachte er noch nicht, aber nach 3...Sb6-c4 4.Th6xg6+ Kg8-f8 5.Le3-f2 Ld7-c8 6.Dg4-h4 Ke8-e7 7.Tg6-g8 Ke7-d7 8.g5-g6 Tf7-e7 9.Dh4xe7+! brach sein Widerstand zusammen.

**Kuriose Abweichung
vom Original**

(SB) - Wann und unter welchen Umständen das Schachspiel Teil der abendländischen und vor allem höfischen Kultur wurde, ist nicht bekannt. Die Historiker rätseln nach wie vor darüber. Doch gibt es eine erste wichtige Quelle, die Auskunft dazu gibt. Es handelt sich dabei um ein Gedicht mit dem Titel "Versus de scachis" aus Einsiedeln, das zeitlich um das Jahr 950 datiert wird. Es vereint 98 Verse, der Autor bleibt jedoch im anonymen Dunkel. In erster Linie werden die von den Arabern übernommenen Regeln des Schachspiels erläutert. Bemerkenswert ist freilich die Betonung, dass das Schach nicht mit Würfeln gespielt wird. Kurios, aber vielleicht sollte hervorgehoben werden, dass das Schachspiel kein Glücksspiel ist und somit der Zufall, der bekanntlich in einer Welt religiöser Ordnungen die Domäne des Teufels markiert, auf dem Brett nichts zu suchen hat. Interessant ist allerdings, dass die Regeln in einem Punkt vom arabischen Herkommen abweichen, nämlich dass



ein Bauer sich nur dann in eine Dame umwandeln darf, wenn die originale Regina nicht mehr auf dem Brett steht. Mit Zweifeln ganz anderer Art musste sich im heutigen Rätsel der Sphinx Meister Eckart herumschlagen. Sein letzter Zug 1.Ld2-g5? peilte zwar den Abtausch der beiden Königsläufer an, um in der Folge den Druck auf den schwarzen König zu erhöhen, doch sein Kontrahent Tarrasch reagierte prompt mit einer Gegenoffensive, die wiederum den weißen König aufs Korn nahm, Wanderer.



Eckart - Tarrasch
Nürnberg 1888

*Auflösung des
Sphinx-Rätsels
"Seit jeher
geschäftstüchtig":*

Nachdem Karaklajic klarge-
worden war, daß er mit 1.Dd3-
h7+ Kg8-f8 nicht viel errei-
chen würde, schärfte er seinen
Blick und fand die versteckte
Mattkombination: 1.Th5-h8+!
Lf6xh8 2.Dd3-h7+ Kg8-f8
3.Dh7xh8+ Kf8-e7 4.Dh8-g7+
Se5-f7 - 4...Ke7-d6 5.Sg5-e4#
- 5.Dg7xf7+ Ke7-d6 6.Sg5-e4#

DIENSTE / Wetter

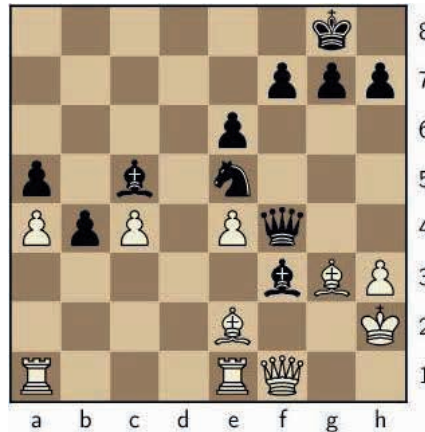


© 2022 by Schattenblick

*Jean-Lucs Karten,
Wochenende.
Zu erwarten:
grüne Hände.*

Anpassung an den neuen Berufsstand

(SB) - Gedanken wurden nun beileibe genug gewälzt, um zu erklären, wie das schwergängige Schach der Araber sich in unsere moderne Form wandelte, als Läufer und Dame ungleich langsrittiger wurden als im Original. In der Renaissancezeit soll dies geschehen sein. Man nimmt gesellschaftliche Innovationen als Ursache an. Eine beschleunigte Produktionsweise mit dem Übergang vom Handwerk zur Manufaktur oder die erweiterten Handelsrouten auf dem Meer könnten ein solcher Anlass gewesen sein. Der Horizont der Menschen in Europa rückte mehr in die Ferne, so dass das enge arabische Schach nicht mehr in die neuere Zeit passen wollte. Mag sein, dass es so war. Nun muss man allerdings wissen, dass eine arabische Partie, eben weil sich die Figuren nur mühsam und engumgrenzt bewegen konnten,



Molinari - Cabral
Uruguay 1943

auch viel Zeit und vor allem Geduld erforderte. Ein Beraubungssieg war die Regel, ein Matt unter diesen Bedingungen eine seltene Ausnahme. Für Aristokraten wäre dies kein Hindernis gewesen und Bürgersleute besaßen abends im Grunde auch genügend Muße für eine langatmige Partie. Für einen Typ von Schachspieler, der seinerzeit sehr im Aufkommen war, bedeutete dies jedoch eine Geschäftseinbuße. Denn das Schach auf europäischem Boden wurde nicht selten

um Geldeinsätze gespielt. Fahrende Gaukler und professionelle Schachreisende, die Adelhöfe oder Jahrmärkte aufsuchten, um ihr Können in klingende Münze umzuwandeln, hätten ein starkes Interesse daran gehabt, dass das Schach insgesamt schneller und ein Mattsieg realistischer wurden. Wie auch immer, im heutigen Rätsel der Sphinx nutzte Cabral die langen Schritte seiner Figuren jedenfalls dazu, um den weißen König in einen Mattkäfig einzusperren, Wanderer.

*Auflösung des
Sphinx-Rätsels
"Kuriose Abweichung
vom Original":*

Eckarts Zug 1.Ld2-g5? hatte seine Reize, aber Tarrasch kam ihm gleichwohl zuvor, als er mit 1...Le6xd5! 2.Se4xf6+ Dd8xf6! die Dame opferte und nach 3.Lg5xf6 Ld5-c4+ 4.Kf1-g1 Sd4-e2+ 5.Kg1-f1 Se2-c1+ 6.Kf1-g1 Te8-e1# den Mattsieg einfuhr.



... Man denke sich in das Gemüt eines Schachamateurs hinein, der nichts auf der Welt lieber täte, als einem der hochverehrten Meister des Fachs ein Matt in mehreren Zügen anzukündigen. Sterben würde er für diese Ehre, wenn sich ihm nur eine gnadenvolle Gelegenheit dazu böte. Aber wie einen dieser hohen Gedankenkünstler in eine solche Enge und Ausweglosigkeit bringen? Also kämpft sich unser Amateur von Turnier zu Turnier durch, stets wie ein Panther sprunghaft darauf gefasst, seine Lippen mit dem Lächeln eines angekündigten Mattes zu befeuchten ...

Geschichten aus der Anekdotenkammer, siebenundzwanzig Türen an der Zahl:
SCHATTENBLICK → INFOPOOL → SCHACH UND SPIELE → SCHACH
ES GESCHAH... Der Anekdotenkammer erste bis siebenundzwanzigste Tür

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/ane001.html> bis [ane027.html](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/ane027.html)

Hartzes Wetten



© 2022 by Schattenblick



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als **Wochendruckausgabe** mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Herausgeber:
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse:
ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Internet: www.schattenblick.de
Registergericht:
Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung
(V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß
§ 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN-Print: 2195-9021

Urheberschutz und Nutzung: Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieser Druckausgabe wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

Schattenblick, die wohl älteste deutschsprachige Tages-Onlinezeitung, ist für jeden Leser und Interessenten unabhängig von Zeit und Ort kostenlos verfügbar unter der Internetadresse: www.schattenblick.de, ebenso wie auf allen mobilen Medien: Smartphone, Tablet, E-Reader etc. oder über das zeitgesteuerte Abrufsystem Calibre.

Kooperationspartner von Schattenblick



Pressenza
Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



poonal
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188, 10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de, Internet: <http://www.npla.de>